

DIE KRIM HINTER DEM VORHANG

EIN REISEFÜHRER IN DIE BESATZUNGSZONE



Canada⁺

INTERNATIONAL
RENAISSANCE
FOUNDATION

PROMETHEUS

Inform
Napalm

Die Krim hinter dem Vorhang. Reiseführer in die Besatzungszone.

Kyjiw, 2019

Das Buch wurde zum fünften Jahrestag des Beginns der russischen Besetzung der Krim durch das Sicherheitsforschungszentrum „Prometheus“ verfasst. Das Buch ist mit zahlreichen Fakten und Illustrationen gefüllt und stellt eine kurze Darstellung der historischen, politischen und sozialen Schlüsselprobleme der Krim dar. Mit dieser Ausgabe wird die Reihe der kompakten Handbücher über die Sicherheits-Grauzonen fortgesetzt, die mit dem in Expertenkreisen bereits bekannten Buch „Donbas in Flammen. Reiseführer in die Konfliktzone“ begann. Es ist für Experten, Journalisten, zivilgesellschaftliche Aktivisten und Diplomaten bestimmt, die in der Ukraine arbeiten, und wird auch für breite Leserschaft interessant sein, die die Ursachen für den russisch-ukrainischen Krieg verstehen und sich ihre eigene Sicht auf die Krim-Frage bilden möchten. Die Ausgabe erschien unter Mitwirkung des Kanadischen Fonds zur Unterstützung örtlicher Volksinitiativen und des internationalen Fonds „Renaissance“, es beinhaltet exklusive Materialien über die Besetzung der Krim, die von der internationalen Freiwilligengesellschaft Inform-Napalm zusammengetragen wurden.



Das Buch kann unter folgendem Link als e-book heruntergeladen werden:

<https://prometheus.ngo/krym-za-zvisoiu/>

Redaktion: *Alina Majorowa*

Autoren: *Olha Woljanuk, Christina Dobrowolska, Maxym Majorow*

Deutsche Übersetzung: *Irina Schlegel* (Lektorat: *Chavva Schneider*)

Design: *Mykola Leonowytsch, Alex Alexidze, Roman Burko*

Karten: *Dmytro Wortman*

Dieses Material stellt die Position der Autoren dar und stimmt mit der Position der Regierung Kanadas und des internationalen Fonds „Renaissance“ nicht unbedingt überein.

Inhaltsverzeichnis

- 2 Einführung. VORHANG AUF.**
- Kapitel 1. DAS ENGE PROBLEMGEFLECHT AUF DER KRIM**
- 3 AN DER KREUZUNG IM SCHWARZEN MEER**
- 9 DIE PLAGEN DER REPUBLIK**
- 23 DIE KRIMTATARISCHE FRAGE**
- 34 GEHÖRT SEWASTOPOL NICHT ZUR KRIM?**
- 42 DIE FLOTTE – EIN TROJANISCHES PFERD AUF DER KRIM**
- 58 WIE DAS MEER GETEILT UND DOCH NICHT GETEILT WURDE**
- Kapitel 2. ANSCHLUSS DER KRIM**
- 67 GRÜNDE FÜR DIE BESETZUNG**
- 69 EIN GÜNSTIGER AUGENBLICK**
- 71 UKRAINISCHE KRÄFTE AUF DER KRIM**
- 73 WANN BEGANN DIE OPERATION?**
- 79 DER HYBRIDE CHARAKTER DER AGGRESSION**
- 93 DER VERLAUF DER BESETZUNG**
- 102 DER INFORMATIONSVORHANG**
- Kapitel 3. PUTINS GEISELN**
- 114 DIE VERDAMMTEN: AUS EINER TOURISTISCHEN ERHOLUNGSZONE IN DIE BESETZUNG**
- 122 DIE SCHWEIGSAMEN: DIE DE-UKRAINISIERUNG DER HALBINSEL**
- 130 DIE BELEIDIGTEN: VERGESSENE HISTORISCHE WERTE UND ERWORBENE RESSENTIMENTS**
- 139 DIE EINGESCHÜCHTERTEN: DER IDEOLOGISCHE RAHMEN UND STRAFMETHODEN AUF DER KRIM**
- 144 DIE UNGESCHÜTZTEN: DAS UNBEHAGEN UND DIE GEFAHREN DER ISOLATION**
- 156 DIE MOBILISIERTEN: DIE MILITARISIERUNG DER KRIM**
- 164 Nachwort. DIE ZUKUNFT DER KRIM**
- Anhang**
- 166 EINIGE INTERNATIONALE UND BILATERALE ABKOMMEN, DIE VON RUSSLAND UNTERZEICHNET UND DURCH DIE RUSSISCHE BESETZUNG UND ANNEXION DER KRIM VERLETZT WURDEN**

Einführung. **VORHANG AUF.**

Die Krim geriet wohl erstmals ins Blickfeld der englischsprachigen Presse während des Krieges zwischen der westlichen Koalition und Russland 1853–1856, der als der Krimkrieg bekannt ist. Der technische Fortschritt in Form der Eisenbahn und des Telegrafen räumte damals allmählich die Hindernisse zwischen einem westlichen Bürger und einem Kriegsschauplatz in einem fernen exotischen Land aus. Die Journalisten führender Quellen begaben sich auf den weiten Weg, um alles mit ihren eigenen Augen zu sehen und die Möglichkeit zu bekommen, ihren Lesern rechtzeitig die Nachrichten von den Schlachtfeldern zu bringen. So fand die Bekanntschaft der breiten Welt mit der Krim statt, wenn auch unter Vermittlung der Zeitungen, die ihren Lesern des Öfteren eigene Eindrücke mitteilten, und keine echten Informationen.

Die Militärkorrespondenten erschufen eine Legende über den Krimkrieg, deren Abdruck noch lange in der Malerei und Poesie zu spüren war, selbst in Bezeichnungen von Haushaltsgegenständen. Es wird erzählt, dass während der Belagerung von Sewastopol britische Soldaten in ihrem Lager in Balaklawa sich vor dem starken Wind mit Hilfe von gestrickten Masken retteten. Seitdem trägt diese Kopfbedeckung den Namen dieses antiken Ortes.

160 Jahre später reisten wieder bewaffnete Menschen in Balaklawas auf der Krim an. Diesmal versteckten die Soldaten ihr Gesicht aber nicht vor dem Wind, sondern um nicht erkannt zu werden. Sie beabsichtigten, ihre Tätigkeit auf der Halbinsel vor der Welt zu verheimlichen. Die Krim fand sich hinter dem dunklen Vorhang der Besetzung wieder. Wir in den Zeiten des Krimkriegs schrieben wieder englischsprachige Medien über sie. Mit der Zeit wird es aber immer schwieriger, dem Gebot der Stunde zu gehorchen.

Die Wichtigkeit der Krimfrage wird oft unterschätzt. Eine Annexion in Europa stellte fundamentale Prinzipien in Frage, nach denen der Kontinent nach Hitler und Stalin lebte. Darauf beschränkt sich das Ganze aber nicht: Die Krim wurde zum Epizentrum internationaler Spannungen in der großen Schwarzmeerregion. Das Kreml-Regime ist von dem annektierten Territorium regelrecht besessen. Das Problem ist aus der Ferne gar nicht richtig zu erkennen, denn die Ereignisse in Aleppo und Donezk erscheinen viel gefährlicher, als die in Sewastopol. Diese Stille ist aber trügerisch. Eine verantwortungsvolle internationale Weltgemeinschaft hat nicht das Recht, sich unter dem Mantel der Gleichgültigkeit von der Krim abzuwenden. Ein neuer hybrider Krimkrieg wurde begonnen, in dem Russland nach Revanche lechzt.

Kapitel 1. DAS ENGE PROBLEMGEFLECHT AUF DER KRIM

AN DER KREUZUNG IM SCHWARZEN MEER

Allgemeine Informationen

Die Krim ist die größte Halbinsel im Schwarzen und Asowschen Meer. Ihre Fläche beträgt 27.000 km², etwas mehr als die Fläche von Sizilien. Die Form der Krim erinnert an einen unregelmäßigen Rhombus: Von West nach Ost ist sie mehr als 300 km breit, von Nord nach Süd über 200 km lang. Den Großteil des Territoriums der Krim (63%) macht eine Trockensteppe aus, im Süden befindet sich das Krimgebirge (dessen höchster Gipfel der Roman Kosch mit 1554 m ist).

Mit dem Festland der Ukraine ist die Halbinsel durch die Landenge von Perekop verbunden (Breite: 8 km). Der Landverkehr zur Krim wird auch mit Hilfe von Brücken ermöglicht: über den Siwaschsee mit dem Verwaltungsgebiet Cherson in der Ukraine und über die Straße von Kertsch mit Russland.

Entsprechend der Gesetzgebung der Ukraine ist die Halbinsel Krim in drei administrativ-territoriale Einheiten geteilt. Die größte Fläche bildet



Typische Landschaft an der Südküste der Krim. Sewastopol, Kap Aja.

die **Autonome Republik Krim (ARK)**, die am 12. Februar 1991 eingerichtet wurde (ihren heutigen Namen bekam sie am 21. September 1994). Die Stadt **Sewastopol** genießt seit dem 17. März 1995 einen Sonderstatus und gehört nicht zur ARK (faktisch ist sie eine Sonderregion der Ukraine). Im Norden der Arabat-Nehrung, die geografisch noch zur Halbinsel Krim gehört, liegen die **Gemeinden Schtschastja und Strelkowe**, die zum Bezirk Henitschesk im Verwaltungsgebiet Cherson gehören. Sie wurden am 3. März 1955 aus dem Verwaltungsgebiet Krim ausgegliedert und dem Verwaltungsgebiet Cherson angeschlossen.

Im März 2014 wurden die ARK und Sewastopol von Russland besetzt. Die besetzten Territorien der Krim machen 4,5% des Territoriums der Ukraine aus, auf denen etwa 5% der Gesamtbevölkerung leben. Die Besatzungsverwaltung agiert unter den Bezeichnungen „Republik Krim“ und „Stadt Föderalen Ranges Sewastopol“ als Subjekte der Russischen Föderation. Die zur Krim gehörenden Territorien im Verwaltungsgebiet Cherson werden weiterhin von der Ukraine kontrolliert.

Historische Übersicht

Die geografische Lage der Krim schützte die lokalen Siedlungen in gewissem Sinne vor stürmischen Ereignissen, wie sie in der ukrainischen Steppe nördlich der Landenge von Perekop stattfanden. Obwohl die Mehrheit der Staaten auf der Krim durch Ankömmlinge aus dem Norden oder aus Übersee gegründet wurde, waren diese Staaten im Stande, länger zu bestehen als ihre ehemaligen Mutterländer. Auf der Krim existierten lange Zeit Relikte der antiken Reiche Skythien, Hellas, Gothien, Byzanz und der Goldenen Horde. Anfang des 20. Jahrhunderts bildete die Krim eine der letzten Hochburgen des Widerstands gegenüber den Bolschewiken, und nach dem Zerfall der UdSSR verblieben dort Restorgane der sowjetischen Streitkräfte und der einschlägigen Ideologie.

Eine weitere Besonderheit der Krim ist das beharrliche Streben ihrer Regenten, ihre Macht auf die angrenzenden Territorien des Festlands zu erweitern. Das beschränkte Territorium, die geringen menschlichen und materiellen Ressourcen der Halbinsel erlaubten es den Staaten der Krim nicht, sich mit ihrer freiwilligen oder erzwungenen Isolation abzufinden. Die tatarischen Khane, russische Gouverneure sowie schnell wechselnde Regierungen der Krim besaßen Ressourcen und einer Pufferzone im Norden oder strebten danach.

Mitte des 15. Jahrhunderts entstand auf der Halbinsel ein neuer Staat— das **Khanat Krim** mit der Hauptstadt in Bachtschysaraj. Seine regierende Dynastie— die Giray— stammte aus der Sippe von Dschingis Khan. Die Khane der



Der Khanpalast von Bachtshyssaraj — ein Denkmal der Geschichte.

Krim regierten nicht nur die Halbinsel, sondern auch die Steppen am Asowschen Meer von Dnipro bis nach Kuban. Die Bevölkerung des Khanats der Krim zeichnete sich durch ethnische und religiöse Vielfalt aus: Es handelte sich um Nachfahren mehrerer Wellen von Kolonialherren, die seit der Antike auf die Krim kamen. Mit der Zeit bildeten turksprachige Muslime die Mehrheit der Bevölkerung der Krim.

So begann sich eine krimtatarische Ethnie herauszubilden. Das Khanat der Krim existierte über drei Jahrhunderte lang und erlebte in dieser Zeit Phasen des Aufschwungs und des Verfalls.

Die Annexion des äußerst geschwächten Khanats der Krim durch Russland beendete das krimtatarische Staatswesen. Eine bedeutende Rolle bei der Einnahme der Krim spielte die russische Zarin **Katharina II.**, aus diesem Grund ist sie noch immer von symbolischer Bedeutung sowohl für Anhänger als auch für Gegner der russischen Kontrolle über die Halbinsel.

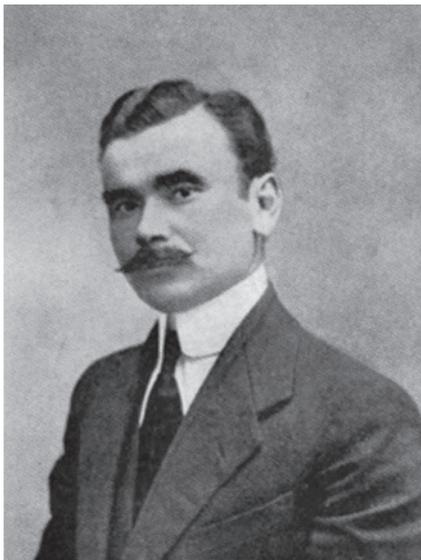
Während die Krim zum Russischen Imperium gehörte, fanden dort grundlegende Veränderungen statt. Die Stadt Simferopol wurde das Verwaltungszentrum des neuen Gouvernements, das den Namen „Gouvernement Tawria“ (Taurus) erhielt. Damit begann die Kolonisierung der Krim durch Untertanen des Reiches, hauptsächlich Russen und Ukrainer. Die Krimtataren wurden diskriminiert und **emigrierten massenhaft ins Osmanische Reich**. Während in den 1800er Jahren die Krimtataren noch über 80% der Krimbevölkerung ausmachten, so waren es in den 1860ern nur noch etwa 50% und in den 1900ern bildeten sie die zweitgrößte



Denkmal für Katharina II. in Sewastopol

ethnische Gruppe nach den Russen. Die negative Einstellung der russischen Verwaltung zu den Krimtataren hatte zwei Hauptgründe: Erstens hatte die langwierige Konfrontation Russlands und des Khanats der Krim feste antitatarische Vorurteile bei den Russen entstehen lassen. Zweitens wurden die Krimtataren verdächtigt, loyal gegenüber dem Osmanischen Reich zu sein, mit dem Sankt Petersburg auf dem Kriegsfuß stand. Namhafte Persönlichkeiten des Russischen Imperiums betrachteten die unterworfenen Krim als Erbe des christlich-orthodoxen Byzanz und nicht als türkisch-muslimisches Land. Ein äußerliches Anzeichen dafür war die Wiederbelebung der einstigen griechisch-byzantinischen Bezeichnung „*Taurien*“ (daher auch das Taurische Gouvernement), die parallel zur krimtatarischen Bezeichnung „*Krim*“ benutzt wurde. Die Tendenz, die Bezeichnung „*Krim*“ durch „*Taurien*“ zu ersetzen, findet sich auch heute in prorussischen Kreisen, die imperialistische Überzeugungen hegen.

1783 wurde **Sewastopol** gegründet — der Hauptstützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte. Die Krim wurde zum Ort der Vorbereitung einer Expansion in Richtung Mittelmeer. Die russischen Zaren waren besessen von Plänen, den Bosphorus und die Dardanellen einzunehmen, die vom Osmanischen Reich kontrolliert wurden. Und obwohl dies nie stattfand, blieb Sewastopol im russischen historischen Gedächtnis ein Symbol des Kriegsruhms. Es entstand ein heroischer Kult zweier langwieriger Verteidigungskampagnen Sewastopols: gegen die Koalition von Großbritannien, Frankreich, Sardinien und dem Osmanischen Reich 1854–1855 sowie gegen Hitler 1941–1942.



Noman Tschelebidshihan, ein Mufti, als Vorsitzender der krimtatarischen nationalen Regierung. Er wurde am 23. Februar 1918 von Bolschewiken in Sewastopol hingerichtet.

Nach der Februarrevolution 1917 wurde das Territorium des Russischen Imperiums Schauplatz für den Kampf verschiedener Parteien und nationaler Bewegungen. Auf der Krim kämpften Krimtataren, Ukrainer sowie Russen verschiedener politischer Ausrichtungen um die Macht. In Bachtschyssaraj versammelte sich der krimtatarische Kurultai (die Nationale Versammlung) und es wurde eine nationale Regierung geschaffen. Die Bolschewiken verhinderten eine weitere Entwicklung der Ereignisse: Sie zerschlugen die krimtatarischen Kräfte und errichteten ihre eigene Macht auf der Krim. Die Frage über die **Aufnahme der Krim in die Ukraine** stellten auch nationale Regierungen in Kyjiw immer wieder. Zunächst waren die Ukrainer einverstanden, dass die Krim gesondert existieren könne, unter der Führung einer befreundeten krimtatarischen Regierung.

In der Praxis aber kamen feindlich gestimmte russische Kräfte (Bolschewiken und Anti-Bolschewiken) auf der Halbinsel an die Macht, und so begann *der unabhängige ukrainische Staat* mit seinen Bemühungen, die Krim unter seine Kontrolle zu bringen. Die Bolschewiken siegten im sogenannten *Bürgerkrieg 1917–1922*. Die Krim und die Ukraine gerieten in ihren Machtbereich. Statt *unabhängiger demokratischer Republiken* wurden Sowjetrepubliken unter der Kontrolle der kommunistischen Partei gegründet. Die Bolschewiken überlegten, an welche der beiden Sowjetrepubliken die Krim angeschlossen werden sollte: an Russland oder die Ukraine. Nach einiger Diskussion wurde 1921 eine Autonomie der Krim innerhalb Sowjetrusslands beschlossen, die anschließend den Namen **Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Krim (ASSR Krim)** bekam.

Die Krim blieb **33 Jahre** lang Teil Sowjetrusslands (der Russischen SFSR), danach wurde sie der Sowjetukraine (der Ukrainischen SSR) angeschlossen. Im Laufe der nächsten **37 Jahre** war die Krim ein Verwaltungsgebiet der Ukrainischen SSR. Zum Zeitpunkt der russischen Besatzung 2014 herrschten die Regierungsbehörden der unabhängigen Ukraine bereits seit **25 Jahren** auf der Krim. Den Großteil der Existenz der modernen Ukraine gehörte die Krim administrativ zu ihr.

Das Anwachsen der Bevölkerungszahl, die Entwicklung der Landwirtschaft und der Industrie fanden dank der Intensivierung der Verbindungen von der Halbinsel zum Festland der Ukraine statt. 1963 wurde der längste Kanal in Europa, der **Nord-Krim-Kanal**, in Betrieb genommen (Länge: 405 km) und es begann die Lieferung von Wasser aus dem Dnipro in die dünnen Steppen der Krim. 2014 gewährleistete der Kanal 80–87% des Bedarfs der Halbinsel an Süßwasser. Die Krim ist darüber hinaus abhängig von Gas-, Strom- und Lebensmittellieferungen sowie anderen benötigten Ressourcen. 64% der Budgetausgaben der Krim wurden aus der Staatskasse der Ukraine bestritten.

Innerhalb der Ukrainischen SSR bewahrte sich die Krim eine wichtige Bedeutung für die ganze Sowjetunion. Hier befanden sich strategische Objekte und Kräfte (die Schwarzmeerflotte und die Infrastruktur des Raumfahrtprogramms der UdSSR). Die freizeitorientierte Südküste der Krim war der wichtigste Standort **staatlicher Datschen** zur Erholung der obersten Sowjetführung, der Generalität der Streitkräfte und der Geheimdienste. Auf einer solchen Datscha in Foros (zwischen Jalta und Sewastopol) wurde im August 1991 der Präsident der UdSSR Michail Gorbatschow im Laufe des Putsches isoliert.

DIE PLAGEN DER REPUBLIK

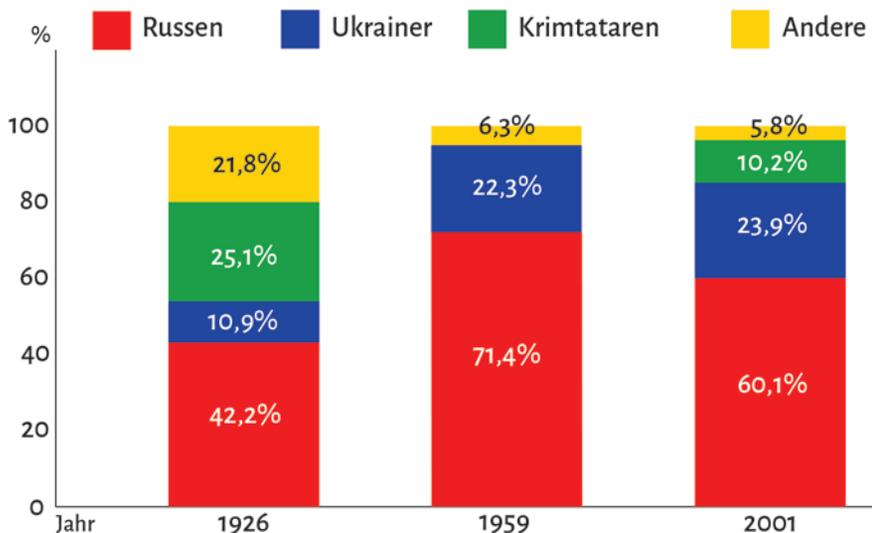
Autonomie der Krim von 1921–1945

Die Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Krim (dieser Name wurde 1937 angenommen) wurde am 18. Oktober 1921 innerhalb Sowjetrusslands gegründet. Nach der Gründung der UdSSR 1923 wurde die ASSR Krim ein Element des hierarchischen administrativ-territorialen Gebildes des neuen Staates. *Die Krim war eine autonome Republik*, was bedeutet, dass ihr Status niedriger war, als der einer (föderativen) Sowjetrepublik, aber höher als der eines *autonomen Verwaltungsgebiets* oder eines gewöhnlichen *Verwaltungsgebiets*. Alle autonomen Republiken der UdSSR gehörten föderativen Republiken an. Die föderativen Republiken sowie der Großteil der autonomen Republiken und autonomen Verwaltungsgebiete in der Sowjetunion trugen einen nationalen Charakter, waren also eine Form der nationalen Selbstbestimmung von *Titularvölkern*.

Es existierten auch *territoriale* Autonomien, die nicht unter Einbeziehung nationaler, sondern regionaler Spezifika gebildet wurden (Adscharien, Nachitschewan), sowie *multinationale* (Turkestan, Gorski, Dagestan) und *doppel-nationale* Autonomien (Tschetscheno-Inguschetien, Kabardino-Balkarien, Karatschajewo-Tscherkessien).

BEVÖLKERUNG DER KRIM

NACH DEN ERGEBNISSEN EINIGER VOLKZÄHLUNGEN



Welchem Autonomietyp die ASSR der Krim angehörte, ist eine Frage für wissenschaftliche und politische Diskussionen. Heute neigen die Krimtataren zu der Ansicht, es habe sich um eine krimtatarische nationale Autonomie gehandelt. Eine andere Position besagt, dass es sich bei der Krim um eine territoriale Autonomie gehandelt habe. Es existieren auch Einschätzungen, die sowohl die territoriale als auch die nationale Deutung vereinen.

Für einen territorialen oder multinationalen Charakter spricht die Bezeichnung der Autonomie, die den Namen der Region (*Krim*) widerspiegelt und nicht den des Volkes (*Krimtataren*). Es muss angemerkt werden, dass zu jenen Zeiten neue Bezeichnungen für einige Völker in der UdSSR eingeführt wurden und die Nomenklatur der Bezeichnungen nicht sofort eine logische und vollendete Form erlangte. Die Krimtataren wurden des Öfteren einfach „*Tataren*“ genannt — genauso wie die Vertreter eines anderen Volkes, das hauptsächlich in der russischen Wolgaregion lebt und seine eigene autonome Republik besitzt, nämlich die Tatarische. Die nationale Autonomie der Krim konnte man nicht „*Tatarisch*“ nennen, da dieser Name bereits ein anderes Gebilde trug — *Tatarien* (Tatarstan). Andererseits konnte man den Namen des Volkes ändern,

um ihn mit der Region gleichzusetzen. Zum Beispiel wurde auf genau diese Weise bei einem Volk, das im Russischen Imperium die Bezeichnung *kaukasische Tataren* trug, der neue Name „Aserbaidzchaner“ etabliert. Heutzutage gibt es unter den Krimtataren die Tendenz, die Selbstbezeichnung „*Krimer*“ oder „*Kyrymly*“ zu benutzen, aber zum Zeitpunkt der Erschaffung der ASSR der Krim war diese Bezeichnung noch nicht verbreitet.

Die Krimtataren in der ASSR der Krim machten nicht einmal einen großen Teil der Bevölkerung aus. Jedoch waren die Titularvölker auch in einigen anderen nationalen autonomen Republiken in der Minderheit, wie zum Beispiel in den Republiken Abchasien, Baschkirien, Karelien und Moldau.

Und sogar für solche nationalen autonomen Republiken, in denen das Titularvolk eine Minderheit darstellte, war die Praxis der Bildung von *gesonderten nationalen Bezirken* für das Titularvolk untypisch. Ein nationaler Bezirk ist eine weitere Form der Gewährleistung kultureller Bedürfnisse einer ethnischen Gemeinschaft, die nicht in „ihrer“ Republik oder einem autonomen Verwaltungsgebiet lebt. In der ASSR der Krim wurden in den 1930ern sechs krimtatarische nationale Bezirke gebildet: Balaklawe, Kujbyschew, Bachtschysaraj, Jalta, Alushta und Sudak. Außerdem existierten auf der Krim auch jüdische und deutsche Bezirke sowie ein ukrainischer Bezirk. Eine ähnliche Situation entstand auch in der ASSR Dagestan, wo nationale Bezirke verschiedener Völker Dagestans existierten, aber keins von diesen Völkern war das Titularvolk in der jeweiligen Republik.

Es gibt aber auch Fakten, die für eine Wahrnehmung der ASSR der Krim als einer krimtatarischen nationalen Autonomie sprechen. Die Entscheidung über ihre Bildung handelten die Bolschewiken zusammen mit Aktivisten der krimtatarischen nationalen Bewegung aus. Die Mitglieder der krimtatarischen Partei „*Milli Firka*“ schlugen vor, der Krim eine sehr starke Autonomie zu gewähren, inklusive der Befugnisse, eine eigene Außenpolitik zu betreiben (der Vorschlag wurde abgelehnt). In drei krimtatarischen Verfassungen (1921, 1929 und 1937) werden als Sprachen der Autonomie Russisch und *Tatarisch* genannt; die Flagge und das Wappen der Krim beinhalteten Inschriften auf Russisch und *Tatarisch* (also Krimtatarisch). In der Republikführung waren hauptsächlich Krimtataren vertreten: 5 von 7 Regierungsmitgliedern und 4 von 6 Vorsitzenden



Eine Zeichnung der Flagge der Krimer Autonomie unter der Verfassung von 1921. In der oberen linken Ecke: Akronyme der Republikbezeichnungen auf Russisch und Krimtatarisch (in arabischer Schrift).

von Legislativorganen waren Vertreter ebendieses Volks. Die Veränderung des Status der Krim und ihre Umwandlung von einer Autonomen Republik in ein gewöhnliches *Verwaltungsgebiet* fanden nach der Deportation des krimtatarischen Volkes von der Halbinsel statt. Zum Zeitpunkt der Beschlussfassung über die Abschaffung der ASSR der Krim gab es faktisch keine anderen Völker auf der Krim mehr als Russen und Ukrainer.

Die Phase der Krimer ASSR war für die Krimtataren eine Zeit des nationalen Aufschwungs nach fast anderthalb Jahrhunderten Unterdrückung im Russischen Imperium. Es entstanden bedeutende Errungenschaften im kulturellen Bereich, es bildete sich eine ganze Führungsschicht. Aber diese Geschichte endete in einer Tragödie. Das stalinistische Regime begann mit permanenten Repressionen unter dem Motto des Kampfes gegen den lokalen „Nationalismus“. Die nationale Intelligenzija der Krimtataren wurde fast vollständig eliminiert.

Zwischen 1941 und 1944 befand sich die Krim unter deutscher Besatzung. Bevor die Wehrmacht die Landenge von Perekop einnehmen konnte, ordnete Stalin an, die komplette deutsche Bevölkerung der Krim zu deportieren. Massenhaft waren Deutsche Ende 18. Jahrhunderts auf Einladung der Zarin Katharina II. auf die Krim gekommen und hatten dort Anfang des 19. Jahrhunderts einige eigene Kolonien gegründet. Anfang des 20. Jahrhunderts hatten Deutsche bereits großen Einfluss auf das gesellschaftliche Leben der Krim und zwei Bezirke der Krim — Bijuk-Onlar und Telman — wurden 1930 als deutsche nationale Bezirke der ASSR Krim festgelegt. Im August 1941 wurden alle Krimdeutschen (nach offiziellen Angaben 52.000 Menschen) als erstes Volk der Krim nach Zentralasien und Sibirien deportiert — als einziges allein nach dem ethnischen Prinzip der Zugehörigkeit zur deutschen Nation.

Die später angekommenen Hitler-Truppen veranstalteten einen Holocaust auf der Krim und nutzten auch antisowjetische Stimmungen für ihre Zwecke, die unter den Krimtataren genauso verbreitet waren, wie unter anderen Völkern der Sowjetunion. Auf der Krim breitete sich, wie auch auf dem restlichen Territorium Europas, die Kollaboration aus. Nach der Vertreibung der Nazis begann die stalinistische Führung mit der Deportation der sogenannten Kleinen Völker, die der Zusammenarbeit mit dem Feind beschuldigt wurden. 1943–1944 wurden Karatschaier, Kalmyken, Tschetschenen, Inguschen, Balkarier, Bulgaren, Armenier, Griechen und die Krimtataren deportiert. Die Deportation der Völker war von der Auflösung ihrer nationalen Autonomien begleitet.

Von der Krim wurden über 200.000 Krimtataren deportiert, die Hauptwelle der Deportation fand vom 18. bis 20. Mai 1944 statt. Am 27./28. Juni desselben Jahres fand die Deportation der Bulgaren, Griechen und Armenier von der Krim

statt. Durch eine Entscheidung vom 30. Juni 1945 wurde die ASSR der Krim in das *Verwaltungsgebiet Krim* innerhalb der Russischen SFSR umgewandelt. Die Liquidation von Republikattributen wurde durch die Ausmerzung von Symbolen ergänzt. Die Regierung der Krim veränderte 1948 ungefähr 90% der krimtatarischen Ortsnamen auf der Halbinsel.

Die Übergabe der Krim an die Ukraine

Die Frage der Übergabe des Verwaltungsgebiets Krim aus der Russischen SFSR an die Ukrainische SSR wurde auf einer Sitzung des Präsidiums des Zentralkomitees KdSPU am 25. Januar 1954 unter dem Vorsitz von Georgij Malenkov aufgeworfen.

Gegner der territorialen Integrität der Ukraine benutzen heute aktiv den Mythos, nach dem die Übergabe der Halbinsel an die Ukraine eine eigenmächtige und verantwortungslose Entscheidung **Nikita Chruschtschows** gewesen sei. Diese Auslegung der Situation passt zu der verbreiteten Wahrnehmung von Chruschtschow als einem impulsiven, inkompetenten und voluntaristischen Politiker. In Wirklichkeit hatte Chruschtschow zum Zeitpunkt der Beschlussfassung über die Krim keine solche Machtvollkommenheit, diese erlangte er erst später.

Nach dem Tod Josef Stalins am 5. März 1953 blieb die Sowjetunion ohne Führer und die Macht wurde unter seiner engsten Umgebung aufgeteilt. 1954 besetzte Nikita Chruschtschow den Posten des ersten Sekretärs der Kommunistischen Partei. Die Regierung (Ministerrat) wurde von Georgij Malenkov angeführt. Formeller Führer der Sowjetunion war der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets (Legislativorgan) Kliment Woroschilow. Alle Entscheidungen über die Krim wurden kollegial getroffen.

Der Konsens der sowjetischen Regierung hinsichtlich der Zweckmäßigkeit des Verbleibs der Krim in der Ukraine wird durch die nachfolgenden Ereignisse bestätigt. Nach der Absetzung Chruschtschows 1964 wurden viele seiner Neueinführungen aufgehoben, jedoch nicht die Entscheidung über die Übergabe des Verwaltungsgebiets Krim an die Ukraine. Bis zum Ende der Existenz der Sowjetunion stellte niemand die Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit der Übergabe der Krim in Frage.

Wahrscheinlich begannen die Betrachtung dieser Frage und die Vorbereitung der Entscheidung über die Übergabe der Krim an die Ukraine noch zu Lebzeiten Stalins. Unter anderem wurde zum Beispiel das Projekt des Baus des Nord-Krim-Kanals zur Versorgung der Halbinsel mit Wasser aus dem Dnipro bereits 1950 angenommen. In den Unterlagen, die mit der Übergabe der Krim

ÜBERTRAGUNG DER KRIM 1954

Verfahren zum Übergang des Gebietes Krim aus der Russischen SSR an die Ukrainische SSR

INITIATIVE DER LEITUNG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

- 25.01.1954
Protokoll des Präsidiums des Zentralkomitees der KPdSU



ENTSCHEIDUNGEN AUF DER EBENE DER RUSSISCHEN UND UKRAINISCHEN REPUBLIKEN

- 05.02.1954
Erlass des Ministerrats (Regierung) der Russischen SSR
- 05.02.1954
Erlass des Präsidiums des Oberrats (Parlament) der Russischen SSR
- 13.02.1954
Erlass des Präsidiums des Oberrats (Parlament) der Ukrainischen SSR



ENTSCHEIDUNGEN AUF UNIONSEBENE

- 19.02.1954
Anordnung des Präsidiums des Oberrats der Sowjetunion
- 26.04.1954
Gesetz des Oberrats der Sowjetunion



VERFASSUNGSMÄßIGE ENTSCHEIDUNGSFESTLEGUNG

- 02.06.1954
Gesetz des Oberrats der Russischen SSR
- 17.06.1954
Gesetz des Oberrats der Ukrainischen SSR



JANUAR

FEBRUAR

APRIL

JUNI

einhergehen, überwiegt gerade die wirtschaftliche Motivation — es wird die Notwendigkeit bestätigt, enge wirtschaftliche Verbindungen der Halbinsel mit der Ukraine einzubeziehen.

Der Transfer des Verwaltungsgebiets Krim von einer Republik zur anderen fand auf dem Weg der Annahme einiger Entscheidungen der Regierungen der Russischen und Ukrainischen Republik sowie der gesamtowjetischen Regierung der UdSSR statt. Am 5. Februar 1954 verabschiedete die russische Regierung eine Anordnung über die Zweckmäßigkeit der Übergabe des Verwaltungsgebiets Krim an die Ukraine und wandte sich an das Präsidium des Obersten Sowjets der RSFSR mit der Bitte, diese Frage zu prüfen. Am selben Tag nahm das Präsidium eine Anordnung über die Übergabe an und schickte seine Entscheidung zur Bestätigung an das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR. Am 13. Februar wandte sich das Präsidium des Obersten Sowjets der Ukrainischen SSR mit einer Bitte über den Anschluss des Verwaltungsgebiets Krim an das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR. Auf gesamtowjetischer Ebene wurden Entscheidungen über die Übergabe des Verwaltungsgebiets der Krim an die Ukraine am 19. Februar (Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR) und am 26. April (Gesetz des Obersten Sowjets der UdSSR) angenommen. Mit diesem Gesetz vom 26. April wurden ebenfalls einige Änderungen in die Verfassung der UdSSR von 1936 eingefügt, betreffend die Beschreibung des territorialen Gebildes der RSFSR und USSR. Schließlich wurden im Juni desselben Jahres bei den Parlamentssitzungen entsprechende Änderungen in die Verfassungen der Republiken eingetragen. Aus der Verfassung der RSFSR wurde am 2. Juni die Erwähnung der Krim entfernt und am 17. Juni wurde sie in die Verfassung der Ukrainischen SSR eingetragen.

Somit bestimmten Russland und die Ukraine die Änderungen ihrer eigenen Territorien, was den Anforderungen der gültigen Verfassung der UdSSR entsprach, wonach das Territorium einer Unionsrepublik nicht ohne ihr Einverständnis verändert werden kann.

Die Gegner der territorialen Integrität der Ukraine stellen die Entscheidung vom 19. Februar 1954 als „unrechtmäßig“ in Frage, da die Befugnisse zur Veränderung der Grenzen von Unionsrepubliken der UdSSR nicht *das Präsidium* des Obersten Sowjets der UdSSR gehabt habe, sondern nur der Oberste Sowjet der UdSSR selbst. Man findet auch Erklärungen, dass die Meinung der Bevölkerung nicht mittels *eines Referendums* oder auf irgendeine andere Art berücksichtigt worden sei.

Diese Vorwürfe entbehren jeder Grundlage. Entsprechend der Praxis der sowjetischen Führung erfüllte das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR

die Funktionen des Obersten Sowjets der UdSSR in den Zeiten zwischen den Sitzungen. Der Oberste Sowjet arbeitete nicht permanent, sondern periodisch. In der Regel traf er sich zweimal im Jahr zu einer Sitzung zusammen, auf der er mit seinen Gesetzen die Anordnungen, die vom Präsidium angenommen worden waren, bestätigte. Genauso geschah es auch mit der Krim: Der Erlass des Präsidiums vom 19. Februar wurde durch das Gesetz des Obersten Sowjets vom 26. April bestätigt.

Während der Existenz der UdSSR (1923–1991) wurden mehrmals Territorien einer Unionsrepublik an eine andere übertragen. In der Regel traf die Entscheidung über eine solche Übertragung das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR (bis 1938 das Präsidium des Zentralen Exekutivkomitees der UdSSR) und es gab keinerlei „Referenden“.

Beispiele für die Übertragung von Territorien von einer Unionsrepublik der UdSSR an eine andere

- ◆ 1924, 1926 — Erweiterung der Belarussischen SSR zu Lasten der RSFSR;
- ◆ 1925 — territorialer Austausch zwischen USSR und RSFSR bzw. BSSR, in dessen Ergebnis die Ukraine große Territorien mit Taganrog und dem östlichen Donbas an Russland übergab;
- ◆ 1932 — Erweiterung der Turkmenischen SSR zu Lasten der RSFSR;
- ◆ 1936 — Erweiterung der Usbekischen SSR zu Lasten der RSFSR (Übertragung der Karakalpakischen ASSR an Usbekistan);
- ◆ 1943, 1944 — Erweiterung der Georgischen SSR zu Lasten der RSFSR (Übertragung von Territorien liquidierter Autonomien im Nordkaukasus nach der Deportation ihrer Völker an Georgien);
- ◆ 1944 — Erweiterung der RSFSR zu Lasten der Estnischen und Lettischen SSR (diese grenznahen Territorien, die 1920–1940 zu den unabhängigen Republiken Estland bzw. Lettland gehörten, befinden sich noch immer innerhalb Russlands);
- ◆ 1955, 1957 — Erweiterung der RSFSR zu Lasten der Georgischen SSR (Rückgabe der Territorien, die 1943–1944 übertragen worden waren);
- ◆ 1956 — Erweiterung der Usbekischen SSR und RSFSR zu Lasten der Kasachischen SSR.

Auch wurden beim Prozess der Bildung neuer Unionsrepubliken — der Usbekischen (1925), Turkmenischen (1925), Tadschikischen (1929), Kasachischen (1936), Kirgisischen (1936), Karelo-Finnischen (1940), Moldauischen

(1940), Litauischen (1940) — Territorien anderer Unionsrepubliken (der RSFSR, der Usbekischen, der Ukrainischen und der Belarussischen SSR) übertragen.

Der Status der Karelo-Finnischen Republik wurde 1956 von einer Unionsrepublik auf eine Autonome Republik herabgestuft und sie wurde wieder Teil der RSFSR.

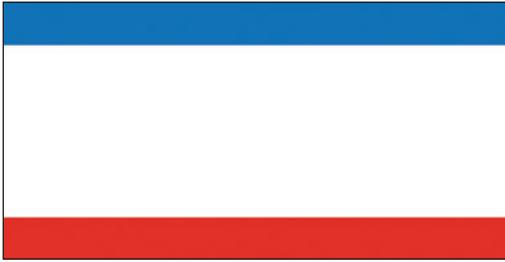
Die Entscheidungen über all diese territorialen Veränderungen sowie die Entscheidung über die Übertragung der Krim im Jahr 1954 traf die Leitung der Kommunistischen Partei und führte sie formell über Anordnungen des Präsidiums und Gesetze des Zentralen Exekutivkomitees oder des Obersten Sowjets der UdSSR durch. **Somit war die Entscheidung über die Übergabe der Krim nach dem geltenden Rechtssystem der UdSSR rechtmäßig und die Prozedur ihrer Annahme entsprach absolut der damaligen Praxis.**

Die zweite Redaktion eines Autonomievertrags der Krim

Die erste Autonomie der Krim existierte zwischen 1921 und 1945 und wurde nach der Deportation der Krim-Völker beendet. Die Krim war keine Republik mehr und wurde zu einem gewöhnlichen Verwaltungsgebiet. Nach dem Ende des kommunistischen Regimes erschien die Frage der Autonomie der Krim erneut auf der Tagesordnung.

Die zweite Verkündung einer Autonomen Republik auf der Krim ging einher mit dem Auftreten einer verbreiteten Tendenz in der Entwicklung der späten Sowjetunion. Die Beziehungen zwischen Moskau und den Unionsrepubliken, darunter auch der *Russischen SFSR*, wurden von einer tiefen Krise erfasst. Die Sowjetrepubliken strebten nach mehr Rechten, darum nahmen Bewegungen für den Austritt aus der Sowjetunion an Gewicht zu. Es begann eine Parade der Souveränitäten. Um den Zerfall des Staates zu verhindern, schlug die kommunistische Regierung vor, **einen erneuerten Unionsvertrag abzuschließen.**

Unter anderem ging es darum, die Anzahl der Vertragsseiten durch autonome Republiken zu vergrößern. Alle oder ein Teil der zwanzig *autonomen Republiken* der UdSSR sollten mit den 15 *Sowjetrepubliken* in ihren Rechten gleichgestellt werden. Es wurde angenommen, dass eine derartige Steigerung des Status der autonomen Republiken die Unionsrepubliken ausbremsen würde, denen die Autonomien angehörten. Somit wollte Moskau die Souveränitätsbewegungen der Unionsrepubliken mit ihren eigenen Waffen schlagen. Man ging dabei davon aus, dass eine autonome Republik im Falle eines Austritts ihrer Unionsrepublik aus der UdSSR selbstständig eine Entscheidung über ihren Verbleib in der Sowjetunion fällen könnte.



Die Flagge und das Wappen der Autonomen Republik Krim (ARK), die im September 1992 angenommen wurden. Die Symbolik der zweiten Republik hebt die Krimtataren nicht hervor, sondern betont das antike Erbe und die Einigkeit der Völker der Halbinsel. Die russische Verwaltung der Krim benutzt diese Symbole ebenfalls.

Am Vorabend der Unterzeichnung eines neuen Unionsvertrags wollten einige Regionen ihren Status erhöhen. Einige davon waren *autonome Verwaltungsgebiete* (Südossetien), andere hatten gar keinen autonomen Status (Transnistrien, Gagausien, die Krim). Die Führung der alten und neuen autonomen Republiken hatte in der Regel eine negative Einstellung hinsichtlich des Austritts von Unionsrepubliken aus der UdSSR.

Der Oberste Sowjet der Ukrainischen SSR nahm am 16. Juli 1990 eine **Deklaration über die staatliche Souveränität der Ukraine** an — nachdem die 1. Versammlung der Volksdeputierten der Russischen SFSR bereits am 12. Juni 1990 eine analoge Deklaration angenommen hatte. Die Deklaration über die staatliche Souveränität bedeutete noch keine Ausrufung der Unabhängigkeit und keinen Austritt aus der Sowjetunion — sie war aber eine wichtige Etappe auf dem Weg zur Selbstständigkeit. Die Bewegung für die Umwandlung des Verwaltungsgebiets Krim in eine autonome Republik sollte eine Warnung für die Anhänger der Bestrebungen der Ukraine nach Selbstständigkeit sein und wurde durch Phobien der russischen Bevölkerung der Halbinsel vor *ukrainischem Nationalismus* genährt.

Die Geschichte der neuen Autonomie der Krim begann **mit einem Gesamterferendum der Krim am 20. Januar 1991**. Auf die einzige Frage „Sind Sie für die Wiederherstellung der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Krim als ein Subjekt der UdSSR und als Vertragspartei des Unionsvertrags?“ antworteten 93,3% der Teilnehmer mit „Ja“. Die Formulierung der Frage wies unmissverständlich auf das Ziel der Wiederherstellung der Autonomie hin: die Möglichkeit, einen Unionsvertrag mit den gleichen Rechten wie die Ukraine zu unterzeichnen und in Zukunft nicht mehr von Kyjiw abhängig zu sein. Der Weg der Erlangung der

Autonomie als einer „Wiederherstellung“ der autonomen Sowjetrepublik der Krim war zweitrangig, und das ist der prinzipielle Unterschied zwischen der alten und der neuen Autonomie.

Die Autonomie von 1921–1945 diente in erster Linie dem Ziel der Zufriedenstellung des krimtatarischen Volkes in seinen nationalen Bestrebungen. **Die Initiative der „Wiederherstellung“ der Autonomie 1991 ging aber von der prorussisch (und prokommunistisch) gesonnenen Mehrheit des Gebiets Sowjets der Krim aus.** Das Referendum fand noch vor der Beendigung der Kampagne zur Rückführung von Krimtataren aus ihrem Exil statt. Zwischen den Organisatoren des Referendums und der krimtatarischen Nationalbewegung brach auf der Stelle ein Konflikt aus. Die Anführer der Krimtataren riefen dazu auf, das Referendum zu boykottieren.

Infolge der Resultate des Referendums erkannte der Oberste Sowjet der Ukrainischen SSR am 12. Februar 1991 die Umwandlung des Verwaltungsgebiets Krim in eine Autonome SSR Krim an — mit einer Bedingungsklausel, dass die wiederhergestellte Autonome Republik bei der Ukraine verbleiben sollte. Die loyale Beziehung des offiziellen Kyjiw zur Schaffung einer *de-facto russischen Autonomie* auf der Krim hatte viele Probleme in der Zukunft zur Folge. Zugleich verhinderte diese Kompromisslösung *einen bewaffneten separatistischen Konflikt*, wie dieser damals in der Republik Moldau, Georgien und Aserbaidschan begann.

Die Pläne zur Unterzeichnung eines neuen Unionsvertrags wurden durch *den Putsch* in Moskau im August 1991 vereitelt. Der erfolglose Versuch eines für den Ausnahmezustand zuständigen Staatskomitees, die Macht zu ergreifen, beschleunigte den Prozess des Zerfalls der Sowjetunion. Am 24. August 1991 verabschiedete der Oberste Sowjet der Ukrainischen SSR ein **Protokoll der Verkündung der Unabhängigkeit der Ukraine**. Die Entscheidung des Parlaments wurde von 90,3% Teilnehmern eines Gesamtkrainischen Referendums am 1. Dezember 1991 begrüßt. Die Anzahl der Befürworter der Unabhängigkeit der Ukraine auf der Krim belief sich auf 54,2%. Am selben Tag fanden in der Ukraine Präsidentschaftswahlen statt. Die Mehrheit der Einwohner der Krim stimmte für Leonid Krawtschuk, der auch Wahlsieger wurde. Am 8. Dezember 1991 unterzeichneten die Anführer Russlands, der Ukraine und Belarus einen Vertrag über die Bildung einer Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), die sogenannten Vereinbarungen von Beloweschskaja Puschtscha (auch *Abkommen von Belowesch*), in dem sie die Beendigung der Existenz der UdSSR beschlossen.

Unter den neuen Bedingungen veränderten sich die Ziele der prorussischen Kräfte auf der Krim. Die Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Krim gab sich einen neuen Namen, und zwar einen ohne die Erwähnung des Sozialismus

und der Sowjetmacht: nämlich **Republik Krim**. Der Oberste Rat der Krim schlug einen Kurs ein, hin zum Austritt aus der Ukraine und der Gründung eines neuen Staates. Am 5. Mai 1992 verabschiedete das Parlament der Krim die Anordnung „Über das Gesetz über die Verkündung der staatlichen Unabhängigkeit der Republik Krim“, das direkt nach der Bestätigung in einem Gesamtreferendum auf der Krim in Kraft hätte treten sollen. Bis zu dem Zeitpunkt wollte die Regierung der Krim Beziehungen zu Kyjiw auf Basis einer de-facto Konföderation pflegen. Am 6. Mai, einen Tag nach der Verabschiedung des Gesetzes, nahm das Parlament der Krim eine Verfassung der Republik der Krim an. Dieses Dokument sah vor, dass die Krim innerhalb der Ukraine verbleiben und Beziehungen zu ihr auf einer Vertragsbasis aufbauen sollte. Die Regierung der Krim sollte auf dem Territorium der Republik alle Befugnisse haben, mit Ausnahme solcher, die sie freiwillig an die Ukraine delegierte.

In Wirklichkeit wurde die Einnahme der Krim seit 1991 vorbereitet. Der Vater meines Mannes ist einer der Hauptteilnehmer der Vorbereitung der Einnahme der Krim. Sie hatten sich in einer Gruppe Gleichgesinnter versammelt, die wollten, dass die Krim russisch wird. Es gab Gespräche, Propaganda, aber auch echte Aktionen (zum Beispiel gab es an Wochenenden Autorallyes mit russischen Flaggen). Aber wir haben das alles nicht ernst genommen.

Aus einem Interview mit einer anonymen Ärztin in Kyjiw

Das Parlament der Ukraine hob die verfassungswidrige Entscheidung der Krim Behörden auf. Für eine direkte Konfrontation mit Kyjiw hatte der Oberste Rat der Krim weder die ausreichende innere noch äußere Unterstützung. In der Republik selbst erklärten einige Abgeordnete die bedingungslose Ausführung der Gesetzgebung der Ukraine und jener Gesetze der Krim, die der Verfassung und den Gesetzen der Ukraine nicht zuwiderlaufen. Nach Informationen von Mykola Sawtschenko, dem Autor des Buches über die Teilung der Schwarzmeerflotte, beschlossen die Abgeordneten von Jewpatorija und Feodosija sowie die Abgeordneten der Bezirke Krasnoperekop, Dschankoi und Tschornomorsk ein Verwaltungsgebiet Taurien als Teil der Ukraine zu gründen, falls die Anhänger einer unabhängigen Krim gewinnen sollten. *Interessanterweise war unter den Aktivisten der Bewegung für die Einheit der Ukraine auch ein Abgeordneter des*

Obersten Rats der Krim namens Wadim Kolesnitschenko — später ein prorussischer Politiker und Teilnehmer der Ereignisse rund um die Besetzung der Krim 2014.

Moskau unterstützte die Separatisten auf der Krim nicht, da es versuchte, die ganze Ukraine in seinem Einflussbereich zu behalten und sich in Bezug auf die Krim auf die Frage der Schwarzmeerflotte konzentrierte. Mehrere russische Politiker beschränkten sich auf scharfe Erklärungen. Die gravierendste davon war die Anordnung des Obersten Rats der Russischen Föderation vom 21. Mai 1992 „Über die rechtliche Einschätzung der Entscheidungen der obersten Behörden der Staatsmacht der Russischen SFSR zur Veränderung des Status der Krim, die 1954 gefällt wurden“. Die russischen Abgeordneten erklärten **die Entscheidung ihrer Vorgänger über die Übertragung des Verwaltungsgebiets Krim an die Ukraine rückwirkend zum Zeitpunkt ihrer Verabschiedung für ungültig**. Am nächsten Tag präzisierte das russische Parlament, dass es keinesfalls territoriale Ansprüche an die Ukraine stelle. Es muss angemerkt werden, dass der Oberste Rat Russlands in Wirklichkeit keinen bedeutenden Einfluss auf die außenpolitische Beschlussfassung in Russland hatte.

Der Oberste Rat der Krim gab nach und widerrief sein „Gesetz über die Unabhängigkeit“. Am 25. September 1992 wurden Änderungen in die Verfassung der Krim eingefügt, die die von Kyjiw angebotene Abgrenzung der Befugnisse zwischen den Staatsbehörden der Krim und der Ukraine festlegten.

Die nächste Verschärfung der Beziehungen zwischen Simferopol und Kyjiw fand 1994 statt. Am Vorabend hatte der Oberste Rat der Krim ein Gesetz verabschiedet, mit dem er den Posten eines *Präsidenten der Republik Krim* einführte. Im Kampf um den Präsidentensessel gewann der prorussische Politiker **Juri Meschkow**. Er aktualisierte die separatistische Agenda. Meschkow versprach, den Austritt der Krim aus der Ukraine mittels eines Gesamtreferendums auf der Krim zu erreichen. **Am 20. Mai 1994 erneuerte der Oberste Rat der Krim die Wirksamkeit der Verfassung in ihrer Fassung vom 6. Mai 1992**. Zwischen den Parlamenten der Krim und der Ukraine begann erneut ein „Krieg der Gesetze“.

Obwohl Meschkow anfangs einflussreiche Anhänger in Russland hatte, erlitt er am Ende mit seinen Plänen ein Fiasko. Erstens war die Unterstützung von Meschkow durch Moskau nicht bedingungslos. Der Beginn seiner Amtszeit fiel zusammen mit der Periode der Machtrotation in Kyjiw. Die Wahlen des Präsidenten der Ukraine rückten immer näher, und der Kreml setzte auf *Leonid Kutschma*, der den Ruf eines prorussischen Politikers hatte — mehr als Leonid Krawtschuk. Kutschma siegte, und Moskau hatte keine Eile, die Krim-Karte auszuspielen.

Zweitens erwies sich Meschkow als äußerst schlechter Organisator und schaffte es in kurzer Zeit, sich mit seinem Team zu zerstreuen. Der Präsident der Krim versuchte die Tätigkeit des Obersten Rats der Krim, der von Sergej Zekow angeführt wurde, zu beenden. Im Ergebnis begann ein „Krieg der Anordnungen“ bereits innerhalb der Regierung der Krim selbst. Prorussische Politiker unterstützten Kyjiw bei der Absetzung von Meschkow faktisch. *Interessanterweise war Sergej Aksenow, der 2014 zum Führer der russischen Besatzungsverwaltung der Krim ernannt wurde, ein Weggefährte von Zekow in der Partei „Russkoje Jedinstwo/Russische Einheit“.*

Drittens griff Kyjiw Anfang 1995 zu einem entschiedeneren Vorgehen gegen Meschkow, während Russland auf seinen *Ersten Tschetschenienkrieg* konzentriert war und keine Möglichkeit hatte, sich in die Angelegenheiten der Krim einzumischen. **Am 17. März 1995 setzte die Werchowna Rada der Ukraine die Verfassung der Krim von 1992 außer Kraft und schaffte den Posten des Präsidenten der Krim ab.** Meschkow, der jegliche Unterstützung verloren hatte, setzte sich nach Russland ab. Noch früher, am 21. September 1994, fügte das ukrainische Parlament Änderungen in die Verfassung der Ukraine ein, wobei es unter anderem auch einen neuen Namen für die Autonomie festlegte: **Autonome Republik Krim (ARK).**

Die Frage einer Verfassung der Krim wurde auch in späteren Jahren geprüft. Einen 1995 in Simferopol angenommenen Vorschlag bestätigte das ukrainische Parlament mit bedeutenden Änderungen. Die Frage blieb bis zur Annahme der neuen Verfassung der Ukraine am 28. Juni 1996 ungerregelt, da die Verfassung der Krim mit ihr im Einklang stehen sollte. Die Endversion der **Verfassung der Autonomen Republik Krim** wurde am **21. Oktober 1998** angenommen und am 23. Dezember 1998 von der Werchowna Rada der Ukraine bestätigt.

Gegen diese Verfassung war des Öfteren Kritik zu hören: Sie lasse angeblich nur die äußerlichen Attribute einer Autonomie übrig, höhle aber ihr Wesen aus. Prorussische Kräfte warben für die Rückkehr zur Verfassung von 1992 und versuchten gar, eine entsprechende Entscheidung über ukrainische Gerichte zu erreichen. Bei der Durchführung des rechtswidrigen „Referendums“ am 16. März 2014 wurde seinen Teilnehmern die Wahl zwischen zwei Varianten angeboten: *„Eine Wiedervereinigung der Krim mit Russland als Subjekt der Russischen Föderation“* oder *„eine Wiederherstellung der Wirksamkeit der Verfassung der Republik Krim von 1992“* (wobei nicht angegeben wurde, welche Fassung gemeint war: die vom 6. Mai oder die vom 25. September). Erwartungsgemäß kehrten die Separatisten und die russische Besatzungsverwaltung zu dem Namen „Republik Krim“ zurück.



Deportation der Krimtataren im Jahr 1944 auf dem Bild des zeitgenössischen Künstlers Rustem Eminow

DIE KRIMTATARISCHE FRAGE

Der dornenreiche Weg nach Hause

Die Krimtataren waren eines der Völker, die während des Zweiten Weltkriegs durch das stalinistische Regime vollständig deportiert worden waren. Die Deportation der krimtatarischen Bevölkerung begann am **18. Mai 1944** und endete am 20. Mai. Insgesamt fanden sich über 200.000 Krimtataren im Exil oder in Haft wieder. Über 40 Jahre lang hatte dieses Volk der Krim keine Möglichkeit, ins Land seiner Vorfahren zurückzukehren.

Die Deportation wurde aufgrund einer Entscheidung der Staatsbehörden der Legislative und Exekutive vorgenommen, sie hatte einen außergerichtlichen Charakter und stellte eine in der UdSSR verbreitete Praxis der „*kollektiven Verantwortung*“ dar. Wie die Mehrzahl der deportierten Völker wurden die Krimtataren der *Kollaboration* während der deutschen Besetzung sowie der *massenhaften Fahnenflucht* aus der Roten Armee bei der Verteidigung der Krim 1941 beschuldigt.

Das Thema des „Verrats“ der Krimtataren als Rechtfertigung der stalinistischen Deportation ist noch immer stark in der gesellschaftlichen Meinung, in akademischen Werken und der Propaganda vertreten. Zugleich widerlegen objektive historische Forschungen sogar den formellen Aspekt dieser Beschuldigungen, die gegen die Krimtataren aufgestellt worden waren. Nach Berechnungen des Historikers Serhii Gromenko ist die Anzahl von Fahnenflüchtigen mit 20.000 stark übertrieben. Trotz der langjährigen deutschen Besetzung der Krim war die Anzahl von Krimtataren, die bei der Roten Armee dienten, größer als die Anzahl der Angehörigen dieses Volkes bei den deutschen Truppen.

Fahnenflucht und Kollaboration kamen bei Angehörigen aller Nationalitäten der Sowjetunion und der Krim vor. Hinter den Standardbeschuldigungen ließen sich reale Motive der Bestrafung einiger Völker und die Abwesenheit von Ansprüchen an andere Völker verstecken, was mit Intrigen innerhalb der Parteinomenklatur noch in den Vorkriegsjahren, mit geopolitischen Erwägungen, den persönlichen Vorurteilen Stalins und anderer oberster Amtspersonen der Sowjetunion im Zusammenhang stand.

Mir, als einer Ur-Krimtatarin, die ihre Heimat verloren hat (und dies sind nicht bloß pathetische Worte), scheint es, als ob mit unserem Volk und allen anderen Völkern, die den Genozid überlebt haben, irgendein ideologisches Experiment durchgeführt wird. Wir wurden 1944 deportiert, davor hatte es auch schon Zwangsmigrationen gegeben, wir werden ins Exil gebracht, eine ganze Generation wird gezwungen, sich an dieses Exil zu gewöhnen. Und dann bekommen wir die Möglichkeit, in unsere Heimat zurückzukehren. Und nun müssen wir wieder bei null anfangen — so wie unsere Großväter, wie unsere Eltern ... Das traumatisiert die Psyche eines Menschen. Nun ist es 2014 — und alles geschieht von vorne.

Aus einem Interview mit Lilia Muslimowa

Die unmenschlichen Bedingungen des Transports und das harte Leben im Exil haben im Laufe der Jahre 1944 und 1945 zum Tod von Zehntausenden Deportierten geführt. Nun besteht die organisierte krimtatarische Bewegung auf ihrer Position, dass **die Deportation ein Akt des Genozids** gewesen sei.

Diese Bewertung wird von einer Reihe nicht-tatarischer wissenschaftlicher und gesellschaftlich-politischer Funktionäre geteilt. Am 12. November 2016 verabschiedete das ukrainische Parlament eine Anordnung „Über die Anerkennung des Genozids am krimtatarischen Volke“, während die russische Regierung derartige Bewertungen vermeidet. Jährlich gedenken die Krimtataren am 18. Mai den Opfern der Deportation, indem sie Massenkundgebungen und Gedenkveranstaltungen durchführen.

1944 befand sich die Mehrheit der Krimtataren in der Usbekischen SSR (78%), die anderen wurden in innere Regionen Russlands und in die Republiken Zentralasiens gebracht. Den Deportierten wurden Orte für Sondersiedlungen zugewiesen, die sie nicht eigenständig verlassen durften. Nach dem Tod Stalins und der Verurteilung einiger Aspekte seiner Politik begann die neue sowjetische Regierung, die Entscheidungen im Bezug auf die Deportierten zu überdenken. Das Prinzip der Sondersiedlungen wurde abgeschafft, aber ohne das Recht für die Bewohner, an die Orte des früheren Aufenthalts zurückzukehren.

1957 bekam die Mehrheit der deportierten Völker die Erlaubnis, in ihre historische Heimat zurückzukehren. Zugleich wurden ihre nationalen autonomen Verwaltungsgebiete und Republiken wiederhergestellt oder neu erschaffen. Doch die Krimtataren gehörten zu den Völkern, denen *das Recht auf Rückkehr und die Wiederherstellung der Autonomie verwehrt blieb*. Dies war ein Katalysator für die Bildung einer starken nationalen Bewegung der Krimtataren im Exil. Ihre Aktivisten leisteten Aufklärungsarbeit, schlossen sich in informellen Organisationen zusammen, schrieben Petitionen an die Behörden, in denen sie Unterschriften von Zehntausenden ihrer Landsleute sammelten. In dem Polizeistaat, den die post-stalinistische Sowjetunion darstellte, trauten sich die Krimtataren, politische Massenaktionen durchzuführen. Um die Aufmerksamkeit auf die Probleme ihres Volkes zu lenken, griffen die Aktivisten zu waghalsigen Schritten: So führte **Musa Mamut** im Juni 1978 als Zeichen des Protests gegen die Missachtung der Rechte der Krimtataren einen Akt der Selbstverbrennung durch.

In den langen Jahren des Kampfes um Bürgerrechte hatten sich **Traditionen der Selbstorganisation und des massenhaften gewaltfreien Widerstands** gebildet, die sich für die Krimtataren nach ihrer Rückkehr auf die Krim als nützlich erwiesen. Eine weitere wichtige Erfahrung für die Zukunft war die Erfahrung einer Zusammenarbeit mit ukrainischen Dissidenten (hier sollte man vor allem Petro Hryhorenko erwähnen). Nach der Verkündung der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 blieb die **Allianz der ukrainischen national-demokratischen Kräfte und der krimtatarischen Bewegung** erhalten. Die Krimtataren nahmen stets

eine konsequent proukrainische Position ein — auch in Zeiten der Verschärfung der russisch-ukrainischen Beziehungen aufgrund der Krim-Frage.

Die Politik der Nichtzulassung von Krimtataren auf die Krim wurde in den 1960er Jahren etwas aufgeweicht, und Ende der 1980er wurden alle Einschränkungen aufgehoben. Damit begann die massenhafte Rückkehr ins Heimatland. Nach Angaben der Volkszählung 1989 lebten 38.000 Krimtataren auf der Krim und 1991 waren es schon über 113.000. Die letzte gesamtukrainische Volkszählung 2001 registrierte 235.000 Krimtataren auf der Krim, was 10,2% der Bevölkerung der Halbinsel ausmachte.

Die Rückkehr der Verbannten fand spontan statt, darum gab es nach der Ankunft einige Probleme beim Einleben sowie Konflikte mit der ansässigen Bevölkerung. In den 1944 verlassenen Häusern lebten längst andere Menschen. In der Umgebung der slawischen, russischsprachigen Mehrheit der Bevölkerung der Krim existierten Phobien und Stereotypen über die Krimtataren als „unzivilisierte“ und „aggressive Moslems“. Nichtsdestotrotz bewahrheiteten sich die Befürchtungen über die Entfaltung *eines ethnopolitischen Konflikts* auf der Krim, ähnlich den Ereignissen im Tal von Fergana, im Kaukasus oder in Jugoslawien, nicht. Die Krimtataren hielten sich konsequent an gewaltfreie Methoden zur Durchsetzung ihrer Rechte.

Das System Kurultai-Medschlis

Nach der Rückkehr in die historische Heimat wurden die Krimtataren Zeugen der Entstehung einer prorussischen Autonomie auf der Krim, deren Organisatoren ihren Wunsch nicht verheimlichten, in einem Staat leben zu bleiben, der von Moskau geleitet wird. Zum Schutz ihrer eigenen Rechte initiierte die krimtatarische Bewegung die Bildung von Vertretungsstrukturen: den Kurultai und den Medschlis.

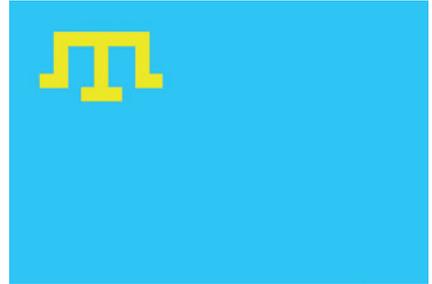
Die Tradition der krimtatarischen gesamtnationalen Versammlung nahm ihren Anfang im 1. Kurultai, der am 9. Dezember 1917 in Bachtschysaraj zusammengerufen wurde. Die Delegierten für den Kurultai wurden von der ganzen krimtatarischen Bevölkerung gewählt, darum hatte der Kurultai alle Befugnisse, die Fragen der Zukunft von Krimtataren unter den Bedingungen des revolutionären Russlands zu lösen. Im Laufe der Versammlung, die mit Pausen 18 Tage dauerte, wurden einige wichtige (und für jene Zeit durchaus demokratische) Anordnungen angenommen. Am letzten Tag der Versammlung hatten die Delegierten die *Krimtatarischen Hauptgesetze* verabschiedet (in der Geschichtsforschung wird dieses Dokument auch Verfassung genannt), ihre nationale Regierung (Direktorium) ernannt und den Kurultai zu ihrem

temporären Parlament erklärt. Unter den Historikern besteht die Debatte darüber fort, ob damals *eine Demokratische Republik der Krim (Volksrepublik der Krim)* gegründet worden war, die im Text der Gesetze erwähnt wird. Nach Meinung des Historikers Andrii Iwanez war die Verkündung der Republik eher eine Initiation des Prozesses und kein Akt ihrer Gründung.

Vom 26. bis 30. Juni 1991 fand der **2. Kurultai des krimtatarischen Volkes** in Simferopol statt. Seine Delegierten waren 255 Personen aus der Ukraine, Usbekistan, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Russland, Litauen, Lettland und Georgien. Der Kurultai verabschiedete eine Reihe von grundlegenden Dokumenten, darunter auch eine Deklaration über die nationale Souveränität des krimtatarischen Volkes, sowie einige Appelle (an die Einwohner der Krim, das krimtatarische Volk, die UNO, den Präsidenten der UdSSR und andere). Die Delegierten wählten die Mitglieder einer permanent aktiven Vertretungsbehörde—den Medschlis des krimtatarischen Volkes mit **Mustafa Dschemilew** an der Spitze.

Insgesamt wurden sechs Kurultai durchgeführt, von denen vier bereits in der unabhängigen Ukraine stattfanden. Bei diesen Sitzungen wurden Entscheidungen zu den wichtigsten Fragen des politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Lebens der Krimtataren angenommen. Laut der neuen Fassung einer Geschäftsordnung, die bei der dritten Tagung des 4. Kurultai am 12. September 2004 angenommen wurde, werden die Tagungen des Kurultai nicht weniger als einmal in zweieinhalb Jahren durch den Medschlis einberufen. Die letzte außerordentliche Tagung des 6. Kurultai fand am 29. März 2014 bereits unter Bedingungen der russischen Besetzung statt. Seitdem war es unmöglich, eine Tagung oder Wahlen eines neuen Kurultai auf der Krim durchzuführen. Die Amtsdauer des Kurultai der letzten Einberufung endete 2018 und zur Bestimmung der Grundlagen des weiteren Funktionierens von Vertretungsbehörden fand am 12. November 2018 eine Konferenz der Delegierten des Kurultai in Kyjiw statt.

Der Medschlis des krimtatarischen Volkes ist eine permanent tätige Exekutivbehörde, die zwischen den Tagungen des Kurultai als bevollmächtigtes *Hauptvertretungsorgan des indigenen Volkes* agiert. Der Medschlis besteht aus 33 Mitgliedern, die ein Präsidium wählen, während der Vorsitzende des Medschlis und der Revisionskommission die Delegierten des Kurultai wählen.



Die krimtatarische nationale Flagge mit der Tamga (dem Stammzeichen) der Khane der Krim.

Der Medschlis hatte seinen Sitz in Simferopol. Allmählich bildete sich ein System der nationalen Behörden der Selbstverwaltung auf der ganzen Krim: *aus regionalen und lokalen Medschlis*, die nicht nur die Entscheidungen des Kurultai und des zentralen Medschlis umsetzten, sondern eine wichtige Rolle im Alltag der Krimtataren spielten. Zu Beginn der Besetzung der Krim gab es 230 lokal und regional aktive Medschlis, deren Mitgliederzahl sich auf 2.500 belief.

Im November 2013 wurde **Refat Tschubarow** zum Vorsitzenden des Medschlis des krimtatarischen Volkes gewählt. Im Juli 2014 verwehrte die russische Besatzungsverwaltung Tschubarow den Zugang zur Krim und leitete kurz darauf ein Verfahren gegen ihn ein. **Seit April 2016 ist die Tätigkeit des Medschlis auf der Krim und auf dem Territorium Russlands offiziell verboten.** Die Befugnisse der zuletzt gewählten Mitglieder des Medschlis sollten 2017 beendet sein — wegen der Besetzung und des Verbots der Tätigkeit wurde aber ein Ausnahmezustand für die weitere Arbeit der Selbstverwaltungsbehörden ausgerufen. Als neuer Sitz des zentralen Medschlis wurde Kyjiw festgelegt. Ziemlich starke Positionen behalten die lokalen Medschlis in den an die Krim angrenzenden Bezirken des ukrainischen Verwaltungsgebiets Cherson.

In der ganzen Zeit seiner Tätigkeit auf der Krim unter der Jurisdiktion der Ukraine (1991–2014) erlebte der Medschlis unterschiedliche Zeiten. Ein ernsthaftes Problem mit den Behörden war die fehlende offizielle Registrierung des Medschlis, denn die Gesetzgebung sah diese Form der Selbstorganisation und Selbstverwaltung der Bevölkerung nicht vor. Die rechtliche Unbestimmtheit war Grund für permanente Beschuldigungen gegen die Krimtataren wegen der Bildung „*illegaler paralleler Machtorgane*“ und letztlich für ihr Verbot. Besonders hervorgehoben hatten sich dabei die prorussischen Parteien und Bewegungen.

Doch der reale politische Einfluss des Medschlis war dergestalt, dass ihn die Behörden sowohl der zentralen als auch republikweiten und örtlichen Ebene konsultierten. Seit 1998 waren die Anführer des Medschlis als Abgeordnete verschiedener politischer Kräfte im ukrainischen Parlament vertreten. Während der Amtszeit des Präsidenten Leonid Kutschma gab es einen Versuch, den Medschlis durch die Hinzuziehung seiner Mitglieder zum *Rat der Vertreter des krimtatarischen Volkes* — einer konsultativen Behörde beim Präsidenten der Ukraine — zu legalisieren.

Insgesamt waren die Beziehungen zwischen dem Medschlis und dem offiziellen Kyjiw nicht einfach. Einerseits bestanden die Krimtataren auf dem Prinzip der territorialen Integrität der Ukraine im Gegengewicht zu prorussischen politischen Gruppen. Andererseits bestand der Medschlis auf der Anerkennung des Status eines **indigenen Volkes** für die Krimtataren und

deklarierte die **krimtatarische nationale Autonomie** als sein Ideal. Dazu war weder die Regierung der Ukraine noch ein bedeutender Teil der ukrainischen Politiker bereit. Wichtig war auch die folgerichtig prowestliche Position der Medschlis, die mit dem Kurs einiger Präsidenten übereinstimmte, aber den Prioritäten anderer zuwiderlief.

Am 21. April 2014 kam eine Gruppe „grüner Männchen“ zum Gebäude des Medschlis in Simferopol, etwa 40 Mann. Zu dem Zeitpunkt waren nur Frauen im Gebäude. Auf dem Gebäude hingen bis zur Annexion immer zwei Flaggen: die krimtatarische und die ukrainische. Ich habe gesehen, wie diese Gruppe eine Leiter aufstellte, um die Flaggen herunter zu reißen. Ich sagte diesen Menschen, sie sollen nicht mal dran denken, die ukrainische Flagge anzufassen. Sie antworteten mir zunächst mit unanständigen Schimpfwörtern und dann auch mit physischer Gewalt. Uns wurden die Arme auf den Rücken gedreht, die Handys aus den Händen gerissen. Ein junger Mann ging vorbei, er wollte uns schützen, da er sah, dass Frauen angegriffen werden. Aber er wurde mit dem Gesicht nach unten auf den Boden geworfen, ihm wurden die Arme auf den Rücken gedreht. Sie rissen die ukrainische Flagge runter und bespuckten sie. Und dann hissten sie ihre eigene.

Aus einem Interview mit Lilia Muslimowa

Eine abrupte Erwärmung der Beziehung des offiziellen Kyjiw zum Medschlis fand nach dem Sturz von Janukowytschs Regime und dem Machtantritt demokratischer Kräfte statt. Am 20. März 2014 erkannte das ukrainische Parlament mit einer Verordnung den Kurultai als *Oberstes Vertretungsorgan des krimtatarischen Volkes* und den Medschlis als sein Exekutivorgan an. Im Gegenzug zum endgültigen Verbot des Medschlis durch die russische Besatzungsverwaltung verabschiedete die Werchowna Rada der Ukraine am 5. Oktober 2016 einen Appell an das EU-Parlament, die NATO, die PACE, die OSZE und die Parlamente ausländischer Staaten, in dem sie dazu aufrief, diese rechtswidrige Entscheidung zu verurteilen und nicht anzuerkennen.

Das Ur-Volk und die nationale Autonomie

Unveränderte Ziele der krimtatarischen Nationalbewegung in der unabhängigen Ukraine sind nach wie vor die gesetzliche Festlegung des Status eines indigenen Volkes und die Selbstbestimmung in Form einer national-territorialen Autonomie auf der Krim.

Im beständigen Streben nach einer eigenen nationalen Autonomie kann man das Resultat eines langjährigen Verbleibs in der Rolle eines Staatsvolkes in der Vergangenheit, einen entwickelten staatlichen Instinkt und eine hohe Fähigkeit zur Selbstorganisation bei den Krimtataren erkennen. Eine weitere, überzeugendere Erklärung ist die äußerst traumatische historische Erfahrung dieses Volkes im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts. Die Diskriminierung und Entvölkerung im Russischen Imperium, die Repressionen und die Deportation in der Sowjetunion — diese tragische Ereignisse werden von Krimtataren als Folge der Nichtexistenz eines eigenen Staates wahrgenommen.

Bei der Volkszählung 2001 machten die Krimtataren nur 12% der Bevölkerung der ARK aus. In den Grenzen der gesamten Krim ist dieser Prozentsatz wegen der äußerst kleinen Anzahl von Krimtataren in Sewastopol noch kleiner. Da diese Nationalität weder die absolute noch die relative Mehrheit auf der Krim (und in jedem einzelnen administrativen Bezirk der ARK) besitzt, lassen die Prinzipien der *Mehrheitsdemokratie* ihnen keine Möglichkeit für Verwirklichung der Idee einer nationalen Autonomie.

In Anbetracht dessen beschloss die krimtatarische Nationalbewegung, sich der Möglichkeiten des **internationalen Rechts zum Schutz von indigenen Völkern** zu Nutze zu machen. Nach Meinung der Forscherin zur krimtatarischen Frage Natalia Belizer ist der Unterschied zwischen den Begriffen „*indigenes Volk*“ und „*nationale Minderheit*“ ausschlaggebend. Ein indigenes Volk hat keinen ethnisch verwandten Staat außerhalb der Grenzen seines Aufenthaltslands. Die nationale Minderheit dagegen vertritt einen Teil eines Volkes, das sein Recht auf nationale Selbstbestimmung in einem anderen Staat bereits verwirklicht hat. Für den Status eines indigenen Volkes sind weder die Quantität noch die Aufenthaltsdauer auf dem Territorium wichtig. Darum können weder Russen, die die Mehrheit auf der Krim ausmachen, noch die Griechen, die noch in der Antike auf die Halbinsel kamen, den Status eines indigenen Volkes beanspruchen, da außerhalb der Grenzen der Krim die souveränen Staaten Russland und Griechenland existieren. Die indigenen Völker der Krim sind die Krimtataren und die kleinen Völker der Karäer und Krimtschaken, da sie sich als Ethnien auf der Krim bildeten und keine andere Heimat außerhalb der Grenzen der Halbinsel haben.



Krimitataren auf einer Kundgebung zum Tag des Gedenkens der Opfer der Deportation. Simferopol, 18. Mai 2013.

Internationale Organisationen (UNO, ILO, OSZE) erkennen in der Regel die Notwendigkeit eines größeren Schutzes für indigene Völker an, da diese keine Vorzüge genießen, die denjenigen nationalen Minderheiten zugänglich sind, die Hilfe von ihren Herkunftsländern oder verwandten Staaten bekommen. Zu den exklusiven Rechten der indigenen Völker gehört auch das Recht auf innere Selbstbestimmung und Selbstverwaltung. Natalia Belizer und andere Forscher betonen, dass gerade das indigene Volk das Recht auf Selbstbestimmung auf der Halbinsel hat, und nicht die russische ethnische Mehrheit oder ein sogenanntes *multinationales Volk der Krim*, in dessen Namen die russischen Besatzer im Februar-März 2014 auftraten.

Diese Interpretation der Situation erlaubt dem Medschlis, die Möglichkeit und die Notwendigkeit der Umwandlung von ARK in **eine krimtatarische nationale Autonomie** zu begründen. Die garantierte Teilnahme von Krimitataren an der Verwaltung der Autonomie kann man mit Hilfe der Einrichtung von

Behörden auf Basis einer *Konsens-Demokratie*, der Einführung von nationalen Quoten und eines Vetorechts der Vertreter des indigenen Volkes sicherstellen.

Die Frage über die Perspektive der Schaffung einer krimtatarischen Autonomie ist eine der strittigsten. Laut den Resultaten einer Umfrage, die vom Ilka-Kutscheriwa-Fonds „Demokratische Initiativen“ zusammen mit der soziologischen Abteilung des Rasumkow-Zentrums vom 16. bis 22. August 2018 durchgeführt wurde, unterstützt die Hälfte der Ukrainer die Schaffung einer krimtatarischen Autonomie. 28% der Befragten unterstützen diese Perspektive nicht. Während aber die Träger prorussischer Stimmungen prinzipiell eine solche Möglichkeit ausschlagen, so sind die Meinungen der Patrioten der Ukraine geteilt.

Ein Teil der Ukrainer tritt gegen die Gewährung einer Autonomie der Krim mit genauen ethnopolitischen Grundlagen auf, da eine neue Wendung des Separatismus befürchtet wird, also der Absicht, sich von der Ukraine abzutrennen und einen souveränen krimtatarischen Staat auf der Krim zu gründen. Derartige Befürchtungen füttern die Idee der Umwandlung der ARK in ein gewöhnliches ukrainisches Verwaltungsgebiet *ohne jeglichen Sonderstatus*, wie dies von 1954 bis 1991 der Fall war. Eine weitere Befürchtung der nicht-krimtatarischen Bevölkerung der Krim bezieht sich auf die Verfassungsordnung der zukünftigen nationalen Autonomie. Nicht alle sind mit dem Zugeständnis von Privilegien für die Krimtataren und der Einführung des Prinzips *einer positiven Diskriminierung (affirmative action)* im Bereich der Staatsführung einverstanden.

Natürlich bleiben noch immer Menschen auf der Krim, die risikobereit sind, die ihre Ansichten direkt ausdrücken, sich mit der Regierung nicht einverstanden erklären, sich mit westlichen Journalisten treffen. Das ist ihre bewusste Wahl. Die Mehrheit von ihnen sind Krimtataren. Andererseits findet eine allmähliche Islamisierung dieser Bewegung statt. Wenn sich Russland weiterhin an seine harte Linie in Bezug auf die Krimtataren halten wird, ist die Radikalisierung dieser Bewegung möglich — dieses Risiko gibt es.

Aus einem Interview mit einem westlichen Journalisten, der periodisch auf der Krim arbeitet

Die Anhänger der Bildung einer nationalen Autonomie auf der Krim streiten die Bedrohung eines krimtatarischen Separatismus in der Ukraine ab. Sie appellieren an das internationale Recht, das die innere (die im Rahmen des existierenden unabhängigen Staates realisiert wird) und äußere Selbstbestimmung trennt. In internationalen Dokumenten, bei denen es um die Rechte der indigenen Völker geht, wird stets betont, dass das Recht auf Selbstbestimmung *„jegliche Handlungen, die zur Zergliederung oder der teilweisen oder vollständigen Verletzung der territorialen Integrität und politischen Einheit von souveränen und unabhängigen Staaten führen“* weder erlaubt noch fördert.

Für die Ukraine gibt es auch einen pragmatischen Nutzen der Einführung einer nationalen Autonomie für das indigene Volk. Es besteht in einer zusätzlichen Möglichkeit, die internationale Gemeinschaft bei der De-Okkupation der Krim auf ihre Seite zu ziehen. Die krimtatarische Frage erweckt die Aufmerksamkeit führender internationaler Organisationen und einflussreicher Staaten. Das Problem der Diskriminierung und Verfolgung von Krimtataren durch die russische Besatzungsverwaltung liegt im Wahrnehmungsbereich der UN-Generalversammlung, der OSZE, der parlamentarischen Versammlung des Europarats, der Europäischen Union usw. Das Vorgehen Russlands auf der besetzten Krim widerspricht auf direkte Art und Weise den Prinzipien des internationalen Rechts, insbesondere den Bestimmungen der **UN-Deklaration über die Rechte der indigenen Völker (2007)**.

Im Artikel 30 der Deklaration heißt es: *„In dem Land oder den Gebieten indigener Völker dürfen keine militärischen Aktivitäten stattfinden, es sei denn, sie sind auf Grund eines erheblichen öffentlichen Interesses gerechtfertigt oder sie wurden mit den betroffenen indigenen Völkern frei vereinbart oder von ihnen gefordert. Die Staaten führen mit den betroffenen indigenen Völkern mittels angemessener Verfahren und insbesondere über ihre repräsentativen Institutionen wirksame Konsultationen, bevor sie ihr Land oder ihre Gebiete für militärische Aktivitäten nutzen“*. Demzufolge hatte Russland kein Recht auf eine militärische Einnahme der Krim und die nachfolgende Militarisierung der besetzten Halbinsel ohne das Einverständnis des Medschlis.

Nach 2014 wird die Frage über die Gewährung des Status eines indigenen Volkes für die Krimtataren und die Umwandlung der ARK in eine nationale Autonomie ernsthaft im Kontext der ukrainischen Gesetzgebung und mit Entwürfen für Verfassungsänderungen betrachtet. Beim ukrainischen Parlament liegen bereits einige Gesetzentwürfe zur Prüfung vor.

GEHÖRT SEWASTOPOL NICHT ZUR KRIM?

Das Schwarzmeer-Bollwerk

Das administrative Zentrum der Krim war seit dem Ende des 18. Jahrhunderts faktisch ununterbrochen Simferopol. Aber das küstennahe Sewastopol als Hauptstützpunkt der Schwarzmeerflotte genoss besondere Rechte: Seine Bedeutung ging über den Rahmen eines rein auf die Krim bezogenen Kontexts weit hinaus.

Heute ist Sewastopol *die größte Stadt auf der Halbinsel Krim, was Fläche und Bevölkerungszahl angeht*. Sie liegt an der Küste der geschützten Bucht von Sewastopol und ihrer zahlreichen Verzweigungen. Sewastopol entwickelte sich rasant, sowohl durch städtische Bebauung als auch durch administrative Eingemeindung umliegender Siedlungen. Die städtische Bebauung bedeckt allmählich die gesamte Herakles-Halbinsel, die durch die Buchten von Sewastopol und Balaklawa von der restlichen Krim abgetrennt ist.

Die erste bedeutende administrative Erweiterung von Sewastopol fand 1939 statt. Damals wurden Territorien im Norden der Bucht von Sewastopol mit einer langen Küstenlinie und der Umgebung des Dorfes Katscha der Stadt angeschlossen. Noch weiter vergrößerte sich Sewastopol durch die Einbeziehung des Bezirks Balaklawa im Verwaltungsgebiet Krim (1957). Die Eingemeindung von Balaklawa wird gewöhnlich mit dem Bau eines Geheimobjekts im Berg Tauros in Verbindung gebracht — einer Fabrik, eines Nukleararsenals und einer Basis für U-Boote.

In den 2000ern wurde in den verlassenen Tunnels ein Museum des Kalten Krieges eröffnet. Nach der Annexion der Krim erschienen Meldungen, Russland erwäge angeblich die Möglichkeit, die unterirdische Militärbasis wieder instandzusetzen.

Nach allen Erweiterungen beträgt nun die Fläche des Territoriums, die den Sewastopoler Behörden untersteht, **1079 km²**, was selbst die Fläche von Kyjiw übersteigt. Somit kann Sewastopol als die größte Stadt der Ukraine gelten. Wobei den Großteil seines Territoriums Berge, Weingärten und Buchten einnehmen. Sewastopol ist in vier administrative Bezirke eingeteilt, in deren Grenzen weitere 30 Dörfer und Siedlungen sowie eine Stadt (Inkerman) liegen.

Zu Sowjetzeiten gehörte Sewastopol zur ASSR Krim und dem Verwaltungsgebiet Krim. Wie viele andere strategisch wichtige Ortschaften der Sowjetunion war die Stadt lange Zeit eine sogenannte geschlossene Stadt.

Der Zugang von sowjetischen Bürgern aus anderen Städten sowie von Ausländern war nur bei Vorlage von Erlaubnispapieren möglich. Die Einschränkungen für den Zugang und den Aufenthalt in Sewastopol wurden erst im Dezember 1995 endgültig abgeschafft. Bereits nach der Besetzung der Krim 2014 begannen in der russischen Öffentlichkeit Diskussionen darüber, ob der einstige Status von Sewastopol als einer geschlossenen Stadt nicht wiederhergestellt werden sollte.

Bei einer großen Anzahl von Einwohnern, die mit den Streitkräften und dem militärischen Industriekomplex in Verbindung stehen, bildete der Status einer geschlossenen Stadt sowie die Propaganda, die das heroische Bild von Sewastopol lobpries, eine besondere Mentalität aus. Vielen

Sewastopolern ist Militarismus, Nostalgie im Bezug auf Sowjetunion und ein russisch-nationaler Chauvinismus eigen. Sewastopol gehört zu den „Anführer“-Städten der Ukraine, was die Anzahl der Kriegsdenkmäler angeht. Die Bildung, die Medien, der öffentliche Raum — alles erinnert die Einwohner und ihre Gäste daran, dass Sewastopol eine *Heldenstadt* ist. Dieser sowjetische Status wurde einst 12 Städten und einer sowjetischen Festung zugewiesen, die sich zu Zeiten des Zweiten Weltkriegs besonders ausgezeichnet hatten.

Im Unterschied zur restlichen Krim gibt es in Sewastopol viel weniger Raum für einen zwischenkulturellen Dialog. Zum Beispiel wenn in der Autonomen Republik Krim laut der Volkszählung 2011 die Krimtataren 12% der Bevölkerung ausmachten, so belief sich diese Zahl in Sewastopol auf weniger als 0,5% (*Dabei sollte man anmerken, dass die Territorien der ehemaligen Bezirke Balaklaw, Kujbyschew und Bachtschyssaraj in der ASSR Krim einen bedeutenden Teil von Sewastopol bilden, die bis zur Deportation 1944 den Status nationaler krimtatarischer Territorien genossen*). In der Sewastopoler Öffentlichkeit sind lokaler Patriotismus und eine Abneigung gegen „Zugezogene“ verbreitet. Dabei sind viele dieser



Die Herakles-Halbinsel

Lokalpatrioten selber einst aus anderen Orten nach Sewastopol gezogen. Nach Angaben der Volkszählung 2001 waren nur 41,4% Menschen, die zu der Zeit in Sewastopol wohnhaft waren, Einheimische. 24,5% sind in anderen Regionen der Ukraine geboren, hauptsächlich auf der Krim, und 29% sind aus verschiedenen Regionen Russlands gekommen.

Über den Kopf des Stadtrats hinweg stellten die Moskauer Behörden Geld für allerlei russische Feste („Das russische Wort“, „Schreiben auf Russisch“), Konzerte mit russischen Popsängern bereit ... Eine bedeutende Rolle in der Popularisierung alles Russischen spielte die Eröffnung einer Filiale der Moskauer Staatsuniversität in der Stadt. Ein anderes Nest des Separatismus war die Admiral-Lasarew-Bibliothek, in der sich Reservisten der russischen und sowjetischen Armee versammelten. Im Nachhinein organisierten gerade diese Reservisten die Blockaden gegen unsere ukrainischen Militäreinheiten.

**Aus einem Interview mit einer anonymen
Gesellschaftsaktivistin aus Sewastopol**

Die Frage über den Status

Die Diskussionen über den Status und die staatliche Zugehörigkeit von Sewastopol riefen bereits in den 1990ern einmal größere Spannungen hervor, nämlich im Zusammenhang mit der Frage der Autonomie der Krim. Der Grund dafür lag in der Rolle dieser Stadt als Hauptstützpunkt der Schwarzmeerflotte der ehemaligen UdSSR.

Zur Begründung des gewünschten Status von Sewastopol stellten russische politische Kreise eine These auf, dass *Sewastopol 1954 nicht zusammen mit dem Verwaltungsgebiet Krim an die Ukraine übergeben wurde* und es somit während der gesamten Zeit zu Russland gehörte. Als Begründung für diese These wurden administrative Entscheidungen von 1948 genannt, die nach Meinung der beschriebenen politischen Kreise eine Ausgliederung der Stadt Sewastopol aus dem Verwaltungsgebiet Krim bedeuteten. So war Sewastopol laut einem Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der Russischen SFSR vom **28. Oktober 1948** „Über die Ausgliederung von Sewastopol in ein selbstständiges



Der Berg Tauros mit dem Eingang zum unterirdischen Objekt für U-Boote. Balaklava, zeitgenössisches Foto.

administrativ-wirtschaftliches Zentrum“ der Kategorie der republikunmittelbaren Städte zugeordnet worden.

In Wirklichkeit bewirkte die Entscheidung von 1948 keine Bildung einer gesonderten administrativ-territorialen Einheit. Der Begriff „*selbstständiges administrativ-wirtschaftliches Zentrum*“ und „*republikunmittelbare Stadt*“ waren in keiner Weise in der Gesetzgebung der Sowjetunion festgelegt. Sewastopol blieb wie früher Teil des Verwaltungsgebiets Krim, darauf weisen viele Anzeichen hin. Zum Beispiel waren die Sewastopoler Behörden und das Staatskomitee der Kommunistischen Partei nach wie vor den entsprechenden Gebietsstrukturen der Krim untergeordnet. Die Einwohner von Sewastopol wählten Abgeordnete in den Gebietssovet der Krim. Es hatte sich nur das Prinzip der Finanzierung geändert: Sewastopol wurde direkt aus dem Budget der Republik finanziert. Folgerichtig wurde Sewastopol nicht in den Texten der Entscheidungen von 1954 erwähnt, da sie es zu den gleichen Bedingungen wie andere Städte der Krim an die Ukraine übertragen wurde.

Die Zugehörigkeit Sewastopols zur Ukraine nach 1954 wird unmittelbar durch die **Verfassung der Ukrainischen SSR von 1978** bestätigt. Darin werden als republikunmittelbare Städte *Kyjiw* und *Sewastopol* genannt, während in der Verfassung der Russischen SFSR von 1978 als republikunmittelbare Städte *Moskau* und *Leningrad* erwähnt werden.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurde die Zugehörigkeit Sewastopols zur Krim und der Ukraine als selbstverständlich behandelt. Die Einwohner der Stadt nahmen am gesamtukrainischen Referendum vom 1. Dezember 1991 teil. Die Unabhängigkeit der Ukraine wurde von 57% der Sewastopoler Einwohner unterstützt. Am selben Tag nahmen sie auch an den ersten Präsidentschaftswahlen teil. In der Verfassung der Republik Krim in ihren Fassungen vom 6. Mai und dem 25. September 1992 wurde Sewastopol als *ein konstituierender Teil* der Krim anerkannt.

Die Versuche, die Zugehörigkeit von Sewastopol zur Ukraine unter Berufung auf die Entscheidungen von 1948 anzuzweifeln, begannen nach der Niederlage der Initiative zur Ausrufung der Unabhängigkeit der Krim. Im Dezember 1992 wurde die Frage über den Status der Stadt bei der VII. Versammlung der Volksdeputierten Russlands abgehandelt. Die Versammlung zog die Argumente zugunsten der Zugehörigkeit von Sewastopol zu Russland in Betracht und beauftragte den Obersten Rat Russlands, eine entsprechende Entscheidung vorzubereiten. Die Anordnung „Über den Status der Stadt Sewastopol“ verabschiedete **das russische Parlament am 9. Juli 1993**. Mit der Bestätigung eines „russischen föderalen Status“ Sewastopols beauftragte der Oberste Rat Russlands die russische Regierung, Verhandlungen mit der ukrainischen Seite aufzunehmen.

Zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bezüglich Sewastopol befanden sich die Versammlung der Volksdeputierten und der Oberste Rat Russlands in einem Konflikt mit dem russischen Präsidenten Jelzin (Der Höhepunkt dieser Konfrontation fand im Oktober 1993 statt, als auf Befehl Jelzins Sondertruppen aus Truppen des Innenministeriums und die Armee gegen das Parlament eingesetzt wurden). Die Entscheidungen der russischen Abgeordneten über Sewastopol standen dem Kurs Jelzins und der russischen Regierung bei Verhandlungen mit der Ukraine bezüglich der Schwarzmeerflotte entgegen, darum wurde die genannte Anordnung nicht erfüllt. Die Ukraine verurteilte die Entscheidung des russischen Parlaments. Die russischen Abgeordneten wurden weder vom Obersten Rat der Krim noch vom Sewastopoler Stadtrat unterstützt.

Am 20. Juli 1993 focht die Ukraine die Anordnung bezüglich Sewastopol auf einer Sitzung *des UN-Sicherheitsrats* an. Der russische Vertreter bei der UNO Julij Woronzow überbrachte auf der Sitzung des Sicherheitsrats eine Erklärung des Präsidenten Jelzin, der zufolge er sich für die Entscheidung der russischen Abgeordneten schämte. Am Ende gab der UN-Sicherheitsrat eine Erklärung ab, in der er die Einhaltung der territorialen Integrität der Ukraine bestätigte und die Entscheidung des russischen Parlaments für ungültig erklärte. Es muss

angemerkt werden, dass der UN-Sicherheitsrat 2014 aufgrund des Vetorechts des russischen Vertreters keine einzige Entscheidung zur Besetzung der Krim verabschieden konnte.

Die Aktivität russischer Abgeordneter fand auch auf der Krim Zuspruch. So verabschiedete der Sewastopoler Stadtrat am 23. August 1994 eine Entscheidung über den russischen Rechtsstatus Sewastopols. Diese Entscheidung wurde von der Werchowna Rada der Ukraine als verfassungswidrig annulliert.

Nach dem Sieg Jelzins über den Obersten Sowjet Russlands und seine Anhänger in Russland fand eine Reorganisation des Parlaments statt. In der neuen Verfassung Russlands, die am 12. Dezember 1993 angenommen wurde, gab es keinerlei Erwähnung Sewastopols. Aber selbst danach ließ das russische Parlament nicht von Versuchen ab, die Frage der staatlichen Zugehörigkeit dieser Stadt aufzugreifen. Ende 1996 gaben beide Kammern der Föderalen Versammlung der Russischen Föderation mit Erklärungen in dieser Angelegenheit ab, aber die Abgeordneten fanden erneut keine Unterstützung seitens der Exekutive. Am 25. Dezember desselben Jahres erklärte das Außenministerium Russlands gegenüber den russischen Abgeordneten, dass die Frage über den Status von Sewastopol kein Gegenstand von Verhandlungen mit der ukrainischen Seite sei und der Erlass von 1948 keine neue administrativ-territoriale Einheit aus dem Verwaltungsgebiet Krim herausgelöst habe.

Im Laufe der Jahre 1997–2003 stellten die obersten Behörden Russlands wegen Sewastopol und der Krim offiziell keine territorialen Ansprüche an die Ukraine.

Die administrative Ausgliederung von Sewastopol aus der Krim fand nicht 1948, sondern erst 1995 statt. Im Gesetz der Ukraine vom 17. März 1995 „Über die Autonome Republik Krim“ wurde Sewastopol *als eine administrativ-territoriale Einheit gesamtstaatlicher Unterordnung, die nicht zur Autonomen Republik Krim gehört*, bestimmt. Im nächsten Jahr wurde diese Entscheidung in der Verfassung der Ukraine festgelegt (angenommen am 28. Juni 1996). Sewastopol und Kyjiw wurden der Kategorie der Städte *mit einem Sonderstatus* zugeordnet. Die Behörden der Krim strebten noch eine Zeit lang danach, Sewastopol im Herrschaftsbereich der ARK beizubehalten. Unter der Bedingung, dass der Anschluss des Hauptstützpunktes der Schwarzmeerflotte an Russland unmöglich zu erreichen war, bevorzugten es die prorussischen Kräfte, Sewastopol als Teil der Krimer Autonomie zu sehen. Aber die Werchowna Rada der Ukraine strich die Erwähnung dieser Stadt aus dem Text der Verfassung der Krim, die am 1. November 1995 in Simferopol angenommen wurde. In der Endversion der Verfassung der ARK vom 21. Oktober 1998 wird nur angegeben, dass bei

der Werchowna Rada der Autonomen Republik Krim (der neue Name des Parlaments der Krim) eine Vertretung der Stadt Sewastopol agieren könne.

Während der Ereignisse von 2014 erschien die Frage über den Status von Sewastopol erneut auf der Agenda. In ihrer verfassungswidrigen Entscheidung über die Ausrufung der Unabhängigkeit vom 17. März 2014 hatte die Werchowna Rada der ARK Sewastopol der „Republik Krim“ „angeschlossen“ und seinen Sonderstatus erwähnt. Aber nach der Annexion der Krim hat Russland die besetzten Territorien der ARK und Sewastopol administrativ nicht vereint. Stattdessen wurde die Besatzungsverwaltung in Form von zwei Subjekten Russlands ausgefertigt: der „Republik Krim“ und der „Stadt föderaler Bedeutung Sewastopol“. Diese administrative Formationen gehörten zunächst dem „Russischen Föderationskreis Krim“ an und gingen 2016 im Föderationskreis Südrussland mit dem Zentrum in Rostow-am-Don auf.

Die Stadtverwaltung

Der Sonderstatus von Sewastopol innerhalb der Ukraine äußert sich nicht nur durch die administrative Abgetrenntheit von der ARK, sondern auch durch Besonderheiten der Organisation der lokalen Behörden. In dieser Hinsicht erinnert Sewastopol mehr an *ein Verwaltungsgebiet* oder einen *Bezirk*, aber nicht an eine *Stadt*. In anderen Städten der Ukraine ist der höchste Amtsträger das Stadtoberhaupt, also ein Stadtbürgermeister, der von der Stadtgemeinde in direkten Wahlen gewählt wird. Das Stadtoberhaupt steht an der Spitze des *Exekutivkomitees* des Stadtrats. Aber in Sewastopol sowie in Verwaltungsgebieten und Bezirken der Ukraine wird die Exekutive nicht durch ein Exekutivkomitee des Stadtrats ins Amt gerufen, sondern durch die lokale *Staatsverwaltung*. Die Vertreter von lokalen staatlichen Verwaltungen werden durch den Präsidenten der Ukraine ernannt.

So stellt die Exekutive in Sewastopol nicht ein durch die Bevölkerung gewählter Bürgermeister, sondern ein durch den Präsidenten der Ukraine ernannter Vertreter der **städtischen Staatsverwaltung in Sewastopol** dar.

Diese Praxis kam noch im März 1992 zustande, als ein Institut der *Vertreter des Präsidenten der Ukraine* eingeführt wurde, die lokale staatliche Verwaltungen in Verwaltungsgebieten, Bezirken, in Kyjiw und Sewastopol (sowie in administrativen Bezirken von Kyjiw und Sewastopol) anführten. Später wurden die Funktionen der Präsidentenvertreter von den Oberhäuptern der lokalen Verwaltungen übernommen.

Erster Vertreter des Präsidenten in Sewastopol war 1992 Iwan Jermakow. Die Entscheidung, die Beamten zentral zu ernennen, war gerechtfertigt unter

Einbeziehung der Besonderheit der Stadt — einer Basis der „gemeinsamen“ und später der russischen Schwarzmeerflotte. Aber in der Praxis wurden die Oberhäupter der städtischen Staatsverwaltung in Sewastopol hauptsächlich aus den Reihen lokaler Politiker ernannt, des Öfteren mit prorussischer Gesinnung.

Nur einmal gab es in Sewastopol ein bei allgemeinen Wahlen gewähltes Stadtoberhaupt. Seine Erscheinung wurde durch die Verabschiedung des Gesetzes der Ukraine vom 3. Februar 1994 „Über die Bildung von lokalen Behörden der Macht und Selbstverwaltung“ möglich. Dieses Gesetz sah eine Übergabe der Befugnisse der städtischen Staatsverwaltung in Sewastopol an das Exekutivkomitee des Stadtrats in Sewastopol vor — nachdem bei allgemeinen Wahlen ein Stadtoberhaupt von Sewastopol gewählt werden würde. Bei den Wahlen, die am 24. Juni 1994 stattfanden, gewann der damalige Vorsitzende des Sewastopoler Stadtrats **Wiktor Semenow**.

Die städtische Staatsverwaltung in Sewastopol wurde aufgrund des *Verfassungsvertrags* zwischen dem Parlament und dem Präsidenten der Ukraine vom 8. Juni 1995 wiederhergestellt. Dieses Dokument legte die Hauptprinzipien der Organisation und Funktionsweise der Staatsmacht und lokaler Selbstverwaltung für die Zeit bis zur Verabschiedung der neuen Verfassung der Ukraine fest. Am 19. Juli 1995 wurde der Posten des Bürgermeisters abgeschafft und Semenow wurde zum Vorsitzenden der städtischen Staatsverwaltung ernannt. Dabei behielt er auch den Posten des Vorsitzenden des Stadtrats in Sewastopol bei. Beide Posten besetzte der Politiker bis April 1998. Gerade unter dem Vorsitz von Wiktor Semenow verabschiedete 1994 der Stadtrat in Sewastopol die verfassungswidrige Entscheidung über den „russischen Rechtsstatus“ von Sewastopol.

Entsprechend der Verfassung der Ukraine, die am 28. Juni 1996 verabschiedet wurde, sollte der Status von Kyjiw und Sewastopol durch Sondergesetze festgelegt werden. Das Gesetz über Kyjiw wurde 1999 angenommen. Dieses sieht die Wahlen des Stadtoberhauptes durch allgemeine Wahlen vor sowie die Möglichkeit der zeitgleichen Ernennung des Bürgermeisters zum Vorsitzenden der städtischen Staatsverwaltung in Kyjiw. **Ein analoges Gesetz über Sewastopol wurde jedoch nie verabschiedet.**

Das Fehlen eines Bürgermeisteramts in Sewastopol rief Unmut in bestimmten politischen Kreisen der Stadt hervor. Prorussische Kräfte erklärten, *Kyjiw traue den Sewastopolern nicht zu, selbstständig einen Bürgermeister zu wählen*. Diese Stimmungen wurden während der Ereignisse im Februar 2014 ausgiebig genutzt, als ein selbsternannter „Volksbürgermeister“ namens **Alexej Tschalj** in Sewastopol auftauchte. Der damalige Vorsitzende der städtischen

Staatsverwaltung in Sewastopol, Volodymyr Jazuba, übergab seine Machtbefugnisse ohne großen Widerstand an Tschalyj und seine Anhänger.

Entsprechend dem russischen „Statut von Sewastopol“, nach dem die Stadt nun lebt, **fehlt nach wie vor der Posten eines Bürgermeisters**. Die erste Fassung des „Statuts“ (von 2014) sah die Wahl eines „*Gouverneurs der Stadt Sewastopol*“ durch die Abgeordneten der „Gesetzgebenden Versammlung von Sewastopol“ (de facto des Stadtrats) vor. Laut den Veränderungen im „Statut“ vom 29. November 2016 wird der „Gouverneur von Sewastopol“ bei allgemeinen Wahlen durch die Stadtbevölkerung gewählt. Wobei die formelle rechtliche Unabhängigkeit des „Gouverneurs“ durch das Recht des Präsidenten Russlands relativiert wird, ihn im Falle „unsachgemäßer Pflichtausführung“ abzusetzen. Es muss angemerkt werden, dass der Präsident der Ukraine keine analogen Befugnisse hinsichtlich der Stadtobehörten hat. Er kann die Behörden der lokalen Selbstverwaltung nur im Falle vorliegender Gründe zur Einführung einer militärisch-zivilen oder militärischen Verwaltung auflösen.

DIE FLOTTE – EIN TROJANISCHES PFERD AUF DER KRIM

Das Problem der Aufteilung der Schwarzmeerflotte 1992–1997

Die Marinestreitkräfte der UdSSR waren auf den Territorien der meisten Unionsrepubliken stationiert. Keinen Zugang zur offenen See und demzufolge auch keine Marinekomponente der Streitkräfte gab es nur in der Belarussischen, Moldauischen, Armenischen, Usbekischen, Kirgisischen und Tadschikischen SSR.

Ausschließlich auf dem Territorium der Russischen SFSR lagen die Pazifik- und die Nordseeflotte sowie der Leningrader Marinestützpunkt. Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurden sie automatisch Teile der Marinestreitkräfte Russlands. Die Kräfte der Baltischen Flotte waren aber auch in Estland, Lettland und Litauen stationiert; die der Schwarzmeerflotte in der Ukraine und Georgien, und auf das Erbe der Kaspischen Flotte hatten Aserbaidschan, Kasachstan und Turkmenistan einen Anspruch.

Die neue russische Führung wollte zunächst die Kontrolle über die Streitkräfte der ehemaligen Sowjetunion beibehalten, darunter auch über die Marinestreitkräfte. Im Januar 1992 erklärte das Oberhaupt des russischen Parlaments, Ruslan Hasbulatow, dass alle Flotten Russland gehören. Moskau

gelang es aber nicht, die Situation ohne jegliche Änderungen zu meistern: Die neuen Staaten erlangten immer größere Souveränität und begannen mit dem Aufbau ihrer eigenen Streitkräfte. Demzufolge war es nötig, das weitere Schicksal der Marinestreitkräfte der ehemaligen UdSSR außerhalb der Grenzen Russlands festzulegen. Die Lösung dieser Frage fand auf verschiedene Art und Weise statt:

- ◆ durch den Abzug der Marinestreitkräfte zu Stationierungsorten auf dem Territorium Russlands;
- ◆ durch die Teilung der Flotte zwischen Russland und einem anderen post-sowjetischen Staat;
- ◆ durch die Legalisierung der Anwesenheit der Marine Russlands auf dem Territorium eines anderen post-sowjetischen Staates.

Estland, Lettland und Litauen wählten den Weg des Aufbaus eigener Streitkräfte von null auf. Die Kräfte der Baltischen Flotte, sowie die Nordwestliche Truppengruppe (der ehemalige Baltische Militärbezirk) sollten vollständig nach Russland abziehen, was auch in den 1990ern stattfand. Die Marinestreitkräfte der baltischen Staaten erhielten Boote und Schiffe von Dänemark, Norwegen, Großbritannien, Schweden, Deutschland, Finnland, Niederlanden, Polen und den USA.

Kasachstan und Turkmenistan verzichteten zunächst auf die Pläne zum Aufbau eigener Marinestreitkräfte, indem sie ihren Schutz auf dem See an die russische Kaspische Flotte delegierten. Astana und Aschgabat haben ihre Einstellung erst in den 2000ern revidiert. Sie mussten ihre Marine ebenfalls von Null an aufbauen. Aserbaidshan dagegen hatte einen Anspruch auf einen Teil der Kaspischen Flotte der UdSSR. Nach einem Abkommen vom Juli 1992 wurde der Bestand der Flotte in einem Verhältnis 75:25 zugunsten Russlands geteilt. Aserbaidshan behielt auch den ehemaligen Hauptstützpunkt der Kaspischen Flotte der UdSSR in Baku bei. Zum Ende des Jahres 1992 hatte Russland seine Schiffe ins russische Astrachan abgezogen.

Tbilisi hatte einen Anspruch auf einen Teil der Schwarzmeerflotte, schaffte es bei Verhandlungen aber nicht, sich in einem russisch-ukrainischen Format durchzusetzen. Am Ende bekam Georgien nur denjenigen Teil der Schiffe und des Eigentums, den Russland ihm beim Abzug der Flotte nach Noworossijsk und an andere Stationierungsorte Ende 1992 hinterlassen hatte. Eine eigene Marine baute Georgien dann mit Hilfe von Griechenland, Bulgarien, der Türkei und der Ukraine auf.

Am schwierigsten und am längsten verliefen die russisch-ukrainischen Verhandlungen über das Schicksal der Schwarzmeerflotte. Die Ukraine begann



Das dieselelektrische U-Boot „Alrosa“, vor der Besetzung das einzig aktive U-Boot bei der russischen Schwarzmeerflotte, 13. März 1992. Der Besatzung des U-Boots wurde der Treueid auf das Volk der Ukraine abgenommen — das U-Boot blieb aber dennoch im Bestand der russischen Schwarzmeerflotte.

im Januar 1992 mit dem Aufbau eigener Streitkräfte auf der Basis der Militärbezirke Kyjiw, Odessa und dem Karpatenvorland, die auf ihrem Territorium lagen. Nach demselben Prinzip plante Kyjiw auch das Personal der Schwarzmeerflotte unter Eid zu nehmen, das in der Ukraine stationiert war, und dabei handelte es sich um den Hauptteil der Schwarzmeerflotte mit ihrem Hauptstützpunkt Sewastopol.

Bereits im Dezember 1991 nahmen die Marinesoldaten am Referendum zur Unterstützung des Gesetzes über die Verkündung der Unabhängigkeit der Ukraine und an den ersten Wahlen des ukrainischen Präsidenten teil.

Die Rechte von Kyjiw auf die Schwarzmeerflotte stützten sich darauf, dass die Stationierungsorte auf ukrainischem Territorium lagen. **Die Ukraine hatte seit jeher ihre eigenen militärischen Seetraditionen.** Seit dem 18. Jahrhundert waren die Ukrainer aktiv am Aufbau der Schwarzmeerflotte des Russischen Imperiums beteiligt. Nach dem Sturz des Zarentums 1917 entfaltete sich eine starke Bewegung unter den Schwarzmeer-Seeleuten für *eine Ukrainisierung*

der Flotte. Die nationale Regierung in Kyjiw bemühte sich ebenfalls um die Unterstellung der Schwarzmeerflotte. Am 29. April 1918 hisste die Mehrheit der Schiffe in Sewastopol auf Befehl des Flottenführers Michail Sablin die ukrainische Flagge. Die weiteren Ereignisse und der Verlust der Unabhängigkeit verhinderten am Anfang des 20. Jahrhunderts die Entstehung von nationalen Marinestreitkräften. Die formelle Zugehörigkeit der Flotte zur Ukraine wurde einige Zeit lang selbst von den Bolschewiken anerkannt, die 1919 *eine Rote Flotte der Ukrainischen SSR* organisiert hatten.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion wollte Russland weder die Schwarzmeerflotte noch die Stationierungsorte in der Ukraine (auf der Krim sowie in den Verwaltungsgebieten Odessa und Mykolajiw) der Ukraine überlassen. Damit wollte Russland seine militärische Anwesenheit auf dem Territorium dieser ehemaligen Unionsrepublik beibehalten, um die Möglichkeit eines Einflusses auf ihre innere und äußere Politik zu haben. Die Anfangsidee bestand darin, der Flotte einen übernationalen Status zu geben und diese zu *Vereinten Streitkräften der GUS (VS GUS)* zu machen.

Im Januar 1992 lehnte das prorussische Kommando der Schwarzmeerflotte es ab, dem Personal der Flotte einen Eid auf die Ukraine abzunehmen. Die Militärangehörigen einiger Truppenteile begannen den Eid in Eigeninitiative abzulegen, weswegen sie Repressionen seitens des Kommandos ausgesetzt waren (Dienstabsetzung, Versetzung in die Reserve, Vertreibung aus den Militärstädtchen mitsamt der Familien usw.). Zugleich nahm das Kommando der Schwarzmeerflotte den neu eingezogenen ukrainischen Staatsbürgern einen „Eid auf die GUS“ ab.

Im April desselben Jahres erreichte die Konfrontation bei der Flotte ein zwischenstaatliches Niveau: Die Präsidenten der Ukraine und Russlands versuchten jeder mit einem Erlass, sich die Schwarzmeerflotte zu unterstellen. Ein Ausweg aus dieser Patt-Situation waren Verhandlungen. Dieser Prozess dauerte bis zum Mai 1997 an. In den fünf Jahren schlossen die Seiten einige Abkommen ab, die die Zwischenergebnisse auf dem Weg der Festlegung des Status der Schwarzmeerflotte festhielten.

Im April 1992 begann man in Sewastopol mit dem Aufbau einer Marine der Ukraine. Offiziere, die ihren Dienst bei der Schwarzmeerflotte beendeten, wurden die Kaderbasis der neuen Marine. Die Mehrheit von ihnen war vorher vom prorussischen Kommando der Schwarzmeerflotte abgesetzt oder in die Reserve entlassen worden — für ihre Vereidigung durch die Ukraine. Allmählich vergrößerte die Ukraine den Personalbestand ihrer Marine, erweiterte die materiell-technische Basis und erhielt Schiffe — hauptsächlich neue, die auf den Werften in Mykolajiw, Kyjiw, Kertsch und Feodossija gebaut wurden.

Die Hauptabkommen, die sich auf den Status der Schwarzmeerflotte in der Ukraine beziehen:

Datum, Ort	Inhalt des Abkommens	Anmerkungen
29–30. April 1992, Odessa	Gemeinsames Kommuniqué der staatlichen Delegationen der Ukraine und Russlands über ein Moratorium auf einseitiges Vorgehen und über die Absicht, Arbeitsgruppen zur Vorbereitung eines Vertrags über die Flotte zu bilden	
23. Juni 1992, Dagomys	Abkommen zwischen den Präsidenten der Ukraine und Russlands über die weitere Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen. Es wurde die Wichtigkeit der Fortsetzung von Verhandlungen beim Aufbau der Marinestreitkräfte Russlands und der Marinestreitkräfte der Ukraine bestätigt. Das System der Stationierung und der Versorgung sollte auf der Grundlage eines Vertrags gewährleistet werden.	
3. August 1992, Jalta	Abkommen der Präsidenten der Ukraine und Russlands über die Prinzipien der Bildung der Marine der Ukraine und der Marine Russlands auf Basis der Schwarzmeerflotte. Die Flotte wird aus dem Bestand der Vereinten Streitkräfte der GUS abgezogen. Für die Zeit der Übergangsperiode bis 1995 ist die Flotte den Präsidenten der Ukraine und Russlands unterstellt, die ein gemeinsames Kommando ernennen. Nach der Beendigung der Übergangsperiode unterliegt die Flotte einer Aufteilung zwischen der Ukraine und Russland.	In Wirklichkeit blieb das Kommando der Flotte russisch.

17. Juni 1993, Moskau (Sawidowo)	Abkommen zwischen den Präsidenten der Ukraine und Russlands über unverzügliche Maßnahmen zum Aufbau einer Marine der Ukraine und einer Marine Russlands auf Basis der Schwarzmeerflotte. Der faktische Aufbau der Marine der Ukraine und der Marine Russlands auf Basis der Schwarzmeerflotte beginnt im September 1993 und wird in den Fristen beendet sein, die durch das Jalta-Abkommen vorgesehen sind. Die Flotte, die auf dem Territorium der Ukraine stationiert war, soll im Verhältnis 50:50 geteilt werden. Es ist die Festlegung vertraglicher Bedingungen der Stationierung der russischen Flotte in der Ukraine vorgesehen.	Das Abkommen sah eine Ratifizierung durch die Parlamente der Ukraine und Russlands vor - diese Ratifizierung wurde aber nie vollzogen.
3. September 1993, Massandra	Protokoll über die Regulierung des Problems der Schwarzmeerflotte, das von den Präsidenten der Ukraine und Russlands unterschrieben wurde. Innerhalb einer Frist von einem Monat sollten die staatlichen Delegationen die Fragen der Ausarbeitung eines Abkommens abarbeiten, das den Verkauf des ukrainischen Flottenanteils an Russland vorsah.	Das im Protokoll erwähnte Abkommen wurde nicht vorbereitet.
15. April 1994, Moskau	Abkommen zwischen den Präsidenten der Ukraine und Russlands über eine sukzessive Regulierung der Probleme der Schwarzmeerflotte. Nach der Aufteilung sollten 15-20 % der Flotte bei der Ukraine verbleiben. Die Marine der Ukraine und die Schwarzmeerflotte Russlands sollten getrennt stationiert sein. Die Parameter der Aufteilung sollten innerhalb von 10 Tagen vorbereitet werden.	Weitere Verhandlungen über die Parameter der Aufteilung endeten ergebnislos.
9. Juni 1995, Sotschi	Abkommen zwischen den Präsidenten der Ukraine und Russlands über die Schwarzmeerflotte. Es wurde die getrennte Stationierung der Marine der Ukraine und der Schwarzmeerflotte Russlands bestätigt. Hauptstützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte ist Sewastopol. Die Flotte sollte zwischen Russland und der Ukraine in einem Verhältnis von 81,7:18,3 geteilt werden.	

28. Mai 1997, Kyjiw	<p>Die Ministerpräsidenten der Ukraine und Russlands unterzeichneten drei Abkommen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Über die Parameter der Aufteilung der Schwarzmeerflotte; 2) Über den Status und die Bedingungen des Aufenthalts der Schwarzmeerflotte Russlands auf dem Territorium der Ukraine; 3) Über die gegenseitige Abrechnung in Verbindung mit der Aufteilung der Schwarzmeerflotte und ihrem Aufenthalt auf dem Territorium der Ukraine. Die Aufteilung der Flotte findet in dem Verhältnis, das im Abkommen von Sotschi festgelegt wurde, statt. Im Austausch für 31,7 % der Flotte (aus dem ukrainischen Anteil von 50 %) begleicht Russland 526.509.000 \$ der Staatsschulden der Ukraine. Das Abkommen über die Stationierung der Schwarzmeerflotte Russlands auf dem Territorium der Ukraine ist für die Dauer von 20 Jahren wirksam, unter automatischer Verlängerung in fünfjährigen Fristen bei einem Einverständnis beider Seiten. Die Summe der jährlichen Begleichung der Staatsschulden der Ukraine für die Stationierung der Schwarzmeerflotte Russlands in der Ukraine beträgt 97.750.000 \$. 	<p>Diese Abkommen wurden 1999 von den Parlamenten der Ukraine und Russlands ratifiziert.</p>
April 2010, Charkiw	<p>Abkommen zwischen den Präsidenten der Ukraine und Russlands über Fragen des Aufenthalts der Schwarzmeerflotte Russlands auf dem Territorium der Ukraine. Die Gültigkeitsdauer der Abkommen vom 28. Mai 1997 wurde auf 25 Jahre verlängert (bis 2042). Ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens senkt Russland den Preis für Gaslieferungen an die Ukraine auf 100 \$ pro Kubikmeter. Ab dem 28. Mai 2017 muss Russland eine Miete für die Stationierung der Schwarzmeerflotte Russlands in der Ukraine in Höhe von 100.000.000 \$ im Jahr zahlen.</p>	<p>Das Abkommen wurde von den Parlamenten der Ukraine und Russlands im selben Monat ratifiziert.</p>

Laut dem *Jalta-Abkommen von 1992* war für die Schwarzmeerflotte eine Aufteilung auf einen russischen und einen ukrainischen Teil vorgesehen. Für die Übergangszeit (bis 1995) sollte die Schwarzmeerflotte den Präsidenten der Ukraine und Russlands unterstellt sein, die ein gemeinsames Kommando ernennen. **Somit waren einige Jahre lang zeitgleich sowohl die Marine der Ukraine als auch die formell „gemeinsame“ russisch-ukrainische Schwarzmeerflotte auf der Krim stationiert.** Dadurch kam es zu einer paradoxen Situation, bei der die Ukraine das Hauptgewicht der finanziellen Versorgung der Schwarzmeerflotte auf sich nahm, ihre eigenen Staatsbürger zum Wehrdienst bei der Flotte entsandte und parallel dazu noch die eigene kleine Marine aufbaute.

In der Praxis wurde kein gemeinsames Kommando der Schwarzmeerflotte gebildet. Die Flotte wurde von Admiralen angeführt, die von Moskau ernannt wurden, ihre Loyalität gegenüber Russland beibehielten und eine offene oder heimliche antiukrainische Position einnahmen. Die Kommandeure der Schwarzmeerflotte, Igor Kasatonow und später Eduard Baltin, standen in engem Kontakt mit Abgeordneten des russischen Parlaments, die die Zugehörigkeit von Sewastopol zur Ukraine in Frage stellten. Die Schwarzmeerflotte leistete moralische und organisatorische Unterstützung für prorussische politische Gruppen auf der Krim.

Das Kommando der Schwarzmeerflotte behinderte das Personal der Einheiten, die den Wunsch äußerten, ihren Dienst bei der Marine der Ukraine fortzusetzen, und trat grundsätzlich entschieden gegen die Aufteilung der Flotte auf. Es kam sogar zu offenen Provokationen, als Abteilungen der Schwarzmeerflotte sogar mit der Einnahme von Militäreinheiten der Marine der Ukraine vorgingen. **Im Laufe von 1992 bis 1994 entstanden wegen der Ereignisse bei der Flotte mehrmals Situationen, die zu einem bewaffneten Konflikt zwischen der Ukraine und Russland hätten führen können.**

Der Prozess der Aufteilung der Schwarzmeerflotte zog sich in die Länge und war erst 1997 statt wie vorgesehen 1995 beendet. Die russische Seite, und zwar die Regierung des Präsidenten Boris Jelzin, war mit dem Prinzip der Aufteilung der Schwarzmeerflotte einverstanden, bestand aber bei Verhandlungen auf Bedingungen, die für Moskau von Vorteil waren. Die Opposition zu Jelzin, die sich in erster Linie im russischen Parlament konzentrierte, nahm eine radikale Position ein und forderte eine Abtrennung ukrainischer Territorien und die Aufrechterhaltung einer einheitlichen Schwarzmeerflotte unter der Flagge der Marinestreitkräfte Russlands.

Obwohl der Großteil der Schwarzmeerflotte auf dem Territorium der Ukraine stationiert war, und nicht in Russland, *einigten sich die Seiten auf einer*



Die Flagge der Marinestreitkräfte der UdSSR, unter der die „gemeinsame“ Schwarzmeerflotte bis zum Zeitpunkt ihrer Aufteilung zwischen der Marine der Ukraine und Russlands bleiben sollte.

*Aufteilung der Flotte im Verhältnis 50:50. Im Laufe der weiteren Verhandlungen wurde der ukrainische Anteil so lange verringert, bis der Anteil bei **18,3%** festgelegt wurde. Die Ukraine verzichtete auf die Aufteilung zu gleichen Teilen im Austausch gegen die Abschreibung eines Teils ihrer Staatsschulden für Lieferungen von Energieressourcen durch Russland (1993 wurden die Schulden der Ukraine bei Russland in einen Staatskredit in Höhe von 2,5 Milliarden Dollar umfirmiert). Schiffe, Militärsiedlungen, andere Objekte und Eigentum,*

die als Folge der Aufteilung der Schwarzmeerflotte für die Ukraine vorgesehen waren, gingen in das Eigentum der Marine der Ukraine über.

Bei den Verhandlungen stand auch akut die Frage des Stationierungsortes an. **Die russische Seite bestand auf der Festlegung des Status des Hauptstützpunktes der russischen Schwarzmeerflotte für Sewastopol.** Dabei forderten die Russen einen Abzug der Marine der Ukraine aus Sewastopol und sogar außerhalb der Grenzen der Krim. In diesem Falle hätte sich Sewastopol in eine de-facto russische Stadt verwandelt, selbst ohne einen formalen Rechtsakt—ähnlich dem, den die Abgeordneten des Obersten Rats Russlands im Juli 1993 angenommen hatten.

Schlussendlich einigten sich die Seiten auf eine gemeinsame Stationierung der Schwarzmeerflotte Russlands und der Marine der Ukraine in Sewastopol. In den endgültigen Abkommen von 1997 wurde festgelegt, dass die russische Schwarzmeerflotte an mehreren Standorten auf der Krim ihre Stützpunkte hat: Sewastopol, Hwardijske, Feodossija usw. Teile der Schwarzmeerflotte auf dem Festland der Ukraine (Odessa, Ismajil, Mykolajiw, Otschakow) gingen im Laufe von 1994–1995 an die Marine der Ukraine über.

Die Abmachungen von 1997 sahen eine Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim unter Bedingungen einer Pacht für 20 Jahre mit einer automatischen Verlängerung für jeweils fünf Jahre unter dem Einverständnis beider Seiten vor. Dabei beglich Russland die Pacht für das ukrainische Territorium nicht mit Geldzahlungen, sondern indem es jährlich einen Teil der Staatsschulden der Ukraine abschrieb. Eine Einschätzung des Marktpreises der Grundstücke und Immobilien wurde bis 2014 nicht vorgenommen, aber Experten

wiesen mehrmals darauf hin, dass die festgelegte Summe von 97.750.000 \$ im Jahr weitaus zu niedrig angesetzt worden war.

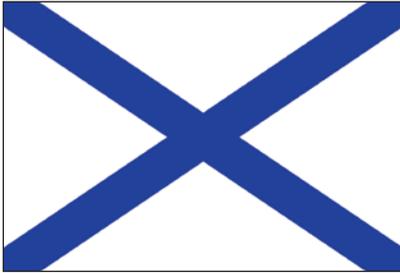
Die russische Flotte auf der Krim, 1997–2013

Im Laufe der Jahre 1997–2013 war die Schwarzmeerflotte auf dem Territorium der Krim ein bedeutender militärischer, politischer und sozial-humanitärer Faktor. In Übereinstimmung mit den Abmachungen von 1997 sollte der Personalbestand der Schwarzmeerflotte Russlands auf dem Territorium der Ukraine **25.000** Militärangehörige nicht überschreiten. In der Zeit bis 2013 fand bei der Flotte eine planmäßige Reduzierung mittels Entlassung in die Reserve, Abschaffung von Dienstposten und Ersetzung von bestimmten Dienstposten durch Zivilpersonal statt. 2014 dienten bei der Schwarzmeerflotte Russlands auf der Krim etwa 12.500 Mann.

Die wichtigste Bodenkomponente der Flotte war **die 810. selbstständige Marineinfanteriebrigade** (1998–2008 selbstständiges Marineinfanterieregiment), die in der Kasatschja-Bucht von Sewastopol (mit bis zu 2.000 Militärangehörigen) stationiert war. Im Februar 1992 begannen die Marineinfanteristen einen Eid auf die Ukraine abzulegen, aber das Kommando der Flotte blockierte diesen Prozess sofort. Das Bataillon unter dem Kommando von Witali Roschmanow,



Das Schiff SKR-112, das am 21. Juli 1992 zum Zeichen des Protests gegen die antiukrainische Tätigkeit des Kommandos der Schwarzmeerflotte aus Eigeninitiative eine Verlegung von Donuslaw nach Odessa vornahm. Die Versuche von Schiffen und Flugzeugen der Schwarzmeerflotte, das SKR-112 abzufangen, führten fast zu einer bewaffneten Konfrontation zwischen der Ukraine und Russland.



Die traditionelle Symbolik der russischen und ukrainischen Kriegsmarine wurde 1992 wiederbelebt. Die Geschichte der Andrejewski-Flagge der russischen Kriegsmarine (links) hat ihren Ursprung im Russischen Imperium. Die Geschichte der Seekriegsflagge der Ukraine (rechts) in den Zeiten der Nationalen Revolution 1917–1921.

bei dem 44% des Personalbestands einen Eid auf die Ukraine abgelegt hatten, wurde unverzüglich aufgelöst.

Desweiteren wurden die Marineinfanteristen die Hauptstütze des Kommandos der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim. *Die 810. Marineinfanteriebrigade wurde zu Provokationen gegen die Marine der Ukraine während der Aufteilung der Flotte herangezogen* (die Einnahme der Kommandantur der Sewastopoler Militäreinheit im Juli 1992) und beteiligte sich aktiv an der Besetzung der Krim 2014. Die Marineinfanteristen aus Sewastopol waren an russischen Kriegen in Tschetschenien, Georgien, Syrien und im Donbas beteiligt.

Die Typen und die Quantität der Waffen der russischen Schwarzmeerflotte, die sich auf dem Territorium der Ukraine befinden durften, wurden in den grundlegenden Vereinbarungen von 1997 festgelegt. Eine Rotation der Kräfte war in den Abmachungen nicht vorgesehen, und dies verwehrt der russischen Flotte auf der Krim die Möglichkeit einer Umrüstung und Modernisierung. Somit hoffte die Ukraine, diese ausländische militärische Formation allmählich von ihrem Territorium abzudrängen. Aber die Russen planten, lange auf der Krim zu bleiben, und sie forderten eine Abschaffung der Einschränkungen bei der Entwicklung der Schwarzmeerflotte.

Ungelöst blieb das Problem der Verifizierung der Tätigkeit russischer militärischer Formationen auf der Krim durch ukrainische Behörden. Den Vertretern der Ukraine wurde Zugang zu den wichtigen Objekten der Flotte verwehrt, sie konnten nicht feststellen, ob die russische Seite die Bedingungen der Abkommen erfüllte. Für Schiffe und Boote der Schwarzmeerflotte, die ihren permanenten Stationierungsort in Sewastopol hatten, galt lediglich das Prinzip der schriftlichen Benachrichtigung—sie brauchten keine Genehmigung, um die Staatsgrenze der Ukraine zu überqueren. Russische Schiffe unterlagen keiner Durchsuchung

Schwarzmeerflotte Russlands auf dem Territorium der Ukraine 1997–2013

STANDORTE DER HAUPTOBJEKTE

- Sewastopol (Stab, Schiffe, Marineinfanteriebrigade, Militärflugplatz (Katscha), andere Objekte, Dienste, Behörden, Unternehmen)
- Feodossija (Übungszentrum)
- Hwardijske (Militärflugplatz)
- Jalta (Fernmeldeposten, Militärhospital)
- Kap Opuk (Truppenübungsplatz)

FLÄCHE DER GEPACHTETEN GRUNDSTÜCKE

182,3 km²

33,1 km² - Gepachtete Fläche in Sewastopol

Zum Vergleich:

Fläche von Simferopol - **107,4** km²

Fläche von Jalta - **28,3** km²

IN SEWASTOPOL:

140 Objekte

3571 Gebäude

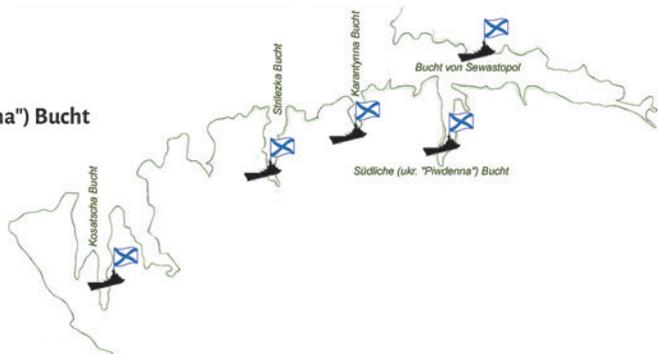
127 Anlegestellen

Länge der Anlegefront:

12 km (die Hälfte der in Sewastopol vorhandenen Gesamtfläche)

Standorte der Flotte:

- Bucht von Sewastopol
- Südliche (ukr. "Piwdenna") Bucht
- Karantynna Bucht
- Strilezka Bucht
- Kosatscha Bucht



seitens des Zoll- und Grenzdienstes der Ukraine. Das eröffnete Möglichkeiten für illegale Einfuhr verschiedener Frachtgüter. Zum Beispiel konnte Kyjiw nicht prüfen, ob Moskau das Abkommen über die Auslagerung von taktischen Nuklearwaffen aus der Schwarzmeerflotte auf der Krim einhielt. Einige Schiffe, Flugzeuge und Hubschrauber der Schwarzmeerflotte konnten solche Waffen tragen, und die Einschränkungen bei der Lagerung von Atomwaffen hatten sich nicht auf die russische Küste des Schwarzen Meeres erstreckt.

Das Fehlen von Kontrollmechanismen und Sanktionen führte zu **offenen Verletzungen der Gesetzgebung der Ukraine seitens der russischen Flotte**. Entgegen den Abkommen praktizierten die Russen eine Vermietung von Objekten auf der Krim in Form von Untervermietung. Die Schwarzmeerflotte hielt einige Grundstücke, Gebäude und Errichtungen unter ihrer Kontrolle. Unter anderem waren dies über 70 Objekte des Systems der nautisch-hydrografischen Versorgung, die die Russen trotz einiger Entscheidungen ukrainischer Gerichte nicht an die Ukraine übergeben hatten. Ein solches Objekt war das Funkortungssystem „Mars-75“ (Henitschesk, Verwaltungsgebiet Cherson) — ukrainische Militärangehörige hatten dieses System

erst am 26. März 2014 unter ihre Kontrolle genommen, nachdem Russland die Krim besetzt hatte.

Eine Schwachstelle der Abkommen war auch die Abwesenheit einer bestimmten Ordnung für den Einsatz der Schwarzmeerflotte in Krisensituationen. Die Ukraine und Russland waren keine Verbündeten. **Die Präsenz der russischen Streitkräfte auf ukrainischem Territorium machte Kyjiw zu einer Geisel der überzogenen aktiven militärischen Politik Moskaus**. Noch in der Zeit der Existenz der „gemeinsamen“ Flotte wurden Schiffe aus Sewastopol in die Zonen der bewaffneten



Marineinfanteristen aus der 810. Brigade der Schwarzmeerflotte in Sewastopol



Der Garde-Raketenkreuzer „Moskau“ — das Flaggschiff der russischen Schwarzmeerflotte

Konflikte in Abchasien und Megrelien (1992–1993) geschickt. Nicht alle Missionen wurden mit dem Verteidigungsministerium der Ukraine abgestimmt. Ohne jegliche Beratung mit Kyjiw wurde eine Aufklärungsabteilung des 810. Marineinfanterieregiments zu Kampfhandlungen während des Zweiten Tschetschenien-Krieges 1999–2000 hinzugezogen. Trotz der Proteste des Präsidenten der Ukraine Wiktor Juschtschenko nahmen die Schiffe der Schwarzmeerflotte aus Sewastopol aktiv am Krieg Russlands gegen Georgien 2008 teil. Die grundlegenden Vereinbarungen sahen eine Hauptpräsenzdauer der russischen Schwarzmeerflotte auf dem Territorium der Ukraine bis 2017 vor, mit der Möglichkeit einer Verlängerung. Während der Amtszeit von Leonid Kutschma und insbesondere von Wiktor Juschtschenko verheimlichte Kyjiw nicht, dass man mit dem Abzug der Flotte auf das russische Territorium in der durch das Abkommen vorgesehene Frist rechnete. Aber die Verlegung derart bedeutender Kräfte benötigte eine lange Vorbereitungsarbeit. Die vorhandenen Bedingungen in Noworossiysk und anderen Marinestützpunkten an der Schwarzmeerküste Russlands erlaubten es nicht, dort die Marinegruppierung von der Krim zu stationieren. **Moskau traf keinerlei Vorbereitungen für den Abzug der Flotte und demonstrierte Gewissheit, dass die Schwarzmeerflotte auf der Krim bleiben werde.** Die Beendigung der 20-jährigen Frist rückte näher, aber die Ukraine hatte keine Druckhebel auf die russische Führung.

Die Situation änderte sich mit dem Machtantritt des prorussischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch. Im Charkiwer Abkommen (2010) wurde die

Stationierungsfrist der Schwarzmeerflotte auf der Krim **bis zum Jahr 2042** im Austausch gegen eine Preissenkung für Gas verlängert. Das neue Abkommen löste keines der oben genannten Probleme, die mit der Präsenz der Flotte auf dem Territorium der Ukraine im Zusammenhang standen, außer dass darin festgelegt wurde, dass ab 2017 die Pacht mit Geld ausgezahlt werden sollte— und nicht durch Schuldenbegleichung. Nach der Einnahme der Krim im Frühling 2014 meldete **das russische Außenministerium die Auflösung der Abkommen von 1997 und 2010**. Die Ukraine dagegen beendete ihrerseits die Wirksamkeit der Abkommen nicht, da sie ihre Beibehaltung als zweckmäßig für die Klagen gegen Russland vor internationalen Gerichten betrachtete.

Noch vor den Ereignissen 2014 hatte die russische Schwarzmeerflotte einen bedeutenden Einfluss auf das gesellschaftliche Leben der Krim, vor allem von Sewastopol. Die Löhne von russischen Militärangehörigen überschritten um ein Vielfaches den Durchschnittslohn in der Stadt. Die Mehrheit der vom Dienst entlassenen Offiziere der russischen Schwarzmeerflotte blieb weiterhin in Sewastopol. Nach verschiedenen Einschätzungen lebten 2014 etwa 30.000 russische Ruheständler und ihre Familienmitglieder in Sewastopol. Unter ihnen war die Praxis verbreitet, die Staatsbürgerschaft der Ukraine zu beantragen, um das ganze Spektrum der Zivilrechte zu nutzen, inklusive des Rechts auf ukrainische Rente.

Die Schwarzmeerflotte war auch wirtschaftlich aktiv tätig, insbesondere schuf sie Arbeitsplätze, tätigte Einkäufe und ähnliches. Bei den Unternehmen, Einrichtungen und Organisationen der russischen Schwarzmeerflotte arbeiteten etwa 10% der beschäftigten Bevölkerung Sewastopols. Die lokalen Budgets wurden aus Steuerzahlungen der Flotte gespeist. Entsprechend den ukrainisch-russischen Abkommen beteiligte sich die Schwarzmeerflotte an Finanzierung im sozial-wirtschaftlichen Bereich ihrer Stationierungsorte. (Diese Mittel gingen hauptsächlich auf die Entwicklung der Infrastruktur, die die russischen Militärangehörigen selber nutzten.) Bis 2013 hatten die Bauunternehmen der Schwarzmeerflotte auf der Krim über 40 Wohnhäuser fertiggestellt und übergeben.

Die russische Propaganda jener Zeit behauptete, dass die russische Schwarzmeerflotte die wirtschaftliche Hauptstütze Sewastopols war, ohne die die Stadt nicht existieren könnte. **Tatsächlich war jedoch eine permanente Verringerung der wirtschaftlichen Rolle der Flotte spürbar**, denn in der Stadt entwickelte sich der Bereich der Dienstleistungen aktiv, nach Sewastopol kamen große Investitionen aus verschiedenen Quellen.

Aus dem Staatsbudget der Ukraine wurden Sewastopol jährlich Subventionen zur Kompensation von Einnahmeverlusten durch die Nichtnutzung der Objekte ausbezahlt, die von der russischen Schwarzmeerflotte angemietet wurden. Die Flotte litt unter einer chronischen Verschuldung im Bereich der Steuern und anderen Einnahmen (darunter auch der kommunalen) sowie einer Verschuldung bei den Lohnarbeitern. Die Bauführung der Schwarzmeerflotte erfüllte ihre Verpflichtungen gegenüber ihren Aktionären nicht in vollem Umfang.



Das Denkmal „Bestand der Russischen Flotte!“ in Sewastopol, das zu Ehren des 300. Jubiläums der Schwarzmeerflotte errichtet wurde

Die Küstenabteilungen der Schwarzmeerflotte waren in Militäreinheiten stationiert, die sehr dicht am Territorium Sewastopols lagen. Auf einem bedeutenden Teil der Gebäude im Stadtzentrum wehten bis 2014 russische Staatsflaggen. In der gesamten Stadt herrschten seit jeher Themen vor, die mit Ereignissen der russischen und sowjetischen Geschichte im Zusammenhang standen. 1996 wurde zu Ehren des 300. Jubiläums der russischen Flotte ein Denkmal im Zentrum von Sewastopol mit dem Slogan „Bestand der Schwarzmeerflotte!“ eröffnet. Insgesamt wurden seit 1993 auf Initiative der russischen Schwarzmeerflotte über 30 Denkmäler in Sewastopol eingeweiht.

Der Schwarzmeerflotte waren die städtischen kulturstiftenden Einrichtungen unterstellt: Versammlungshallen, Museen, Bibliotheken, das Theater, Vorschuleinrichtungen und eine Schule. 1999 wurde in Kasernen auf dem Gelände der Militärsiedlung der Schwarzmeerflotte eine Filiale der Moskauer Lomonossow-Staatsuniversität (MGU) eingerichtet. Einige orthodoxe Kirchen auf der Krim identifizierten sich selbst als „Flottenkirchen“ und waren mit der Symbolik der russischen Marine versehen.

Die Verbindung der ukrainischen Stadt mit der russischen Flotte wurde durch gemeinsame Feierlichkeiten und Festveranstaltungen kultiviert. So war der Tag der Russischen Marine (wird jährlich am letzten Sonntag des Juli gefeiert) sehr populär in Sewastopol. Unabdingbare Elemente des Festszenarios waren die



Eine Probe für den Tag der Russischen Marine. Die Sewastopoler beobachten russische Panzerwagen, die von den Schiffen der Schwarzmeerflotte gelandet werden, 22. Juli 2010.

Durchfahrt der Kriegsschiffe, Schießvorführungen und die Demonstration der professionellen Vorbereitung von Sonderabteilungen der Schwarzmeerflotte.

Die Schwarzmeerflotte stand nicht abseits des politischen Lebens von Sewastopol und der Krim. Das Kommando der Schwarzmeerflotte stellte organisatorische und moralische Unterstützung für prorussische politische Gruppen, einige ihrer Aktivisten waren Ruheständler der Schwarzmeerflotte. In der Marine-Zeitschrift „Die Flagge des Vaterlands“ wurden im Auftrag Materialien mit offen antiukrainischem, separatistischem Charakter veröffentlicht. Es gibt gesicherte Quellen, dass die Offiziere der Flotte geheime (insbesondere aufklärerische) Informationen an Aktivisten prorussischer Gruppen weitergaben. Prorusische Organisationen traten ihrerseits für die Abschaffung von Einschränkungen der Aufenthaltsdauer und die Entwicklung des militärischen Potenzials der russischen Schwarzmeerflotte auf dem Territorium der Ukraine ein.

WIE DAS MEER GETEILT UND DOCH NICHT GETEILT WURDE

Die Halbinsel Krim wird vom Schwarzen und Asowschen Meer umspült. Dies sind von den Weltozeanen weit entfernte Binnenmeere. Das Asowsche Meer ist das am stärksten „kontinentale“ Meer auf dem Planeten. Um auf dem Seeweg

von Mariupol nach Lissabon zu gelangen, muss man die Straße von Kertsch, den Bosphorus, die Dardanellen und die Straße von Gibraltar durchfahren (die Meerengen bei den Inseln im Ägäischen und dem Mittelmeer nicht eingerechnet).

Einen direkten Zugang zum Schwarzen Meer haben die Türkei, die Ukraine, Russland, Bulgarien, Georgien und Rumänien. Das Asowsche Meer umspült die Küste von zwei Ländern: der Ukraine und Russland. Dank solcher großer schiffbarer Flüsse wie der Donau und der Don haben auch die Länder Zentralasiens und der Kaspischen Region einen Zugang zum Schwarzen und dem Asowschen Meer.

Das Asowsche Meer ist ein flaches Meer, seine maximale Tiefe beträgt 13,5 Meter. Im Winter sind die Möglichkeiten der Nutzung des Asowschen Meeres für Seekommunikationen wegen der Eisschicht eingeschränkt. Im Asowschen und Schwarzen Meer wurden vielversprechende Lagerstätten von Erdöl und Gas geschürft.

Das Wasserbecken des Asowschen und des Schwarzen Meeres ist **eine Zone besetzter Territorien und bewaffneter Konflikte**. Ein Teil der Küste Georgiens wird schon seit den 1990er Jahren gemeinsam mit Russland von der Verwaltung der „Republik Abchasien“ kontrolliert. Ein kleiner Teil der Asowschen Küste der Ukraine steht unter der Kontrolle der Verwaltung der sogenannten „Donezker Volksrepublik“ und russischer Truppen. Der Krieg im Donbas brachte Verluste für die Seewache der Ukraine im Asowschen Meer: Es wurden zwei Motorboote versenkt (das BG-119 wurde von der Küste aus beschossen, das BG-22 lief auf eine Mine). 2014–2015 prognostizierten Experten eine russische Militäroperation, mit der ein Landkorridor zwischen der „DVR“ und der besetzten Krim geschaffen werden sollte.

In Anbetracht des Vorhandenseins großer Hafenstädte in der Ukraine (Mariupol, Berdjansk) ist der kommerzielle Frachttransport im Asowschen Meer sehr wichtig für Kyjiw. Russland kontrolliert aber seit 2014 die Straße von Kertsch und verhindert die freie Seefahrt. Die Straße von Kertsch verbindet das Schwarze Meer mit dem Asowschen und teilt zugleich die Verbindung der Halbinseln Krim (Ukraine) und Taman (Russland). Eine direkte Transportverbindung zwischen der Krim und Russland bestand früher über **den Fährhafen von Kertsch**. Das Problem der niedrigen Durchlasskapazität dieser Fährverbindung wurde von den Anhängern der Annäherung Russlands und der Krim auf die Tagesordnung gesetzt. Die Idee eines Brückenbaus wurde schon vor 2014 diskutiert, ging aber erst nach der Besetzung der Krim in praktische Umsetzung über. Trotz der objektiven technologischen Hindernisse (ein Boden, der untauglich für die Installation von Stützen ist), begann 2016 der Brückenbau.



Die neu gebaute Krim-Brücke, deren Autoteil im Mai 2018 eröffnet wurde, hatte physische Einschränkungen für Seefahrt zur Folge. Die Höhe der Brückenbögen lässt die Durchfahrt von Schiffen über 33 m Höhe nicht zu. Dadurch können nun bedeutend weniger Typen von Handelsschiffen die Asowschen Häfen der Ukraine anlaufen. (Der Hafen von Mariupol hat etwa 30% seiner Großraumflotte verloren.) Darüber hinaus verschärften die Russen unter dem Vorwand der verstärkten Brückenwache die Kontrolle der Durchfahrt über die Straße von Kertsch für kommerzielle Schiffe, die die ukrainischen Häfen anlaufen.

Im Zentrum der Straße, südlich der Fährübergangsstelle, liegt die unbewohnte **Nehrung Tusla**, deren Länge zwischen 5 und 7 km schwankt. Das Territorium war 1925 infolge eines Durchbruchs der Nehrung während eines starken Sturms von der Taman-Küste abgetrennt worden. Der Wasserriss zwischen der Halbinsel Taman und der Nehrung Tusla ist flach und lässt keine tiefgehenden Schiffe durch. Die Durchfahrt für Schiffe zwischen dem Schwarzen und dem Asowschen Meer ist an einer anderen Stelle der Straße von Kertsch — dem **Kertsch-Jenikal-Kanal** — zwischen der Insel und der Küste der Krim möglich.

Lange Zeit gehörte die Nehrung Tusla zu den administrativen Regionen an der östlichen Küste der Straße von Kertsch. Im Januar 1941 wurde die Insel aus dem Verwaltungsgebiet Krasnodar an die ASSR Krim übertragen. 1954 ging die Tusla-Nehrung zusammen mit der Krim an die Ukraine über. Die administrative Grenze zwischen der Ukrainischen SSR und der RSFSR in der Straße von Kertsch verlief über den Wasserdurchbruch, wobei sie die Insel und den Schifffahrtskanal auf der ukrainischen Seite ließ.

Im Asowschen Meer gab es dagegen bis zum Jahr 1991 überhaupt keine staatlichen Grenzen. Entsprechend **den UN-Konventionen von 1958 und 1982** hatte das Asowsche Meer den Status eines *historischen Binnengewässers der UdSSR*. Die Straße von Kertsch war ein natürlicher Wasserweg in das Binnengewässer und hatte nicht den Status eines Golfs, der für die internationale Seefahrt benutzt wird. Die Situation hat sich mit dem Entstehen einer unabhängigen Ukraine und Russlands geändert. Die neuen Staaten sollten nicht nur ihre Grenzen auf dem Festland festlegen, sondern auch die anliegenden Seegebiete aufteilen.

Die ukrainisch-russischen Verhandlungen begannen 1996 und wurden bis Ende 2013 fortgesetzt. Die Frage der Existenz und des Verlaufs der Grenzen im Asowschen Meer und in der Straße von Kertsch konnte entsprechend dem internationalen Seerecht auf verschiedene Art und Weise gelöst werden. Als Küstenländer konnten die Ukraine und Russland entlang ihren Küsten territoriales Gewässer von einer Breite bis zu 12 Meilen festlegen. In diesem Fall würden jenseits der Grenze der 12-Meilen-Zone *internationale Gewässer* beginnen — eine Zone der freien Seefahrt, darunter auch für Kriegsschiffe von Drittländern. Eine andere Variante wäre die Anerkennung des Asowschen Meeres als *ein Binnengewässer* der Ukraine und Russlands. Dies hätte anderen Ländern die Verpflichtung für andere Länder auferlegt, ihren Aufenthalt im Asowschen Meer mit Kyjiw und Moskau abzustimmen.

Die russische Seite strebte danach, die Anwesenheit der Schiffe von Drittländern an ihrer Küste einzuschränken, darum bestand sie auf dem Status eines Binnengewässers für das Asowsche Meer. Kyjiw seinerseits strebte in

erster Linie nach der Festlegung einer deutlichen Staatsgrenze und war bereit, das Asowsche Meer entsprechend dem international anerkannten Prinzip *einer Mittellinie* zu teilen. In diesem Fall **sollte die Ukraine etwa 60% des Meeresbeckens erhalten**, dazu auch in dem tieferen und fischreicheren Teil des Meeres. In der Straße von Kertsch behielt Kyjiw die administrative Grenze in dem Wasserriss als seine Staatsgrenze bei, die seit Sowjetzeiten existierte.

Im Laufe der Verhandlungen überzeugte die russische Seite die ukrainische davon, vom Prinzip des Binnengewässers auszugehen. **Aber die Russen wollten keine Grenze festlegen und traten für eine gemeinsame Nutzung des Meeres durch die zwei Länder ohne jegliche Demarkation auf.** Moskau erkannte auch die Existenz der zwischenstaatlichen Grenze in der Straße von Kertsch nicht an und bestritt die Zugehörigkeit des Kertsch-Jenikal-Kanals zur Ukraine. Im Laufe einiger Verhandlungsrunden kamen die Seiten zu keinem Einverständnis.

2002 kam Bewegung in den Verhandlungsprozess. Da der Status des Binnengewässers die Lösung des Problems der Meeresgrenze nicht näher rückte, kehrte Kyjiw zum Konzept des internationalen Gewässers zurück. Im November 2002 nutzte die ukrainische Regierung das internationale Seerecht und legte eine 12-Meilen-Zone im Asowschen Meer fest. Die Implementierung der Regierungsentscheidung mittels einer Registrierung im UN-Sekretariat fand aber nie statt, wenn auch der Prozess die russische Seite zu Gegenmaßnahmen bewegte.

Die Erreichung eines Teilabkommens über das Asowsche Meer und die Straße von Kertsch fand in zwei Etappen statt: Zunächst überzeugte die russische Seite Kyjiw, zu der Formel „Binnengewässer von zwei Staaten“ zurückzukehren. Im Austausch erklärte sich Moskau am 28. Januar 2003 bereit, den von Kyjiw langersehnten **Vertrag über die ukrainisch-russische Grenze** zu unterzeichnen. Das Dokument legte offiziell die Überquerung der zwischenstaatlichen Grenze auf dem Festland fest, die Regulierung der Fragen der Demarkation des Seebeckens sollte in einem gesonderten zweiseitigen Abkommen stattfinden.

Um Kyjiw dazu zu bewegen, diese Bedingungen anzunehmen, griff Moskau zu einer Provokation, die später als **Tusla-Konflikt von 2003** bekannt wurde. Am 20. September begannen die Russen ohne jegliche Vorwarnung einen Damm von der Halbinsel Taman zur Nehrung Tusla aufzuschütten. Nach einer Anordnung der Behörden des russischen Verwaltungsgebiets Krasnodar führten Arbeiter eine Wiederherstellung der Nehrung Tusla aus, die bis zum Jahr 1925 existiert hatte. Im Falle der Erfüllung dieses Plans hätten die Russen das Territorium der Insel unter ihre Kontrolle nehmen und sich an der östlichen Küste des Kertsch-Jenikal-Kanals festsetzen können. Die Annäherung des Damms an die



Insel war der Auslöser für eine abrupte Verschärfung der ukrainisch-russischen Beziehungen, die in einem offenen Konflikt hätte münden können. Auf der Nehrung Tusla wurde unverzüglich eine ukrainische Grenzwa che eingerichtet. Die diplomatischen Behörden beider Länder tauschten scharfe Noten aus.

Die Bauarbeiten wurden am 23. Oktober 2003 nach direkten Verhandlungen zwischen den Präsidenten der Ukraine und Russlands eingestellt. Zu diesem Zeitpunkt fehlten vom westlichen Ende des Damms bis zur Nehrung Tusla etwa 100 Meter. Weitere zweiseitige Verhandlungen endeten am 24. Dezember

2003 mit der Unterzeichnung des **Vertrags über die Zusammenarbeit bei der Nutzung des Asowschen Meeres und der Straße von Kertsch**. Das neue Dokument bestätigte den Status des Binnengewässers und vermerkte, dass das Asowsche Meer mit einer Linie der Staatsgrenze demarkiert würde. Der Status der Insel wurde von den Seiten nicht endgültig geregelt. Am 13. Juli 2005 erkannte Russland nur an, dass zu dem Zeitpunkt die Nehrung Tusla der Jurisdiktion der Ukraine unterstand.

Die im Vertrag vorgesehene **Delimitation des Asowschen Meeres wurde bis zum Beginn der russischen Besetzung der Krim immer noch nicht durchgeführt**. Im Laufe der Verhandlungen bestand die russische Seite auf der Revision des Prinzips der Aufteilung nach einer Mittellinie. Moskau schlug eine kombinierte Variante der Demarkation vor, in dem die „*Methoden der Mittellinie, Proportionalität und Gerechtigkeit*“ vereint werden sollten (faktisch boten sie das Verhältnis 60:40 zugunsten Russlands an). Am 15. Mai 2008 vereinbarten die Seiten eine Kompromissvariante des Verlaufs der Mittellinie in Form einer gebrochenen Linie und legten die Koordinaten für den Verlauf ihrer Abschnitte fest. Nichtsdestotrotz fand im Laufe weiterer Verhandlungen keine Anerkennung dieser Linie als einer Staatsgrenze statt.

In ihrer heutigen Form erlaubt die Vertragsbasis den Schiffen beider Länder, sich an jeder Stelle im Asowschen Meer zu befinden und dort Tätigkeit auszuüben, was in erster Linie die russische Seite befriedigt. Die Abwesenheit einer Demarkation hatte bereits vor der russischen Besetzung der Krim viele Probleme zur Folge. Unter anderem erwiesen sich gemeinsame Maßnahmen zur Überwindung von Folgen einer ökologischen Katastrophe im Asowschen Meer im November 2007 als ineffektiv. Damals wurden infolge eines starken Sturms über zehn Schiffe beschädigt, darunter ein russischer Tanker. Eine große Menge Heizöl, Diesel-Treibstoff und Schwefel war ins Wasser gelangt. Ein weiterer größerer Zwischenfall war der Zusammenstoß zwischen einem Motorboot der russischen Küstenwache des FSB und einer Barkasse mit ukrainischen Fischern nahe dem Dorf Woronzowka (Russland) am 17. Juli 2013. Infolge des Unfalls sank das ukrainische Fischerboot, vier Staatsbürger der Ukraine starben und einer — Olexander Fjodorowitsch — wurde verletzt. Die russische Seite beschuldigte die Fischer der Fischwilderei und hielt Fjodorowitsch unter Arrest.

Im März 2014 erklärte das russische Außenministerium, dass die Straße von Kertsch wegen des „Anschlusses der Krim an Russland“ *kein Gegenstand von Verhandlungen mit der Ukraine mehr sein könne*. Zugleich interpretierte Russland das Asowsche Meer als ein gemeinsames Meer entsprechend dem Abkommen

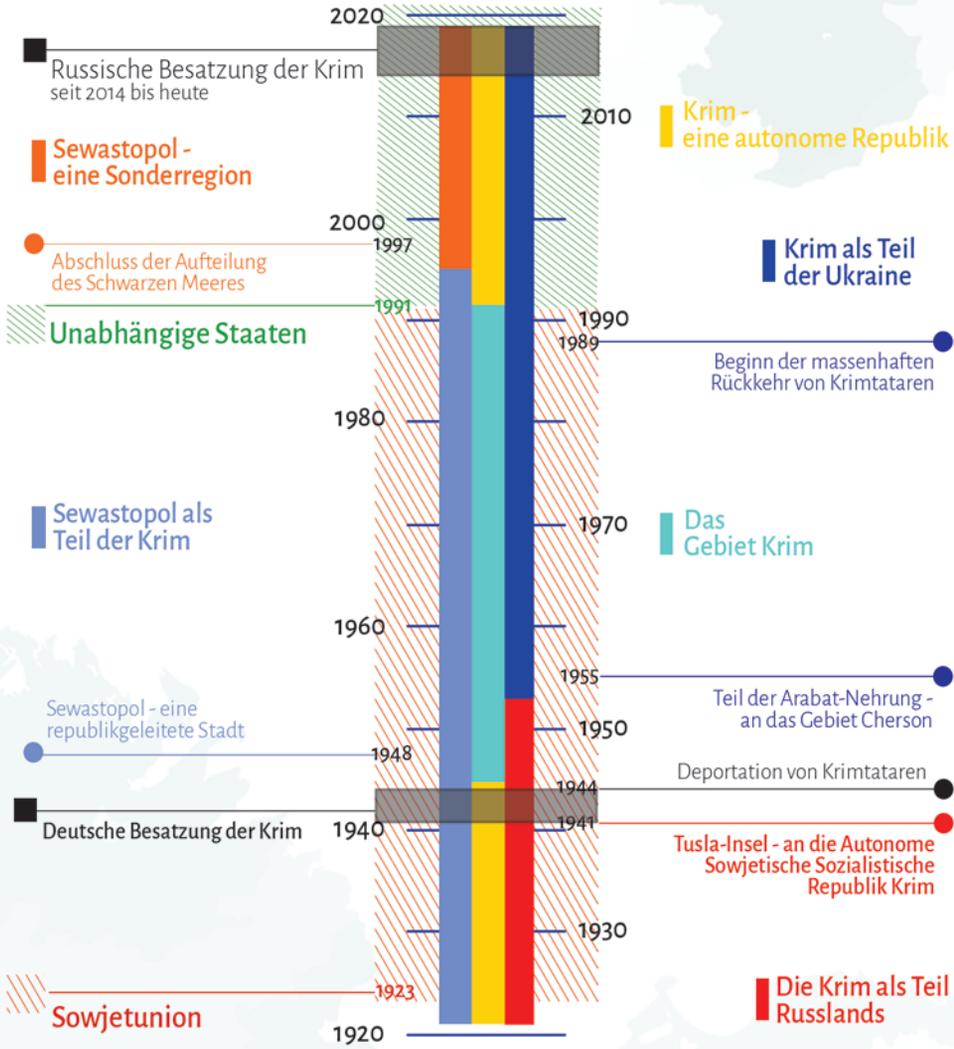
von 2003. Die FSB-Küstenwache ist im ganzen Seebecken aktiv, wobei sie sich der Küste des Festlands der Ukraine dicht annähert.

In politischen und diplomatischen Kreisen der Ukraine gibt es keine einheitliche Meinung darüber, ob der Vertrag über Zusammenarbeit bei der Nutzung des Asowschen Meeres und der Straße von Kertsch gekündigt werden sollte.

Eine Verschärfung der ukrainisch-russischen Beziehungen im Asowschen Meer begann im Frühling 2018 nach der Festsetzung des russischen Fischerboots „Nord“ durch die Ukraine, das eine Registrierung auf der Krim hatte. Im Gegenzug begannen die Schiffe der FSB-Küstenwache, im Asowschen Meer *systematisch kommerzielle Schiffe, die die ukrainischen Häfen von Mariupol oder Berdjansk anliefen, zur Durchsuchung aufzuhalten*. Die Russen schufen auch künstliche Hindernisse für die Durchfahrt der Schiffe durch die Straße von Kertsch. Eine derartige Situation bedeutet einen großen wirtschaftlichen Verlust für die Ukraine. Die Zeitpläne der Fahrten werden durchkreuzt, der Warenfluss nimmt ab, und in Zukunft könnten die Besitzer der Unternehmen gänzlich auf eine Zusammenarbeit mit den Asowschen Häfen verzichten.

In dem Bestreben, die totale Kontrolle über das Asowsche Meer zu erlangen, ist Russland zu einer offenen Konfrontation mit der Ukraine bereit. **Am 25. November 2018 griffen russische Schiffe der Schwarzmeerflotte und der Küstenwache Russlands die ukrainischen Artillerieboote „Berdjansk“ und „Nikopol“ sowie den Schlepper „Jany Kapu“ der Marine der Ukraine an und nahmen sie unter Beschuss**, als diese eine planmäßige Überfahrt aus Odessa nach Mariupol ausführten. Die ukrainischen Schiffe wurden gekapert, 24 ukrainische Militärangehörige wurden in russische Gefangenschaft genommen.

DIE KRIM IN DEN LETZTEN 100 JAHREN



Kapitel 2. ANSCHLUSS DER KRIM

GRÜNDE FÜR DIE BESETZUNG

Im Laufe von 10 Jahren nach der friedlichen Regulierung des Tusla-Konflikts schien es, als ob die russisch-ukrainischen territorialen Auseinandersetzungen in der Vergangenheit zurückgeblieben wären. Das Thema der Krim und Sewastopols verschwand aus den Anordnungen des russischen Parlaments und von der Tagesordnung des UN-Sicherheitsrats. Die regelmäßigen Erklärungen russischer Politiker, in denen die territoriale Integrität der Ukraine in Frage gestellt wurde, hatten keinen offiziellen Status. Es gab noch immer Anhänger des russischen Separatismus auf der Halbinsel, aber ihr Ansehen und ihr Einfluss riefen keine ernsthafte Besorgnis bei der ukrainischen Regierung hervor. Die Sorgen Kyjiws, die während der *russischen Aggression gegen Georgien* 2008 entstanden, versuchte Wladimir Putin, der damals Ministerpräsident Russlands war, selbst zu vertreiben. In einem Interview mit einem deutschen Fernsehsender erklärte er, dass **die Krim kein strittiges Territorium sei und Russland die Grenzen der modernen Ukraine längst anerkannt habe.**

Die Marginalisierung der krimtatarischen Frage war eine Folge der Veränderung der Prioritäten Moskaus. Anstatt die Karte des Separatismus auszuspielen, konzentrierte sich die russische Führung auf Projekte zur *Reintegration des postsowjetischen Raumes*. Es wurde erwartet, dass der Anschluss der Ukraine an *eurasische Strukturen* (in erster Linie an den Eurasischen Zollverein und die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft) zu einer Festigung des russischen Einflusses auf dem ganzen ukrainischen Territorium führen würde.

Wenn Kyjiw aber sein Bestreben demonstrierte, den westlichen Vektor der Integration (NATO, EU) zu wählen, erklangen auf informeller Ebene stets Drohungen Moskaus, seine Beziehung zur territorialen Integrität der Ukraine zu revidieren. Bezeichnend war hier die emotionale Erklärung von Putin im selben Jahr, 2008, auf einer geschlossenen Sitzung des Rates Russland-NATO während des Allianz-Gipfels in Bukarest. Nach Aussage eines dort anwesenden Abgeordneten sagte Putin zu George W. Bush, **die Ukraine sei kein Staat**

und einige ukrainische Territorien seien ihr in Wirklichkeit von Russland geschenkt worden.

Den Plan der militärischen Intervention, der Unterstützung von Separatisten, der Besetzung und Annexion ukrainischer Territorien bereitete der Kreml wohl im Voraus vor, betrachtete ihn aber lange Zeit als eine Reservevariante. Ab dem Jahr 2010 waren die Bestrebungen der russischen Außenpolitik bezüglich der Ukraine auf die Unterstützung des Präsidenten Wiktor Janukowytsch konzentriert, von dem Moskau nicht grundlos die Realisation seiner Ziele erwartete. Janukowytsch verlängerte die Aufenthaltsdauer der russischen Schwarzmeerflotte in der Ukraine, schaffte den Kurs auf Integration der Ukraine in die NATO ab und beförderte offen prorussische Beamten auf Schlüsselposten.

Moskau verstand durchaus die Labilität der Position von Janukowytsch in der Ukraine — nicht nur wegen seiner prorussischen Gesinnung, sondern auch angesichts der außerordentlichen Korruptiertheit und des unbeliebten kriminellen Klan-Charakters seines Regimes. Laut einigen vertrauenswürdigen Prognosen konnte Janukowytsch während der Präsidentenwahl 2015 seinen Amtssitz infolge von Ereignissen ähnlich der *Orangen Revolution von 2004/2005* verlieren. Russland war zu einer offenen Einmischung bereit, um die Präsidentschaft von Janukowytsch aufrechtzuerhalten oder wenigstens keinen Machtantritt von prowestlichen Politikern in Kyjiw zuzulassen.

Der Sturz des prorussischen Regimes fand in der Ukraine aber früher statt. Die Protestaktionen, die im November 2013 durch die Weigerung Janukowytschs hervorgerufen wurden, das Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der EU zu unterzeichnen, entwickelten sich schnell zu einem Volksaufstand — *der Revolution der Würde*. Wie schon im Jahr 2004 fanden die Hauptereignisse in Kyjiw statt, auf dem Maidan. Moskau übte Druck auf die ukrainische Regierung aus und forderte ein hartes Vorgehen gegen die Demonstranten. Die Ereignisse in einigen anderen postsowjetischen Ländern ließen schlussfolgern, dass ein derartiges Szenario zu einer Isolation des Regimes vom Westen und zu einer noch größeren Abhängigkeit Kyjiws von Russland führen könnte.

Die Aussichten auf einen vollständigen Sieg von Janukowytsch über den Maidan schienen zweifelhaft. Bereits zur Jahreswende 2013/2014 dachte der Kreml über eine Reservevariante nach: die Zersplitterung der Ukraine und die Schaffung von alternativen Machtzentren. Dies sollte **die Etablierung einer neuen prowestlichen Macht in Kyjiw und im ganzen Land verhindern**. Zugleich schuf die bedeutende Schwächung der Ukraine und ihr zu erwartendes Versinken im Chaos eines Bürgerkrieges nach Putins Meinung, eine einzigartige Möglichkeit zur Annexion der Krim.

Die Krim bewahrte über all diese Zeit hinweg eine gewaltige symbolische Bedeutung im politischen Bewusstsein sowohl der russischen Bürger als auch Putins selbst. Die Erwartungen, der Anschluss der Krim würde das persönliche Ansehen des russischen Präsidenten befördern, waren nicht grundlos. **Putins Regime brauchte einen strahlenden Sieg** vor dem Hintergrund der jüngsten Misserfolge: der russischen Proteste („*Bolotnaja-Revolution*“ 2011–2013) und dem Scheitern des ukrainischen Vektors in der russischen Außenpolitik (Aufstand gegen das Janukowytsch-Regime). Die Etablierung einer unmittelbaren Kontrolle über die Krim entsprach den geopolitischen Interessen Putins, denn von der neuen Macht in Kyjiw war eine Revidierung des *Charkiw-Abkommens* in Bezug auf die Flotte zu erwarten.

EIN GÜNSTIGER AUGENBLICK

Am 20. Februar 2014, nach der zweitägigen heißen Phase der Konfrontation auf dem Maidan, wurden 48 Aktivisten mit Schusswaffen getötet. Die Massenerpfer erschreckten viele Vertreter der Regierung und sorgten für Spaltung in seinen Reihen. Das bislang dem Präsidenten unterstehende ukrainische Parlament zog die Spezialeinheiten ab und beauftragte die Staatsanwaltschaft, die Umstände dieser Tode zu ermitteln. Die in Kyjiw konzentrierten Innentruppen und Sonderabteilungen des Innenministeriums waren durch die Straßenkonfrontation entkräftet und durch die Entscheidung des Parlaments, die Fakten der Verbrechen gegen den Maidan zu untersuchen, demoralisiert.

Die Ereignisse Ende Februar 2014 vernichteten die Chancen auf Erreichung eines Kompromisses zwischen der Opposition und Janukowytsch, darüber hinaus verlor der Präsident auch die Unterstützung seiner Anhänger und der Vertreter der staatlichen Gewaltorgane. Wohl verstehend, dass er die Hauptstadt nicht mehr halten kann, flog Janukowytsch in der Nacht auf den 22. Februar 2014 nach Charkiw. Der Versuch *ein alternatives Machtzentrum* im Osten der Ukraine zu erschaffen, scheiterte aber ebenfalls. Janukowytsch fürchtete sich vor der Rache des Maidan, darum versteckte er sich zusammen mit seinem engsten Umkreis und versuchte heimlich nach Russland oder auf die Krim zu gelangen.

In Kyjiw trat eine *Krise der Rechtsnachfolge der Regierung* ein. In der ukrainischen Gesetzgebung gibt es unter den Gründen für eine vorzeitige Außerkraftsetzung der Befugnisse des Präsidenten keinen Fall für eine eigenmächtige Selbstentfernung des Präsidenten von seinen Pflichten und sein Verschwinden durch eine Flucht. Es gab keine Möglichkeit, die Prozedur des *Impeachments*

schnell durchzuführen. Darum verabschiedete das Parlament eine vom Rechtsstandpunkt nicht makellose, aber unter jenen Bedingungen unabdingbare *Anordnung über die Selbstentfernung des Präsidenten*. Am Morgen des 23. Februar 2014 bestätigten die Abgeordneten mit einer Sonderanordnung, dass der Vorsitzende der Werchowna Rada, **Olexander Turtschinow**, nun Stellvertreter des Präsidenten der Ukraine sei. (Laut der ukrainischen Verfassung wird der Vorsitzende des Parlaments im Falle einer vorzeitigen Außerkraftsetzung der Befugnisse des Präsidenten sein Stellvertreter.) Zu dem Zeitpunkt befand sich Janukowytsch bereits in Russland, wohin er nach einem Befehl Putins unter Einsatz russischer Militärhubschrauber gebracht wurde.

Nun nannten sich zwei Menschen Präsident der Ukraine. Die Armee, die Abteilungen des Sicherheitsdienstes und die Ordnungskräfte waren desorganisiert und passiv. Bei seiner Flucht entwendete Janukowytsch außerdem die Staatskasse der Ukraine. Viele hochrangige Beamte flohen ebenfalls auf die Krim oder ins Ausland. Die Macht vor Ort wurde in der Mehrheit der Regionen von organisierten Aktivisten der Revolution der Würde ergriffen. In den Städten im Osten und Süden der Ukraine konzentrierten sich *Antimaidan*-Gruppen — Anhänger der alten Macht, die von ihr als Gegengewicht zum Maidan erschaffen worden waren. Nach Janukowytschs Flucht waren sie bereit, jede Kraft zu unterstützen, die die neue Macht herausforderte. Eben unter solchen Bedingungen begann die russische Operation zur Einnahme der Krim.



Flaggschiff „Hetman Sahaidatschnyj“ bei der Aufgabenlösung im Golf von Aden, Februar 2014. Foto: Pawlo Parfenjuk

UKRAINISCHE KRÄFTE AUF DER KRIM

Am Vorabend der russischen Besetzung der Krim waren bedeutende Kontingente der ukrainischen Streitkräfte, des Grenzdienstes, der Innentruppen, der Sonderabteilungen des Innenministeriums und des SBU (Sicherheitsdienst der Ukraine) auf der Krim stationiert. Die Bodentruppen der ukrainischen Streitkräfte auf der Krim waren viel zahlreicher, als zum Beispiel in den Verwaltungsgebieten Donezk und Luhansk. **Was seine potenziellen Kampfmöglichkeiten anging, war dieses Kontingent der Bodenkompente der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim überlegen**, die hauptsächlich durch die 810. Marineinfanteriebrigade der Russischen Föderation vertreten war.

Die Gruppierung der Streitkräfte der Ukraine auf der Halbinsel bestand aus Teilen der **Marine- und Luftstreitkräfte**. Dem Kommando der Marine der Ukraine unterstanden die Küstentruppen, die in erster Linie mit der *36. selbstständigen Küstenwachbrigade* in Perewalne, dem *1. selbstständigen Marineinfanteriebataillon* in Feodossija und dem *501. selbstständigen Marineinfanteriebataillon* in Kertsch vertreten waren. Im Dienst der Küstenwachtruppen standen Panzer, Panzerwagen, Artilleriesysteme, Fla- und Küsten-Raketenkomplexe usw.

Die Marinekomponente der ukrainischen Marinestreitkräfte bestand aus 17 Kriegsschiffen, etwa 30 Versorgungsschiffen und einer Anzahl an Motorbooten verschiedener Bestimmung (**das Kampfpotenzial der Marinekomponente der Ukraine war der russischen Schwarzmeerflotte bedeutend unterlegen**). Zu Beginn der russischen Aggression war das Flaggschiff der ukrainischen Marine „Hetman Sahaidatschnyj“ gerade auf dem Weg aus dem Raum der Durchführung der Anti-Piraten-Operation „Atalanta“ im Golf von Aden.

Auf der Krim war der Schiffsbestand der Marine in Sewastopol und am See Donuslaw stationiert. In Nowofedoriwka war *die 10. Saksakaja-Marinefliegerbrigade der Marinestreitkräfte* stationiert.

Die Luftstreitkräfte waren mit der taktischen Gruppe „Krim“ vertreten, bestehend aus der *204. Sewastopol-Brigade der taktischen Luftwaffe* von Juli Mamtschur (Flugplatz Belbek) sowie Fla-Raketen- und funktechnischen Abteilungen in Jewpatorija, Feodossija, Sewastopol und an anderen Orten.

Der Stab der Asow-Schwarzmeer-Regionalführung des staatlichen Grenzdienstes war in Simferopol stationiert. Außer Bodentruppen unterstanden ihm Schiffe und Boote der *Küstenwachtruppen* in Sewastopol (Balaklaw), Kertsch und Jalta.

Die Innentruppen des Innenministeriums waren mit einer Brigade in Simferopol, zwei Regimenten operativer Bestimmung in Sewastopol und

Krasnokamensk, Bataillonen in Jewpatoria und Haspra vertreten. Unter anderem wurde das 47. Sonderregiment „Tigr“ in Krasnokamensk auf die Unterdrückung von Massenunruhen, den Kampf mit Diversionsgruppen und die Bekämpfung des Terrorismus vorbereitet. Darüber hinaus waren gut vorbereitete **Sondereinheiten des Innenministeriums** („*Berkut*“ und andere) sowie Sondereinheiten des **SBU** „*Alfa*“ auf der Krim stationiert.

Insgesamt befanden sich im Februar 2014 über 20.000 ukrainische Militärangehörige auf der Krim. Im Falle der Erhaltung einer ordnungsgemäßen Kampfbereitschaft und eines geschickten Einsatzes hätten die genannten Kräfte im Stande sein können, sich der russischen Aggression erfolgreich zu widersetzen. Aus einer ganzen Reihe von Gründen passierte dies aber nicht.

Erstens war der Personalbestand moralisch nicht auf einen Krieg mit Russland vorbereitet. Über viele Jahre pflegten ukrainische Militärangehörige und die Vertreter der staatlichen Gewaltorgane enge persönliche und dienstliche Beziehungen mit den Kollegen aus der russischen Schwarzmeerflotte. Die Generation der Offiziere, die in den 1990er Jahren hingebungsvoll die Marine aufgebaut hatten, trat in den Hintergrund. Sie wurde von Menschen abgelöst, die sich die Militäruniform aus Konjunkturüberlegungen übergezogen hatten. Sie waren damit zufrieden, dass die Ukraine die Abwesenheit von eventuellen Gegnern deklarierte und offiziell nicht vorhatte, mit irgendjemandem einen Krieg zu führen. Zu Zeiten von Janukowytsch hatte sich das Prinzip der *lokalen Komplettierung* von Streitkräften verbreitet. Dies verstärkte die vorhandene Tendenz der Diffusion zwischen der Marine der Ukraine und der russischen Schwarzmeerflotte auf dem Weg der gegenseitigen Dienstübergänge (nach der Dienstentlassung) und der familiären Verbindungen zwischen den ukrainischen und russischen Militärangehörigen.

Zweitens hatte der Großteil des Personalbestands der Staatsbehörden auf der Krim die Revolution der Würde nicht unterstützt, und nach ihrem Sieg zweifelten sie an der Legitimität der neuen Regierung. Janukowytschs Regime zog die Krimer Abteilungen der Innentruppen, die Sondereinheiten des Innenministeriums und des SBU zur Konfrontation auf dem Maidan hinzu. Daraufhin gab es unter ihnen Verwundete und Tote. Janukowytsch versuchte, die Armee ebenfalls gegen die Maidan-Aktivisten einzusetzen, darunter auch die Abteilungen, die auf der Krim stationiert waren. Am 19. Februar 2014 wurde **Juri Iljin**, der damals Kommandeur der Marinestreitkräfte war, Generalstabsleiter der Streitkräfte. Nach einem Befehl von Iljin entsandten die Kommandeure einiger Einheiten, darunter auch von der Krim, Militärangehörige mit Militärgerät und Bewaffnung nach Kyjiw, aber sie schafften es nicht, sich am Kampf gegen den

Maidan zu beteiligen. Bei der Blockade ukrainischer Einheiten auf der Krim versuchten russische Vermittler die Kommandeure davon zu überzeugen, dass die neue Macht ihre jüngste Bereitschaft, den Protest in Kyjiw zu unterdrücken, ihnen nicht verzeihen würde.

Drittens waren weder die neue Macht noch der Personalbestand der Militärbehörden und staatlicher Exekutivkräfte auf der Krim auf die hybriden Methoden der russischen Aggression vorbereitet. Als die oberste Führung des Staates auf gewaltige innere und äußere Herausforderungen traf, übernahm sie keine Verantwortung und stellte sich nicht an die Spitze des militärischen Widerstands gegenüber den Besatzern. Die Militärangehörigen auf der Krim waren Zeugen der Unsicherheit Kyjiws, darum nahmen sie selbst auch eine abwartende Position ein. Moskau zog zur Blockierung und Einnahme von Militäreinheiten aktiv Zivilisten (oder auch russische Militärangehörige, die sich als Zivilisten ausgaben) hinzu, gegen die sich ukrainische Militärangehörige keine Waffen einzusetzen trauten. Und schließlich waren russische Geheimdienste im Stande, rechtzeitig viele Offiziere und Beamte für sich anzuwerben; andere demoralisierten sie mittels Einschüchterung, Versprechungen und Propaganda.

Zu einer Konfrontation mit russischen Militärangehörigen waren auch zivilgesellschaftliche proukrainische Kräfte auf der Krim nicht bereit, die durch die Ereignisse der Revolution der Würde mobilisiert wurden. **Der Krimer Maidan** sammelte zahlreiche Anhänger in Simferopol, Protestaktionen wurden auch in anderen Städten der Halbinsel durchgeführt. Wichtig war die Unterstützung der Revolution der Würde seitens der organisierten krimtatarischen Bewegung. Auf Grund der ideologischen und fähigen Anführer ließ der Krimer Maidan an der Bezeichnung der Krim als einer „prorussischen“ Region zweifeln. Aber die Aktionen des gewaltfreien Widerstands gegenüber der hybriden Aggression endeten damit, dass Aktivisten verprügelt, entführt, gefoltert (**Andrii Schtschekun**) und ermordet wurden (**Reschat Ametow** und andere).

WANN BEGANN DIE OPERATION?

Als Tag des Beginns der russischen Aggression betrachtet die Ukraine offiziell den **20. Februar 2014**. Die entsprechende Position wurde *in der ukrainischen Gesetzgebung festgehalten*. Zur Begründung des genannten Datums berufen sich die offiziellen Akten aber auf Ereignisse, die in Wirklichkeit später stattfanden: die Verletzung der Grenzordnung im Raum der Straße von Kertsch durch die russischen Streitkräfte und die Blockierung von ukrainischen Einheiten



Die Medaille „Für die Rückkehr der Krim“

durch russische Truppen, die auf der Krim stationiert waren.

Als entscheidende Quelle bezüglich des 20. Februars 2014 als dem Tag des Beginns der Operation dient die Angabe dieses Datums auf der russischen Amtsmedaille „Für die Rückkehr der Krim“ (bestätigt durch einen Befehl des russischen Verteidigungsministers vom 21. März 2014). Die russische Seite hat offiziell nie Erklärungen abgegeben, warum sie den 20. Februar als

Stichtag anführt. Einige offizielle Verlautbarungen berufen sich auf verschiedene Ereignisse jenes Tages, die in keiner unmittelbaren Verbindung mit der Besetzung stehen.

Das durch die russische „Anerkennung“ bestätigte Datum „20. Februar“ bedeutet, dass die Aggression begann, als Janukowytsh noch amtierender Präsident war und sich in Kyjiw befand. Und dies zerstört die Basisthese des Kreml, die „Rückkehr der Krim“ habe unter den Bedingungen des „staatlichen Umsturzes und der Regierungslosigkeit in der Ukraine“ begonnen. Wegen der zeitlichen Übereinstimmung zwischen dem Stichtag der russischen Aggression auf der Krim und den Erschießungen auf dem Maidan bleibt die Frage über *eine eventuelle Verbindung zwischen diesen Ereignissen* offen. Wären stichhaltige Beweise vorhanden, die den Beginn der russischen Operation am 20. Februar 2014 bestätigen, bekäme die Ukraine die Möglichkeit, ihre Positionen vor internationalen Gerichten und auf der Ebene des diplomatischen Kampfes gegen den Aggressor bedeutend zu festigen. Andererseits kann man bei der Geschichte mit dem Datum auf der russischen Medaille nicht die Version ausschließen, dass es sich um eine dienstliche Fahrlässigkeit oder auch eine *vorsätzliche Desinformation* handelt.

Über die militärische Aktivität Russlands auf der Krim am Vorabend der Einnahme von Staatsbehörden der Krim ist heute einiges aus den Unterlagen der dienstlichen Meldungen *der Militäraufklärung* des Marinestabs der Ukraine bekannt. Unter anderem wurden in der Nacht auf den 21. Februar zwei Kolonnen mit BTR-80, insgesamt 14 Einheiten, aus dem permanenten Stationierungsort der russischen 810. Marineinfanteriebrigade in der Kasatschja-Bucht zur Verstärkung der Militärflugplätze der russischen Schwarzmeerflotte in Katscha und Hwardijske entsandt. Inoffiziell erklärten die russischen Militärangehörigen ihr Vorgehen damit, dass sie dem Szenario der Einnahme von Einheiten der

russischen Schwarzmeerflotte durch ukrainische Maidan-Aktivisten vorbeugen wollten. (In Wirklichkeit könnte die Aufmerksamkeit an den Flugplätzen mit den Plänen der *Verlegung von Zusatzkräften* per Luft aus Russland in Verbindung stehen.) Nichtsdestotrotz war der Übergang zur verstärkten Bewachung der Flugplätze vor dem Hintergrund der Ereignisse des Winters 2013/2014 nichts Außergewöhnliches. Nach Aussagen des damaligen stellvertretenden Leiters der Militäraufklärung Anatolii Burhomistrenko, fand (unter Verletzung der Richtlinie zur Überquerung der Staatsgrenze) die verdeckte Verlegung von zusätzlichen Truppen mit russischen Landungsschiffen nach Sewastopol mindestens ab dem 2. Februar 2014 statt.

Ein im Kontext weiterer Ereignisse wichtiges politisches Ereignis, das am 20. Februar stattfand, war die Erklärung des Vorsitzenden der Werchowna Rada der Autonomen Republik Krim, **Wladimir Konstantinow**, auf einer zusammenfassenden Pressekonferenz im Laufe eines offiziellen Besuchs in Moskau. Der Sprecher des Krimer Parlaments merkte an, dass *im Falle eines Sturzes der Zentralmacht ein einziger Weg für die Krim bleibt, nämlich die Aufhebung der Entscheidung von 1954 über die Übergabe des Verwaltungsgebiets an die Ukraine*. Faktisch hat Konstantinow als die oberste Amtsperson der Autonomen Republik Krim damit den Austritt der Krim aus der Ukraine öffentlich zugelassen. Konstantinow war Mitglied der regierenden *Partei der Regionen*, meldete aber die Zulässigkeit des Separatismus auf der Krim früher, als *die allgemeine Erkenntnis über die Niederlage von Janukowytsch* kam. Offensichtlich hatten irgendwelche privaten Gespräche in der russischen Hauptstadt Konstantinow den Mut verliehen, sich zu einem derartig frechen Schritt zu entschließen.



Das große Landungsschiff der Schwarzmeerflotte „Nikolaj Filtschenkow“ bei der Entladung in der Kasatschja-Bucht in Sewastopol, Anfang 2014. Foto: Olexij Tschornyj.

Am nächsten Tag sollte **eine außerordentliche Sitzung der Werchowna Rada der Krim stattfinden, auf der erwartungsgemäß ein Aufruf an Russland erlassen werden sollte.** Wegen der negativen Resonanz und des Vorwurfs des Separatismus *verlegten die Abgeordneten aber die Sitzung auf den 26. Februar.* Stattdessen fand am 21. Februar eine erweiterte Sitzung der Abgeordneten der Partei der Regionen, Kommunisten sowie russischer Nationalisten aus der Partei von Sergej Zekow und Sergej Aksenow „**Russische Einigkeit**“ im Parlament der Krim statt. Konstantinow erstattete Bericht über die Ergebnisse seiner Moskauer Dienstreise.

Das Verhalten Konstantinows und der Abgeordneten der Krim fügt sich im Großen und Ganzen in das eventuelle Szenario der Sonderoperation mit dem Startdatum 20. Februar ein. Zur Legitimation der Besetzung war es für Moskau wichtig, die Vertretungsbehörde — das Parlament der Krim — unter seine Kontrolle zu nehmen, um sein Vorgehen durch fiktive Entscheidungen der vom Volk gewählten Abgeordneten zu sanktionieren. Man kann annehmen, dass es zwei Versuche gab, die benötigten Entscheidungen in der Werchowna Rada der ARK durchzusetzen: am 21. und 26. Februar.

In beiden Fällen wurden die Entscheidungen wegen der Unentschlossenheit der Abgeordneten und unter dem Druck von proukrainischen Kräften nicht angenommen. Das Parlament der Krim begann in der von Moskau benötigten Richtung erst dann zu arbeiten, als es von der russischen Speznas eingenommen worden war.

Die in offenen Quellen vorhandenen Erwähnungen über die Entfaltung der Invasionskräfte lassen keine genaue Datierung des Beginns der Militäroperation zu. **Die konkretesten Zeugnisse datieren sie auf den 22.-24. Februar.** Laut Aussage des Feldwebels der *31. selbstständigen Luftsturmgrade (Militäreinheit 73612, Uljanowsk, Russland)* Oleg Terjuschin wurde seine Truppe am 22. Februar alarmiert und im Bestand taktischer Bataillonskampfgruppen zunächst per Luft nach Anapa und dann mit LKW nach Noworossijsk verlegt, von wo sie am 24. Februar mit einem großen Landungsschiff nach Sewastopol gebracht wurden. Später beteiligte sich Terjuschin in Militäruniform ohne Abzeichen an der Blockade der 36. Küstenwachbrigade der Marinestreitkräfte der Ukraine in Perewalne.

Die Entscheidung über den Beginn der Operation könnte auf einer geschlossenen Sitzung unter Putins Leitung getroffen worden sein, die nach einer weiteren Veränderung der politischen Situation in der Ukraine zusammengerufen worden war. **Zum Beispiel fand in der Nacht auf den 21. Februar eine operative Beratung zwischen dem russischen Präsidenten und den**

permanenten Mitgliedern des Sicherheitsrats der Russischen Föderation statt, die der Ukraine gewidmet war. An der Sitzung nahmen Ministerpräsident Dmitri Medwedew, die Vorsitzenden der beiden Parlamentskammern Walentina Matwijenko und Sergej Naryschkin, das Oberhaupt der Präsidentenverwaltung Sergej Iwanow, der Sekretär des russischen Sicherheitsrats Nikolaj Patruschew und sein Stellvertreter Raschid Nurgalijew, Außenminister Sergej Lawrow, Innenminister Wladimir Kolokolzew, Verteidigungsminister Sergej Schoigu, Auslandsgeheimdienstminister Michail Fradkow sowie das permanente Mitglied des russischen Sicherheitsrats Boris Gyslow teil.

Die Beratung in Moskau fand ungefähr zeitgleich *mit den Verhandlungen in Kyjiw zwischen Janukowytsch und den Anführern der ukrainischen Opposition* unter Vermittlung der westlichen Diplomaten Frank-Walter Steinmeier (Deutschland), Radoslaw Sikorski (Polen), Eric Fournier (Frankreich) und Wladimir Lukin (Russland) statt. In Kyjiw suchte man nach einem Weg der Deeskalation der Situation nach den Massenerschießungen auf dem Maidan. Die Verhandlungen endeten mit der Unterzeichnung eines Kompromissabkommens zwischen der Regierung und der Opposition, das im Weiteren nicht realisiert wurde. Womit die operative Beratung in Moskau endete, ist unbekannt. Nach Informationen aus offenen Quellen *hatte der russische Präsident bis zu dem Zeitpunkt nur zweimal eine operative Beratung mit den Mitgliedern des Sicherheitsrats* zur Besprechung der Ereignisse auf dem Maidan zusammengerufen: am 24. und 31. Januar 2014.

Laut einem öffentlichen Bekenntnis von Putin selbst in einem Interview von 2015 **hatte er die Entscheidung über den Beginn der Operation zur Einnahme der Krim auf einer geschlossenen Beratung mit vier nicht genannten Kollegen in der Nacht auf den 23. Februar 2014 getroffen**. Derselben Meinung ist auch der russische politische Emigrant und ehemalige Abgeordnete der russischen Staatsduma, Ilja Ponomarew. Laut seinen Informationen war am 22. Februar ein Hubschrauber mit Putin an Bord bei Sotschi, wo gerade die *Olympischen Winterspiele* stattfanden, fast abgestürzt. Dieser Vorfall habe den russischen Präsidenten angeblich zu einem radikalen Vorgehen bewegt und er habe die Entscheidung über die Invasion während einer nächtlichen Beratung vom 22. auf den 23. Februar getroffen.

Man sollte daran erinnern, dass gerade **in der Nacht auf den 23. Februar russische Hubschrauber auf Befehl Putins hin den flüchtigen Präsidenten Janukowytsch heimlich** von der Asowschen Küste des Verwaltungsgebiets Donezk in der Ukraine auf den Flugplatz Ejsk im russischen Oblast Krasnodar gebracht hatten. Am selben Tag wurde Janukowytsch nach Anapa (240 km

entfernt von Sotschi) und später auf den Flugplatz der russischen Schwarzmeerflotte Hwardijske (Krim) gebracht.

Am 23. Februar begann tagsüber *ein offener politischer Aufstand* gegen die ukrainische Regierung. Die drei Tage zuvor annoncierte Kundgebung in Sewastopol sammelte eine für die Stadt Rekordzahl an Teilnehmern. Die Vertreter ortsansässiger prorussischer Gruppierungen und ein Abgeordneter des ukrainischen Parlaments namens **Wadim Kolesnitschenko** (der in enger Verbindung mit Strukturen von russischem kulturellen Einfluss in der Ukraine stand) nannten die Ereignisse im Land *einen Staatsumsturz* und riefen dazu auf, die neue Macht und die Entscheidungen des ukrainischen Parlaments nicht anzuerkennen. Nach einem Vorschlag der Organisatoren der Versammlung „stimmten“ die Kundgebungsteilnehmer für die Beförderung des Sewastopoler Geschäftsmanns und russischen Staatsbürgers **Alexej Tschalj** auf den nicht vorhandenen Dienstposten eines „*Volksbürgermeisters*“ von Sewastopol. Die Aufständischen erklärten die Absicht, die Exekutivkräfte der Stadt unter Kontrolle zu nehmen, riefen Russland zu Hilfe und begannen mit der Aufnahme von Freiwilligen in die Reihen der „*Selbstverteidigungstrupps*“.

Nachts verließ Janukowytsh auf einem Militärschiff der russischen Schwarzmeerflotte Sewastopol, und tagsüber am 24. Februar erschuf der Sewastopoler Stadtrat den Posten eines „*Vorsitzenden des Koordinationsrats zur Schaffung der Führung bei der Sicherstellung der Funktionstüchtigkeit Sewastopols*“ für Tschalj. Auf dem Gebäude der Sewastopoler Verwaltung wurde die russische Flagge gehisst und an den Zufahrtsstraßen nach Sewastopol hatten die „Selbstverteidigungstrupps“ sieben Checkpoints eingerichtet. An jenem Tag bemerkten Augenzeugen eine intensive Bewegung von Panzertechnik der Marineinfanterie der russischen Schwarzmeerflotte durch die Stadt.

Zum Verständnis der Ereignisse am Ende des Winters 2014 ist der Kontext der **Olympischen Winterspiele in Sotschi** sehr wichtig (7. bis 23. Februar). 2008 wählte Moskau für die Invasion in Georgien den Tag des Beginns der *Olympiade in Peking*, da es damit rechnete, dass die Aufmerksamkeit der Weltgemeinschaft auf China konzentriert sein würde und nicht auf den Kaukasus. 2014 handelte der Kreml umgekehrt: Er verlegte den Beginn seiner offenen Aggression gegen die Ukraine auf die Zeit nach der Beendigung der Olympiade in Sotschi. Als Gastgeber fürchtete sich Russland davor, eine Demarche seitens der Teilnehmerländer der Sportwettbewerbe zu provozieren. (Der Gedanke, dass Russlands Politik in Richtung Ukraine direkt nach der Beendigung der Olympiade aktiv werden könnte, war schon während der Revolution der Würde mehrmals zu hören.)

Die Durchführung der Olympischen Spiele war Anlass für die Konzentration eines bedeutenden russischen Militärkontingents in der Region. Zur Gewährleistung der Bewachung olympischer Objekte wurden motorisierte Schützenbrigaden und Luftsturmbri­gaden hinzugezogen und eine Schiff­formation der russischen Kriegsflotte patrouillierte durch das anliegende Seebecken. (Als eventuelle Bedrohungen wurden der islamistische Untergrund am Nordkaukasus und die Anhänger des Ex-Präsidenten Georgiens Micheil Saakaschwili genannt.) Nach der Olympiade nutzte das russische Kommando die Rückkehr der Schiffe der Schwarzmeerflotte zu ihrem Stationierungsort in Sewastopol zur verdeckten Verlegung von Invasionskräften aus dem Kaukasus.

DER HYBRIDE CHARAKTER DER AGGRESSION

Russlands Politik in Bezug auf die Ukraine während der Einnahme der Krim, der Destabilisierung der Situation in den südlichen und östlichen Gebieten und der Kriegsführung im Donbas ist die faktische Umsetzung der sogenannten *Gerassimow-Doktrin*, des russischen Krieges neuer Generation. Der ukrainische Thinktank Zentrum der Globalistischen Studien „Strategie XXI“ charakterisiert sie als *Hybression* (Aggression des hybriden Typus) — also einen Komplex heterogener Einflüsse einer regelbaren Größe und kombinierten Charakters auf einen Gegner. Diese werden entsprechend einem variablen Algorithmus angewandt, wobei die militärischen Mittel keine dominierenden sind, ihr Einsatz sorgfältig maskiert und abgestritten wird und das Faktum der Aggression selbst Unbestimmtheiten generiert, die seine Identifikation erschweren.

Im Februar und März 2014 kombinierte Russland die Methoden des diplomatischen Drucks, informationspsychologischer Operationen, militärischer Intervention, den Einsatz seiner Streitkräfte in Verletzung der Abkommen über die Bedingungen ihres Aufenthalts in der Ukraine, die Einschleusung von irregulären Banden, die Blockade, die militärisch-politische Unterstützung von Oppositionsgruppen usw. Ein charakteristischer Zug des russischen Vorgehens war die Anonymität, die Leugnung der eigenen Rolle, der Versuch, die Abtrennung der Krim von der Ukraine als eine lokale Initiative darzustellen. Am 4. März 2014 leugnete Putin öffentlich die Rolle der russischen Militärangehörigen bei den Ereignissen auf der Krim.

Als informative Deckung für die Operation diente die Legende über die Selbstorganisation und die *Selbstbestimmung der Bevölkerung der Krim* unter



Russische Militäranghörige in Uniformen ohne Abzeichen verdecken ihre Gesichter während der Blockierung einer ukrainischen Militäreinheit in Bachtschyssarai. 3. März 2014. Foto: Olexij Masepa.

den Bedingungen eines Staatsumsturzes und einer Anarchie in der Ukraine sowie über die Bedrohung der Invasion von bewaffneten ukrainischen Extremisten auf die Krim. Die Gewaltakte und die politischen Handlungen wurden im Namen der Regierungsbehörden der ARK und Sewastopol (es gab auch die Bezeichnung „Sicherheitsrat der Krim“, über dessen Personalbestand und Befugnisse nichts bekannt ist) durchgeführt. Die regulären und irregulären Formationen aus Russland wurden als ortsansässige Selbstverteidigungstrupps und russische Freiwillige ausgegeben.

Die Besatzungstruppen und paramilitärische Trupps nahmen ziemlich schnell die zivilen Objekte auf der Krim unter ihre Kontrolle: die Regierungsbehörden, die Seehäfen und die Flughäfen, Telekommunikationssysteme, strategische Objekte usw. Es blieben die Militäreinheiten der Streitkräfte, des Grenzdienstes, des Innenministeriums und des SBU der Ukraine, die bewaffnet waren und der Intervention Widerstand leisten konnten. Die Russen berücksichtigten die politische Situation, darum rechneten sie damit, **das militärische Kontingent der Ukraine auf der Krim ohne eine bewaffnete Konfrontation zu neutralisieren.**

In der ersten Etappe der Blockade behaupteten die Kommandeure der russischen Trupps, sie würden die ukrainischen Militäreinheiten vor *Extremisten* bewachen. Die Russen führten Verhandlungen mit den ukrainischen Militärangehörigen über die Übergabe von Schützenwaffen oder über die Abgabe der Waffen in die Arsenale unter Bewachung (mit den nicht näher benannten „Extremisten“ waren offensichtlich die Maidan-Aktivisten und die Krimtataren gemeint). Die Besatzer konnten die ukrainischen Kommandeure überzeugen, dass es unabdingbar sei, sich bei beliebiger Entwicklung der Ereignisse *nicht auf Provokationen einzulassen* und keine Opfer unter den Zivilisten zuzulassen.

Im Weiteren wurde versucht, ukrainische Militärangehörige dazu zu überreden, auf die Seite der Separatisten der Krim und Russlands zu wechseln. Zur Sicherstellung von technischen Möglichkeiten eines solchen Übergangs begann die separatistische Macht, **eine militärische Architektur zu imitieren**. Am 1. März erließ der illegitime Ministerpräsident der ARK Sergej Aksenow einen Befehl über die Neuunterstellung aller Exekutivkräfte der Krim unter ihm selbst. In der Regierung der Krim wurde der Posten eines „Verteidigungsministers“ geschaffen, auf den Generalmajor im Ruhestand **Waleri Kusnezow** (ehemaliger Assistent des Präsidenten Meschkow in militärischen Fragen und Innenminister der Republik Krim; seit 1995 lebte er permanent in Moskau) befördert wurde. Der Verräter **Denys Beresowski** erhielt von der separatistischen Regierung die Beförderung auf den Posten des „*Befehlshabers der Marine der ARK*“. Dann begann man damit, ukrainische Militärangehörige zu überreden, dieser Formation beizutreten und einen Eid auf die Regierung der Krim abzulegen. „Die Marine der ARK“ existierte formell etwa zwei Wochen lang — bis zur Annexion der Krim durch Russland.

Ukrainische Militäreinheiten wurden von Anführern paramilitärischer Formationen, Verrätern aus den Reihen der ukrainischen Sicherheitskräfte, Anführern von Separatisten und russischen Amtspersonen besucht. Die Kommandeure und das übrige Personal wurden auch von solchen hochrangigen Amtspersonen und bekannten Persönlichkeiten *zum Verrat angestiftet*, wie dem stellvertretenden Verteidigungsminister Russlands Nikolaj Pankow, dem stellvertretenden Befehlshaber des Südlichen Militärbezirks Russlands **Igor Turtschenjuk**, dem Befehlshaber der Schwarzmeerflotte **Alexander Witko**, dem „Helden Russlands“ **Wladimir Karpuschenko** (Kommandeur einer Aufklärungskompanie des 810. Marineinfanterieregiments im Laufe des Zweiten Tschetschenischen Krieges).

Den Ukrainern wurde die Beibehaltung ihrer Dienstposten sowie eine Lohnerhöhung auf das Niveau der Löhne bei der russischen Schwarzmeerflotte

versprochen, man sprach von einem baldigen unvermeidlichen Verschwinden der Ukraine als einem unabhängigen Staat. Die Kommandeure der Militäreinheiten wurden bedroht. Regelmäßig wurden *Ultimaten gestellt*: die Einheit bis zu einer bestimmten Uhrzeit des nächsten Tages aufzugeben, wobei mit der Erstürmung unter Einsatz von Waffen im Falle der Nichterfüllung der Bedingungen gedroht wurde. (Der Großteil dieser Drohungen wurde nie umgesetzt.)

Die auf die Krim angereisten russischen Truppen hatten größtenteils *keine Abzeichen und Staatszugehörigkeitssymbole* (außer der russischen Flagge, die im Krimmer Kontext auch ein Zeichen einer prorussischen politischen Einstellung sein konnte und nicht unbedingt der Staatsangehörigkeit). Nichtsdestotrotz hatte die öffentliche Anerkennung oder Nichtanerkennung eher einen rituellen Charakter, denn die Herkunft von Soldaten in der neuen Ausrüstung „*Ratnik*“ mit neuesten russischen Waffen und Militärgerät zu verheimlichen, war unmöglich. (Die Militärangehörigen der Abteilungen der russischen Schwarzmeerflotte, die permanent auf der Krim stationiert waren, sahen anders aus.)

Ein Element dieses „Spiels“ war auch die Nutzung des Euphemismus „*höfliche Menschen*“ für die Bezeichnung der aus Russland angekommenen Militärangehörigen, bei dem die Loyalität zur offiziellen Position und eine Andeutung auf den faktischen Sachstand gepaart waren. Diese Definition charakterisierte das schweigsame und reservierte Verhalten der bewaffneten Soldaten.



Das beim Ausgang aus Donuslaw versenkte große U-Bootjagdschiff „Otschakow“, 6. März 2014. Foto: Olexij Masepa.

2014, Sonntag des Vergebens (2. März). Das Büro meiner Freundin lag unweit von unserem ukrainischen Marinestab. Sie sagte mir, dass der Stab blockiert wurde und von Strom und Wasser abgeschnitten war. Unsere Krieger sitzen auf Kaltverpflegung, es gibt nicht genug Zigaretten. Ich habe ihnen zwei Stangen Zigaretten gekauft, sie mit Klebeband zusammengefügt und in eine Plastiktüte gewickelt. Dann habe ich noch zwei Wurststangen und einige Aufladekarten für verschiedene Mobilfunkanbieter gekauft. Ich kam da hin und sah unsere Krieger auf dem Dach des Stabsgebäudes. Ich näherte mich dem Zaun, sprang leicht hoch und warf ihnen das Paket über den Zaun zu. Da kam mir eine ganze Menge junger Männer entgegengeflogen, sie schrien: „Du Banderowka! Faschistin!“... Auf den Dächern von Nachbargebäuden lagen Militärangehörige ohne Abzeichen, mit Scharfschützengewehren. Es war ein schreckliches Bild: Wir sahen, wie Frauen und Kinder nicht durchgelassen wurden, um mit ihren Eltern zu sprechen.

Aus einem Interview mit einer zivilgesellschaftlichen Aktivistin aus Sewastopol

Im ukrainischen Milieu wurden sie dagegen „grüne Männchen“ genannt, womit ihre absurde Anonymität sarkastisch hervorgehoben wurde.

Russische Militärangehörige in voller Kampfausrüstung, mit Schusswaffen ausgerüstet, des Öfteren in Masken, die ihre Gesichter verdeckten, in Begleitung von Panzertechnik und LKW beteiligten sich an der Blockierung von ukrainischen Militäreinheiten, am Bereitschaftsdienst an den Checkpoints, an der Patrouille der Territorien und führten außerdem Sonderaufgaben aus. Einige russische Militärangehörige, in erster Linie aus dem Bestand der Sondereinheiten, **gaben sich als Söldner paramilitärischer Trupps und ukrainischer Innentruppen aus.** Sie arbeiteten in Menschenmengen, stifteten die lokale Bevölkerung an, neutralisierten proukrainische Aktivisten bei den Straßenaktionen.

Während der Blockaden riegelten sie das Perimeter der Umgebung ab, führten die technische Einrichtung von Stellungen aus, sorgten für Verbindungsstörungen mit EloKa-Mitteln. Die Stationierungspunkte des Schiffsbestands

wurden vom Land und von der See aus blockiert. An der Seeblockade nahmen Schiffe und Hilfsschiffe der Schwarzmeerflotte teil: der Garde-Raketenkreuzer „Moskau“ (Flaggschiff), das Raketenschnellboot „Iwanowez“, die Minenräumboote „Turbinist“ und „Vizeadmiral Schukow“, verschiedene Schlepper usw. In der Anfangsetappe blockierten einige russische Schiffe die Ausgänge aus den Buchten, indem sie *Betriebsstörungen und Fahrtverluste imitierten*.

Um den Ausgang der Schiffe der Südlichen Marinebasis aus dem See Donuslaw zu verhindern, versenkten die Russen *ihre Schiffe in der Meerenge*: das große U-Bootjagdschiff „Otschakow“, die Taucherschiffe „WM-416“, „WM-413“, „WM-232“. Die Einnahme von Militäreinheiten und Schiffen fand unter Einsatz von Panzertechnik (BTR-80), Flugmitteln (Hubschrauber Mi-35M) und Wasserfahrzeugen (Schleppern, Motorbooten usw.) statt.

Es ist bekannt, dass Militärangehörige des Südlichen, Westlichen und Zentralen Militärbezirks Russlands zur Operation zur Einnahme der Krim hinzugezogen wurden. Ihrem Profil nach waren es hauptsächlich die Sondereinheiten der GRU (Hauptverwaltung für Aufklärung Russlands), motorisierte Schützenverbände, Luftsturmverbände, Marineinfanterie Russlands. Die internationale Freiwilligengemeinschaft *InformNapalm* untersucht seit 2014 die Umstände der russischen Aggression gegen die Ukraine, sammelt Beweise für die Beteiligung von verschiedenen Truppenverbänden der Streitkräfte Russlands an der Besetzung der Krim und der Kriegsführung im Donbas. Heute ist die Datenbank mit den identifizierten russischen Truppenteilen, die von *InformNapalm* zusammengestellt wurde, die vollständigste aller öffentlich zugänglichen Datenbanken. Die Angaben der Untersuchungen von *InformNapalm* bestätigen die Beteiligung von Militärangehörigen aus **einundzwanzig (21)** Truppenverbänden der russischen Streitkräfte an der Einnahme der Krim.

Die Militärstaatsanwaltschaft der Ukraine hat ebenfalls eine Liste mit russischen Truppenverbänden zusammengestellt, die an der Besetzung der Krim beteiligt waren. Sie enthält weniger Abteilungen, als von *InformNapalm* erwähnt, darunter gibt es aber einige, die von den freiwilligen Aktivisten nicht genannt wurden:

- ◆ das 45. selbstständige Garde-Luftlanderegiment zur besonderen Verwendung (Militäreinheit 28337, Kubinka);
- ◆ die 95. Garde-Luftlandedivision (Militäreinheit 65451, Iwanowo);
- ◆ die 22. selbstständige Garde-Speznasbrigade GRU (Militäreinheit 11659, Stepnoj);
- ◆ das 331. Garde-Fallschirmjägerregiment (Militäreinheit 71211, Kostroma)

Russische Einheiten, die an der Einnahme der Krim beteiligt waren *



15. selbstständige motorisierte Schützenbrigade
Roschtschinski, Gebiet Samara
ME 90600
MB Zentrum
📍 1900 km



7. selbstständige Panzerbrigade
Tschebarkul, Gebiet Tscheljabinsk
ME 89547
MB Zentrum
📍 2660 km



2. selbstständige Spetsnaz-Brigade
Pskow
ME 64044
MB West
📍 1900 km



18. selbstständige motorisierte Schützenbrigade
Chankala, Tschetschenien
ME 27777
MB Süd
📍 1200 km



66. selbstständige Nachrichtenbrigade
Stawropol
ME 41600
MB Süd
📍 800 km



10. selbstständige Spetsnaz-Brigade
Gorjatschij Klutsch
ME 51532
MB Süd
📍 500 km



19. selbstständige motorisierte Schützenbrigade
Wladikawkaz, Nordossetien
ME 20634
MB Süd
📍 1100 km



7. Luftlandedivision
Noworossijsk
ME 61756
MB Süd
📍 400 km



16. selbstständige Spetsnaz-Brigade
Tambow
ME 54607
MB West
📍 1200 km



21. selbstständige motorisierte Schützenbrigade
Tozkoje, Gebiet Orenburg
ME 12128
MB Zentrum
📍 2100 km



76. Luftlandedivision
Pskow
ME 07264
MB West
📍 1900 km



99. selbstständige Logistikbrigade
Majkop, Adygeja
ME 72153
MB Süd
📍 700 km



32. selbstständige motorisierte Schützenbrigade
Schilowo, Gebiet Nowosibirsk
ME 22316
MB Zentrum
📍 4300 km



31. selbstständige Luftlandebri-gade
Uljanowsk
ME 73612
MB Zentrum
📍 1900 km



136. selbstständige motorisierte Schützenbrigade
Bujnask, Dagestan
ME 63354
MB Süd
📍 1300 km



34. selbstständige motorisierte Schützenbrigade
Storoschewaja-2, Karatschajewo-Tscherkessien
ME 01485
MB Süd
📍 800 km



15. Küsten-Raketenartilleriebrigade der Schwarzmeerflotte
Sewastopol
ME 80365
MB Süd
📍 0 km



34. Führungsbrigade
Wladikawkas, Nordossetien
ME 29202
MB Süd
📍 1100 km



74. selbstständige motorisierte Schützenbrigade
Jurga, Gebiet Kemerowo
ME 21005
MB Zentrum
📍 4500 km



810. selbstständige Marineinfanteriebrigade der Schwarzmeerflotte
Sewastopol
ME 13140
MB Süd
📍 0 km



7057. Luftstützpunkt der Schwarzmeerflotte
Katscha, Sewastopol
ME 49311
MB Süd
📍 0 km

📍 Abstand zur Krim

* Nach Angaben der OSINT-Untersuchungen von InformNapalm

- ◆ das 25. selbstständige Regiment GRU zur besonderen Verwendung (Militäreinheit 05525, Stawropol);
- ◆ die 3. selbstständige Garde-Speznasbrigade GRU (Militäreinheit 21208, Togliatti);
- ◆ das 727. selbstständige Marineinfanteriebataillon der Kaspischen Flotte (Militäreinheit 20264, Astrachan).



In der Datenbank von *InformNapalm* sind auch Informationen über **136** Militärangehörige der russischen Streitkräfte enthalten, die mit der Medaille „Für die Rückkehr der Krim“ ausgezeichnet wurden.

Eine aktive Hilfsrolle bei der Besetzung der Krim spielten auch paramilitärische Formationen: die „Selbstverteidigung“ und die Kosaken. Einige von ihnen wurden während der oder direkt vor den Ereignissen der Besetzung aufgestellt, andere

waren aus Russland angereist.

Die ersten Aufrufe zur Erschaffung von „Selbstverteidigungstrupps“ erschienen als Antwort auf die Ereignisse der Revolution der Würde. Im Dezember 2013 traten die Abgeordneten **Wadim Kolesnitschenko** (er wurde von Sewastopol ins ukrainische Parlament gewählt) und **Sergej Smoljaninow** (ein Abgeordneter des Sewastopoler Stadtrats) mit einer entsprechenden Initiative auf. Aber weiter als bis zur Anmeldung von Freiwilligen ging die Sache nicht. In der dritten Dekade des Januar 2014 nahm sich die Regierung der Krim, die gegenüber dem Janukowytsch-Regime loyal eingestellt war, der Organisation der „Selbstwehr“ an. Unter anderem ging die Initiative vom Oberhaupt der staatlichen Stadtverwaltung in Sewastopol **Volodymyr Jazuba** aus, sie wurde von den prorussischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Kosaken und proputinschen Bikern aus dem Club „*Nachtwölfe*“ unterstützt. Die Mitglieder der „Selbstverteidigung“ hielten bei den Regierungsgebäuden Wache und patrouillierten auf den Straßen auf der Suche nach lokalen und angereisten Maidan-Aktivisten. Unter Mitwirkung der lokalen Behörden und der „Partei der Regionen“ wurden Sonderzüge nach Kyjiw zum Antimaidan organisiert.

Ein Monat später begann eine neue Etappe in der Geschichte der „Selbstverteidigung“ auf der Krim. Diesmal wurden die Menschen nicht von Janukowytschs Beamten versammelt, sondern von prorussischen Gruppierungen, die sich bei der Konfrontation mit der neuen ukrainischen Macht Hilfe von Moskau erhofften.

In Simferopol wurde die Anmeldung bei den „operativen Reaktionstrupps“ von den Vertretern der politischen Partei „*Russische Einigkeit*“ (Anführer: Sergej



Militärangehörige der 99. selbstständigen Logistikbrigade, die mit der Medaille „Für die Rückkehr der Krim“ ausgezeichnet wurden. Das Foto wurde von der internationalen Freiwilligengemeinschaft InformNapalm bereitgestellt.

Zekow, Sergej Aksenow) unter Mitwirkung von Kosaken-Organisationen durchgeführt. In diesem Milieu fiel **Michail Scheremet** auf—einer der Anführer der „Selbstverteidigung“ der Krim während der russischen Besetzung im März 2014.

In Sewastopol begann die politische Partei „Russischer Block“ (Anführer: **Hennadi Basow**) die „Selbstverteidigungstrupps“ aufzustellen, unter Mitwirkung verschiedener Organisationen: dem „Kordinationsrat der russischen Organisationen von Tawria und Sewastopol“ (Anführer: **Wladimir Tjunin**), der Kosaken-Gemeinde „Patrioten von Sewastopol“ (Anführer **Ihor Rudenko-Minich**), der „Schwarzmeer-Kosaken-Hundertschaft“ (Anführer: **Anatoli Mareta**) und anderen. Die Aktivisten dieser Gruppierungen hatten sich lange vor den beschriebenen Ereignissen bewährt, einige von ihnen waren vorbestraft, gegen andere liefen Ermittlungsverfahren für antistaatliche Aufrufe und die Beteiligung an den Angriffen auf ukrainische Militärangehörige im Jahr 2008.

Die Anführer der „Selbstverteidigung“ waren in der Regel ehemalige Mitarbeiter der Ordnungskräfte und hatten große Erfahrung in **Organisation und Leitung von Personal**. Zum Beispiel war einer der Anführer der „Selbstverteidigung“



Die „Selbstverteidigung“ und prorussische Aktivisten bei dem blockierten Stab der Küstenwachtruppen der ukrainischen Marine in Simferopol, 5. März 2014. Foto: Olexij Masepa.

der Krim namens **Wladimir Merzalow** ein ehemaliger Polizist und Vorsitzender der Gewerkschaft der Mitarbeiter des Innenministeriums der ARK.

Der Organisator der „Selbstverteidigung“ in Sewastopol **Wiktor Litwinow** diente früher bei der ukrainischen Marine und bei der russischen Schwarzmeerflotte, der von ihm ernannte „Stabsleiter“ **Oleg Rosljakow** war Kommandeur des 810. Marineinfanterieregiments der russischen Schwarzmeerflotte 1998–2003. Unter den Teilnehmern der Krimer Ereignisse im Februar/März 2014 erwähnen die Augenzeugen auch den zukünftigen Söldneranführer im Donbas **Igor Girkin** (auch bekannt als Igor Strelkow), einen Mitarbeiter der russischen Geheimdienste, Teilnehmer an den Kampfhandlungen in Transnistrien, Bosnien und im Nordkaukasus. Nach Informationen der Quelle „*Nowaja Gaseta*“ war **Franz Klinzewitsch**, Abgeordneter des russischen Parlaments, Vorsitzender des russischen Vereins der Afghanistan-Veteranen, Oberst der Reserve und Betreuer einer aus Russland eingeschleusten Söldnergruppe. Nach Angaben von Alexej Tschalyj erwies der Vizeadmiral der Reserve und ehemalige stellvertretende Befehlshaber der russischen Schwarzmeerflotte und zukünftige „Gouverneur von Sewastopol“ **Sergej Menjajlo** Hilfe bei der Zusammenstellung von „Selbstverteidigungstrupps“.

Im Februar 2014 tauchten Kosaken aus dem Kuban in Sewastopol auf; sie waren bunt gekleidet und trugen Reitpeitschen am Gürtel. Die Kosaken wurden unter der Adresse Astan-Kesajew-Straße 14a (ein Haus neben dem Kreisverwaltungsgebäude der Innenangelegenheiten von Sewastopol) untergebracht. In diesem Haus befand sich die Kampfgruppe der Partei „Russischer Block“, unter dem Namen „Sportclub SOBOL“. Ab März gingen die Kosaken frei im Gebäude der Polizeiabteilung ein und aus, und konnten sich dort tagelang aufhalten. Im öffentlichen Verkehr tauchten junge sportliche Männer auf, die bei der Bezahlung in Hrywnja durcheinander kamen. Die Kosaken organisierten Checkpoints und Personenkontrolle bei den Autofahrern.

Aus einem Interview mit einer anonymen Familie der zivilgesellschaftlichen Aktivisten aus Sewastopol

Die Mitarbeiter der Krim-Truppen der Sonderabteilung des Innenministeriums der Ukraine „Berkut“ schlossen sich den paramilitärischen „Selbstverteidigungstrupps“ ebenfalls an. Während der Revolution der Würde zeichneten sie sich durch besondere Grausamkeit bei der Konfrontation mit den Maidan-Aktivisten in Kyjiw aus und waren am 22. Februar auf die Krim zurückgekehrt. Der Beauftragte der Werchowna Rada der Ukraine in Fragen der Kontrolle über die Tätigkeit des Innenministeriums Arsen Awakow erließ einen Befehl über die Auflösung der „Berkut“-Einheit, aber die separatistische Obrigkeit der ARK und Sewastopols stellten eigene Formationen mit demselben Namen auf.

Ziemlich schnell wurden die lokalen „Selbstverteidigungstrupps“ mit paramilitärischen Gruppen verstärkt, die aus dem Ausland gekommen waren, hauptsächlich aus Russland. Die „Nowaja Gaseta“ fand heraus, dass am 28. Februar 2014 eine Gruppe russischer Staatsbürger — *Afghanistan-Veteranen, Sportler, Mitarbeiter von Wachdiensten, Mitglieder von militärisch-patriotischen Clubs und Biker, insgesamt 170 Menschen* — mit einem Flugzeug des Typs Il-76 vom Militärflugplatz Tschkalowski (Oblast Moskau, Russland) auf die Krim gebracht wurde. Um auf die krimtatarische Gemeinde einzuwirken, wurden Menschen aus Tschetschenien hinzugezogen. Auf den Checkpoints nahe Sewastopol tauchten **serbische Freischärler** auf. Es sind auch andere Fakten für

Anwesenheit von ausländischen Staatsbürgern zu jener Zeit auf der Krim bekannt. Der bedeutendste Faktor für paramilitärische Formationen wurden die **Kosaken**— hauptsächlich Staatsbürger Russlands, die aus dem russischen Oblast Krasnodar über die Fährenübersetzstelle von Kertsch auf die Halbinsel kamen.

Entsprechend der russischen Gesetzgebung haben Personen, die sich als Kosaken identifizieren und Mitglieder von registrierten Kosaken-Organisationen sind, legale Befugnisse, territoriale militarisierete Formationen mit Atamanen an der Spitze aufzustellen und sich mit spezieller militärischer Vorbereitung zu beschäftigen. Die russischen Kosaken werden zur Exekutivtätigkeit hinzugezogen, sowie zur zivilen und territorialen Verteidigung, zur Bewachung der Staatsgrenze, zur militärisch-patriotischen Erziehung von Jugend und einigen anderen Funktionen.

Bei den Streitkräften Russlands dienen die Kosaken in eigenen Militäreinheiten, denen Kosakische Bezeichnungen verliehen wurden. Das Register des am nächsten zur Krim gelegenen Kosaken-Heeres in Kuban zählt etwa **30.000** Kosaken. Darunter gibt es viele Teilnehmer an den Kampfhandlungen in Transnistrien, Abchasien, Tschetschenien, Jugoslawien, Reservisten und ehemalige Ordnungshüter.

Ende Februar 2014 kamen *einige Hunderte bis Tausende* russische Kosaken auf die Krim. Nach verschiedenen Angaben beteiligte sich ein Abgeordneter der russischen Staatsduma namens **Konstantin Satulin** an der Hinzuziehung russischer Kosaken zu den Ereignissen auf der Krim. Vor Ort standen weniger zahlreiche und vorbereitete prorussische Kosaken-Gruppierungen der ARK und Sewastopols den Kosaken zur Seite, darunter der *Verein der Krim-Kosaken* (Anführer: **Sergej Jurtschenko**). Die Kosaken waren aktiv an der Blockierung und Einnahme der ukrainischen Militäreinheiten, dem Bereitschaftsdienst an den Checkpoints (insbesondere an der administrativen Grenze zwischen der Krim und dem ukrainischen Verwaltungsgebiet Cherson) und der Arbeit mit der lokalen Bevölkerung beteiligt.

Ukrainische Militärangehörige beschreiben die Taktik der Einnahme ihrer Militäreinheiten auf folgende Weise: In der ersten Linie kam eine laute Menge an Zivilisten, darunter Rentner, Frauen und Kinder (agitierte lokale Einwohner) an die Tore und Eingänge der Militäreinheiten. Hinter ihnen rückten einige Dutzende Mitglieder paramilitärischer Formationen (Kosaken, die „Selbstverteidigung“) vor und unterstützten sie. Hinter diesen warteten ausgerüstete russische Soldaten, die ihre Bereitschaft demonstrierten, die Waffen einzusetzen, falls ukrainische Militärangehörige Widerstand leisten sollten (Scharfschützen und MG-Schützen besetzten vorbereitete Stellungen). Wenn die Zivilisten und die Kosaken nicht

imstande waren, die Sperrungen selbst zu überwinden, durchbrachen russische Militärangehörige mit LKW oder Panzerwagen die Sperrungen oder die Tore. Die Taktik des Einsatzes von Zivilisten und paramilitärischen Formationen zur Einnahme der Militäreinheiten hielt die Ukrainer vom Waffeneinsatz zurück. Die Besetzung der Krim fand aber nicht gänzlich ohne Opfer statt. Während der russischen Erstürmung des 13. photogrammetrischen Zentrums in Simferopol am 18. März 2014 erlag der ukrainische Fähnrich **Serhii Kukurin** seinen Schussverletzungen, ein weiterer ukrainischer Militärangehöriger wurde schwer verletzt.

Die Verlegung regulärer Einheiten und paramilitärischer Trupps auf die Krim begann lange vor der Einnahme der ukrainischen Staatsbehörden und dauerte während der aktiven Handlungen noch einen ganzen Monat an. Der Personalbestand, die Militärtechnik und die Waffen wurden mit großen Landungsschiffen der Schwarzmeerflotte („Nikolaj Filtschenko“, „Asow“, „Jamal“, „Saratow“), der Baltischen Flotte („Kaliningrad“, „Minsk“) und der Nordflotte („Georgij Pobedonozew“, „Olenegorski Gornjak“) der russischen Marine auf die Krim gebracht. Zur Verlegung des Personalbestands wurden auch die Minenräumboote der Schwarzmeerflotte „Turbinist“ und „Vizeadmiral Schukow“ eingesetzt. Die Entladung der Schiffe fand hauptsächlich in der *Kasatschja-Bucht* statt, wo die russische Marineinfanterie stationiert war, andere Zielpunkte waren die Buchten *Sucharnaja* und die *Juschnaja*.



Kirill Fedorow aus der 810. Marineinfanteriebrigade der russischen Schwarzmeerflotte vor dem großen Landungsschiff „Kaliningrad“ der Baltischen Flotte der Russischen Föderation, 4. März 2014. Das Foto wurde von InformNapalm bereitgestellt.



Aufklärer und MG-Schütze eines Speznas-Bataillons der 18. motorisierten Schützenbrigade, Magomed Hamatajew, an Bord der Fähre „Nikolai Aksenenko“ im Hafen Port Krim. Das Foto wurde von InformNapalm bereitgestellt.

Eine analoge Aufgabe führten auch russische Flugzeuge und Hubschrauber (Il-76, An-124, Mi-8, Mi-24) aus, die auf den Flugplätzen der Schwarzmeerflotte **Hwardijske** und **Katscha** landeten. Die Militärstaatsanwaltschaft der Ukraine machte die Bordnummern von einigen Il-76MD publik, die an der Operation beteiligt waren: 76722, 76731, 76776, 76777. Auch die internationale Freiwilligengemeinschaft *InformNapalm* fand Beweise für die Beteiligung des Il-76MD mit der Bordnummer RA-78805.

Von der Straße von Kertsch aus fand die Verlegung der Kräfte mit den Autofähren „**Nikolaj Aksenenko**“ und „**Jejsk**“ sowie der Eisenbahnfähre „**Annenkow**“ statt. Es gibt auch Belege für den Einsatz anderer Zivilschiffe für den Seetransport, darunter des Schiffes „Sewastopol“, das zivile Teilnehmer der „Selbstverteidigung“ aus Sewastopol nach Jalta brachte.

Die Ankunft der hybriden Besatzungstruppen auf der Krim fand in zwei Etappen statt: einer verdeckten und einer offenen. In der ersten Etappe wurden die Überfahrten großer Landungsschiffe zwischen Noworossijsk und Sewastopol als *gewöhnliche alltägliche Tätigkeit der Schwarzmeerflotte* ausgegeben. Der Grenzdienst der Ukraine wurde über die Ankunft von Flugzeugen auf den Flugplätzen informiert, wobei *ihre Anzahl zu niedrig angegeben wurde*. Die Konzentration der Truppen und die Verstärkung der Bewachung wurden mit *der instabilen gesellschaftlich-politischen Situation* in der Ukraine erklärt. Die Kosaken, die die Übersetzstelle von Kertsch nutzten, gaben sich als Pilger zu den orthodoxen heiligen Stätten auf der Krim aus oder dachten sich Geschichten über „Verwandtschaftsbesuche“ aus. Den Militärangehörigen, die aus Russland angereist waren, wurde *extra eingekaufte Zivilkleidung* für Ausflüge außerhalb ihrer Stationierungsorte ausgehändigt. In der zweiten Etappe, als die Kommunikationen bereits übernommen, die Luftabwehr neutralisiert und die Militäreinheiten blockiert worden waren, agierten die Besatzer offener. Insgesamt kamen am Vorabend und während der Einnahme der Krim etwa 30.000 Militärangehörige und eine unbestimmte Anzahl an Zivilpersonen an. Weitere 12.500 Militärangehörige der Schwarzmeerflotte befanden sich auf permanenter Basis in der Ukraine.

Die russischen Militärangehörigen, die auf der Krim ankamen, wurden hauptsächlich in Objekten der Schwarzmeerflotte in Sewastopol einquartiert. Es ist bekannt, dass sie sich in den Kasernen der **7. Ausbildungseinheit (Lasarew-Kasernen)**, der **810. Marineinfanteriebrigade** (in der Kasatschja-Bucht) und der **Taucherschule** (Karantinnaja-Bucht) aufhielten. Ein kleinerer Teil wurde auf dem Luftwaffenstützpunkt **Hwardijske** nahe Simferopol einquartiert. Im März, als es genügend Truppen vor Ort gab und die Notwendigkeit aufkam,

sich permanent bei den blockierten ukrainischen Militäreinheiten aufzuhalten, hatten die Besatzer einige *Feldlager* aufgeschlagen, insbesondere im Raum des Truppenübungsplatzes auf dem Kap Opuk, auf dem Ausweichflugplatz Chersones (Sewastopol) und auf dem Truppenübungsplatz der 810. Marineinfanteriebrigade. In einer Untersuchung der russischen „*Nowaja Gaset*a“ wird die Unterbringung einer Gruppe ziviler Söldner aus Russland im **Kurhaus der Schwarzmeerflotte „Jalta“** in der Stadt Jalta erwähnt. Russische Kosaken, die aus dem Oblast Krasnodar anreisten, nutzten die **Kirche des Heiligen Andreas** und den anliegenden Komsomolski-Park in Kertsch als ihrem Umschlagplatz. Die „Selbstverteidigung“, die Kosaken und andere paramilitärische Formationen wurden an verschiedenen Orten untergebracht, darunter auch in den Büros prorussischer Parteien und Organisationen, sowie in den von ihnen eingenommenen Gebäuden.

Die Militärstaatsanwaltschaft der Ukraine hat Beweise für die Einfuhr von Militärgerät in der Zeit zwischen dem 20. Februar und dem 16. März 2014 auf das Territorium der Krim gesammelt, und zwar: von nicht weniger als 10 Panzern, 207 BTR, SPW und Panzerwagen (darunter LKW GAS-2330 „Tigr“), 8 Startanlagen für mobile Küstenraketenkomplexe K300P „Bastion-P“, 24 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, 12 Startanlagen für Mehrfachraketenwerfer 9K57 „Uragan“ und 10 dazugehörige Transportladefahrzeuge, über 80 Anlagen und über 25 Selbstfahrlafetten (darunter 17 SFLs „Gwosdika“), 80 Luftabwehrmittel-Einheiten (darunter 16 Startanlagen für Fla-Raketenkomplexe S-300, 8 Fla-Raketenkomplexe „Panzir-S1“, 4 Startanlagen für Fla-Raketenkomplexe „Osa“), 16 Frontbomber Su-24, 2 Jagdbomber Su-27, 6 Aufklärungsflugzeuge Su-24MR, 26 Hubschrauber (darunter drei Mi-8, zwölf Mi-24, elf KA-52), etwa 640 LKW „Ural“ und „KamAZ“.

In einem Interview im Film „Krim. Der Weg in die Heimat“ (2015) bestätigte Putin, dass die Operation zur Einnahme der Krim von ihm persönlich angeführt wurde.

DER VERLAUF DER BESETZUNG

Das erste Objekt, das von den russischen Militärangehörigen auf der Krim eingenommen wurde, war die Werchowna Rada der ARK. Am Vorabend, dem 26. Februar, entfachte beim Gebäude des Krimer Parlaments eine zivile Konfrontation. An diesem Tag sollte eine Sitzung stattfinden, von der erwartet wurde, dass die Abgeordneten separatistische Entscheidungen und einen Appell an Russland verabschieden. Neben der Werchowna Rada der Krim versammelten



Der russische Fallschirmjäger Alexej Iwanow aus der 31. selbstständigen Luftsturmbrigade Russlands in der Uniform der Innentruppenabteilung der Ukraine „Berkut“ im Gebäude des Krimer Parlaments. Das Foto wurde von der internationalen Freiwilligengemeinschaft InformNapalm bereitgestellt.

sich zeitgleich eine proukrainische und eine prorussische Kundgebung. Die Quellen und die Augenzeugen führen verschiedene Angaben über die Anzahl der Teilnehmer auf, aber im Großen und Ganzen war die Aktion zur Unterstützung der territorialen Integrität der Ukraine zahlreicher, als die von der Partei „Russische Einigkeit“ organisierte prorussische Kundgebung. Zwischen den proukrainischen und prorussischen Teilnehmern fanden Zusammenstöße statt, infolge derer etwa 30 Menschen verletzt wurden und zwei Menschen starben. Weil eine weitere Eskalation drohte (höchstwahrscheinlich auch wegen des fehlenden *Quorums*), verzichtete das Krimer Parlament auf aufsehenerregende Erklärungen. Es gelang, die Straßenkonfrontation zu beenden: Die Organisatoren beider Aktionen, Refat Tschubarow und Sergej Aksenow, überzeugten ihre Anhänger, sich zu zerstreuen.

Am nächsten Tag, um etwa 4 Uhr morgens, wurde das Gebäude der Werchowna Rada der ARK von einem gut bewaffneten zusammengesetzten Trupp der russischen Streitkräfte (über 100 Mann Stärke) ohne Widerstand seitens der Sicherheitskräfte des Parlaments eingenommen. Etwas später nahmen russische Militärangehörige auch die *Krimer Regierung* (Ministerrat) ein. Die Besatzer hissten die russische Flagge über dem Krimer Parlament, gaben aber keine Erklärungen ab und stellten keinerlei Forderungen. Was genau passiert war, wurde nicht gleich klar. In den Massenmedien kursierten Versionen über eine aufständische Krimer „Berkut“-Abteilung, über Terroristen usw. Morgens kamen prorussische Aktivisten, Kosaken und die „Selbstverteidigung“ zum eingenommenen Parlamentsgebäude und formten einen *lebendigen Schutzschild*. Wie später bekannt wurde, warteten die anonymen Militärangehörigen darauf, dass die Krimer Abgeordneten in der Werchowna Rada ankamen oder *von der „Selbstverteidigung“ dorthin gebracht wurden*.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit (ohne eine unabhängige Bestätigung des Vorhandenseins eines *Quorums*) verabschiedete die Werchowna Rada am **25. Mai 2014** eine Anordnung über die Durchführung eines Referendums mit der Frage „*Die Autonome Republik Krim hat eine staatliche Selbstständigkeit*

und gehört zur Ukraine auf der Basis der Verträge und Abkommen: Für/Gegen“. Die Abgeordneten entließen außerdem den Vorsitzenden des Ministerrats der ARK **Anatolii Mohylew** und ernannten Sergej Aksenow zum Ministerpräsidenten, dessen Partei nur 3% der Plätze im Krimer Parlament innehatte. Beide Entscheidungen liefen der geltenden ukrainischen Gesetzgebung zuwider.

Von Beginn an schienen die Sicherheitskräfte auf der Krim, die auf die terroristische Bedrohung und die militärische Invasion hätten reagieren müssen, wie gelähmt. Die Sonderabteilungen des SBU und des Innenministeriums hatten sich geweigert, die eingenommenen Regierungsgebäude zu stürmen. Die Streitkräfte der Ukraine waren zu der Zeit ohne Befehlshaber zurückgelassen. **Olexander Turtschinow** war damals weniger als eine Woche stellvertretender Präsident der Ukraine. Der Verteidigungsminister **Pawlo Lebedew** versteckte sich in Sewastopol, wohin kurz darauf auch der Generalstabschef **Juri Iljin** flüchtete. Als Amtspersonen, die an dem Erlass von Befehlen über den Einsatz der Armee gegen den Maidan beteiligt waren, versuchten sie, der Verantwortung zu entkommen. Der stellvertretende Marinestabschef **Serhii Eliseew** und Stabschef **Dmytro Schakuro** entfernten sich ebenfalls von der Ausführung ihrer amtlichen Pflichten und brachen später ihren Eid.

Die Wiederherstellung der Verwaltungshierarchie fand schnell statt, aber *unter den Bedingungen der russischen Aggression nicht ausreichend schnell*. Am 27. Februar wurde **Ihor Tenjuch** (Befehlshaber der Marine 2006–2010) zum stellvertretenden Verteidigungsminister ernannt. Der stellvertretende Generalstabsleiter **Mychailo Kuzyn** tauchte am nächsten Tag auf. Am 1. März fand die Ernennung des neuen Befehlshabers der Marine statt. Aber Denis Beresowski, dem dieses wichtige Amt anvertraut wurde, brach bereits am nächsten Tag seinen Eid, darum wurde am 3. März **Serhii Hajduk** zum stellvertretenden Befehlshaber der Marine ernannt.

Außer auf Organisationsschwierigkeiten stieß die neue ukrainische Führung auch auf eine offene Erpressung seitens des Kreml. Am 26. Februar begann *eine plötzliche komplexe Überprüfung der Kampfbereitschaft* der Truppen des Westlichen und des Zentralen Militärbezirks in Russland, zu der 150.000 Militärangehörige verschiedener Truppenarten hinzugezogen wurden sowie bis zu 90 Flugzeuge, über 120 Hubschrauber, bis zu 880 Panzer, 1.200 Militäreinheiten, bis zu 80 Boote und Schiffe. Bereits am 11. März erklärte Moskau die Durchführung der *„größten Übungen der Luftlandetruppen in den letzten 20 Jahren“* in unmittelbarer Nähe zur Grenze mit der Ukraine. Bekanntermaßen drohten russische Anführer, darunter der Sprecher des russischen Parlaments **Sergej Naryschkin**, der neuen ukrainischen Führung auf direkte Weise. **Im**

Laufe des gesamten Frühlings 2014 bestand die Bedrohung einer allumfassenden Invasion der russischen Truppen auf dem Festland der Ukraine. Unter Berücksichtigung dessen rieten westliche Partner der Ukraine inständig, sich auf keine bewaffnete Konfrontation mit Russland einzulassen.

Ein weiterer Trumpf des Kreml war der flüchtige Präsident **Wiktor Janukowytsch**, der sich im russischen Rostow-am-Don aufhielt. Am 28. Februar führte er eine Pressekonferenz durch, auf der er erklärte, er halte sich für *den einzigen legitimen Präsidenten der Ukraine*. Am 1. März wandte sich Janukowytsch mit einem schriftlichen Aufruf an Wladimir Putin, russische Truppen in die Ukraine einmarschieren zu lassen. Bei der UN-Sicherheitsratssitzung berief sich der russische Vertreter **Witali Tschurkin** auf diesen Brief. Somit versuchte Moskau bei der Besprechung der Situation in der Ukraine *den Akzent von der militärischen Aggression auf die Krise der Legitimität der Regierung zu verlagern*. Einige Zeit lang spielte dem sogar Wladimir Konstantinow zu, indem er Janukowytsch einen agierenden Präsidenten nannte. Nach einer Anfrage von Putin erteilte das russische Parlament die Erlaubnis, „ausgehend vom Interesse des Schutzes der Leben der Staatsbürger Russlands, unserer Landsleute und des Personalbestands des Militärkontingents der Streitkräfte Russlands, die auf dem Territorium der Ukraine ... stationiert sind“ Truppen in die Ukraine zu verlegen. Zeitgleich begannen



Die Blockierung des ukrainischen 5. Küstenwachtrups in Balaklawa durch russische Militärangehörige. Foto: Olexij Tschornyj

russische Militärangehörige ohne Abzeichen, die zivilen und militärischen Objekte auf der Krim zu blockieren und einzunehmen.

Im Laufe des 27. und 28. Februar nahmen russische Truppen mit Unterstützung von paramilitärischen „Selbstverteidigungstrupps“ und Kosaken die Flughäfen von Simferopol und Belbek unter ihre Kontrolle, errichteten Stellungen an der administrativen Grenze der ARK mit dem ukrainischen Verwaltungsgebiet Cherson, nahmen die staatliche Nachrichtenzentrale und das staatliche Radio- und TV-Unternehmen der Krim ein. Ihre vorrangigen Ziele waren auch die Militärflugplätze, Einheiten der Luftabwehr und des staatlichen Grenzdienstes der Ukraine.

Nach einer Initiative des Verwaltungsleiters der Küstenwache des ukrainischen Grenzdienstes **Mykola Schybarew** (Teilnehmer der Ereignisse auf dem Küstenwachtschiff 112 im Jahr 1992) wurde **am 1. und 2. März der Schiffs- und Bootsbestand der Krimer Truppen der Küstenwache operativ auf das Festland der Ukraine gebracht**. Der 5. (Balaklawa-) und teilweise der 2. (Jalta-) Trupp haben eine Überfahrt nach Odessa vollzogen. Dabei konnten die Schiffe und Boote des 5. Trupps das offene Meer erreichen, trotz der Blockade der Bucht von Balaklawa durch den Raketenkreuzer der russischen Schwarzmeerflotte „Iwanowez“. Die Schiffe und Boote des 23. (Kertsch-) Trupps konnten trotz Bedingungen der schweren Eislage im Asowschen Meer die Überfahrt nach Berdjansk durchführen. Somit wurden 23 Grenzschiffe und Boote vor der Festsetzung durch die Russen gerettet. Es gab damals die Möglichkeit, auch *den Schiffsbestand der Marine der Ukraine* von der Krim weg zu führen, aber am Vorabend seiner Entlassung widerrief der Befehlshaber Denys Beresowski die Vorbereitungen der Schiffe auf ihr Auslaufen. Im Ergebnis blockierten die Russen alle auf der Krim stationierten Schiffe und Boote der ukrainischen Marine und nahmen sie bis Ende März in ihren Besitz. Dem Flaggschiff der ukrainischen Marine, der **Fregatte „Hetman Sahaidatschnyj“**, blieb dieses Schicksal erspart, denn sie war gerade auf dem Weg aus dem Indischen Ozean und entging trotz aller Bemühungen der russischen Schwarzmeerflotte einer Festsetzung.

Die offenkundige Kalkulation der Besatzer bestand in *der Neuunterstellung der Abteilungen der ukrainischen Marine* durch den Verräter Admiral Denys Beresowski bereits Anfang März. **Die Schlüsselereignisse fanden hier am 3. März statt**. Nach einem misslungenen Angriff der Kosaken und der „Selbstverteidigung“ auf ein Militärstädtchen in Sewastopol kam der *„Befehlshaber der Marine der Krim“*, bewacht von Mitarbeitern der russischen Geheimdienste, bei den ukrainischen Offizieren an. Bei einer Versammlung von Offizieren im Hof des Stabs hielten zunächst Beresowski und dann der neue Befehlshaber Serhii Hajduk eine Rede.



Ukrainische Militärangehörige bewachen die Einfahrtstore zur Südlichen Marinebasis in Nowooserne, 5. März 2014. Foto: Olexij Masepa.

Die anwesenden Militärangehörigen schlugen den Vorschlag, auf die Seite des „Volkes der Krim“ zu wechseln, aus und beendeten die Veranstaltung mit dem Singen der ukrainischen Nationalhymne. Trotz der Anwesenheit von Journalisten vor Ort gelangte das Video mit dem Fiasko Beresowskis nie auf die Bildschirme des regionalen oder gesamtrossischen Fernsehens.

Nach dem Scheitern des Plans der zentralisierten Neuunterstellung der ukrainischen Marine begann *ein langer Prozess der Blockade und Einnahme einiger ukrainischer Militäreinheiten.*

Obgleich die russische Propaganda einen Massenübergang der ukrainischen Offiziere auf die Seite der „Krim-Regierung“ meldete, verschlechterte der anhaltende passive Widerstand auf der Krim die Positionen Moskaus an der diplomatischen Front. Unter Berücksichtigung dessen hoffte die neue ukrainische Regierung grundlos darauf, dass *die Zeit ihr in die Karten spielen würde* und man nur den Start des Mechanismus der Reaktion der internationalen Weltgemeinschaft auf das Faktum der Aggression abwarten müsse. **Darum wurden aus Kyjiw unverständliche Signale „durchzuhalten“ und sich nicht auf Provokationen einzulassen an die Kommandeure der ukrainischen Einheiten gesandt.**

Moskau war gezwungen, seine Pläne hinsichtlich des Einsatzes von Krim Separatisten zu revidieren. Am 3. März verlegte die Werchowna Rada der ARK das Datum der Durchführung des Referendums zunächst auf den **30. März 2014**, und am 6. März wurde die Abstimmung auf den **16. März 2014** gelegt. Die Fragen im Volksentscheid wurden auch geändert. Den Krimern wurde angeboten, zwischen der „Wiedervereinigung mit Russland in der Eigenschaft eines Subjekts der Russischen Föderation“ und der „Wiederherstellung der Verfassung der Republik Krim von 1992“ zu wählen. Die Fragestellung über den Austritt der Krim aus der Ukraine lief der ukrainischen Verfassung auf direkte Weise zuwider, die die Erörterung von Fragen der territorialen Integrität des Staates nur bei einem gesamtukrainischen Referendum erlaubt.

Die Imitation des Prozesses eines Staatsaufbaus auf der Krim fand rapide statt. Am **11. März** verabschiedeten die Werchowna Rada der ARK und der Stadtrat von Sewastopol eine gemeinsame Anordnung über die Deklaration der Absicht, die Unabhängigkeit zu verkünden.

Der Status eines „unabhängigen Staates“ sollte eine rein technische Rolle spielen: So konnte man sich im Namen einer „souveränen Regierung“ und nicht einer „ukrainischen Autonomie“ an die russische Führung wenden. Nach den verkündeten Ergebnissen des rechtswidrigen Referendums vom **16. März** unterstützten **96,57%** der Abstimmungsteilnehmer die „Wiedervereinigung mit Russland“. Weiter wurden „epochale Entscheidungen“ faktisch jeden Tag getroffen: Am **17. März** verabschiedete die Werchowna Rada der ARK die Anordnung über die Unabhängigkeit und wandte sich mit der Bitte an den Kreml, sie als einen „unabhängigen Staat“ in der Eigenschaft eines neuen föderalen Subjekts in Russland aufzunehmen. Am **18. März** unterzeichneten die Krim Separatisten Aksenow, Konstantinow und Tschalyj einen Vertrag über die „Aufnahme der Republik Krim in die Russische Föderation“. Die Ratifizierung des Vertrags wurde am **21. März** von Putin unterzeichnet.

Zum Zeitpunkt der Durchführung des „Referendums“ und sogar noch nach der offiziellen Annexion der Krim blieben Militäreinheiten unter ukrainischer Flagge auf der Halbinsel. Nach der Durchführung des „Referendums“, auf dessen Vorbereitung die Hauptaufmerksamkeit der Besatzer konzentriert war, wurden



Der russische Fallschirmjäger Iwan Koslow aus dem 104. Luftsturmregiment der 76. Luftsturmdivision auf der erbeuteten Bohranlage des ukrainischen Unternehmens „Tschornomor-naftogas“. Foto bereitgestellt von InformNapalm.

Angriffe auf die Militäreinheiten wieder aktiv aufgenommen. Am 19. März nahmen die Russen **den Stab der Marine der Ukraine** in Sewastopol ein, am nächsten Tag legten **die 36. Küstenwachbrigade** in Perewalne, **das 501. Marineinfanteriebataillon** in Kertsch, **der Stab der Südlichen Marinebasis** in Nowooserne die Waffen nieder. Die Korvette „**Ternopil**“, das Hochseeminenräumboot „**Tschernihiw**“, das Landungsschiff „**Kirowohrad**“ und einige Boote und Logistikschiffe fielen unter russische Kontrolle. Nach dem 21. März blieben noch **das 1. Marineinfanteriebataillon** in Feodossija, **das 72. Zentrum für informationspsychologische Operationen** in Sewastopol, die Reste der **204. Brigade der taktischen Fliegerkräfte** in Belbek und **die 10. Marinefliegerbrigade** in Nowofedoriwka standhaft. Auch das Leitschiff „**Slawutitsch**“, das große Landungsschiff „**Kostjantyn Olschanski**“, die Korvette „**Winnyzja**“, das Minensuchboot „**Henitschesk**“ gaben den Widerstand nicht auf. Die Besatzer waren gezwungen, diese Truppenverbände und Schiffe unter Einsatz von Luftwaffe zu erstürmen. Das ukrainische Hochseeminenräumboot „**Tscherkassy**“ in Donuslaw wurde als letztes auf der Krim festgesetzt. Dies geschah am **25. März 2014**.

Die Aggression auf der Krim ging über den Rahmen der administrativen Grenzen der ARK und Sewastopol hinaus. Die Russen drangen auf das Territorium des Bezirks Henitschesk des ukrainischen Verwaltungsgebiets Cherson ein und näherten sich Tschonhar (am 8. März) und Strelkowe (am 15. März). Sie hielten die Stellungen bis Dezember 2014, wonach sie sich auf das Territorium der ARK zurückzogen.

Zusammen mit dem Krimer Förderunternehmen „**Tschornomornaftogas**“ nahmen die Besatzer dessen Infrastruktur in der ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) der Ukraine in ihren Besitz. Russische Fallschirmjäger landeten auf *den Bohrplattformen* im westlichen Teil des Schwarzen Meeres (unweit der Serpent/Smiinyj-Insel).

Im Laufe eines Monats schafften es russische hybride Truppen, faktisch alle ukrainischen Militäreinheiten auf der Krim auf ihre Seite zu ziehen oder einzunehmen und zu entwaffnen. Sich rechtzeitig auf das Festland der Ukraine zu evakuieren, schafften nur die Trupps der Küstenwache sowie sieben Flugzeuge und Hubschrauber der 10. Marinefliegerbrigade der ukrainischen Marine. Sie entkamen den Besatzern nur knapp und flogen am 3. und 7. März nach Mykolajiw. Da sie keine Chance hatten, die Fallschirmjäger aus Dnipro ohne Kampfverluste zu entwaffnen, entließen die Russen am 21. März **eine Aufklärungs- und Fallschirmjägerkompanie der 25. Luftlandebrigade** von der Krim (seit Anfang 2014 befand sie sich bei gemeinsamen Übungen mit der 36. Brigade in Perewalne). Aber die Mehrheit der Militärangehörigen, die

EINNAHME DER KRIM

34 Tage

• Putin unterzeichnet die Anordnung über die Ratifizierung des Vertrags vom 18. März

• Unterzeichnung des Vertrags über die Aufnahme der «Republik Krim» in die Russische Föderation

• Ausrufung der unabhängigen «Republik Krim»

• Fiktives «Referendum»



• Erfolgreicher Versuch von D. Beresowski, den Stab der Kriegsmarine der Ukraine unter Kontrolle zu nehmen [Video: bit.ly/uanavy-crimea]

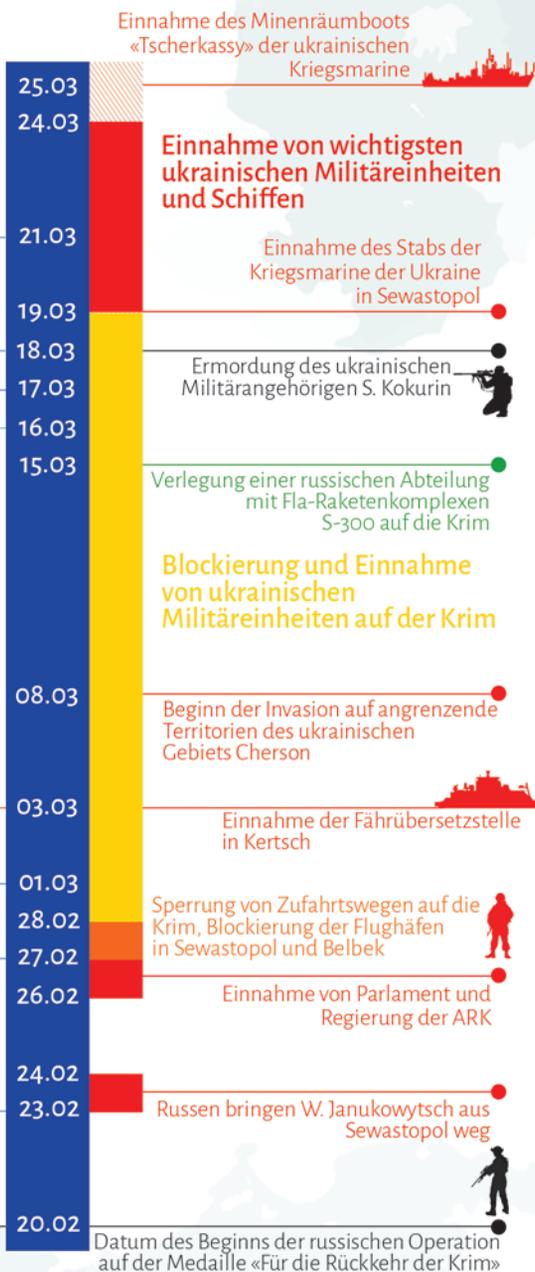
• Das russische Parlament stimmt für den Einsatz russischer Streitkräfte in der Ukraine

• S. Aksjonow - «Ministerpräsident» der Autonomen Republik Krim (ARK), Abstimmung über die Durchführung eines «Referendums»

• A. Tschalyj - selbsternannter «Volksbürgermeister» der Stadt Sewastopol



• Erschießungen von Demonstranten auf dem Maidan in Kyjiw



ihrem Eid treu blieben und beschlossen, ihren Dienst auf dem Festland der Ukraine fortzusetzen, mussten durch die Erniedrigung der Entwaffnung und Gefangenschaft gehen. Von über 20.000 ukrainischen Militärangehörigen haben nur etwa 6.000 die Krim verlassen.

DER INFORMATIONSVORHANG

Eine wichtige Rolle bei der Etablierung der russischen Herrschaft auf der Krim spielte die informative Begleitung. Der Kreml versuchte, seine wahren Bestrebungen zu maskieren und bei der ganzen Welt die Illusion einer Normalität des Geschehens zu erschaffen.

Zielabschnitte der informativen Besetzung der Krim

2014 legte Moskau drei Zielgruppen fest und arbeitete einen Plan für die strategischen Kommunikationen mit jeder von ihnen aus.

1. **Krim.** Das Hauptziel der Arbeit mit den Krimern bestand darin, sie davon zu überzeugen, dass: Russland ihr Freund ist und ihre Interessen vertritt. Zur Demoralisierung und Zügelung der Gegner der Besetzung wurde ein künstliches Bild der massenhaften einstimmigen Unterstützung des Vorgehens des Kreml auf der Krim erschaffen.
2. **Russland.** In den russischen Medien wurde das Thema der „Unterdrückung“ der russischen Sprache auf der Krim und der „Drohungen“ seitens der ukrainischen und krimtatarischen Radikalen aktiv beleuchtet. Außerdem wurde das Vorgehen Moskaus als eine notgedrungene Reaktion auf die verdeckte Einmischung des Westens in russische Interessen dargestellt.
3. **Welt.** Die Arbeit mit dieser Zielgruppe bestand darin, die Ukraine als einen *failed state* darzustellen, um eine Zustimmung zur Besetzung der Krim zu bekommen oder wenigstens das Interesse der Weltgemeinschaft am Geschehen in der Ukraine zu schwächen. Des Weiteren demonstrierte Russland die Bereitschaft zu einem allumfassenden Krieg im Falle eines aktiven Widerstands seitens der Ukraine und des Westens.

Die Schlacht um die Krimer: Die Früchte der Angst

Die Informationsoperation, die auf die Krimer Bevölkerung gerichtet war, umschloss drei Etappen, von denen jede ein bestimmtes Ziel hatte und bestimmte Botschaften übermittelte.

Die erste Etappe: Vorbereitung der Annexion

Ziel: Die lokale Bevölkerung zu verwirren, damit die Menschen Freunde als Feinde wahrnehmen und Feinde als Freunde.

Im Laufe der Jahre 1991–2014 wirkte Russland ununterbrochen in großem Maße über Informationen auf die Krimer Bevölkerung ein. Die aktive Arbeit mit dem Krimer Publikum war durch die stabilen politischen, militärischen, wirtschaftlichen und soziokulturellen Interessen Russlands auf der Krim bedingt. Die Einwirkung wurde selbst dann nicht schwächer, als die Ansprüche auf die Krim und Sewastopol von der offiziellen Tagesordnung Russlands im Jahr 1997 abgesetzt wurden. Indem der Kreml seinen Einfluss auf die Krimer Politiker und ihre Bestechung vor dem Hintergrund des Unwillens Kyjiws nutzte, eine offene Konfrontation mit den Russen und den ortsansässigen Eliten einzugehen, erreichte der Kreml bemerkenswerte Ergebnisse bei der Vorbereitung einer Basis für seine propagandistisch-diversive Arbeit. Die mediale Aktivität wurde in folgenden Richtungen verwirklicht:

1. Die Politisierung der Geschichte und die Verbreitung russischer Bewertungen der historischen Vergangenheit. Die Hauptbotschaften:
 - ◆ Die Krim gehörte seit jeher Russland und war in keinster Weise mit der Ukraine verbunden;
 - ◆ die Krim wurde 1954 unrechtmäßig an die Ukraine übergeben;
 - ◆ die Krim befand sich zum Zeitpunkt des Zerfalls der UdSSR 1991 rein zufällig in den Grenzen der Ukraine.
2. Die Diskreditierung der modernen Ukraine. Hauptbotschaften:
 - ◆ Die Ukraine tut gar nichts für die Prosperität der Krim, die Hauptinvestitionen in die Wirtschaft der Region kommen aus Russland;
 - ◆ die ukrainische Marine kann die Krim vor Außenbedrohungen nicht schützen, dabei behindert Kyjiw die Entwicklung des wahren Sicherheitsgaranten, der russischen Schwarzmeerflotte;
 - ◆ die Ukraine ist ein *failed state*, der ohne eine Außenunterstützung nicht existieren kann und keine Zukunft hat.

3. Gegenüberstellung von Krimer Russen, Krimer Ukrainern und Krimtataren. Hauptbotschaften:
 - ◆ Es findet eine gewaltsame Ukrainisierung der Krim statt;
 - ◆ die Krimtataren sind Anhänger radikaler Ausrichtungen des Islam und lechzen nach physischer Abrechnung mit der russischen Mehrheit der Krim;
 - ◆ ukrainische Nationalisten und die Krimtataren streben danach, die russische Orthodoxie von der Krim zu verdrängen.
4. Diffamierung des prowestlichen Kurses der Ukraine. Hauptbotschaften:
 - ◆ Die NATO versucht, sich zum Nachteil der geopolitischen Interessen Russlands auf der Krim festzusetzen;
 - ◆ die EU strebt danach, die Ukraine in ein Rohstoffanhängsel zu verwandeln, alle ihre Ressourcen auszupumpen und die Menschen unter die Armutsgrenze zu bringen;
 - ◆ die USA unternehmen alle möglichen Anstrengungen, um die Brudervölker der Ukraine und Russlands zu zerstreuen;
 - ◆ der Westen stiftet die Farbrevolutionen in der Ukraine, Georgien und anderen Ländern an und finanziert diese, um unbequeme und unkontrollierbare Regierungen zu beseitigen.

Die vorige Regierung hatte eine kulturelle Annexion der Krim zugelassen und dies schuf Voraussetzungen für die „physische“ Annexion. Die Obrigkeit unternahm nichts gegen die Propaganda, faktisch alle Nachrichten wurden zu dieser Zeit aus dem Blickwinkel der russischen Propaganda präsentiert.

Aus einem Interview mit einem anonymen Ingenieur aus der Krim

Die zweite Etappe: der massive Angriff

Ziel: Mit Abrechnung und Chaos einzuschüchtern und den einzigen Weg zur Rettung aufzuzeigen.

Diese Etappe fiel auf das erste Quartal 2014, besonders auf die Periode der Militäroperation im Februar und März. Der Kreml mobilisierte alle seine unter Kontrolle stehenden Informationskanäle sowohl auf der Krim als auch auf dem Territorium Russlands maximal: das Fernsehen, das Radio, die Zeitungen, die Blogs, die Gruppen und Trollfabriken in sozialen Netzwerken. Es wurden auch Einflussagenten hinzugezogen, die Gerüchte und gedruckte Agitationsmaterialien in verschiedenen Ortschaften der Halbinsel verbreiteten. Die Intensität

der Propaganda erreichte ein Rekordniveau, aggressive Botschaften umfassten die ganze Krim. Die Angst wurde der Haupthebel der Einwirkung auf das Bewusstsein der Bevölkerung— sie wurde zur Aktivierung des Basisinstinkts der Selbsterhaltung bei den Krimern benutzt. Die Bevölkerung wurde eingeschüchtert, indem ihr Anarchie, Abrechnung, Pogrome und absolutes Chaos prophezeit wurden, falls sie sich mit der neuen Regierung in Kyjiw abfinde.

In dieser Periode tat die russische Agitprop Folgendes:

1. Sie malte apokalyptische Zukunftsbilder für die Krim im Bestand der Ukraine. Hauptbotschaften:
 - ◆ Die Proteste auf dem Maidan wurden vom Westen finanziert und inszeniert, der die Kontrolle über die Ukraine übernommen hat;
 - ◆ die neue Regierung in Kyjiw ist nicht legitim, sie kontrolliert die Situation nicht, faktisch hat die Ukraine aufgehört, als Staat zu existieren;
 - ◆ es werden bewaffnete ukrainische Radikale auf die Krim anreisen, die nach Abrechnung mit ihren politischen Opponenten lechzen;
 - ◆ die Krimtataren besitzen geheime Waffenverstecke und in den Krimer Bergen werden Islamisten zum Kampf ausgebildet;
 - ◆ die neue ukrainische Regierung hat vor, die Krimer Autonomie abzuschaffen, die russische Schwarzmeerflotte aus Sewastopol zu vertreiben und die russische Sprache auf der Krim zu verbieten.
2. Als einzige Alternative zeigte sie den Anschluss an Russland auf. Hauptbotschaften:
 - ◆ Russen sind keine Besatzer, sondern Brüder, die aus altruistischen Motiven in einer schwierigen Zeit versuchen zu helfen;
 - ◆ Russland wird vor Abrechnungen und einem Genozid seitens der ukrainischen Nationalisten schützen, vor einem Bürgerkrieg bewahren;
 - ◆ Russland bedeutet Wohlstand und Stabilität, hohe Löhne und Renten, Frieden und Einigkeit;
 - ◆ im Falle eines Anschlusses an Russland werden die Krimer nichts verlieren sondern nur gewinnen.
3. Sie bot einen konkreten Vorgehensplan an, und zwar:
 - ◆ moralische Unterstützung und Solidarität gegenüber anonymen Soldaten in russischer Uniform (den „höflichen Menschen“) zu zeigen;
 - ◆ sich den ortsansässigen proukrainischen Aktivisten zu widersetzen und auf einen Widerstand gegenüber der Invasion aus dem Festland der Ukraine vorbereitet zu sein;
 - ◆ an den Aktionen zur Blockierung der ukrainischen Militäreinheiten und der Einnahme von wichtigen Objekten auf der Krim teilzunehmen;

- ◆ zum „Referendum“ zu kommen und für die Wiedervereinigung der Krim mit Russland zu stimmen.

In dieser Etappe war die Aktivität der Verbreitung des Inhalts präzedenzlos, und der Faktor der Angst wirkte trotz der Tatsache, dass viele aggressive Thesen zum ersten Mal formuliert und in den Umlauf gebracht wurden. Man muss nur die Statistik der Suchanfragen nach Schlüsselwörtern anschauen, die die russische Propaganda während der Einnahme der Krim benutzte. Die Suche im Internet nach Schlüsselwörtern „**Banderowzy**“ und „**Faschisten**“ (so wurden proukrainische Aktivisten genannt) zeigt bis Ende Januar 2014 kein großes Interesse. Aber in der Woche zwischen dem 26. Januar und dem 1. Februar ist ein abruptes Anwachsen an Anfragen zu verzeichnen, und in der Woche zwischen dem 2. und 8. März erreicht die Anfragenanzahl einen Rekord und zeigt einen 26-fachen Zuwachs im Vergleich zum Mittelwert in der Zeit bis zum Ende Januar 2014.

Dieser 26-fache Zuwachs, der gerade auf die Daten des allumfassenden Informationsangriffs in der Zeit der Einnahme der Krim fiel, ist ein leuchtendes Beispiel dafür, mit welcher Gewaltigkeit und Effektivität die russische Propaganda arbeitete.

Den Erfolg der russischen Propaganda auf der Krim während der Besetzung ermöglichten folgende Faktoren:

1. die Instabilität, ein Zustand der Unbestimmtheit und die Schwäche der Staatsbehörden in der Ukraine vor dem Hintergrund der Revolution der Würde und der Flucht höchster Beamter aus dem Land;
2. der Überraschungseffekt;
3. ein schwach ausgeprägtes kritisches Denken bei der Mehrheit der Krimer, die über viele Jahre hinweg in einer künstlich von Russland geschaffenen Nachrichtenblase gehalten wurden;
4. die große Geschwindigkeit und das Ausmaß des Informationsangriffs, der zeitgleich mit der gewaltsamen Einnahme von Objekten stattfand;
5. die unzureichende Organisation der proukrainischen Krimer und die fehlende Bereitschaft, zum Zeitpunkt der Einnahme aktiven Widerstand zu leisten;
6. eine maximale Nutzung administrativer Ressourcen, um propagandistischen Aufrufen mehr Gewicht zu verleihen.

Gesondert muss betont werden, dass die russischen Kräfte bei der Einnahme der Krim eine große Aufmerksamkeit der Sicherstellung von informativer Isolation und Vorbeugung von Datenleck über die wahren Zustände auf der Krim schenkten. Journalisten und Passanten, die versuchten, Videos zu drehen, wurden des Öfteren die Kameras und Handys abgenommen, wobei ihnen mit



Waffen gedroht wurde. Nicht selten waren auch Fälle physischer Gewalt und Beschädigung der Geräte. Zugleich sendeten lokale Fernseh- und Radiosender die russische Sicht der Krimmer Ereignisse.

Gerade diese einseitige Berichterstattung gewährleistete den nötigen Effekt bei der Bevölkerung, die hauptsächlich zwei Reaktionen zeigte: die Unterstützung der Besetzung oder eine passive Betrachtung.

Der schlechte Informationsstand der Krimmer über die reale Lage außerhalb der Halbinsel — sowohl auf dem Festland der Ukraine als auch in Russland — spielte den Besatzern ebenfalls in die Hände. Über die Hälfte der Einwohner der Krim hatten noch nie das Festland der Ukraine besucht, über 70% von ihnen waren nie im Ausland. Natürlich war es relativ leicht, Menschen mit einer derartig beschränkten persönlichen Erfahrung jeden beliebigen Mythos zu suggerieren, wie realitätsfremd dieser auch sein mochte.

Die dritte Etappe: die Legitimation der Annexion

Ziel: Die Menschen dazu zu bringen, die Tatsache der Besetzung ohne Widerstand anzuerkennen

In der dritten Etappe griff die russische Propaganda zu einer gewinnenden Rhetorik, mit der die scheußliche Realität in eine schöne Hülle verpackt wurde. Noch vor der Durchführung des „Referendums“ am 16. März 2014 versuchte Moskau, sein Verbrechen zu maskieren. Dazu wurde das Vokabular mit negativer Konnotation in den staatskontrollierten Medien durch ein Vokabular mit positiver Konnotation ersetzt, wodurch die Wahrnehmung verändert und der Aggressor als Wohltäter wahrgenommen wurde. Diese Technik wurde flächendeckend eingesetzt. Hier einige Beispiele für diese Ersatzbegriffe:

- ◆ militärische Einnahme/illegale Annexion der Krim — die „Rückkehr der Krim“;
- ◆ die Besatzungsarmee — „höfliche Menschen“;
- ◆ Aggression — „Schutz der Krimer/Rettung der russischsprachigen Bevölkerung“;
- ◆ gewaltsame Einnahme administrativer und militärischer Objekte auf der Krim — „Sicherstellung von Frieden und Ruhe“;
- ◆ das fiktive „Referendum“, das mit Hilfe der Besatzungstruppen durchgeführt wurde — eine „Willensäußerung des Volkes“;
- ◆ Die Separation des Territoriums eines souveränen Staates entgegen internationalem Recht — die „Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit“. Die Ersatzbegriffe beruhigten die Krimer Bevölkerung, stimmten sie darauf ein, den Feind als Freund wahrzunehmen, und blockierten die Proteststim-

mungen. Gerade deshalb, ungeachtet der tatsächlichen Teilnahmequote am „Referendum“, die 32% betrug, protestierten die Menschen nicht dagegen, dass in den Berichten der Organisatoren stand, über 81% der Wähler seien in den Wahllokalen erschienen, von denen 96,57% für den Anschluss der Krim an Russland gestimmt hätten. Die Besetzung der Krim war formell beendet. Danach musste Russland nur noch eine Aufgabe lösen — das Erbeutete festzuhalten.



Illustration: „Faschismus oder Russland“ — eine Plakatwand mit dem Agitationsspruch vor dem rechtswidrigen „Referendum“ auf der Krim, März 2014. Quelle: ostro.org

Russland hat aus der Krim ein klares Symbol Putins gemacht, das Symbol der Wiedergeburt des „Großen Russlands“. Die Haupteinstellung war „Kein Schritt zurück!“

Aus einem Interview mit einem westlichen Journalisten, der regelmäßig auf der Krim arbeitet

Der Kreml gegen die Welt: Nötigung zur Gleichgültigkeit

Während der auf die Krim ausgerichtete Informationsangriff eine unbewusste Reaktion innerhalb der Parameter „Bedrohung—Schutz“ auslösen sollte, hatte die Informationsoperation gegen das ausländische Publikum andere Ziele:

1. die Aufmerksamkeit vom Geschehen abzulenken, also von der Militäraggression Russlands gegen einen unabhängigen Staat;
2. die Vorwürfe gegen Moskau zu nivellieren;
3. viel weißes Rauschen zu erzeugen, das eine allgemeine Unbestimmtheit schaffen und Unentschlossenheit hervorrufen sollte;
4. zu beweisen, dass Moskau ein Recht auf sein Vorgehen auf der Krim hat;
5. die Gegner der Besetzung durch die Manifestation der Kraft und Entschlossenheit Russlands zu demoralisieren;
6. das Ausland von der Unabwendbarkeit und Alternativlosigkeit der Annexion zu überzeugen.

Für den Erfolg dieser Operation mobilisierte der Kreml die staatlichen internationalen Fernsehsender *RT* und *Sputnik* und schaltete alle seine Informationsressourcen im Ausland hinzu: ein Netz von englischsprachigen Propagandaquellen (das sogenannte Netz *Zero Hedge*, das eine gleichnamige Quelle und die damit verbundenen Webseiten umfasste, die prorussische Artikel aktiv nachdruckten), die Webseiten der prorussischen Organisationen im Ausland, einzelne Journalisten und Blogger, Sympathisanten Russlands unter den westlichen Politikern und Funktionären. Eine große Verbreitung der Inhalte stellten russische *Trollfabriken* sicher, die in Schlüsselnetzwerken Facebook, Twitter, Instagram aktiv waren und auch die Artikel auf den Webseiten unabhängiger Medien und in thematisch relevanten Foren kommentierten.

Das Wesen der Argumentation in allen ausländischen prorussischen Quellen lief auf folgende Hauptideen hinaus:

- ◆ auf der Krim agierten die Selbstverteidigungsgruppen, die aus den Reihen der lokalen Bevölkerung aufgestellt worden waren, und nicht die Besatzungsarmee Russlands;
- ◆ der Anschluss der Krim an Russland fand als Reaktion auf den Staatsumsturz in der Ukraine statt, wegen der Bedrohung für die lokale russischsprachige Bevölkerung;
- ◆ Russland war gezwungen, die Krim anzuschließen — wegen der NATO-Erweiterung und einem eventuellen Ausbau der Militärbasen der westlichen Länder auf der Krim;

- ◆ da Russland eine Atommacht mit sehr schlagkräftigen Streitkräften ist, sollte der Westen sich lieber nicht auf einen Konflikt mit Russland wegen der Krim einlassen;
- ◆ die Ukraine ist ein *failed state*, der mental in Ost und West geteilt ist und nur für sehr kurze Zeit unabhängig war, weshalb es sich für den Westen nicht lohnt, sich wegen ihr mit Russland zu zerstreiten.

Einige Vertreter der alten politischen Schule schlossen sich den von der russischen Regierung finanzierten Quellen an. So erklärte der tschechische Präsident **Miloš Zeman** im April 2014, die EU sollte die Tatsache anerkennen, dass die Krim nun Teil Russlands sei. Die ehemaligen Bundeskanzler Deutschlands **Helmut Schmidt** und **Gerhard Schröder** rechtfertigten die illegale Annexion der Krim durch Russland und der ehemalige US-Sekretär **Henry Kissinger** und der Ex-Botschafter der USA in der UdSSR **Jack Foust Matlock** begannen, statt der Verurteilung Moskaus die Idee eines „*finnischen Szenarios*“ für die Ukraine zu lancieren.

Nach dem Beginn der Kampfhandlungen im Donbas begannen die Einflussnehmer und die Verbündeten Russlands auch andere Friedensszenarien zu verbalisieren. Die populärste Variante war das Angebot Russlands, seine Truppen aus dem Osten der Ukraine im Austausch gegen die Anerkennung der Annexion der Krim zurückzuziehen, sowie die Föderalisierung der Ukraine und die Verankerung ihres Status außerhalb des Blocks.

Bei einigen Dingen ist es auf der Krim sogar schlechter, als in der „DVR“ (Donezker Volksrepublik) und der „LVR“ (Luhansker Volksrepublik), denn keinerlei internationale Organisation hat Zugang zur Krim. Du kannst niemanden um Hilfe bitten, kannst die Obrigkeit gar nicht kritisieren. Ein isoliertes Territorium.

Aus einem Interview mit einem anonymen Journalisten, der regelmäßig auf der Krim arbeitet

Die Welt gegen den Kreml: die Nichtanerkennung der Annexion

Trotz aller Bemühungen Moskaus trat ein Großteil der Politiker, Experten und Funktionäre scharf gegen die Annexion der Krim auf.

US-Präsident **Barak Obama** merkte an, dass das Krimer „Referendum“ gegen die Verfassung der Ukraine verstieße, unter dem Druck der russischen militärischen Intervention stattfand und niemals von den USA und der internationalen Weltgemeinschaft anerkannt werde.

In einer gemeinsamen Erklärung vom 16. März 2014 betonten der Präsident des EU-Rats **Herman van Rompuy** und der Präsident der EU-Kommission **Jose Manuel**

Barroso: *„Wir bestätigen erneut die entschlossene Verurteilung der unprovzierten Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine und rufen Russland dazu auf, die Stärke der Streitkräfte auf das Vorkrisenniveau zu reduzieren und ihren Aufenthalt auf das Territorium ihrer permanenten Stationierungsorte laut den entsprechenden Abkommen einzuschränken.“*

Deutschlands Bundeskanzlerin **Angela Merkel** unterstrich in ihrer Ansprache an den Bundestag am 13. März 2014: *„Es handelt sich um die territoriale Integrität eines europäischen Nachbarn, um den Respekt gegenüber den Prinzipien der Vereinten Nationen, um die Prinzipien und Methoden der Interessenkonfliktlösung im 21. Jahrhundert ... Die territoriale Integrität der Ukraine ist kein Gegenstand des Handels.“*

Der Ministerpräsident Kanadas **Steven Harper** verglich das Vorgehen Russlands noch zu Beginn der militärischen Einnahme der Krim mit der Aggression des Dritten Reichs: *„Das, was passiert ist, ist, wie wir wissen, die Entscheidung einer großen Staatsmacht gewesen, in ein Nachbarland einzudringen und dieses zu besetzen, wobei sie sich auf irgendwelche extraterritoriale Ansprüche stützte, eine Jurisdiktion über ethnische Minderheiten zu haben ... Wir haben ein derartiges Verhalten seit den Zeiten des Zweiten Weltkrieges nicht gesehen. Das ist absolut inakzeptabel.“*

Für die Unterstützung der territorialen Integrität der Ukraine sprachen sich nicht nur Staatsführer aus. Internationale Organisationen verurteilten die Annexion ebenfalls.



Am Tag des „Referendums“, dem 16. März 2014, erklärte Dmitri Kisselew, ein Moderator beim wichtigsten russischen Fernsehsender „Ros-sija 1“, Russland sei das einzige Land der Welt, das die USA tatsächlich in radioaktive Asche verwandeln könnte.

Die UN-Generalversammlung verabschiedete am 27. März 2014 eine Resolution, die alle Staaten, internationale Organisationen und Sonderorganisationen dazu aufrief, keinerlei Veränderungen des Status der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol auf Grund des „Referendums“ anzuerkennen und sich jeglicher Handlungen und Vorgehensweisen zu enthalten, die als Anerkennung jedweder Veränderung des Status gewertet werden könnten. Die Resolution wurde von 100 Ländern unterstützt, 58 enthielten sich, 11 waren dagegen. Nach dieser Resolution verabschiedete die UN-Generalversammlung noch weitere Resolutionen:

- ◆ „Die Lage der Menschenrechte in der Autonomen Republik Krim und in der Stadt Sewastopol, Ukraine“ (Nr. 71/205 vom 19. Dezember 2016);
- ◆ „Die Lage der Menschenrechte in der Autonomen Republik Krim und in der Stadt Sewastopol, Ukraine“ (Nr.72/190 vom 19. Dezember 2017);
- ◆ „Das Problem der Militarisierung der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol (Ukraine) sowie von Teilen des Schwarzen Meeres und des Asowschen Meeres“ (Nr. 73/194 vom 17. Dezember 2018);
- ◆ „Die Lage der Menschenrechte in der Autonomen Republik Krim und in der Stadt Sewastopol, Ukraine“ (Nr.73/263 vom 22. Dezember 2018).

Zur Unterstützung der territorialen Integrität der Ukraine traten auf: **Die G7-Länder, die parlamentarische Versammlung der OSZE, die parlamentarische Versammlung des Europarates, das Komitee des Europäischen Ministerrats, die Kommission von Venedig, die Visegrád-Gruppe, die NATO** und andere Organisationen und Verbände.

Wegen der Aggression gegen die Ukraine wurden *internationale Sanktionen* gegen Russland verhängt. Die ersten Sanktionen wurden am 6. März 2014 eingeführt, seitdem werden die Einschränkungsmaßnahmen nur erweitert und vertieft. So haben die USA am 8. November 2018 neue Sanktionen gegen zwei Ukrainer, einen Russen und neun Unternehmen in der Ukraine und Russland eingeführt, die an der Annexion der Krim und den damit verbundenen Menschenrechtsverletzung beteiligt waren. Insgesamt unterstützten Dutzende Länder der Welt die Sanktionen gegen Russland.

Ursachen des Scheiterns des russischen Plans

Als Russland die Krim einnahm, hoffte es sicherlich auf eine schwache Reaktion seitens der Weltgemeinschaft und eine schnelle Legitimierung der Annexion. Diese Kalkulation war aber fehlerhaft, wobei Moskau selbst die Grundlage

für sein Scheitern erschuf. Als der Kreml seine militärische Invasion plante, hatte er das Wichtigste nicht mit eingerechnet: die Globalisierung und das Entwicklungsniveau der Welt im 21. Jahrhundert.

1. Bei der heutigen Verbreitung der Technologien kann keine vollständige Informationsblockade gewährleistet werden. Das Internet, der Mobilfunk, die sozialen Netzwerke und verschiedenartige Geräte unterminieren die Möglichkeiten für eine selektive Absperrung des Nachrichtenflusses bedeutend. Trotz aller derartigen Bemühungen der Besatzungstruppen gingen aus der Krim während ihrer Einnahme alarmierende Nachrichten ein: Reportagen, Fotos und Videos von Orten des Geschehens, die die reale Sachlage zeigten.
2. Die internationale Arbeitsteilung und die Zusammenarbeit zwischen den Ländern sowie ihre gegenseitige Abhängigkeit vertiefen sich jährlich. Dies lässt weniger Möglichkeiten dafür offen, eine Abrechnung mit einem Land zu initiieren, dabei aber die gemeinsame Balance nicht zu stören und die Interessen anderer nicht zu treffen, besonders im hochentwickelten Europa. Ein gewaltsames Handeln kann im 21. Jahrhundert unter solchen Bedingungen nicht effektiv sein. Im 21. Jahrhundert dominiert die Macht des Rechts, nicht das Recht der Macht.
3. Das Russland des Jahres 2014 konnte kaum jemanden ernsthaft erschrecken. Ein veraltetes Führungssystem, technologischer Rückstand, demografische Probleme und eine kreditabhängige Wirtschaft passen nicht ins Bild eines starken Staates, der die Weltführerschaft beansprucht. Selbst die Streitkräfte Russlands sind hoffnungslos hinter den führenden NATO-Armeen zurückgeblieben. Die Atomwaffen waren faktisch der einzige Faktor, der die Welt davon abhielt, schnell weltweiten Druck auf Moskau auszuüben, und selbst das nur kurzzeitig.
4. Die Ukraine als Staat erwies sich als weitaus stärker, als Russland dies erwartet hatte. Die wenn auch nicht immer maximal effektive, aber beständige und folgerichtige Politik der Ukraine hinsichtlich der Verteidigung ihrer territorialen Integrität konnte die Positionen Russlands bedeutend schwächen und erlaubte es der Ukraine, breite Unterstützung in der Welt zu finden. Die wirtschaftliche Blockade der Krim, die Sanktionen gegen Personen und Unternehmen, die an der Besetzung der Halbinsel beteiligt waren, die diplomatischen Bemühungen und internationale Gerichtsklagen — all diese Maßnahmen spielten ihre Rolle bei der Vereitelung der Pläne des Kremls.

Kapitel 3. PUTINS GEISELN

DIE VERDAMMTEN: AUS EINER TOURISTISCHEN ERHOLUNGSZONE IN DIE BESETZUNG

Die Position der Menschen auf der Krim ist ziemlich undefiniert: Hier ist man an die Fluktuation der Menschenflüsse, die Saisonarbeit, die kurzlebigen Einrichtungen, die umgeschriebenen Geschichten und die situativen Verbände gewohnt. Die Besetzung verstärkt diese Fragilität der menschlichen Existenz nur noch.

Experten prognostizieren, dass ein typischer Vertreter der Halbinsel bereits in einigen Jahren nichts mehr mit der Krim des Jahres 2013 gemeinsam haben wird.

Die schwierigen Umstände der postsowjetischen Ukraine bestimmten die instabilen Lebensbedingungen in faktisch allen Regionen des Landes. Nichtsdestotrotz verbesserten sich die sozioökonomischen Prozesse allmählich. Nach der Volkszählung von 2001 hatte sich das Verhältnis zwischen den Frauen und Männern im reproduktiven Alter in der ARK verbessert (der relative Wert für Frauen dieser Altersgruppe betrug 1054 Frauen zu 1000 Männern entsprechenden Alters). Am Vorabend der Besetzung lebten allein auf der Krim (ohne Sewastopol) **1.967.200 Menschen**.

In den Jahren der Unabhängigkeit der Ukraine zeichnete sich auf der Krim erstmals die Tendenz zu einem positiven natürlichen Bevölkerungszuwachs auf dem Land (+450 Menschen im Jahr 2012 und +412 Menschen im Jahr 2013) ab. Die Zahl der Stadtbevölkerung schrumpfte dagegen nach wie vor, das Tempo wurde aber langsamer in den letzten Jahren vor der Besetzung. Im Großen und Ganzen schritt die Urbanisierung der Region weiter fort. Nach der Volkszählung von 1989 vergrößerte sich die Autonome Republik Krim um zwei Städte. Zum Zeitpunkt der gesamtukrainischen Volkszählung 2001 zählte die Halbinsel 16 Städte. **Darunter waren fünf Städte mit einer Bevölkerungszahl von über 50.000 Menschen.** Für die Krim als Teil der Ukraine war ein mittleres Niveau



Enthüllung des Denkmals für „Höfliche Menschen“ in dem Miniaturenpark in Bachtschyssaraj, 16. März 2016. Diese Skulptur eines Soldaten, der auf unnatürliche Art eine Katze in den Armen hält, hatte für zahlreiches Gespött gesorgt. Daraufhin wurde zunächst die Katze entfernt und im August 2016 wurde das Denkmal vollständig erneuert.

der Urbanisierung charakteristisch (wie in den Verwaltungsgebieten Kyjiw, Tscherkassy, Kirowhrad, Tschernihiw, Poltawa, Schytomyr, Chmelniczki, Wolyn, Lwiw, Cherson).

2013 waren die ARK und Sewastopol führend vor den anderen Regionen der Ukraine (neben den Verwaltungsgebieten Dnipropetrowsk und Charkiw sowie Kyjiw), was den Beschäftigungsstand der Bevölkerung (über 70% beschäftigte Einwohner) angeht. Sewastopol und die ARK erreichten auch ein hohes Niveau der Integration des Arbeitsmarktes. Auf der Karte der Ukraine zeichnete sich die Region durch einen bedeutenden Migrationszuwachs aus, wobei nur die Verwaltungsgebiete Kyjiw, Charkiw, Odessa und die Stadt Kyjiw vor ihr rangierten.

Trotz der ungleichmäßigen Verteilung der Investitionen in den Regionen der Ukraine litt die Krim mit ihrem hohen Gesundheits- und Erholungspotenzial nicht an einem Mangel von Kapitalinvestitionen: Sie waren mit den Messwerten der industriell gut entwickelten Verwaltungsgebiete vergleichbar. Die Halbinsel lockte genauso viele Touristen wie Kyjiw an (und bedeutend mehr als andere Regionen des Landes; 30% der Gesamtzahl der ausländischen Besucher) und war außerdem ein populärer Erholungsort für Bürger der

Ukraine. Noch zu Sowjetzeiten kamen Deutsche mit einem durchschnittlichen und unterdurchschnittlichen Einkommensniveau zur Erholung auf die Krim. Der Strom ausländischer Touristen nahm nach der Abschaffung der Visa für Bürger der EU, USA, Kanada und anderer Länder durch die Ukraine bedeutend zu. Auf der Krim konzentrierte sich traditionell der Sommertourismus der Ukraine, zugleich wurden Angebote zur Schaffung von modernen Skiresorts in den Krimer Bergen geprüft.

Das Leben der Krimer in der Ukraine war natürlich nicht ungetrübt. Aber es wurde von positiven Orientierungspunkten erhellt, die durch die Gesetzgebung bestimmt und festgelegt wurden: die Schaffung eines auf dem Weltmarkt konkurrenzfähigen Produkts, die Gewährleistung einer komplexen Entwicklung der Territorien und der sozioökonomischen Interessen der Bewohner der Halbinsel, die Befriedigung von touristischen Bedürfnissen des Landes, die Erhaltung wirtschaftlicher Balance und des einzigartigen historisch-kulturellen Erbes.

Indem sie die touristische Halbinsel in eine geschlossene militarisierete Zone verwandelte, änderte die Besatzungsverwaltung nicht nur diese Orientierungspunkte, die Weltsicht und die Lebensart der lokalen Bevölkerung, sondern sie ersetzte diese physisch durch loyale Migranten.

Nach verschiedenen Angaben (des Ministeriums für Sozialpolitik der Ukraine sowie öffentlicher Institutionen) verließen in den ersten Monaten der Besetzung **zwischen 20.000 und 78.000 Menschen** die Krim.

Ich habe die Krim im April 2015 verlassen. Ich dachte, es sei nur für ein paar Monate. Es hat sich herausgestellt, dass es für immer war. Zumindest, bis die Krim nicht wieder zur Ukraine gehört. Ich fuhr zu meinem Mann, der zu dem Zeitpunkt bereits ein halbes Jahr in Kyjiw war. Er musste die Krim schnell verlassen, denn die Funktionalität von Visa- und Mastercard-Karten durch die Banken wurde eingestellt und die Firma, bei der er arbeitete, konnte ihre Arbeit auf der Krim nicht fortsetzen. Wir wären einfach ohne Existenzgrundlage zurückgeblieben.

**Aus einem Interview mit einer anonymen Ärztin,
einer Binnenflüchtlingen von der Krim**

Wenn man die spezifische Situation im Oktober 2014 berücksichtigt, als die russische Verwaltung eine eigene Volkszählung auf der Halbinsel durchführte, kann man die verkündeten Ergebnisse als ein im Vorfeld vorgegebenes Programm für die Veränderung der Bevölkerungsstruktur für die nächsten Jahre deuten. Diesem Plan nach hatte sich die Bevölkerung bereits in den Jahren 2001–2014 um 135.000 Menschen oder um 6,7% verringert. Die Bevölkerung von Sewastopol hatte sich dagegen um 18.000 Menschen oder 4,8% vergrößert. Insgesamt zählten russische Statistiken 1.889.400 Menschen im Jahr 2014 auf der Krim und **1.913.989 Menschen** im Jahr 2018. Diese Zahlen sind ziemlich kontrovers, denn zahlreiche Zeugnisse von Augenzeugen, unabhängigen Journalisten, Beobachtungsmissionen internationaler, russischer und ukrainischer Organisationen, Staatsstrukturen der Ukraine und angesehener zivilgesellschaftlicher Vereine belegen die Verdrängung von für das Besatzungsregime unbequemen Menschen von der Halbinsel und die aktive Besiedelung der Krim durch andere.

In den Jahren der Besetzung wird die Krim von/durch:

verlassen:	besiedelt:
Investoren	russischen Militärangehörigen, Beamten und ihren Familien
ukrainischen Militärangehörigen	Politikern und Beamten, die mit dem ehemaligen Präsidenten W. Janukowytsch in Verbindung stehen
Wissenschaftlern, Intellektuellen	prorussisch gestimmter Bevölkerung des besetzten Donbas und der GUS-Länder
zivilgesellschaftlichen Aktivisten, Journalisten	Kriminellen, Menschen, nach denen international gefahndet wird
hochqualifizierten Mitarbeitern internationaler Unternehmen	russischen Arbeitern, die zum Bau von Objekten der lokalen Infrastruktur anreisen
Vertretern der Minderheiten der Region (ethnischer, sprachlicher, sexueller, religiöser)	für die Region untypischen Vertretern ethnischer Minderheiten Russlands
ortsansässigen Geschäftsmännern	asozialen Elementen, „Glücksrittern“

ausländischen und ukrainischen Touristen	„organisierten“/privilegierten Touristen, also Menschen im russischen Staatsdienst
Studenten	Rentnern aus vernachlässigten russischen Regionen
ehemaligen ukrainischen Militärangehörigen, die auf die Seite der russischen Streitkräfte wechselten und später in andere Regionen Russlands verlegt wurden	Vertretern der Exekutive aus anderen Regionen der Ukraine, die ihren Eid gebrochen haben

Nach Angaben der russischen Statistik verließen in den ersten Monaten der Besetzung über 80.000 Menschen die Halbinsel, bereits 2018 wurde ihr Platz aber faktisch durch über **177.000 Migranten** aus Russland und den GUS-Ländern besetzt. Insgesamt wird der Bevölkerungszuwachs der Halbinseleinwohner als relativ hoch gewertet. Diese Dynamik ist besonders in großen Städten zu spüren. Zum Beispiel beträgt die Bevölkerungsdichte in Simferopol 3.182 Menschen pro Quadratkilometer. Zum Vergleich beträgt diese Dichte im russischen Krasnodar 2.600 Menschen pro Quadratkilometer, in Kasan 1.900 Menschen.

Die Politik des Bevölkerungsaustausches der Krim verfolgt folgende Ziele:

- ◆ Verringerung der Gesamtzahl der Einwohner einer militarisierten Region;
- ◆ Schaffung einer passiven Umwelt, die loyal gegenüber der Besatzungsmacht ist;
- ◆ Vorbeugung von Überraschungen bei den Wahlen;
- ◆ Erschwerung von Methoden und Möglichkeiten zur Aufhebung der Besetzung der Halbinsel;
- ◆ Schaffung von Bedingungen für den Erfolg eines eventuellen „wiederholten Referendums“.

Als Instrumente dieser Politik dienen die Inszenierung von Schauprozessen gegen Aktivisten, Verfolgung von Journalisten und Intellektuellen, Durchsuchungen in Häusern von Krimtataren und Ukrainern, Einschränkungen der Unternehmertätigkeit, Monopolisierung des Tourismus, „Vorzugskredite“ für Militärangehörige, Gewerkschaftsprogramme für russische „Staatshaushaltstouristen“, das Programm „Fernöstliches Hektar“, bevorrechtigte Bedingungen für Einschreibung bei den russischen Hochschulen für die Krimer Jugend, militärisch-patriotische Erziehung der Schüler und Vorschüler und so weiter.

Auf der Krim sind über 10.000 Staatsbeamte wohnhaft, die Schlüsselposten im Staatsdienst werden ebenfalls hauptsächlich von Migranten aus Russland besetzt. Außerdem reisen russische Militärangehörige zum Dienst an, während die Krim-Wehrdienstleistende des Öfteren zum Dienst in verschiedene Regionen Russlands entsandt werden.

Direkt nach der Annexion wurden die Einwohner der Halbinsel zu Staatsbürgern Russlands erklärt. Für einen Verzicht auf die russische Staatsbürgerschaft wurde den Bewohnern der Krim nur eine kurze Frist zugestanden: nur 19 Tage. Dabei wird den Menschen ohne russische Staatsbürgerschaft permanent das Leben erschwert. Im Ergebnis meldete die russische Besatzungsverwaltung 19.000 Fälle des Verzichts auf die ukrainische Staatsbürgerschaft und nur über 3.247 Fälle, bei denen die permanenten Einwohner der Krim einen Antrag auf Verzicht auf einen automatischen Erhalt der russischen Staatsbürgerschaft gestellt haben.

Zerrissene Kommunikation

Wegen der Zerstörung der Kommunikationswege zum ukrainischen Festland und der Einführung der Sanktionen wurde die Mobilität der Menschen eingeschränkt. Ende April 2014 stellte Russland rechtswidrig eine „Grenze“ an der nördlichen Einfahrt zur Krim auf. Es sind Fakten für die Deportation von Ukrainern von der Krim durch die Besatzer bekannt. Ende Dezember 2018 wurde im Norden der Krim ein kostspieliger Zaun aufgestellt, der die Einwohner der Region zusätzlich von der Ukraine abtrennt. Der FSB meldete, dass dieser mit den modernsten Mitteln der Videobeobachtung und den Wärmesichtgeräten ausgerüstet wurde. Seine Notwendigkeit wird mit Durchbrüchen, Diversionen sowie dem verbrecherischen Waffen-, Munitions-, Waren-, Zigaretten-, Drogen- und Alkoholschmuggel über die Grenze erklärt.

Am Ende hat die Besetzung die Möglichkeiten der Einwohner der Krim zu reisen bedeutend erschwert. Alle Konsulate der westlichen Länder, die auf der Halbinsel arbeiteten, wurden schon 2014 geschlossen. Laut dem Rating von *Henley&Partners* belegt der Pass der Ukraine bereits den 41. Platz in der Welt und erlangt jährlich immer größeren Wert. 2018 konnte man damit nach einer vereinfachten Prozedur bereits 128 Länder besuchen. Zugleich sind für die Russen immer weniger Länder visumsfrei zugänglich (48. Platz bei dem Rating). Dabei werden die auf der Krim registrierten russischen Pässe in der Welt mit Bedacht wahrgenommen.

Die Entwicklung des Mobilfunks auf der Krim wurde ebenfalls erschwert. Seit Anfang 2018 ist die Anzahl der Basisstationen auf der Halbinsel nur um

3% gestiegen (davon gibt es keine einzige Station des neuen Standards GSM). Dabei ist die LTE-Netzabdeckung in der Region ziemlich fragmentarisch. Der Mobilfunk ist besonders während des Kurbetriebs erschwert und überladen, und ist grundsätzlich nicht mal in großen Städten (Kertsch, Simferopol, Sewastopol) überall zugänglich. Das 4G-Internet ist auch nur in großen Städten zugänglich.

2014 habe ich in Simferopol eine Oma gesehen, ihr ganzes ganzes Gesicht war in Falten, aber sie malte sich die Lippen rot an. Ich fragte sie: „Oma, Entschuldigung, aber wofür machen Sie sich denn zurecht? Für welches Dokument werden Sie sich fotografieren lassen?“ Und sie sagte: „Was denn, Tochter? Wir gehen zurück in die Sowjetunion! Ich werde mich für den russischen Pass fotografieren lassen. Das ist doch ein wahrer Segen Gottes!“

Aus einem Interview mit Lilia Muslimowa

Rotes Licht für die Unternehmertätigkeit

Die Besetzung verändert allmählich auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt der Krim-Halbinsel. Das sogenannte Beschäftigungszentrum der Bevölkerung der Republik Krim meldet regelmäßig, dass die Arbeitgeber der Region einen großen Bedarf an Ärzten, Handwerkern verschiedener Spezialisierungen, Krankenschwestern, Putzfrauen, Fahrern, Hilfsarbeitern und Ingenieuren haben.

In der Zeit der Unabhängigkeit der Ukraine wurde Sewastopol ein ziemlich modernes, hochtechnologisches Zentrum. Direkt nach der Annexion hat die Mehrheit der IT-Spezialisten die Stadt verlassen.

Aus einem Interview mit einem anonymen westlichen Journalisten, der regelmäßig auf der Krim arbeitet

Insgesamt sind die Prozeduren der Registrierung und Führung von Geschäften in Russland viel schwieriger, als es die Krim-er entsprechend der ukrainischen Gesetzgebung gewohnt waren. Die Region verliert Touristen



Der Ein- und Ausreise-Kontrollpunkt „Kalantschak“ an der administrativen Grenze des Verwaltungsgebiets Cherson und der ARK unweit von Armjansk, März 2017. Foto von Walentina Ochlopkowa.

mit einem durchschnittlichen und hohen Einkommensniveau, demzufolge brechen wichtige Geschäftsbereiche weg: Restaurants, Cafés, Hotels, Landhäuser, kommerzielle Einrichtungen, Schönheitssalons, Kursanatorien usw. Das erfolgreiche Geschäft geht schnell in die Hände der gestrigen „Befreier“ der Halbinsel über. Auch die **experimentell auf der Krim eingeführte „Kurtaxe“** fördert keinen Krimer Tourismus. Im Grunde sind es zusätzliche Gebühren für die Touristen für die „Nutzung der Infrastruktur eines Urlaubsortes“ 2018–2022 in Höhe von 50 Rubeln (etwa 0,75 \$), abhängig von der Jahreszeit und dem Erholungsort, in die russische Staatskasse. Unter den neuen Gebühren sind auch eine Straßen-, eine Ökologie- und eine Handelsgebühr, was sich negativ auf die Wirtschaft der Krim auswirkt. Die für die Region traditionelle Landwirtschaft — der Weinbau — leidet ebenfalls ernsthaft, unter anderem auch unter den zerrissenen wirtschaftlichen Verbindungen zum ukrainischen Festland. Im Vergleich zu russischen Regionen hat die Krim den schlechtesten Geschäftsklimaindex: Von den 2018 auf der Krim registrierten kleinen und mittleren Unternehmen bestanden zum Ende des Jahres bloß noch 77,3% (Rating des Magazin *Inc. Russia*).

DIE SCHWEIGSAMEN: DIE DE-UKRAINISIERUNG DER HALBINSEL

Als Ursache für die Besetzung der Krim nennt der Kreml den „Schutz russischsprachiger Einwohner der Halbinsel“. Der Anteil der Menschen, die Russisch als ihre Muttersprache wahrnehmen, ist auf der Krim stabil hoch. Und obwohl dieser Anteil sich in der Zeit der Unabhängigkeit der Ukraine stets verringerte (von **82,64% auf 76,55%**), ist dies für einen Durchschnittsbürger oder einen Besucher der Region faktisch nicht zu spüren.

Mit dem Zerfall der Sowjetunion spürten die Krimer keine besondere Notwendigkeit, die ukrainische Sprache zu lernen. Zugleich begannen sich sowohl Ukrainisch als auch die Sprachen anderer nationaler Minderheiten schneller und freier zu entwickeln.

Ukrainisch kam im offiziellen Dokumentenumlauf der Staatsbehörden, den Auszeichnungen von Konsumgütern, im Filmverleih, teilweise in der Bildung und im Kulturbereich vor. Die russische Sprache dominierte vor der Besetzung der Halbinsel im Bereich der Dienstleistungen, im nationalen Internetsegment, im Radio und Fernsehen, im Verlagswesen, in der Bildung und Erziehung. Die Krim belegte den letzten Platz unter den Regionen der Ukraine, was die Popularität der ukrainischen Sprache angeht. Unter den Bedingungen der russischen Besetzung wurde die ukrainische Sprache vollständig aus dem öffentlichen Raum verdrängt.

Die oben genannten Zahlen sind aus den Volkszählungen von 1989 und 2001 bekannt. Doch bereits 2014 meldeten russische Behörden, dass **84,1% der Krimer** angeblich die russische Sprache als ihre Muttersprache bezeichneten. In der hastig organisierten Volkszählung wurde behauptet, dass die Zahl der Menschen, die Russisch als ihre Muttersprache anerkannten, im 23. Jahr der Unabhängigkeit der Ukraine plötzlich sogar das sowjetische Niveau überstiegen haben soll, obwohl sie sich in den ersten zehn Jahren allmählich verringert hatte. Selbst wenn man annimmt, dass im Oktober 2014 die tatsächlichen Ergebnisse der Umfrage veröffentlicht wurden, so sollte man dennoch die Angst der Krimer vor dem bewaffneten Besatzer berücksichtigen. Des Öfteren bestimmte gerade diese Angst die Antworten, die bequemer als ehrliche Bekundungen waren.

Am Ende hat die russische *Pseudovolkszählung* die Absurdität der Propaganda über die gewaltsame Ukrainisierung der russischsprachigen Bevölkerung der Krim selbst bestätigt. Laut ihren Angaben beherrschen die ukrainische Sprache auf der Halbinsel nur 44,57% Ukrainer, 19,49% Russen, 18,40%

Belarussen, 15,34% Armenier, 13,63% Krimtataren und 9,17% Tataren. Es läuft darauf hinaus, dass die „Jahre der Ukrainisierung“ die Mehrheit der Krimer nicht dazu bringen konnten, die ukrainische Sprache zumindest zu erlernen, denn über Kenntnisse der ukrainischen Sprache sagten nur 22,36% der Einwohner der ARK und nur 18,8% der Einwohner Sewastopols aus (insgesamt auf der Krim: 21,75%). Man kann annehmen, dass 2014 nicht alle Krimer sich dazu entschlossen, ihre Kenntnisse der ukrainischen Sprache offen zuzugeben.

Eine Pseudovolkszählung ist ein bequemes Instrument — einerseits bestätigt sie angeblich den massiven Verzicht der Bevölkerung der Krim auf die ukrainische Kultur, andererseits nötigt sie faktisch alle, die es bislang nicht getan haben, zu diesem Verzicht. Laut der Pseudovolkszählung landete die ukrainische Sprache mit ihren 3,3% sogar auf dem vierten Platz: nach der russischen (84,1%), der krimtatarischen (7,8%) und der tatarischen (3,7%). Das steht im besonderen Kontrast zu den Angaben von 2001, als die ukrainische Sprache von 10,1% der Bevölkerung der ARK als Muttersprache angegeben wurde, die russische von 77,0% und die krimtatarische von 11,4%.

Der Druck verschiedener Faktoren der Russifizierung wird nach Meinung der Experten, Augenzeugen und Aktivisten als ziemlich stark und gefährlich für die gesellschaftliche Entwicklung der Krim eingeschätzt. Die entsprechenden Praktiken werden in neuen Schulprogrammen und Lehrbüchern, bei Festen und in den Medien etabliert. Die Jahre der Unabhängigkeit belegen, dass die Kinder auf der Krim sehr leicht die ukrainische Sprache erlernen, zugleich leben sie hauptsächlich in einer russischsprachigen Umgebung, die noch aus Sowjetzeiten kultiviert wird: Sie kommunizieren in russischer Sprache, lesen im Internet und schauen auf Russisch fern. Der einzige Ort, an dem sie frei Ukrainisch sprechen konnten, war die Schule, und unter den Bedingungen der russischen Besetzung wurde selbst diese faktisch vollständig russifiziert.



Am 20. März 2014 rissen russische Besatzer die ukrainische Flagge vom Dach der Akademie der Marinestreitkräfte P.S. Nachimow herunter. Als Zeichen des Protests begannen die Kursanten die Nationalhymne der Ukraine zu singen. Bald darauf verließen sie die Krim und schlossen ihre Ausbildung bereits 2016 in der Marineakademie in Odessa ab. Einer von ihnen ist Bohdan Nebylyza — ein 25-jähriger Kommandeur des Artillerieboots „Nikopol“, das am 25. November 2018 durch Russen festgesetzt wurde.

Russland hatte die Annexion lange vorher vorbereitet. Es begann auf der kulturellen Ebene: Im Großteil der Schulen in Sewastopol wurde in russischer Sprache unterrichtet. In der Universität auch. Die ukrainische Sprache wurde nur oberflächlich erlernt (in unserer Klasse war dafür gerade mal eine Stunde pro Woche vorgesehen, in der zweiten Jahreshälfte der 11. Klasse, dabei war nicht mal eine Ergebnisnote vorgesehen). Die Geschichte der Ukraine wurde nach Lehrbüchern mit russischer Sicht unterrichtet. Die russische Propaganda hatte sich besonders nach der Orange Revolution 2004 verstärkt. In meiner alma mater drohten die Professoren damit, denjenigen kein Testat zu geben, die zu der Zeit offen den Maidan unterstützten.

Aus einem Interview mit einem anonymen Ingenieur auf der Krim

Offiziell wurde auf der Krim die Gleichstellung der drei Sprachen verkündet: der russischen, der ukrainischen und der krimtatarischen. Formale Verbote für eine ukrainische Schule oder einen ukrainischsprachigen Verlag wird man nirgendwo finden, aber die Tatsachen sind dem diametral entgegengesetzt. In den Geschäften fehlen Bücher auf Ukrainisch, die ukrainischen Schauspielstudios werden geschlossen, selbst Radiostationen verzichten auf qualitativ hochwertige ukrainische Musik. Vor der Besetzung gab es auf der Krim sieben Schulen, in denen auf Ukrainisch unterrichtet wurde, sowie 165 weitere, in denen die ukrainische und russische Sprache kombiniert wurden. Heute melden russische Beamten, dass eine einzige Schule mit Unterricht auf Ukrainisch (Schule Nr. 20 in Feodossija) auf dem Territorium der Halbinsel verblieben ist, in die 146 Kinder in neun Klassen gehen. In weiteren sieben Schulen gibt es dreizehn ukrainische Klassen. Im Schuljahr 2017/2018 wurden 318 Kinder (0,2% der Gesamtzahl der Schüler) auf der Krim auf Ukrainisch unterrichtet — **das ist 35 Mal weniger**, als vor der Besetzung. Wobei selbst diese russische Statistik nur bedingt aussagekräftig ist, denn es bleiben Fragen zur Qualität des ukrainischsprachigen Unterrichts offen. Es ist bekannt, dass die Eltern genötigt werden, auf einen Unterricht in ukrainischer Sprache an den Schulen zu verzichten, und Interessenten an einem solchen werden für ihre Illoyalität gegenüber der herrschenden Obrigkeit verfolgt.



Volodymyr Baluch ist ein Landwirt von der Krim, ein proukrainischer Aktivist, der nach der Annexion auf die russische Staatsangehörigkeit verzichtete. Als politischer Häftling in Russland wurde er zu fast fünf Jahren Haft und einer Strafzahlung verurteilt. Im November 2016 hisste er nämlich im Hof seines Hauses eine ukrainische Flagge und hängte ein Schild mit der Aufschrift „Straße der Helden der Himmlischen Hundertschaft“ auf. Internationale Menschenrechtler betrachten dieses Faktum als einen direkten Anlass für die Eröffnung zweier Kriminalverfahren gegen den Aktivist.

Faktisch wurden auf der Krim *ukrainische Kulturzentren*, Museen, Bibliotheken und Bildungsorganisationen liquidiert. Es sind Beweise für die Beschlagnahmung von ukrainischen Flaggen, Porträts ukrainischer historischer Funktionäre, Büchern moderner ukrainischer Autoren (darunter aus der Iwan-Franko-Bibliothek in Simferopol) bei Hausdurchsuchungen bekannt. Schon Anfang 2015 wurde das Museum der ukrainischen Wyschywanka geschlossen.

Das „Ukrainische Kulturzentrum“ ist die einzige nichtpolitische Organisation, die sich offen mit der Erhaltung ukrainischer Sprache und Kultur auf der Halbinsel, mit der Verbreitung der Geschichte, den Traditionen und der Kunst des ukrainischen Volkes beschäftigt und die Zeitung „Krymski Teren“ herausbringt. Heute zählt die Organisation bloß ein paar Aktivist:innen, die systematisch zu Verhören gerufen werden, bei denen sie über die Unzulässigkeit des Extremismus gewarnt werden; ihnen wird gedroht. Dieser Organisation wird es verboten, öffentliche Veranstaltungen zu organisieren, und in den Häusern ihrer Mitglieder finden Durchsuchungen statt, technische Gegenstände usw. werden beschlagnahmt. Das Ukrainetum wird auch im religiösen Bereich verfolgt. Zum Beispiel ordnete das sogenannte Schiedsgericht der Republik Krim

am 28. Januar 2019 an, das Gebäude der Kathedrale der Heiligen Volodymyr und Olha in Simferopol bei der Krimer Eparchie der Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Kyjiwer Patriarchats zu konfiszieren.

Unter diesen Bedingungen, wenn du keinen russischen Pass besitzt oder zuhause Ukrainisch sprichst, bist du schon ein Aktivist.

Aus einem Interview mit einem anonymen westlichen Journalisten, der regelmäßig auf der Krim arbeitet

In bestimmtem Maße waren auch die Staatsstrukturen der Ukraine nicht auf einen Eingriff in ihre territoriale Integrität von Seiten Russlands vorbereitet, umso weniger waren sie auf die Besetzung und die Notwendigkeit, ihre Opfer zu schützen, vorbereitet. Die Binnenflüchtlinge sowie die Geiseln der Besetzung erwarteten eine schnellere Reaktion des Staates auf die alltäglichen und strategischen Probleme, die im Zusammenhang mit der Einnahme der Krim durch Russland entstanden sind. Viele territoriale Strukturen der ARK auf dem Festland der Ukraine funktionieren bis heute nicht. Einige konnten ihre Arbeit nur mit der Zeit wieder aufnehmen, hauptsächlich in Kyjiw, Cherson und Odessa, insbesondere auf dem Weg der Vereinigung mit den entsprechenden Behörden dieser Verwaltungsgebiete. Einige Staatsbehörden wurden extra eingerichtet, unter Berücksichtigung der Situation. Verfolgen wir die Chronologie der Wiederherstellung/Reorganisation/Bildung von Staatsbehörden der Ukraine, die unmittelbar für die Staatspolitik bezüglich der temporär besetzten Territorien der Ukraine, darunter der ARK und Sewastopol, verantwortlich sind:

- ◆ Am 12. Juni 2014 wurde **die Staatsanwaltschaft der ARK** nach Kyjiw verlegt. Im September 2016 wurde ihr Personalstab vergrößert und einige Strukturabteilungen wurden nach Cherson verlegt.
- ◆ Am 16. Mai 2014 wurde **die Vertretung des Präsidenten der Ukraine in der ARK** (gegründet am 17. Dezember 1992) nach Cherson verlegt. Am 20. Januar 2016 wurden die Menschenrechts- sowie die internationalen Funktionen der Vertretung bedeutend verstärkt, sowie gesonderte Strukturabteilungen in Kyjiw geschaffen.
- ◆ Am 17. Juli 2014 wurde eine Sonderzentralbehörde der Exekutive der Ukraine geschaffen: **Der Staatsdienst der Ukraine für die Autonome Republik Krim, die Stadt Sewastopol und die Binnenvertriebenen**. Am 22. Oktober 2014 wurde die Behörde umbenannt in **Staatsdienst der Ukraine für die**

ARK und die Stadt Sewastopol (kürzlich wurde ihre Tätigkeit eingestellt, die Behörde wurde in ein Ministerium reorganisiert).

- ◆ Am 15. Mai 2015 begann die **Vertretung des Außenministeriums der Ukraine in Odessa**, auf die temporär die Funktionen der Vertretung des Außenministeriums in Simferopol übertragen wurden, Einwohner der ARK und Staatsbürger der Ukraine konsularisch zu bedienen.
- ◆ Am 16. September 2015 wurde die **Hauptverwaltung der Nationalpolizei in der ARK und der Stadt Sewastopol** geschaffen, die sich seit dem 16. Dezember 2016 in Odessa befindet (und eine Abteilung in Cherson hat).
- ◆ Am 16. Dezember 2015 wurde mit einer Anordnung der Regierung das Komplexe Staatsprogramm zur Unterstützung, sozialen Adaptation und Reintegration der Bürger der Ukraine für die Zeit bis 2017 sanktioniert, die von dem temporär besetzten Territorium der Ukraine und aus den Bezirken, in denen die Antiterroristische Operation durchgeführt wurde, in andere Regionen der Ukraine geflüchtet waren. In die Umsetzung verschiedener Aspekte dieses Programms wurden faktisch **alle Ministerien und andere zentrale und lokale Exekutivbehörden der Ukraine** mit einbezogen.
- ◆ Am 18. Dezember 2015 wurde eine Anordnung über die **Regionale Abteilung des Staatseigentumsfonds im Verwaltungsgebiet Cherson, der ARK und der Stadt Sewastopol** (tätig in Cherson) angenommen.
- ◆ Am 20. April 2016 wurde der Staatsdienst der Ukraine für die ARK und die Stadt Sewastopol mit der Staatsagentur für die Wiederherstellung des Donbas fusioniert und es wurde **das Ministerium für die temporär besetzten Gebiete und Binnenflüchtlinge** geschaffen (befindet sich in Kyjiw, hat territoriale Behörden, darunter in Cherson). In dieser Struktur wurden gesonderte Verwaltungen für die ARK und die Stadt Sewastopol, für die Binnenflüchtlinge und die humanitäre Zusammenarbeit gebildet.
- ◆ Am 1. Juni 2016 nahm die **Hauptverwaltung des SBU in der ARK und der Stadt Sewastopol** ihre Arbeit wieder auf (befindet sich in Cherson).
- ◆ Am 15. November 2017 genehmigte das Ministerkabinett die Strategie der Integration von Binnenflüchtlingen und der Einführung langfristiger Entscheidungen hinsichtlich der Binnenverlegung für die Zeit bis 2020. Am 21. November 2018 wurde ein Maßnahmenplan zur Ausführung dieser Strategie bewilligt, für dessen Gewährleistung faktisch **alle Ministerien, andere zentrale und lokale Exekutivbehörden der Ukraine** verantwortlich sind.
- ◆ Am 2. Mai 2018 wurde die **Hauptverwaltung der öffentlichen Steuerverwaltung im Verwaltungsgebiet Cherson, der ARK und der Stadt Sewastopol** geschaffen.

- ◆ Am 14. Mai 2018 nahm **eine gesonderte Abteilung der Streifenpolizei in der ARK und der Stadt Sewastopol** im Verwaltungsgebiet Cherson die Arbeit auf (Dienst an den Checkpoints in den grenznahen Bezirken Henitschesk, Kalantschak und Tschaplynka, Kontrolle über die Hauptstraßen, die die Ukraine mit der Krim verbinden).
- ◆ Am 4. Juni 2018 wurde die Stelle eines gesonderten Amtsträgers im Büro des Bürgerbeauftragten eingeführt: **des Vertreters des Kommissars für die Wahrung der Rechte der Einwohner der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol.**

Am 20. Juni 2018 wurde ein Plan mit unverzüglichen Maßnahmen gegen die russische Aggression im temporär besetzten Gebiet der Ukraine auf der Krim, dem Schutz der Staatsinteressen, der Bürger der Ukraine und der ukrainischen Rechtspersonen auf der Krim für die Zeitperiode 2018–2019 durch den permanenten Vertreter des Präsidenten der Ukraine in der ARK bestätigt. Zu diesem Maßnahmenplan werden **Volksabgeordnete der Ukraine, die Vertreter der zentralen Exekutivbehörden, der Verwaltung des Präsidenten der Ukraine, der Generalstaatsanwaltschaft, des nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine** hinzugezogen sowie **der Sicherheitsdienst der Ukraine, der Außenaufklärungsdienst der Ukraine, die Führung des Medschlis des krimtatarischen Volkes, die leitenden Funktionäre von Hochbildungseinrichtungen, der Nationalen Akademie der Wissenschaften und ihrer Fachgebietseinrichtungen, der staatlichen Gebiets- und Kreisverwaltungen, der Behörden lokaler Selbstverwaltungen, Unternehmen, Einrichtungen und Organisationen, die Vertreter internationaler Organisationen, Anwälte, Bürgerrechtler, Wissenschaftler.**

Im Großen und Ganzen beobachten wir relativ langfristige Prozesse der institutionellen Wiederherstellung der ukrainischen Krim, die Probleme der Koordination und der Zusammenwirkung von Staatsbehörden und anderen Strukturen dieser Richtung, die Trägheit, eine geringe Initiative der Beamten, die Abwesenheit einer einheitlichen strategischen Wahrnehmung der Aufhebung der Besetzung der Krim.

Zugleich organisieren sich die Flüchtlinge von der Krim auf dem Festland ziemlich aktiv selbst. In der Ukraine werden analytische Zentren, bürgerrechtliche, kulturelle und andere Organisationen gegründet, die sich mit der Krimfrage beschäftigen (zum Beispiel, „*KrimSOS*“, *die Krimer Bürgerrechtsgruppe* usw.). Die Krimer und die *Krimer Freiwilligenverbände* leisten der russischen Aggression im Donbas Widerstand.

Die zivilgesellschaftlichen und staatlichen Kräfte der Ukraine haben nicht immer die gleiche Sicht auf die Lösung des Problems der Krim. Besonders bezeichnend war hier die Verabschiedung des Gesetzes „Über die Errichtung der freien Wirtschaftszone „Krim“ und über die Besonderheiten der Ausübung wirtschaftlicher Tätigkeiten im vorübergehend besetzten Gebiet der Ukraine“ im August 2014 durch die Werchowna Rada. Dem Gesetz nach wird für eine Frist von zehn Jahren eine freie Zollzone für die Wirtschaft, den Dienstleistungssektor und die Industrie auf der Krim geschaffen, in der keine Steuern und Abgaben auf Staatsebene eingezogen werden. Gegen das Gesetz sprach sich direkt die Mehrheit der Menschenrechtsorganisationen der Ukraine sowie die organisierte krimtatarische Bewegung aus. Für seine Abschaffung treten auch einige Volksabgeordnete, der parlamentarische Ausschuss sowie das Ministerium für die temporär besetzten Gebiete und Binnenflüchtlinge auf. Ihrer Meinung nach stellt ein derartiges Vorgehen die Tatsache einer Schädigung der Ukraine und der Krimer von seiten Russlands in Frage und ermöglicht Schmuggel, Korruption, eine massenhafte zollfreie Wareneinfuhr und Stromlieferungen auf die Krim und nach Russland. Im Gegenzug starteten Aktivisten im September 2015 *eine unbefristete Bürgerblockade der Krim* (Blockade des Transports und der Stromlieferungen in die Besatzungszone). Insgesamt haben die Checkpoints, die an der administrativen Grenze zur Halbinsel eingerichtet wurden, die Lebensbedingungen der Krimer Bevölkerung bedeutend erschwert und sie dazu gebracht, an der Fähigkeit der russischen Obrigkeit zu zweifeln, die lokalen Probleme lösen zu können. In der Ukraine führte die Blockade zur Annahme einer harten Anordnung der Regierung („Über die Einschränkung der Lieferungen einzelner Waren (Arbeiten, Dienstleistungen) aus dem temporär besetzten Territorium in ein anderes Territorium der Ukraine und/oder aus anderen Territorium der Ukraine auf das temporär besetzte Territorium“, vom 16. Dezember 2015). 2016 erklärten die Organisatoren der Blockade, dass sie sich von nun an auf die reine Beobachtung beschränken würden.

Auf der Krim selbst benötigen die Zellen des organisierten Widerstands (wie zum Beispiel der Verein „**Krimer Solidarität**“) permanente Unterstützung. Die Mehrheit der unfreiwilligen Geiseln des Kreml kehren zur sowjetischen Praxis des Schweigens zurück.

DIE BELEIDIGTEN: VERGESSENE HISTORISCHE WERTE UND ERWORBENE RESENTIMENTS

Die Krimmer leben mit einer Fülle von *historischen und kulturellen Denkmälern, Naturreservaten und Parks*, die unter der Besetzung verfallen und sogar geplündert werden. Zugleich werden heute in einer Region, die schon früher für eine große Anzahl an monumentalen Errichtungen bekannt war, aktiv neue Denkmäler aufgestellt.

Nach Angaben der Staatsstatistik der Ukraine blieben auf dem Territorium der ARK und Sewastopols über 10.000 Objekte des kulturellen Erbes erhalten: 5.106 archäologische, 2.582 historische, fast 300 monumentale Kunstdenkmäler usw. Das Staatsregister der immobilien Denkmäler der Ukraine beinhaltet 85 Denkmäler nationaler und 1.112 lokaler Bedeutung, die sich auf der Krim-Halbinsel befinden. Darüber hinaus war die Praxis der Erhaltung historisch-kultureller Objekte in der Bilanz verschiedener Organisationen verbreitet (z. B. die krimtatarische karitative Organisation „Der Fonds Krim“). Vor der Besetzung waren 239 Archiveinrichtungen in der Region aktiv.

Heute wird die unkontrollierte Aneignung kultureller Schätze der Krim durch Russland fortgesetzt. Es gilt eine vereinfachte Regelung für die Aufnahme dieser Denkmäler in das Einheitliche Staatsregister der Objekte des kulturellen Erbes Russlands. Am 17. Oktober 2015 wurden über 220 historische und kulturelle Objekte auf der Krim mit einer Anordnung der russischen Regierung den Objekten des russischen kulturellen Erbes föderaler Bedeutung zugeschrieben.

Auf der Krim wird gerade eine ganze Generation von Kindern groß, die sich nicht mehr an die Ukraine erinnert.

Aus einem Interview mit einem westlichen Forscher, der regelmäßig auf der Krim arbeitet

Die Liste der historischen Siedlungen der Ukraine beinhaltet nur 401 Ortschaften, von denen 26 auf der Krim liegen. Auf dem Territorium der ARK gibt es sieben Naturresorts, 21 als Denkmal eingestufte Parks und Objekte des kulturellen Erbes der Gartenkunst. Die alte Stadt Chersones mit ihrer Umgebung (aus dem 5. Jahrhundert vor Chr.-14. Jahrhundert nach Chr.) ist Teil des UNESCO-Welterbes, einige weitere historische und kulturelle Denkmäler der



Das archäologische Denkmal Katschi-Kaljon ist ein Höhlenkloster auf der Krim, eine antike Siedlung, die etwa 250 künstliche Höhlen zählt (vermutlich aus dem 6–8. Jahrhundert). Foto: Iryna Brunowa-Kalisezka.

Krim wurden in die Liste der Kandidaten für die Aufnahme in die Welterbe-Liste eingetragen (der Bachtschysaraj-Palast der Krimer Khane, der Denkmalkomplex der Sudak-Festung, das Krimer astrophysische Observatorium, die Blockposten und Festungen auf den Handelswegen der Genuesen aus dem Mittelmeer ins Schwarze Meer: Mangup-Kale, Eski-Kermen und Tschufut-Kale). Laut der offiziellen ukrainischen Statistik wurden 1.247.360 Einheiten des Hauptfonds und 403.420 Einheiten des wissenschaftlichen Lagerungshilfsfonds in Museen der Krim aufbewahrt. Heute hat die UNESCO (sowie andere internationale Organisationen) die Beziehungen zu den besetzten Museen offiziell eingestellt.

Russland hat sich den Krimer Teil des Museumsfonds der Ukraine rechtswidrig angeeignet. Die ausgegrabenen Artefakte, die Stiftungen aus den Krimer Museen und Naturressorts werden nach Russland verbracht. Das Kulturministerium Russlands hat illegale Erlaubnisse für 18 Einrichtungen ausgestellt, Arbeiten zur Entdeckung und Forschung an Objekten des archäologischen Erbes auf der Krim auszuführen. Die Einzigartigkeit der lokalen Denkmäler wird vernichtet, die archäologischen Denkmäler werden beschädigt, eine verbrecherische Fahrlässigkeit in Fragen des Schutzes des kulturellen Erbes hat sich verbreitet. Die verantwortlichen Behörden der Ukraine decken regelmäßig Fakten der Verletzung der nationalen und internationalen Gesetzgebung im Bereich des Schutzes des Kulturerbes auf. Das Komitee des UNESCO-Welterbes drückt seine Besorgnis hinsichtlich des Zustands der Denkmäler auf der Krim aus.



Im Februar 2019 führten die Russen von dem Territorium der Ausgrabungen der antiken Stadt Pantikapej auf dem Berg Mitridat (Kertsch) Teile des altgriechischen Portikus aus, der als Pritanej bekannt ist.

Vor der Besetzung war eine relativ große Anzahl an *Gedenkstätten* charakteristisch für die Region (im Vergleich zu den anderen Regionen der Ukraine). Dennoch wurden bloß 12 Denkmäler lokaler Bedeutung in das Register des Kulturministeriums eingetragen, die 1991–2013 auf der Krim restauriert (hauptsächlich) oder aufgestellt wurden. Nach 2014 wurden dagegen, laut den Zählungen von Andrii Iwanez, unter Gesetzesbruch nicht weniger als 127 Denkmäler aufgestellt (insbesondere Büsten, Gedenkschilder, Flurkreuze, Skulpturen, Statuen, Monumente, Gedenkkomplexe). Der künstlerische Wert vieler dieser neuen Objekte ist niedrig, dafür ist das Tempo ihrer Errichtung ziemlich hoch.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion blieb im öffentlichen Raum der Krim die *Dominanz sowjetischer und russischer Symbole* erhalten, dennoch wurden auch andere historische Erfahrungen wiederbelebt, es wurde eine Kultur des gegenseitigen Verständnisses propagiert. Die neu entstehenden Denkmäler bekamen immer mehr eine narrative oder ideologische Orientierung (es wurden Gedenkstätten über die tragischen Ereignisse der Deportation der Krimer Völker gebaut, sowie Denkmäler für krimtatarische und ukrainische Funktionäre, Gedenkstätten der Geschichte unabhängiger Ukraine usw.). Unter den nach 1991 errichteten Monumenten sind zum Beispiel das Denkmal für den Hetman des frühen 17. Jahrhunderts Petro Sahaidatschnyj, ein Denkmal für den krimtatarischen Aufklärer Ismail Gasprinskiy, Büsten der ukrainischen Schriftsteller Taras Schewtschenko, Lesja Ukrainka, Iwan Franko, des Dissidenten und Bürgerrechtlers Petro Hryhorenko, ein Monument zu Ehren des 10-jährigen Bestehens der ukrainischen Marine, ein Denkmal für den heiligen Lukas,

ein Denkmal des heiligen Apostels Andreas, eine Büste von Mithridates VI. Eupator, dem König des Pontos und andere.

Bei den Denkmälern, die unter der russischen Besatzungsverwaltung errichtet wurden, ist eine ideologische Unifizierung zu spüren, in erster Linie einer kriegerischen antiwestlichen und antiukrainischen Thematik, eine Politisierung selbst neutraler Inhalte und Helden, zum Beispiel Märchenhelden. Die Thematik der neu errichteten Denkmäler wurde auf die Ehrung der Ereignisse des sogenannten *Krimer Frühlings* (Besetzung der Krim 2014), das Andenken an die Funktionäre und Ereignisse der Zeit des sowjetischen Russlands, der UdSSR und des Russischen Imperiums und auf religiöse Symbolik reduziert. Und schließlich findet man auf der modernen Krim zahlreiche Gedenktafeln „Zu Ehren der Wiedervereinigung der Krim mit Russland“, „Unser Haus ist Russland“, das Denkmal für die „*Höflichen Menschen*“, eine Gedenktafel für einen Oberfähnrich der Sonderabteilung „Berkut“, der 2014 in Kyjiw starb, ein Denkmal für den Admiral der Schwarzmeerflotte des Russischen Imperiums Dmitri Senjawnin, eine prosozialistische Skulptur der „Großen Trojka“ (der Anführer der Teilnehmerländer der Jalta-Konferenz 1945), eine Büste von Nikolaj II., ein Denkmal für Katharina II., ein Denkmal für einen russischen Soldaten, orthodoxe Flurkreuze usw.

Bereits in der Zeit vor der Besetzung entstanden auf der Krim, besonders in Sewastopol, regelmäßig Konflikte rund um Gedenkstätten zwischen den organisierten prorussischen Aktivisten und den krimtatarischen und ukrainischen Kräften. Auf der Halbinsel wurden ebenfalls (wenn auch weniger intensiv als in den anderen Regionen der Ukraine) Denkmäler der kommunistischen Anführer demontiert (der sogenannte „Lenin-Sturz“), aber ein Großteil der Denkmäler sowjetischer und imperialistischer Zeit blieb hier erhalten und wurde sogar restauriert.

Die Besetzung hat ihre eigenen Wahrheiten. Bei den Gedenktafeln herrscht eine *militaristische Thematik* vor. Die Militärangehörigen, Staatsbedienstete, die Jugend und Kinder werden aktiv zur Aufstellung und Ehrung solcher Denkmäler herangezogen. Die Anfertigung, Übergabe und Aufstellung der Denkmäler in den Städten und Dörfern der Krim finden nun öfter als früher unter Teilnahme politischer und geschäftlicher Kreise aus verschiedenen Regionen Russlands statt. Es sind Fakten für die Demontage einiger in der unabhängigen Ukraine aufgestellter Kulturdenkmäler und ihre Ablösung durch russische Denkmäler bekannt. Regelmäßig gibt es Vandalismus auf muslimischen Friedhöfen, an Denkmälern für ukrainische Funktionäre und ähnliches.

■ Besatzungsmonumente*



38
Popularisierung
russischer Kultur



33
Glorifizierung
sowjetischer Geschichte



23
Aktualisierung der
Geschichte des
Russischen Imperiums



16
Propaganda
russischer
Orthodoxie



9
Rechtfertigung russischer
Aggression 2014



4
Huldigung
sowjetischer und russischer
Grenzsoldaten

* Monumente, die zwischen 2014 und 2018 auf der Krim aufgestellt wurden
Nach Ergebnissen des Monitorings von Andrii Iwanecz (Herbst 2018)

Die Krim kann man mit Fug und Recht als *eine Region bezeichnen, die für eine vollwertige Analyse verloren ist*: Hier funktionieren die klassischen Instrumente der Forschung nicht mehr, auch keine soziologischen Messungen, Fokusgruppen oder Expertenbefragungen. Wegen des nicht vorhandenen Zugangs zu den besetzten Territorien ist es schwer, nicht nur die Struktur der Bevölkerung, sondern auch ihre Stimmungen zu verstehen. Sowohl die Staatsbehörden der Ukraine als auch internationale Organisationen beklagen sich schon seit langem über den äußerst eingeschränkten Zugang zur Krim für eine authentische Situationsbeobachtung.

Zugleich bleibt die Selbstidentifizierung das zentrale Problem der Bevölkerung der Halbinsel: Es ist nicht bekannt, ob diese den „Anschluss“ der Krim an Russland befürwortet (wie es die Mehrheit der Bevölkerung Russlands tut) oder

ob sie die „historische Wahl“ überdenkt oder gar die Volkswillensbekundung als ein Gespinnst der russischen Propaganda abstreitet.

Die Analyse vor der Besetzung charakterisierte die Bevölkerung der Krim auf folgende Weise: eine hohe ethnische Mosaikstruktur, eine starke regionale Bindung, ein erstarrtes Sowjettum, eine Annäherung der jugendlichen Generation an gesamtukrainische und globale Werte. Die Experten rieten dazu, die gemeinsamen Anstrengungen auf die Wiederherstellung der Rechte des deportierten krimtatarischen Volkes und nationaler Minderheiten der Krim, die Entwicklung von nationalen Kulturen, die internationalen Programme des Erfahrungsaustauschs, die demokratischen Forschungen, auf Dialoge zwischen den Generationen zu richten.

Staatliche und zivilgesellschaftliche Organisationen der Ukraine sowie internationale Organisationen beschäftigten sich mit der Analyse der Gesellschaft der Krim und der Erarbeitung von praktischen Leitfäden zur Vorbeugung innerer Konflikte und zur Harmonisierung der Beziehungen zwischen den ethnopolitischen Hauptgruppen der Halbinsel (Russen, Ukrainern, Krimtataren). Unter den Errungenschaften dieser Initiativen sollte man die des Projekts „*Krimer Politischer Dialog*“ (2009–2014) hervorheben, dessen Organisatoren die Kommunikation zwischen den Vertretern politischer Umfelder mit proukrainischer, prorussischer und krimtatarischer Gesinnung in Gang brachten.

Da aber in der Krimer Toponomie die sowjetischen propagandistischen Bezeichnungen erhalten blieben (z. B. die Bezirke Kirowske, Krasnowardijske, Leninski, Perwomajski, Sowjetski), blieben in der Weltsicht der Mehrheit der lokalen Einwohner auch die sowjetischen Schlüsselwerte erhalten. Die Bindung an die sowjetische Vergangenheit ist hier ziemlich transparent: in den visuellen Symbolen, der Sprachstilistik, organisierten Gemeinschaften. Im postsowjetischen Raum gibt es recht viele Menschen, die sich an die Tatsachen einer Konkurrenzgesellschaft nicht gewöhnt haben, sich nach der Sowjetunion sehnen und diese des Öfteren mit dem modernen Russland verwechseln. Die Gesellschaft der Krim ist eine der besten Illustrationen für derartige Nostalgie—einen unreflektierten Glauben an den Kollektivismus und eine zentralisierte Ordnung. Sie wurde stets rechtzeitig von interessierten politischen Kräften genährt und heutzutage wird sie durch eine zielgerichtete Umstrukturierung der Bevölkerung der Halbinsel gewährleistet.

*Die Krim unterscheidet sich dadurch, dass dort viele proso-
wjetische Menschen leben. Es sind sowjetische Offiziere und
Marinefähnriche im Ruhestand. Sie leiteten auch die Stadt
Sewastopol. Es gab keine ukrainische Kulturprogramme oder
Veranstaltungen.*

**Aus einem Interview mit einer anonymen
zivilgesellschaftlichen Aktivistin aus Sewastopol**

Seit 1990 ist die Region merklich „gealtert“, begann aber allmählich aus der demografischen Krise 2006–2009 herauszukommen (als die Geburtenrate sich bedeutend verringerte). Das Durchschnittsalter der Bevölkerung 2013 war 40,5 Jahre alt, 2017 war es 41. Nach der Annexion fiel die Lebenserwartung der Krimer erstmals seit 2002. Die Krim und besonders Sewastopol zog wegen seines Klimas schon früher Menschen im Rentenalter an (Menschen über 60 Jahre machen zu dieser Zeit 24% der Gesamtbevölkerung der Halbinsel aus), sowie Menschen mit bestimmten medizinischen Diagnosen, also jene Kategorie der Bevölkerung, die sozialen Schutz benötigt und mit den sozialistischen Idealen und sowjetischen Praktiken sympathisiert. Ihr sozialer Status ist nicht ganz klar, dennoch ist ihre Rolle im Zusammenhang mit den Wahlen ziemlich gewichtig.

Der erfundenen Vergangenheit trauern nicht nur ihre Zeitgenossen — die älteren Generationen — nach, sondern auch die Jugend. Am Ende fördert der Wegfall von Zeitzeugen der Sowjetzeit nur ihre Idealisierung sowie die maximale Gleichstellung der Sowjetunion mit dem modernen Russland.

Zugleich nahm die Ukraine eine unversöhnliche Position hinsichtlich der kommunistischen Symbole als einem Erbe der totalitären Epoche ein. Die Gesetzgebung, die 2015 angenommen wurde, verlangte die Änderung administrativer und anderer offizieller Bezeichnungen, die eine kommunistische Symbolik enthalten. Insgesamt erhielten über 1.000 Ortschaften und Bezirke neue Namen (in den meisten Fällen fand eine Rückkehr zu den alten, vorsowjetischen Namen statt). Da das ukrainische Parlament die Krim als einen integralen Bestandteil der Ukraine betrachtet, ordnete es die Umbenennung von **70 Ortschaften** auf der Krim und in der Region Sewastopol an. Darüber hinaus erhielten **fünf Bezirke der Krim** nichtkommunistische Namen. In einer Anordnung der Werchowna Rada wird vermerkt, dass die Entscheidung über die Umbenennung der Ortschaften auf der Krim ab dem Zeitpunkt der Rückführung des besetzten Territoriums unter die gemeinschaftliche Jurisdiktion der Ukraine in Kraft treten wird.

Die ukrainische *Entkommunisierung* auf der Krim machte ein anderes ähnliches Problem aktuell — die *Wiederherstellung der krimtatarischen Toponomie*, die nach der Deportation 1944 von der Karte der Halbinsel verschwand. Den Großteil der neuen Namen auf der Krim, die das ukrainische Parlament bewilligte, machen die wiederbelebten krimtatarischen Namen aus. Zugleich machen die entkommunisierten Namen nur einen kleinen Prozentsatz in der Gesamtliste der krimtatarischen Namen aus der Vorkriegszeit aus. Dies geschah deshalb, weil bei weitem nicht alle Namen, die nach



Teilnehmerin einer Demo zum 1. Mai, Sewastopol, 2012. Foto: Walentina Ochlopkowa

1944 die krimtatarischen ablösten, eine kommunistische Konnotation haben. Zum Beispiel wurde das Bezirkszentrum Sowetski 2016 umbenannt und bekam seinen alten Namen *Itschki*. Aber das ukrainische Gesetz erforderte keine Umbenennung des Bezirkszentrums *Belohirsk*, das vor der Deportation den krimtatarischen Namen *Karasubasar* trug. Einige Namen, die infolge der Entkommunisierung auf der Krim auf der Karte erschienen, hatten keine historische Grundlage. Zum Beispiel bekam die Stadt *Krasnoperekopsk* den Namen *Jany Kapu* (krimtatarisch „Neue Tore“). Eine interessante Folge dieser Entscheidung war die Umbenennung des Hafenschleppers der Marine der Ukraine im Jahr 2016 von „*Krasnoperekopsk*“ zu „*Jany Kapu*“. Dieser wurde wegen der Ereignisse am 25. November 2018 bekannt, als das Boot von Russen festgesetzt wurde.

Die russische Verwaltung der Krim erkennt die ukrainischen Umbenennungen nicht an. Zugleich antworteten die Russen auf die Herausforderung Kyjiws und lösten die Frage der Wiederherstellung der krimtatarischen Toponomie auf ihre eigene Art und Weise. Die russische Kommission für die Wiederherstellung der Rechte rehabilitierter Opfer politischer Repressionen sanktionierte eine Liste der *zweiten historischen Bezeichnungen* für etwa **1.400 Ortschaften der Krim**. Trotz eines bedeutend größeren Ausmaßes im Bezug auf die Namen hat diese Entscheidung ein kleineres politisches Gewicht, denn es handelt sich dabei nicht um eine *Umbenennung* sondern um eine *Duplikation* der Namen. Reale Folgen einer Einführung von zweiten historischen Bezeichnungen sind genauso unbedeutend wie die Folgen der Deklaration über die ukrainische und krimtatarische Sprache als „*Staatssprachen der Republik Krim*“.



Der Tag des Sieges im Kindergarten Nr.79 in Simferopol. Die Vorschulkinder ehren den „Heroismus sowjetischer Soldaten“ — sie verteilen St-Georgs-Bändchen, führen Musikstücke in Militäruniform auf, zeigen ihr Können darin, Befehle eines Kommandeurs auszuführen, und nehmen zusammen mit lokalen Bikern an der gesamtstädtischen Aktion „Das unsterbliche Heer“ teil (8. Mai 2018).

Ein Jahr vor der Verabschiedung der Anordnung über die Umbenennung der Ortschaften und Bezirke auf der Krim hatte das ukrainische Parlament dem Flughafen in Simferopol den Namen **Sultan Amet-Khan** (des nationalen Helden des krimtatarischen Volkes, eines Piloten des Zweiten Weltkrieges) verliehen.

Russland erkannte diese Entscheidung nicht an. Bereits im Dezember 2018 erklärten die Russen ihre Absicht, dem Flughafen „Simferopol“ nach **Iwan Ajwasowski** (einem Krim-Künstler armenischer Abstammung des Ende 19. Jahrhunderts) zu benennen.

Im Großen und Ganzen ist aber das Problem der Umbenennung nur ein äußeres Merkmal viel tieferer praktischer Probleme, denen die Einwohner der Krim ausgesetzt sind. Zum Beispiel erlauben bereits seit März 2014 weder die Ukraine noch die Internationale Organisation für Zivile Luftfahrt (ICAO) Flüge auf die besetzte Krim. Wegen der Besetzung ist der Flughafen „Simferopol“ für internationalen Flugverkehr geschlossen und bedient nur russische Flüge.

Am Ende erschweren die Konzentration historischer Ressentiments und die Besessenheit nach Mythen über die einstige Größe immer mehr das gegenseitige Verständnis auf der Halbinsel, und vor dem Hintergrund negativer sozioökonomischer Prozesse erzeugen sie auch noch Krisensyndrome und Enttäuschung.

DIE EINGESCHÜCHTERTEN: DER IDEOLOGISCHE RAHMEN UND STRAFMETHODEN AUF DER KRIM

Die Einwohner der Krim, wie auch der Ukraine im Ganzen, begannen erst in den 1990ern, neue demokratische Institute aufzubauen. Bei der Präsidentenwahl der Ukraine siegten in den meisten Fällen diejenigen Kandidaten, für die die Mehrheit der Krimer gestimmt hatte, wie Leonid Krawtschuk, Leonid Kutschma, Wiktor Janukowytsch. Von den fünf Präsidentenkampagnen 1991–2010 gewannen die Favoriten der ARK dreimal, und die Favoriten von Sewastopol viermal. Zum Vergleich setzte in der gleichen Zeit keine der Regionen der Ukraine fünfmal in Folge auf den Sieger, und die Wähler aus den Verwaltungsgebieten Iwano-Frankiwsk, Winnyzja, Lwiw, Ternopil und Tscherkassy brachten ihren Kandidaten nur je zweimal auf den Präsidentenposten.

Das politische Leben in der Krimer Autonomie war sehr intensiv. Die Krimer hatten fast keine stabilen politischen Kräfte, die ihre Interessen folgerichtig vertreten hätten. Insgesamt wurden seit 1994 die Vertreter von 26 politischen Parteien ins Krimer Parlament gewählt — dies waren sowohl Parteiführer im gesamtnationalen Bereich, als auch solche politische Organisationen, die die Krimfrage oder die Probleme nationaler Gemeinschaften der Halbinsel als ihre Priorität positionierten. Stabil hoch waren die Erfolge von parteilosen Kandidaten in allen Wahlkampagnen bis 2006 (vor der Einführung eines proportionalen Wahlsystems). Wie in der restlichen Ukraine verloren die Kommunisten allmählich ihre Positionen (von 38 Mandaten 1998 auf 5 Mandate im Jahr 2010). Trotz der Dominanz prorussischer politischer Kräfte gab es im Krimer Parlament auch einen Platz für Vertreter der Interessen anderer Gruppen (dies wird deutlich durch Parteivertretungen in der Werchowna Rada der ARK von der 2. bis zur 6. Legislaturperiode belegt). Auf der Infografik „Politische Kräfte im Parlament der Krim“ ist die Anzahl solcher Vertretungen und ihr Gewicht (Anteil der Abgeordneten) in der Chronologie der Legislaturperioden angeführt.

Nur bis zum Jahr 1994, als erste demokratische Wahlen durchgeführt wurden, blieb der Oberrat der Krim der 1. Legislaturperiode im gleichen monoparteiischen Bestand wie sein historischer Vorgänger, der Krimer Gebietsrat der Volksdeputierten (etwa 70% waren hier Vertreter der kommunistischen Partei). Heute ist die Krim faktisch zur sowjetischen Praxis einer Monopartei zurückgekehrt. Der rechtswidrig gewählte „Staatsrat der Republik Krim“ besteht zu **93% aus Vertretern der politischen Kraft von W. Putin „Einiges Russland“**. Die anderen sind Vertreter der rechtsradikalen Liberal-Demokratischen Partei Russlands. Der Status des Vertretungsorgans wurde auf die Ebene eines regionalen Parlaments Russlands herabgesetzt. Die Gesamtzahl der Abgeordneten verringerte sich um ein Viertel (von 100 auf 75). Von einer Vertretung verschiedenartiger Interessen der lokalen Einwohner kann man auch deshalb schwer sprechen, da die am 14. September 2014 von russischen Behörden durchgeführten Wahlen ohne die nötige Vorbereitung stattfanden (schon im März 2014 hatte die Zentralkommission der Ukraine das Staatsregister der Wähler wegen einer illegalen Nutzung persönlicher Angaben geschlossen). Zu diesem Zeitpunkt fanden die von der Welt nicht anerkannten Wahlen in die „Gesetzgebende Versammlung von Sewastopol“ mit faktisch identischen Ergebnissen statt (22 Plätze sicherte sich die Partei „Einiges Russland“, 2 Plätze die LDPR). Die Oppositionskräfte der ARK und Sewastopols boykottierten die Wahlen als rechtswidrig und stellten eine *Alternativlosigkeit der Wahlen* fest.

Für einen westlichen Menschen wird es auf der Krim ziemlich unbehaglich, unmöglich, sich zu entspannen. Überall sind Polizisten, die demonstrativ ihre Überlegenheit zeigen, ihre Macht über dich, und dass diese Macht niemals zu deinen Gunsten ausfallen wird ... Einst war es eine Insel der Freiheit. Selbst zu Sowjetzeiten gab es dort einen FKK-Strand, die russische Obrigkeit hat sie nun aber alle geschlossen.

Aus einem Interview mit einem anonymen westlichen Forscher, der regelmäßig auf der Krim arbeitet

Dem postsowjetischen Russland gelangen keine politischen und wirtschaftlichen Transformationen — hier herrscht ein Klan-System, eine Entwertung der Demokratie, eine Übergehung des internationalen Rechts und internationaler Absprachen. Auch die weltanschaulichen Umwandlungen sind für

■ Politische Kräfte im Krimer Parlament



2

Der sogenannte "Staatsrat der Republik Krim" (2014-2019)

Partei "Einiges Russland" - 70
Liberal-demokratische Partei Russlands - 5

6

Werchowna Rada der Autonomen Republik Krim der 6. Wahlperiode (2010-2014)

Partei der Regionen - 80
Kommunistische Partei der Ukraine - 5
Volksweg der Ukraine - 5
Partei "Union" (russ. "Sojus") - 5
Partei "Russische Einheit" - 3
Partei "Starke Ukraine" - 2

8

Werchowna Rada der Autonomen Republik Krim der 5. Wahlperiode (2006-2010)

Block "Für Janukowytsh" - 44
Partei "Union" (russ. "Sojus") - 10
Block Kunizyn - 10
Kommunistische Partei der Ukraine - 9
Volksweg der Ukraine - 8
Block Julia Tymoschenko - 8
Block Natalija Witrenko "Volksopposition" - 7
Oppositionsblock "Nicht so!" - 4

12

Werchowna Rada der Autonomen Republik Krim der 4. Wahlperiode (2002-2006)

Unparteilich - 46
Kommunistische Partei der Ukraine - 15
Agrarische Partei - 11
Volksdemokratische Partei - 8
Partei der Regionen - 3
SDPU (vereinte) - 3
Partei "Für vereinte Rus" - 2
Landpartei der Ukraine - 1
Partei der Industriellen und Unternehmer der Ukraine - 1
Partei "Russisch-ukrainische Union" - 1
Partei "Werkätigende Ukraine" - 1
Demokratische Union - 1

7

Werchowna Rada der Autonomen Republik Krim der 3. Wahlperiode (1998-2002)

Unparteilich - 47
Kommunistische Partei der Ukraine - 38
Agrarische Partei - 5
Volksdemokratische Partei - 4
Partei "Union" (russ. "Sojus") - 4
Sozialistische Partei der Ukraine - 1
Partei des wirtschaftlichen Wiederaufbaus - 1

10

Oberrat der Autonomen Republik Krim der 2. Wahlperiode (1994-1998)

Block "Russland" - 54
Unabhängige (von Arbeitsgruppen) - 21
Kurultaj des krimtatarischen Volkes - 14
Kommunistische Partei der Krim - 2
Partei des wirtschaftlichen Wiederaufbaus - 1
Russische Partei der Krim - 1
Armenier - 1
Bulgaren - 1
Griechen - 1
Deutsche - 1

3

Krimer Gebietsrat (1989-1991) und die 1. Wahlperiode des Oberrats (1991-1994)

Kommunistische Partei der Ukraine - 68
Unparteilich - 29
Kommunistische Lenin-Union der Jugend der Ukraine - 3

diese Gesellschaft unzugänglich. Die Ideologie des Stalinismus wurde nicht verurteilt, sondern nur mit der russischen Orthodoxie und imperialistischen Mythen des zaristischen Russlands ergänzt. Die angeblichen Siege der Vergangenheit scheinen die einzige Quelle für den Machterhalt zu sein, den die heutige Obrigkeit wiederzubeleben versucht.

Die *ideologischen Schlüsseldogmen des Lebens auf der besetzten Krim* sind leicht an den Erklärungen und Auftritten der Marionetten-Beamten der Krim abzulesen:

- ◆ die vorbehaltlose Autorität W. Putins;
- ◆ die historische Revanche Russlands für die „Erniedrigungen“ der 1990er Jahre;
- ◆ die historische Revanche für die „ukrainische Besetzung“ der Krim;
- ◆ die Mobilisierung zum Kampf gegen den „ukrainischen Nationalismus“, den „islamischen Terrorismus“ und die „amerikanische Einmischung“;
- ◆ Schutz der Bürgerrechte ethnischer Russen, Trägern der russischen Sprache und russischer Kultur;
- ◆ Schutz der „kanonischen Orthodoxie“;
- ◆ Verteidigung sowjetischer Traditionen und Rituale;
- ◆ Opposition zur westlichen Lebensweise.

Trotz der häufigen Wiederholung dieser Dogmen auf allen öffentlich zugänglichen Plattformen vertieft sich die Krise der Legitimität der Obrigkeit. Der Riss zwischen dem Deklarierten und dem Realen wirkt sich immer mehr auf die Qualität und die Freiheit des Lebens eines Durchschnittseinwohners der Halbinsel aus.

Politische Verfolgungen

Wenn man ukrainische (2013) und russische (2018) Statistikinformationen vergleicht, kann man feststellen, dass über die Hälfte der zivilgesellschaftlichen Organisationen auf der Krim ihre Tätigkeit eingestellt haben oder gezwungen waren, die Halbinsel zu verlassen. Die russische Gesetzgebung macht friedliche Kundgebungen der Obrigkeit gegenüber illoyalen Menschen faktisch unmöglich und qualifiziert solche Bewegungen und Vereine des Öfteren als „unerwünschte Organisationen“ oder „ausländische Agenten“ ab.

Russland hält die Krim für sein Territorium und nennt jegliche Zweifel daran „Separatismus“. 2014, just in der aktiven Phase der Besetzung der Krim-Halbinsel, erscheinen im Strafgesetzbuch Russlands neue Artikel oder die bestehenden Artikel werden editiert, es werden noch härtere Strafnormen



Teilnehmer einer internationalen Konferenz, die der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der NATO gewidmet war. Sewastopol, 6. November 2013. Das ist die letzte von vielen Experten-Veranstaltungen, die von der Sewastopoler zivilgesellschaftlichen Organisation, dem Zentrum „Nomos“, durchgeführt wurde. Drei Jahre später wird der russische FSB zwei Analytiker des Zentrums „Nomos“, Dmytro Styblikow und Olexij Bessarabow, verhaften. Sie werden der Vorbereitung von Terroranschlägen auf der Krim im Auftrag des ukrainischen Nachrichtendienstes beschuldigt.

eingeführt, zum Beispiel was den Terrorismus, Separatismus, Extremismus, Rehabilitation von Nationalsozialismus und ähnliches angeht.

Die Mehrheit dieser Normen wird bislang gegen jene Bürger der Ukraine angewandt, die die russische Besetzung der Krim nicht unterstützt haben, und zur Einschüchterung der lokalen Bevölkerung eingesetzt. Zum Beispiel ist im Mai 2014 der **Sonderartikel 280.1 des Strafgesetzbuches Russlands** in Kraft getreten, demzufolge öffentliche Aufrufe zu Aktivitäten, die auf die Verletzung der territorialen Integrität Russlands gerichtet sind, hart bestraft werden: mit Zwangsarbeit, Inhaftierung oder Freiheitsstrafe oder mit dem Entzug des Rechts, bestimmte Dienstposten zu besetzen oder bestimmte Tätigkeit auszuführen. Dieselbe Aktivität, die mittels der Medien oder elektronischer oder informativer Telekommunikationsnetze (darunter des Internet) geführt wurde, wird ebenfalls hart bestraft: mit Strafarbeit und dem gleichzeitigen Entzug des Rechts, bestimmte Dienstposten zu besetzen oder bestimmte Tätigkeit auszuführen, oder sogar mit einer Freiheitsstrafe.

Somit sind die Meinungsfreiheit oder die Möglichkeit des Andersdenkens nur nominale Deklarationen der russischen Gesetzgebung, die in der Praxis

bereits auf der Ebene eines sich von der offiziellen Position unterscheidenden Beitrags in sozialen Netzwerken enden, für den eine Freiheitsstrafe vorgesehen ist.

Namhafte internationale Organisationen informieren über sich häufende Fälle einer rechtswidrigen Anklage von Staatsbürgern der Ukraine aus politischen Motiven seitens der russischen Rechtsbehörden (Resolution des Europäischen Parlaments vom 16. März 2017). Die UN-Beobachtungsmission für Menschenrechte in der Ukraine verzeichnete seit 2014 bereits **42 Fälle eines gewaltsamen Verschwindens von Menschen** auf der besetzten Krim. Allein zwischen dem September 2017 und Juni 2018 wurden **mindestens 94 Menschen** mit der Verletzung ihrer Rechte auf eine sachgemäße Rechtsprozedur und gerechte Gerichtsverhandlung seitens der staatlichen Subjekte Russlands auf der Krim konfrontiert (unter anderem seitens der Richter, Staatsanwälte, Ermittler, FSB-Mitarbeiter und Polizei), einige Strafurteile wurden als Strafe für politisches Andersdenken gefällt und dienten als Warnung für andere. Am häufigsten verhaften die russischen Exekutivbeamten ukrainische Staatsbürger gerade auf der Krim, es sind Fälle für Entführungen von Ukrainern bekannt, sowie für ihre Verhaftungen auf dem Territorium Russlands und Belarus. Kurze Antworten auf die Schlüsselfragen über die Staatsbürger der Ukraine, die aus politischen Motiven in den russischen Gefängnissen und auf der besetzten Krim festgehalten werden, kann man in der Tabelle weiter unten finden.

DIE UNGESCHÜTZTEN: DAS UNBEHAGEN UND DIE GEFAHREN DER ISOLATION

Kriminalität und Gewalt

Die Berichte der Generalstaatsanwaltschaft Russlands zeigen auf, dass seit 2014 ein Zuwachs an Kriminalität auf der Krim zu beobachten ist (schwere und besonders schwere Verbrechen, darunter Morde, Raubüberfälle, schwere Körperverletzungen usw.). Der undefinierte Status der Halbinsel zieht vor allem kriminelle Autoritäten aus ganz Russland an, schwächt die Kontrollierbarkeit des lokalen Verbrechermilieus im Ganzen. Die „Ermittlungsverwaltung der Republik Krim“ der Besatzer erhielt für das Jahr 2018 17.361 Mitteilungen über Verbrechen, nach deren Untersuchung angeblich 1.907 Strafverfahren eingeleitet wurden.

■ Strafgesetzgebung der Russischen Föderation auf der Krim *



Öffentliche Weigerung, die «Wiedervereinigung der Krim mit Russland» anzuerkennen



Weigerung, die «Wiedervereinigung der Krim mit Russland» anzuerkennen, die **in Medien oder sozialen Netzwerken** ausgesprochen wurden

STRAFE



Haftstrafe von **bis zu 4 Jahren** und vierjähriger Ausschluss vom Recht, bestimmte Ämter zu besetzen



Haftstrafe von **bis zu 5 Jahren** und dreijähriger Ausschluss vom Recht, bestimmte Ämter zu besetzen



oder Zwangsarbeiten **bis zu 3 Jahren**



oder Besserungsarbeit **bis zu 480 Stunden** und dreijähriger Ausschluss vom Recht, bestimmte Ämter zu besetzen



oder Geldstrafe **300 000 ₺**
~4 500 \$



oder Haftstrafe **zwischen 4 und 6 Monaten**

* Am Beispiel des Artikels 280.1 des StGB Russlands. «Öffentliche Aufrufe zur Verwirklichung von Handlungen, die auf die Verletzung der territorialen Integrität Russlands gerichtet sind» (eingeführt am Vorabend der Krim-Annexion)

Staatsbürger der Ukraine als politische Gefangene Russlands:

Internationale Qualifizierung und Bewertungen der Bürgerrechtler

Russische Position

Warum?

Das Vorhandensein politischer Gefangener ist eine Folge russischer Aggression gegen die Ukraine. Die Repressionen gegen die Bevölkerung in den besetzten Gebieten werden zur Einschüchterung und Gehorsamkeit einer großen Anzahl an Ungehorsamen unternommen. Die Gerichtsverfahren in inszenierten Fällen geben die Thesen der russischen Propaganda weiter.

Die russische Regierung erkennt ihre Teilhaberschaft an keinem einzigen Fall der politischen Verfolgung an.

Wie viele?

Die Möglichkeiten der Beobachtung sind eingeschränkt, es gibt nur ungefähre Zahlen, die von verschiedenen Organisationen permanent geprüft und erneuert werden:

- ♦ über **80** Staatsbürger der Ukraine wurden illegal in Russland und auf der Krim verhaftet, darunter besteht für eine Person Meldepflicht, drei Personen sind auf Kautionsfrei, sechs auf Bewährung (*Angaben des Beauftragten der Werchowyna Rada der Ukraine für Menschenrechte, Liste der Gesellschaft LetMyPeopleGo, Januar-Februar 2019*)
- ♦ **55** Einwohner der Krim und **15** aus Sewastopol werden politisch verfolgt — das ist der 4. Platz unter den anderen Regionen Russlands (*Angaben der russischen Menschenrechtsorganisationen PolitPressing.org, „Memorial“ und anderen, Februar 2019*)
- ♦ **24** Kriegsgefangene/Besatzungsmitglieder von Schiffen der ukrainischen Marine, die im Raum der Straße von Kertsch festgenommen wurden, werden illegal in russischen Gefängnissen festgehalten (*PACE-Resolution vom 24. Januar 2019*)

Eine derartige Statistik ist nicht verfügbar.

Nach Angaben des *Föderalen Strafvollzugsdienstes Russlands* büßen insgesamt über 4.500 Staatsbürger der Ukraine ihre Strafe in verschiedenen Strafvollzugseinrichtungen Russlands ab, die am häufigsten wegen Diebstahls, Raubüberfalls oder Drogenverkaufs verurteilt wurden.

Offensichtlich werden in dieser Statistik jene Staatsbürger der Ukraine, die auf der Krim registriert sind und die Russland für seine Bürger hält, nicht aufgeführt.

Wer?

Staatsbürger der Ukraine im Alter zwischen 18 und 64 (zum Zeitpunkt der Festnahme); verschiedener ideologischer Überzeugungen und Religion; hauptsächlich Krimtataren und Ukrainer. Menschen verschiedener Berufe (Militärangehörige, Journalisten, zivilgesellschaftliche Aktivisten, Wissenschaftler, politische Experten, Unternehmer, Ärzte, Schriftsteller, Regisseure, Bauarbeiter, Fahrer, Blogger, Studenten, Rentner, Invaliden usw.), häufig kannten sie einander zuvor gar nicht, wurden von der Ermittlung aber dennoch als Komplizen behandelt.

Terroristen, Kriegsverbrecher, Diversanten, Extremisten, Spione, Separatisten, religiöse und ideologische Fanatiker, andere Kriminelle und ihre Komplizen.

Wofür?

Politische und religiöse Überzeugungen, Erhalt der ukrainischen Staatsbürgerschaft, öffentliche Verurteilung der Annexion, politische und professionelle Aktivität unter Besetzung, nationale Herkunft, zufälliges Auffinden in einer Situation, die günstig für die Konstruktion eines Strafverfahrens ist oder die mit der russischen Propaganda im Einklang steht. Die Schuld der Geiseln des Besatzungsregimes ist nicht bewiesen und die Urteile verletzen das Recht der Bürger der Ukraine auf ein gerechtes Verfahren, auf die Freiheit des Gewissens, der Religion, das Recht auf Meinungsfreiheit, freie Willensäußerung, auf Assoziationen und Versammlungen, das Recht auf den Erhalt der eigenen Identität, Kultur und Traditionen und ähnliches.

Tätigkeit in Organisationen, die in Russland verboten sind (aber in der Ukraine erlaubt, wie z. B. der „Gerechte Sektor“, der Medschlis des krimtatarischen Volkes, Hisb ut-Tahir, „Tabligi Dschamaat“ usw.); Organisation terroristischer Zellen; Vorbereitung von Diversionen im Auftrag der ukrainischen Sicherheitsdienste; Spionage zugunsten der Ukraine; Teilnahme an Massenunruhen, nichtsanktionierten Massenveranstaltungen und Kampfhandlungen; Angriffe auf Menschen; Vandalismus an Denkmälern; illegale Grenzübertretung; politische Aktivität in sozialen Netzwerken. Einige Anklagen stehen im Bezug zu Handlungen, die noch vor der Annexion der Krim stattfanden, sowie auf Handlungen auf einem Territorium, das Russland nicht untersteht, darunter Teilnahme an der Revolution der Würde, Kundgebungen für eine einheitliche Ukraine usw.

Auf welche Weise?

Folter, Erpressung, Drohungen, Beweisfälschung, Durchsuchungen, Entführungen, Verschleppung, Ermittlungsverzögerung, Verweigerung einer konsularischen, rechtlichen oder medizinischen Hilfe – zu derartigen illegalen Handlungen greift die russische Verwaltung auf der Krim. Die Praxis der Nötigung zu

Seit 2014 wurden die Strafmaßnahmen bei einigen Artikeln im Strafgesetzbuch Russlands bedeutend verstärkt; einige Artikel wurden extra neu eingeführt. Diese Artikel werden aktiv auf Einwohner der Krim und der Ukraine im Ganzen angewandt: „Terroristischer Akt“ (Art.205), „Organisation einer

Auf welche Weise? (Fortsetzung)

Falschaussagen ist verbreitet. Es sind Fälle bekannt, in denen es während der Untersuchungshaft auf der Krim zu unnatürlichen Todesfällen kam.

2018 verabschiedete das Europäische Gericht für Menschenrechte eine Rekordzahl an Entscheidungen gegen Russland, was den Artikel über das Folterverbot angeht (darunter erkannte es Verstöße gegen die Konvention über den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten seitens Russlands im Fall des Krimer politischen Gefangenen Hennady Afanasjew während seiner drei Transporte im September-Oktober 2015 mit einem Zug auf dem Territorium Russlands im Raum von Syktywkar – in Räumen mit einer Fläche von 0,4-0,6 qm unter eingeschränkten Bedingungen, bei unzureichendem natürlichen Licht, fehlender frischer Luft, Trinkwasser, Heizung, bei niedriger Lebensmittelqualität und Mangel an Schlafplatz).

terroristischen Vereinigung und Teilnahme daran“ (Art. 205.4), „Massenunruhen“ (Art. 212), „Mehrmalige Verletzung der festgelegten Ordnung für Organisation oder Durchführung von Versammlungen, Kundgebungen, Demonstrationen, Märschen oder Mahnwachen“ (Art.212.1); „Illegaler Erwerb, Übergabe, Verkauf, Aufbewahrung, Transport oder Besitz von Waffen, ihrer Hauptteile, Munition“ (Art.222); „Öffentliche Aufrufe zu extremistischer Tätigkeit“ (Art.280); „Nichtausführung der Pflicht zur Benachrichtigung über das Vorhandensein der Staatsbürgerschaft eines ausländischen Staates oder einer Aufenthaltsgenehmigung oder eines anderen gültigen Dokuments, das sein Recht auf permanenten Aufenthalt in einem ausländischen Staat gewährleistet, bei einem Staatsbürger Russlands“ (Art. 330.2); „Rehabilitierung des Nationalismus“ (Art. 354.1) und andere.

Für wie lange?

Die UN-Generalversammlung verurteilt die Einführung der russischen Ordnung auf dem besetzten Territorium, ruft Russland inständig dazu auf, sich an seine Verpflichtungen einer Besatzungsmacht auf der Krim zu halten, unverzüglich alle Inhaftierten zu entlassen, die verurteilten oder in die Gefängnisse versetzten Bürger der Ukraine zu entlassen, die grundlosen Festnahmen sowie Folter und andere Erscheinungen einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung der Häftlinge einzustellen und die der Menschenrechtsverletzungen Schuldigen zu bestrafen. Die Gerichtsentscheidungen in Fällen von politischen Häftlingen werden oft in jenen Momenten gefällt, in denen es für die russische Diplomatie von Nutzen ist, folglich dienen sie den Zielen der Außenpolitik Russlands. Die Prognosen einer frühzeitigen Entlassung sind vom laufenden politischen Kurs des Kreml abhängig.

Unter den längsten ist die Haftfrist für den verurteilten Filmregisseur Oleh Sensow, der zu 20 Jahren Haft in einer Strafvollzugseinrichtung mit strengen Haftbedingungen verurteilt wurde. Er wurde in den autonomen Bezirk Jamalo-Nenezki verbracht (5.000 km von seinem Heimatdorf im Bezirk Bachtschyssaraj auf der Krim entfernt). Seit 2014 werden gegen die Staatsbürger der Ukraine auf der Krim auch folgende gerichtliche Sanktionen angewandt: Berufsverbot, Strafen, Strafarbeit, Freiheitseinschränkung, Inhaftierung in russischen Strafvollzugseinrichtungen. Seit 2017 ist laut der offiziellen Statistik die Anzahl der Fälle administrativer Verstöße (höchstwahrscheinlich gegen Krimer Aktivisten) abrupt gestiegen.



Vier Monate vor dem Anschlag: Die Schüler des polytechnischen Kollegs in Kertsch, gekleidet in Militäruniform, beteiligen sich an einem Fackelmarsch, der von der russischen Verwaltung organisiert wurde (eine heutzutage typische Veranstaltung für Krimer Schüler und Studenten).

Die Chancen auf ihre erfolgreiche Ermittlung sind ziemlich klein, wenn man die verbreitete Korruption und die Bürokratie der russischen Rechtsbehörden berücksichtigt. Laut Angaben der Föderalen Statistikbehörde Russlands betrug die Anzahl der registrierten Verbrechen Anfang 2018 372 pro 100.000 Menschen, und das ist mehr als der Durchschnittswert in Russland (329).

Zugleich liegen weitaus größere Gefahren für das Leben und die Gesundheit der Menschen vor, als die für die russische Gesellschaft typische Kriminalität. Am 17. Oktober 2018 geschah in einer staatlichen Bildungseinrichtung, dem polytechnischen Kolleg in Kertsch, ein *Massenmord an Schülern*, Lehrern und Mitarbeitern, den die Staatsanwaltschaft der ARK (die temporär in Kyjiw und Cherson ansässig ist) als einen „terroristischen Anschlag“ einordnet, die Besatzungsmacht (das Ermittlungskomitee Russlands) jedoch als einen „Mord an zwei oder mehr Personen auf eine gesellschaftlich gefährliche Weise“. Es handelt sich (was die Opferzahl angeht) um einen der größten Gewalttät in einer Bildungseinrichtung in der jüngsten europäischen Geschichte, in dessen Folge 21 Menschen erschossen und 67 verwundet wurden (hauptsächlich durch Explosionen). Unter den wahrscheinlichen Ausführern dieses Verbrechens war ein Auszubildender dieser Einrichtung. Die ukrainische Seite, die keine Möglichkeit zur vollwertigen Ermittlung dieses Falles hat, weist auf die mögliche Quelle der Massengewalt hin: die Militarisierung des Unterrichts, die Propaganda der Aggression durch russische Massenmedien. Die Besatzungsmacht bot

bereits in den ersten Tagen mehrere Versionen zum Hergang an, verbreitete offenkundig falsche Informationen (ein der Besatzungsmacht unterstehender Fernsehsender führte live ein Gespräch mit einer angeblichen Augenzeugin, die, wie es sich später herausstellte, den Namen einer Ermordeten nutzte und sich als sie ausgab), und gab schließlich eine Erklärung über die „Verstärkung des Kampfes gegen den jugendlichen Radikalismus“ ab.

Die Aggressivität unter der Jugend der Krim wird von den Experten öfter mit der durch die Besatzer auf der Halbinsel verbreiteten militärisch-patriotischen Bewegung „**Jugendarmee/Junarmija**“ in Zusammenhang gesetzt, in der unter der Leitung von Betreuern — Angehörigen des russischen Militärs — die Grundlagen der allgemeinen Militärausbildung in der Praxis erlernt werden.

Im Großen und Ganzen erteilen die Besatzungskräfte permanent Warnungen an die Krimer in Bezug auf die Bedrohungen und Gefahren, die für die kürzlich „angeschlossene“ russische Region aktuell sein sollen. Schon seit April 2014 richtete das Nationale Antiterroristische Komitee Russlands seine Tätigkeit auf der Halbinsel ein. Sein Profil ist die Entlarvung von „konspirativen Zellen terroristischer Organisationen“ auf der Krim (auch im Internet), Aufdeckung von Personen, die für den Einfluss der Ideologie des Terrorismus besonders anfällig sind, insbesondere im Bereich der Bildung, unter der Jugend, unter den Vertretern von zivilgesellschaftlichen und religiösen Organisationen, unter den „Ausländern“, auch unter den Arbeitsmigranten. In der Praxis handelt es sich hauptsächlich um Bürger der Ukraine, die die russische Staatsbürgerschaft nicht angenommen haben, um ukrainische und krimtatarische Aktivisten, die unter besonderer Beobachtung seitens der russischen Geheimdienste stehen. Die sogenannte Antiterroristische Kommission der Republik Krim warnt regelmäßig vor eventuellen Terroranschlägen und Diversionen seitens dieser Menschen, womit sie die Massenpsychose der Bevölkerung weiter fördert.

Nach der Tragödie in Kertsch haben sich viele auf der Krim Gedanken darüber gemacht, wie ein derart strenges Sicherheitssystem wie das russische dies zulassen konnte. Viele sind enttäuscht und haben kein Vertrauen mehr. Die Eltern begleiten ihre Kinder ins Kolleg und halten Wache, wobei dort permanent ein Polizeiauto steht.

Aus einem Interview mit einem anonymen westlichen Journalisten, der regelmäßig auf der Krim arbeitet

Das verletzte Eigentumsrecht und andere sozioökonomische Probleme

Parallel zur Annexion erklärte Russland die „Nationalisierung“ des Landes sowie der staatlichen und privaten Immobilienobjekte, Unternehmen, Bildungseinrichtungen, medizinischen Einrichtungen, Häfen und Erholungsobjekte auf dem Territorium der ARK und Sewastopols. Rechtswidrig werden die Bodenschätze, der Festlandsockel, das Wasser und der Strom genutzt, die dem ukrainischen Volk gehören. Ende Februar 2015 wurde der Prozess der Nationalisierung auf der Ebene der Entscheidung des Besatzung-“Parlaments“ scheinbar eingestellt, allerdings wird die Liste der Objekte, die der sogenannten Nationalisierung unterstehen, permanent geprüft und ergänzt.

Faktisch handelt es sich um einen Verkauf ukrainischer Unternehmen und die Aneignung aller Objekte ukrainischen Staatseigentums, des kulturellen Erbes, des Eigentums juristischer Personen durch russische Regierungsstrukturen. Wirtschaftlich wertvolle Aktiva werden oft unter Einsatz von Gewalt beschlagnahmt.

Nach der Annexion trafen die Menschen der Krim auf die übermäßige russische Bürokratie. Sie müssen Dutzende Papiere ausfüllen. Die Unternehmensstrukturen beklagen sich darüber am meisten ...

Aus einem Interview mit einem anonymen westlichen Reporter, der regelmäßig auf der Krim arbeitet

Laut Angaben der Besatzer bleibt im Jahr 2018 über die Hälfte der Immobilienobjekte auf dem Territorium der Krim nicht registriert. Die Prozesse der Neuformulierung der Dokumente zur Privatisierung sind verlangsamt und werden von den Behörden der Ukraine nicht anerkannt. Das Faktum der Annexion und der weiteren illegalen Aneignung wurde von der Welt verurteilt, die im Gegenzug internationale Sanktionen einführte, die finanzielle Unterstützung der Transport-, Telekommunikations- und Energieinfrastruktur der Krim und Sewastopols verbieten. Am wirksamsten sind hier die Sanktionen der Europäischen Union und der USA, die unter anderem neue Investitionen in der Region Krim seitens einer beliebigen physischen und juristischen Person verbieten, sowie den Import jeglicher Waren, Dienstleistungen oder Technologien von der Krim, Export und Re-export, (in)direkten Verkauf oder Lieferungen in die Region,



Die russische volkskundliche Truppe tritt bei der Eröffnung eines Jahrmarkts auf dem „nationalisierten“ Weinbetrieb „Massandra“ auf, 11. September 2015. Als W. Putin und S. Berlusconi den Betrieb besuchten, wurde eine Flasche Wein der Ernte aus dem Jahr 1775 im Wert von 100.000 \$ aufgemacht. Die Staatsanwaltschaft der Ukraine leitete ein Verfahren gegen den Leiter des Unternehmens wegen Veruntreuung fremden Eigentums ein, darunter auch wegen seiner Entscheidung, Ausleseweine zum Verkauf freizugeben.

Bewilligung, Finanzierung, finanzielle Mitwirkung oder Garantien seitens einer physischen oder juristischen Person, Transaktionen und ähnliches. Zum Beispiel trafen die Sanktionen die einst wichtige Nische wirtschaftlicher Entwicklung der Region: Selbst wenn die Seehäfen der Krim irgendwelche Fracht illegal bedienen oder sonstige, ziemlich eingeschränkte, außenwirtschaftliche Tätigkeit führen, laufen die entsprechenden Schiffe stets Gefahr, unter die Sanktionen zu geraten.

Eine wichtige Rolle bei der Aufdeckung von solchen Schiffen, die Sanktionen unterlaufen, spielt die Beobachtergruppe von Andrii Klymenko des ukrainischen nichtstaatlichen Fonds „Maidan ausländischer Fälle“.

Spürbar wurde auch die objektive Verschlechterung der sozioökonomischen Lage der Bevölkerung auf der subventionierten Halbinsel. Der Anteil der Menschen, die staatliche Unterstützung benötigen, bleibt hoch. Eine qualitative Versorgung mit kommunalen Leistungen und die Sozialtarife blieben nur im ersten Jahr der Besetzung erhalten. Die Arbeitslosigkeit steigt an. Lokale Arbeiter werden oft durch Zugereiste ausgetauscht. Die russischen Preise auf Waren und Dienstleistungen sind wesentlich höher als die ukrainischen. Dabei ist die Qualität der Lebensmittelwaren auf kritisch niedrigem Niveau, wenn man sie mit der ukrainischen vergleicht. 2016–2017 erhöhten die russischen Beamten auch die Verbrauchsteuer. Wegen der internationalen Sanktionen verringerte sich die Anzahl finanzieller Einrichtungen in der Region, die Versorgung mit Bankdienstleistungen wurde ebenfalls bedeutend schlechter.

Ökologische Bedrohungen

Bereits 2014 war eine Verschlechterung der ökologischen Lage auf dem Territorium der ARK und Sewastopols sowie im anliegenden Seebecken zu vermerken. Es wurden Nachweise einer Verschmutzung der Boden-, Luft- und Wasserumgebung registriert, die mit der unsachgemäßen Aufbewahrung von *chemischen und nuklearen Waffen* seit 2014 in Verbindung stehen könnten.

Negativ beeinflusst wird die ökologische Lage auch durch die Stationierung und Vorbereitung des Personalbestands der russischen Streitkräfte sowie des Grenzdienstes des russischen FSB, darunter auf dem Territorium des Naturreseervats auf dem Kap Opuk und in anderen Krimer Naturresorts.

Lebensbedrohlich und gesundheitsschädlich für Menschen bleiben auch die Folgen der Umweltverschmutzung wegen der *Ausstöße toxischer Stoffe* im Werk „**Krimer Titan**“ (unter der russischen Registrierung: Gesellschaft „Titan-Investitionen“), das in der Stadt Armjansk liegt. Die ökologische Katastrophe ereignete sich am 24. August 2018. Erneute Ausstöße gab es im September 2018. Eine gefährliche Lage im Werk meldeten zunächst die Vertreter des Verteidigungsministeriums der Ukraine.

Am 31. August 2018 entdeckte die staatliche Umweltbehörde eine mehr als doppelte Überschreitung der Konzentrationsnorm von Sulfaten im Boden an der administrativen Grenze des Verwaltungsgebiets Cherson zur Krim. Die Besatzungsmacht ordnete erst 18 Tage nach dem ersten Ausstoß die Evakuierung der Kinder aus Armjansk an. Die Quelle und die Gründe für die Verschmutzung wurden bis heute nicht verlässlich festgestellt und werden von den Besatzern verschwiegen. Der Gesundheit der Krimer wurde Schaden zugefügt (einige mussten ins Krankenhaus), im Verwaltungsgebiet Cherson wurden ukrainische Grenzsoldaten vergiftet und in Armjansk und Krasnoperekopsk sind metallische Gegenstände oxidiert, von den Bäumen fielen Blätter herab, in der Luft war ein beständiger Geruch von Säure zu spüren, es entstanden auch materielle Schäden. Unter den toxischen Ausstoßen leiden nicht nur die Einwohner der Halbinsel (eines bedeutenden Teils des Bezirks Krasnoperekopsk der besetzten Krim), sondern auch die Einwohner des Verwaltungsgebiets Cherson (Teile der Bezirke Kalantschak und Tschaplynka).

Auf internationaler Ebene wurden Probleme mit der Wasserversorgung der Krim längst anerkannt. Die Ukraine hat die Wasserlieferungen aus dem Dnipro auf die besetzte Halbinsel eingestellt — folglich ist die Belastung für unterirdische Wasserquellen deutlich gestiegen (bis hin zum vollständigen Verschwinden in Dürrezeiten). Einen



Der ausgetrocknete Nord-Krim-Kanal, März 2017.

Foto: Walentina Ochlopkowa.



Einsturz des Flachdachs mit einer Fläche von 3.500 qm einer der Hallen des Unternehmens „Krimert Titan“ (Hersteller von Titandioxid), August 2017

negativen Einfluss auf die ökologische Lage übt auch die Umsetzung der Projekte für eine alternative Wasserversorgung sowie der umfassenden Infrastrukturprojekte, darunter der Bau der Kertsch-Brücke sowie der Autostraße mit föderaler Bedeutung „Taurida“. Eine weitere Bedrohung ist die Verschmutzung von unterirdischen Quellen mit chemischen

Stoffen sowie mit Abfallprodukten aus der Industrie, Landwirtschaft usw.

Seit Dezember 2015 wurden Stromlieferungen vom Festland der Ukraine wegen der Beschädigung eines Strommastes im Verwaltungsgebiet Cherson eingestellt. Trotz der Inbetriebnahme einer vierten Stromlinie der russischen Energiebrücke im Frühling 2016 werden die planmäßigen Stromabschaltungen auf der Krim fortgesetzt. Im Durchschnitt können die Einwohner verschiedener Bezirke Sewastopols drei Tage pro Monat bis zu neun Stunden pro Tag vom Strom abgeschaltet werden. Heute werden die Bedürfnisse der Krim auf Kosten eigener Energieerzeugung, Stromerzeugungsanlagen aus Russland und der Energiebrücke aus der russischen Region Krasnodar gewährleistet.

Über ökologische Bedrohungen berichtet regelmäßig der permanente Vertreter des Präsidenten der Ukraine in der ARK. Aus seinen Monitoringberichten erfahren wir, dass der illegale Bau von Infrastrukturobjekten den Grünanlagen der Halbinsel umfassenden Schaden zufügt. Das lokale Ökosystem wird auch durch die rechtswidrig in Betrieb genommenen Sandgruben (allein im Jahr 2017 gab es 25 davon, weitere 135 sind in aktiver Entwicklung) zerstört. Es wurde festgestellt, dass im Raum der Schlammteiche Werchne-Tschurbaschski und Nischne-Tschurbaschski der mit toxischen Abfallprodukten des Eisenhüttenbetriebs verschmutzte Sand gewonnen wird, der dann für den Bau der Brücke von Kertsch benutzt wird.

Die Anzahl der Tiere, die laut der Roten Liste als **gefährdete Arten** gelten, hat sich auf der Krim verringert. In den letzten Jahren wird im Schwarzen und Asowschen Meer ein massenhafter Tod von Delfinen beobachtet. Auf diese Gefahren weist auch die ortsansässige Freiwilligengesellschaft „Das sorglose Meer/Besmjateschnoje More“ hin, die in den Jahren 2017–2018 über 680 tote Walfischartige an der Küste der Krim registrierte (weitere 25 Säugetiere warfen

sich lebendig auf den Strand). Unter den Todesursachen werden gesetzwidriger Fischfang, Export von Delfinen zwecks Auftritte in Delfinarien, Zusammenstöße mit Schiffen, Verschlechterung der Futterlage, Verschmutzung des Wasserbeckens, Sandgewinnung, Industrieabwasser, akustische Verschmutzung des Meeres wegen des Baus der Brücke von Kertsch und Militärmanöver genannt. Die Krimer Wissenschaftler und Ökologen beklagen sich auch darüber, dass die Arbeit zur Erhaltung von Populationen gefährdeter Arten in Russland stark bürokratisiert ist.

In verschiedenen Ratings russischer Regionen erscheint die Krim in einem ziemlich ungünstigen Licht. **Die Krise des Gesundheitssystems** auf der Krim steht nicht nur mit der Reduzierung des Medizinpersonals, seinem niedrigen Lohn und dem Verzicht auf für die Region traditionelle ukrainische Medikamente in Verbindung. Auf der besetzten Halbinsel wurden zahlreiche internationale Hilfsprogramme für Patienten eingestellt. Das Ergebnis ist: Wenn laut der offiziellen Statistik 2013 28,5 Fälle mit HIV-Ansteckung pro 100.000 Menschen registriert wurden, so waren es unter Abwesenheit der benötigten internationalen Unterstützung bereits 41 Fälle pro 100.000 Menschen — was höher ist, als in allen anderen Regionen Russlands. Von den Einwohnern der Krim, die sich in Beobachtung der Fürsorgestelle im staatlichen Zentrum der Vorbeugung und des Kampfes gegen AIDS befinden, bekommen nur etwa 55% die antiretrovirale Therapie (zum Beispiel bekommen heute nicht weniger als 81% Menschen, die sich für entsprechende Beobachtung in der Ukraine registrieren lassen, eine solche Therapie, und selbst der Anteil der Menschen, die um ihren HIV-Status wissen, ist um einiges höher). Laut der Version des föderalen Projekts „Nüchternes Russland“ wurde die Krim im Jahr 2017 als eine der am wenigsten „nüchternen“ Regionen Russlands eingestuft (Platz 73 von 85), und bereits 2018 hat sich die Lage in Sewastopol deutlich verschlechtert (vom 13. auf den 17. Platz im Rating). Das Problem wirkt sich auf die öffentliche Ordnung und die Gesundheit der Halbinseleinwohner aus.

Für die Mehrheit der Einwohner der Krim ist die Zeit der Besetzung gleichbedeutend mit Jahren irreversibler Verluste. Die Menschen verlieren ihre Nahestehenden, ihre Immobilien, ihr Geschäft. Die freundschaftlichen und familiären Beziehungen zerfallen. Es gibt keine Möglichkeit, die Situation mit den Naturressourcen, dem historischen Erbe und den Objekten kulturellen Erbes auf der Halbinsel zu beobachten. Das Gefühl der Freiheit löst sich auf, die Identitäten werden zerrüttet.



Selbst den Besatzern unterstehende Organisationen registrieren eine Rekordzahl an unnatürlichen Toden von Delfinen an der Küste der Krim (Foto: sereneseadolphins, Sewastopol, Oktober 2017).

Ehemalige Freunde, die auf der Krim geblieben sind und bei dem sogenannten Referendum bewusst für die Besatzer stimmten ... Später begannen sich ihre Ansichten zu ändern. Aber, so wie die Mehrheit der Russen, fühlen sie sich an nichts schuldig, im Gegenteil — sie nehmen sich als belogene Opfer wahr. Unsere Verwandte haben gar keinen Kontakt zu uns. Unsere Familie steht nur zu einer ehemaligen Nachbarin im Kontakt. Sie freute sich sehr über die russische Besetzung — nun sagt sie, dass das Leben schlechter geworden ist.

**Aus einem Interview mit einer anonymen
Binnenflüchtlingen aus der Krim**

DIE MOBILISIERTEN: DIE MILITARISIERUNG DER KRIM

Die politische Annexion der Krim wurde erst nach der Durchführung der russischen Militäroperation möglich. Die Entscheidung über die Besetzung des ukrainischen Territoriums wurde in Moskau unter Einbeziehung

militärisch-politischer Überlegungen getroffen: der angeblichen Bedrohung einer Befestigung des *militärischen Kontingents der NATO* auf der Halbinsel und einer Verdrängung der russischen Schwarzmeerflotte von dort. Nun ist Putins Russland bereit, die eingenommene Halbinsel mit Waffen zu verteidigen, den Widerstand ihrer Bevölkerung zu unterdrücken und im Schwarzmeerraum Vorsprung zu gewinnen. Darum verläuft das Leben der Krimer unter den Bedingungen der Besetzung in einem Paradigma der verstärkten Entwicklung des Militär- und Sicherheitssektors der Besatzungsmacht.

Unter russischer Herrschaft sind Hunderte Kilometer Stacheldrahtzäune, Waffen und Militärgerät auf der Krim aufgetaucht, es sind Militärangehörige und Exekutivmitarbeiter aus verschiedenen Regionen Russlands hierher angeeist. Auf dem Land, im Meer und in der Luft über der Krim finden permanent **Militärmanöver** statt. Es werden antiterroristische Vorbereitungen getroffen und Razzien gegen imaginäre Extremisten und Diversanten veranstaltet.

Die russischen Militäraufträge sind heute der Hauptmotor für die Wirtschaft der Halbinsel geworden. Es werden Betriebe der Rüstungsindustrie sowie die Infrastruktur militärischer Bedeutung wiederhergestellt. Die militärischen Aufträge erfüllen solche Großunternehmen wie die *Schiffswerft „Saliw“* (Kertsch), das *Seewerk in Sewastopol* und andere. Die Modernisierung der alten und der Ausbau der neuen Infrastruktur werden entsprechend den Plänen auf weitere Militarisation der Halbinsel durchgeführt.

Zur russischen Militärausbildung werden auch die Staatsbürger der Ukraine hinzugezogen, die auf dem besetzten Territorium leben. Zwischen Frühling 2015 und Frühling 2019 fanden auf der Krim **neun rechtswidrige Mobilisierungskampagnen** für russische militärische Formationen statt. Allein auf dem Territorium der ARK, ohne Berücksichtigung von Sewastopol, wurden über 16.000 Menschen zum Wehrdienst einberufen. Ziemlich verbreitet ist die Praxis der Versetzung von Krimern zum Wehrdienst in verschiedene Regionen Russlands, darunter in solche, in denen *die Gefahr der Involvierung in Kampfhandlungen* existiert (Nordkaukasus, an die Ukraine anliegende Territorien, Marinestreitkräfte usw.). Zugleich werden die Wehrdienstleistenden aus ganz Russland in die Militäreinheiten auf der besetzten Krim entsandt.

Da die Nötigung der Bevölkerung besetzter Gebiete, bei den Streitkräften der Besatzungsmacht zu dienen, ein ernsthafter Verstoß gegen die Normen des internationalen Rechts, darunter *der Genfer Konvention*, darstellt, wandte sich die Ukraine diesbezüglich an das Internationale Strafgericht.

Auf der besetzten Krim, die dem Südlichen Militärbezirk Russlands zugeordnet wurde, wurde eine schlagkräftige **interspezifische Truppengruppierung**

aufgestellt. Ihre vorrangige Richtung ist die Erweiterung der Raketen-, Luft- und Marinekomponente. Die Bodentruppen sind dabei nicht nur zur Lösung von Verteidigungsaufgaben bereit, sondern besitzen ein bedeutendes Angriffspotential (die Marineinfanterie und die Fallschirmjäger).

Auf Basis der russischen Schwarzmeerflotte und der ehemaligen Abteilungen der Marine und Luftabwehr der Ukraine, sowie der nach 2014 auf die Halbinsel verlegten russischen Truppenverbände wurden auf der Krim folgende Abteilungen neu aufgestellt/wiederhergestellt:

- ◆ 171. selbstständiges Luftsturmataillon (Feodossija);
- ◆ 126. selbstständige Küstenwachbrigade (Perewalne);
- ◆ 127. selbstständige Aufklärungsbrigade (Sewastopol);
- ◆ 8. selbstständiges Artillerieregiment der Küstentruppen (Simferopol);
- ◆ 15. selbstständige Raketenartillerie-Küstenbrigade (Sewastopol);
- ◆ 30. Division der Überwasserschiffe (Sewastopol);
- ◆ 27. zusammengesetzte Fliegerdivision (Belbek, Sewastopol);
- ◆ 43. selbstständiges Marineschlachtgeschwader (Saki);
- ◆ 318. selbstständiges zusammengesetztes Fliegergeschwader (Katscha, Sewastopol);
- ◆ 31. Luftabwehr-Division (Sewastopol);
- ◆ 68. selbstständiges Marinepionierregiment (Jewpatorija);
- ◆ 4. ABC-Regiment (Sewastopol).

Die Basis der **Bodenkomponente** bilden die 810. *Marineinfanteriebrigade* (Sewastopol) sowie das 2017 im Verband der 7. Garden-Luftsturmdivision aufgestellte 171. *selbstständige Luftsturmataillon*. Im Weiteren ist geplant, im Hauptstützpunkt des Bataillons das 97. Luftsturmregiment aufzustellen. Außerdem sind auf der Krim die 126. Küstenwachbrigade, die 15. Küstenwach-Raketenartilleriebrigade, die 127. Aufklärungsbrigade, das 1096. FlaRak-Regiment (Sewastopol), das 8. Artillerieregiment, das 68. Marinepionierregiment und das 4. ABC-Regiment stationiert. Die Luftabwehr wird durch die 31. Luftabwehr-Division gewährleistet, deren Abteilungen in Sewastopol, Feodossija und Jewpatorija stationiert sind.

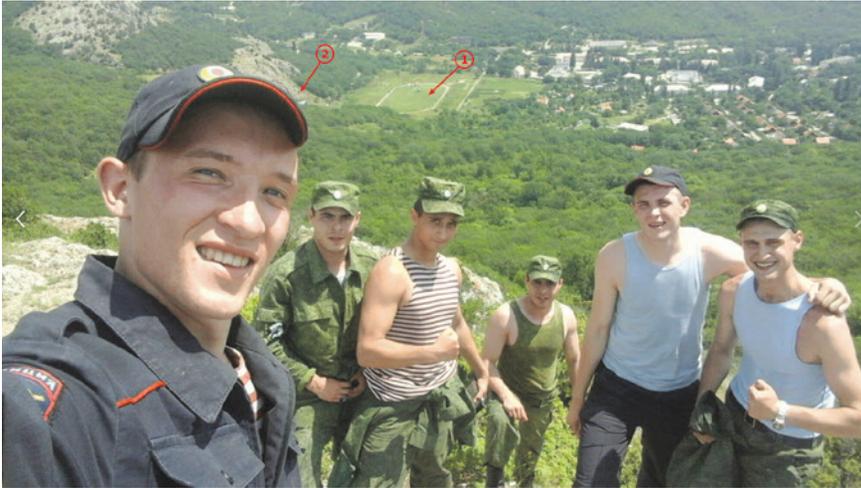
Neben weiteren Typen und Modellen der Bewaffnung bei der russischen Truppengruppierung auf der Krim sind Panzer, modernste Panzerwagen BTR-82A, FlaRak-Komplexe S-300PMU, S-400, Buk-2M, „Panzir-S1M“ aufgetaucht. An der Küste wurden **Küstenraketenkomplexe** „Bastion“ und „Bal“ entfaltet. Die Schiffsabwehrraketen „Onyx“, mit denen die Raketenkomplexe „Bastion“ ausgerüstet sind, können Ziele in einer Entfernung von bis zu 600 km treffen — also fast das gesamte Becken des Schwarzen Meeres. Es wurden auch

Pläne verkündet, operativ-taktische Raketenkomplexe vom Typ „Iskander-K“ auf der Krim zu platzieren, die mit R-500-Marschflugkörpern ausgerüstet sind, die Ziele in einer Entfernung von bis zu 2000 km treffen können.

Die russische Schwarzmeerflotte bewahrt ihr schlagkräftiges Angriffspotenzial dank der Kombination aus der Marineinfanterie und den Mitteln ihrer Verlegung — der 197. Brigade der Landungsschiffe. Eine deutlich ausgeprägte Tendenz nach 2014 ist die Erweiterung der **Stoßkräfte der Marine**, in erster Linie auf Kosten der kleinen Raketenschiffe der Projekte 21631 („*Bujan-M*“) und 22800 („*Karakurt*“), die mit den Marschflugkörpern „Kalibr“ ausgerüstet sind (Treffweite bis zu 2600 km). Mit diesem Typ von Marschflugkörpern sind auch die neuen U-Boote der Schwarzmeerflotte des Projekts 636.3 der 4. U-Boot-Brigade ausgerüstet. Außer der russischen Schwarzmeerflotte wird das militärische Marinepotenzial Russlands im Schwarzen und Asowschen Meer auch durch das Boots- und Schiffspotenzial der Küstenwache des FSB und der Rosgarde verstärkt. Zusätzlich haben die Russen die Verlegung von Artilleriebooten der Kaspischen Flotte Russlands ins Becken des Asowschen und Schwarzen Meeres durchgeführt (mit der Eisenbahn und über den Wolga-Don-Kanal).

Die **Luftkomponente** der russischen Besatzungskräfte auf der Krim ist mit den auf der Halbinsel stationierten Abteilungen der 27. zusammengesetzten Fliegerdivision aus dem Bestand der 4. Luftwaffen- und Luftabwehrrarmee vertreten, sowie mit den Seefliegerkräften der Schwarzmeerflotte. Abteilungen der 27. Division sind in Hwardijske (37. zusammengesetztes Fliegerregiment), Belbek (38. Jagdfliegergeschwader) und Dschankoi (39. Hubschrauber-Regiment) stationiert. In den Dienst der Division wurden Flugzeuge des Typs Su-24M, Su-25SM, Su-27SM, Su-30M2 und anderen, Hubschrauber Mi-35M, Ka-52, Mi-28N und Mi-8AMTsch gestellt. Zwei Marinefliegerregimente (das 43. und 318.) wurden auf der Basis der ehemaligen 7057. Luftwaffenbasis der russischen Schwarzmeerflotte aufgestellt. Des Weiteren wird geplant, ein Regiment der *strategischen Bomber* Tu-22M3 in Hwardijske aufzustellen.

Von der besetzten Krim kommen Signale, die auf ein Vorhandensein russischer **Massenvernichtungswaffen** hinweisen. Insbesondere registrierte **InformNapalm** im Jahr 2016 eine erhöhte Aktivität der Militärangehörigen von Rosgarde und ABC-Abteilungen im ehemaligen Atomwaffendepot „**Feodossija-13**“ in dem Waldort Kysyltasch unweit von Sudak. (Die Ukraine hatte freiwillig auf Atomwaffen verzichtet, die ihr als Erbe der Sowjetunion anfiel. Laut den Bedingungen bilateraler Abkommen verpflichtete sich Russland, keine Atomwaffen in der Bewaffnung derjenigen Teile der Schwarzmeerflotte zu besitzen, die in der Ukraine stationiert sind.)



Ein Militärangehöriger des nordkaukasischen Regionalkommandos der Rosgarde, Iwan Isarow, mit seinen Kollegen vor dem Objekt „Feodossija-13“, 2016. Foto bereitgestellt von InformNapalm.

Die Russen hatten schon vor 2014 potenzielle **Atomwaffenträger** auf der Krim: die Raketenkomplexe des Garde-Raketenkreuzers „Moskau“ und der Fregatten der Schwarzmeerflotte, die Flugzeuge Su-24, Be-12, Hubschrauber Ka-27. Nun können die Raketenkomplexe „Bastion“ und „Iskander-K“, die Schiffe und U-Boote, die mit den Marschflugkörpern „Kalibr“ ausgerüstet sind, ebenfalls nukleare Waffen tragen.

Die besetzte und für internationale Beobachter geschlossene Krim ist ein potenziell günstiger Ort für die verdeckte Aufbewahrung unkonventioneller Waffentypen. InformNapalm veröffentlichte 2016 Fakten, die auf **Lieferungen von chemischen Massenvernichtungswaffen** aus Syrien nach Feodossija hinweisen.

Damals transportierte das zivile Güterschiff „Nadalina“ unter der Flagge von Sierra-Leone die verdächtige Fracht. Wenn man die große internationale Resonanz berücksichtigt, die das Faktum des Einsatzes chemischer Waffen im Syrienkrieg und des Transports unkonventioneller Munition zwischen dem Schwarzen und dem Mittelmeer stets hervorrufen, muss dies unter erhöhter Geheimhaltung stattfinden.

Die geografische Lage der besetzten Krim schafft Voraussetzungen für **eine vollständige Dominanz Russlands im Becken des Schwarzen und Asowschen Meeres**. Indem Moskau beide Küsten der Straße von Kertsch und den Großteil der Asowschen Küste kontrolliert, hat es das Asowsche Meer in einen „russischen See“ verwandelt.

Militarisierung der Krim *



MILITÄRANGEHÖRIGE

31500 September 2018
12500 vor der Besetzung



ARTILLERIE

162 September 2018
(inkl. Mehrfachraketenwerfer - 55)
24 vor der Besetzung



FLUGZEUGE

122 September 2018
22 vor der Besetzung



HUBSCHRAUBER

62 September 2018
37 vor der Besetzung



PANZER

40 September 2018
0 vor der Besetzung



PANZERFAHRZEUGE

583 September 2018
92 vor der Besetzung



U-BOOTE

8 September 2018
2 vor der Besetzung



SCHIFFE

71 September 2018
26 vor der Besetzung



FLA-RAKETENSYSTEME

16 September 2018
0 vor der Besetzung

* Vergrößerung des russischen Militärkontingents auf der Krim. Vor der Besetzung: Die Schwarzmeerflotte Russlands (markiert).
Quelle: Außenministerium der Ukraine, September 2018. Nach einer Infografik von UKRINFORM.

der Krim im „syrischen Transit“ begann zu wachsen. Allein im ersten Jahr der Besetzung ist die Anzahl der Anläufe von syrischem *Tartus* mit Landungsschiffen der Marine Russlands um 37% gestiegen (nach Angaben von **InformNapalm**). Außer anderen Truppenverbänden beteiligen sich auch die Marineinfanteristen der 810. Marineinfanteriebrigade aus Sewastopol an der russischen Bodenoperation in Syrien.

Die Krim wurde Basis für Gewährleistung des russischen Krieges nicht nur in Syrien, sondern auch im Osten der Ukraine. Der **Krieg im Donbas** begann im April 2014 mit der Ankunft eines Trupps russischer Söldner mit Igor Girkin an der Spitze. Laut Eigenaussage des Söldneranführers hatte sein Trupp die Waffen in den Krimer Depots ausgehändigt bekommen. Kurz vor seiner Ankunft in Slowjansk beteiligte sich Girkin an der Besetzung der Krim.

Auf der Krim findet nach wie vor die Rekrutierung, Ausbildung, Erholung und die medizinische Behandlung der Söldner statt, die am Krieg im Donbas teilnehmen. Nach verschiedenen Angaben organisierte **Witali Sachartschenko**, der ehemalige Innenminister der Ukraine, der der Beteiligung an Erschießungen am Maidan verdächtigt wird, eine Mobilisierungsstelle für Söldner im Sewastopoler Büro der Kommunistischen Partei Russlands. Eine breite öffentliche Resonanz erlangte die Geschichte mit dem Anführer einer terroristischen Gruppierung *Wadim Pogodin*, der der Morde und der Folter beschuldigt wird, darunter der Erschießung des 16-jährigen Einwohners von Kramatorsk **Stepan Tschubenko**. Der Krimer Einwohner Pogodin kam im April 2014 im Donbas an, nachdem seine Verbrechen aber publik wurden, flüchtete er zurück auf die Krim.

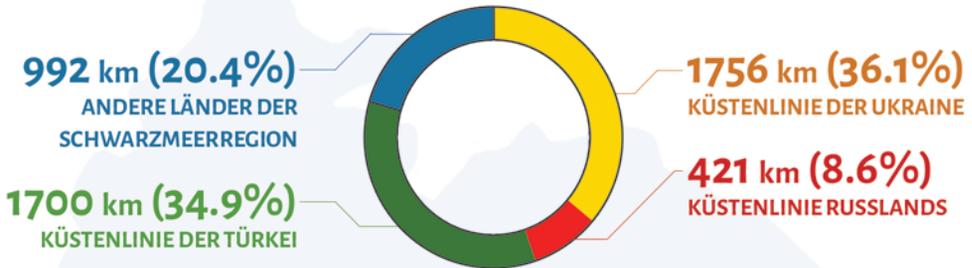
Von der von Russland besetzten Halbinsel kommen nicht nur Söldner, sondern auch reguläre Militärangehörige der russischen Streitkräfte in den Krieg im Donbas. In den Untersuchungen von **InformNapalm** wird über die nahe Altschewsk und Mariupol aufgedeckten Marineinfanteristen der russischen 810. Marineinfanteriebrigade berichtet. Offensichtlich werden sie genauso wie die Militärangehörigen aus den Militäreinheiten, die auf dem Territorium Russlands selbst stationiert sind, auf die „Donbas-Dienstreisen“ entsandt.

Außer Söldnern werden auch **Waffen, Munition und Militärgerät** von der Krim in den Osten der Ukraine geliefert. Darunter aus den ukrainischen Militäreinheiten, die im Februar/März 2014 von den Russen eingenommen worden waren. Von 6.917 Militärgeräteeinheiten und Waffen (Raketenartilleriesysteme, Panzertechnik, Fahrzeuge usw.), die den Ukrainern entwendet worden waren, hat Russland nur etwa 30% zurückgegeben. Außerdem gehörten über 10.000 Stück Munition auf der Krim der Ukraine. Ein Teil dieses Eigentums stand später den Söldnern und russischen Truppen im Donbas zur Verfügung. In der ATO-Zone registrierte die *Nationalpolizei der Ukraine* über 60 Fälle der Beschlagnahme von Waffen, die sich zum Zeitpunkt der Einnahme der Krim in den ukrainischen Militäreinheiten dort befanden.

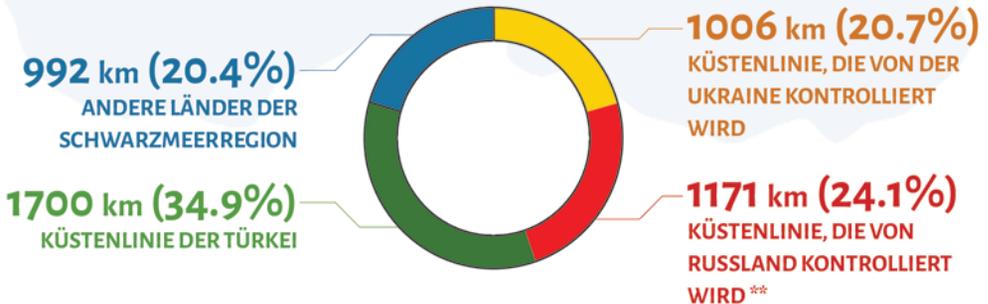
Indem Russland versucht, die Rolle eines regionalen Anführers zu spielen, verwandelt es die Krim in seinen *unsinkbaren Flugzeugträger*. Gleichzeitig

Küstenlinie des Schwarzen Meeres*: Veränderungen in dem von der Ukraine und/oder Russland kontrollierten Teil infolge der Krim-Besatzung

VOR DER BESATZUNG



NACH DER BESATZUNG



* KÜSTENLINIE DES SCHWARZEN MEERES - 4869 KM

** DIE KÜSTENLINIE DES BESETZTEN TEILS VON GEORGIEN (ABCHASIEN) WURDE NICHT MITEINBERECHNET

verwandelte sich die ukrainische Halbinsel aber in eine Grauzone, die Quelle der internationalen Spannung, eine Basis für Söldner und illegale Waffen, die in verschiedenen Brennpunkten der Welt auftauchen. **Und die Einwohner der Krim wurden Geiseln und unfreiwillige Komplizen der militärischen Abenteuer des Kreml.**

Nachwort. DIE ZUKUNFT DER KRIM

Seit dem Beginn der Besetzung der Krim durch Russland sind über fünf Jahre vergangen, und in dieser Zeit hat sich in der Welt viel geändert. Die Geografie der hybriden Operationen Russlands hat sich erweitert. Außer Moldau, Georgien, Syrien und der Ukraine sind in verschiedenem Maße auch die Länder Afrikas, Lateinamerikas und des Balkan seine Opfer geworden. Die Ermittlungen hinsichtlich der Beteiligung russischer Führung an den politischen Morden und Attentaten in den EU-Ländern sowie an der Einmischung in die US-Präsidentenwahlen laufen weiterhin.

Die Jahre zweckloser Verhandlungen im Rahmen des Minsker Prozesses und das permanente Einlegen von Vetos gegen die Resolutionen des UN-Sicherheitsrats seitens der russischen Delegation demonstrierten der Weltgemeinschaft das absolute Fehlen der Bereitschaft Russlands zu einem konstruktiven Dialog.

Moskaus Strategie besteht darin, sein Ziel auf dem Weg einer folgerichtigen Abwechslung von Konfrontationen, die den status quo ändern, und den darauffolgenden „Entladungen“, die die erreichten Zwischenergebnisse vor der Welt zu legitimieren erlauben. Moskau ist der Meinung, dass es genug Zeit zur Einführung einer solchen langfristigen Strategie hat, denn in den demokratischen Ländern verändert sich die Obrigkeit permanent, in Russland dagegen im Laufe von langen Jahren nicht.

Im Unterschied zum März 2014 ist aber die Gefahr, die das Vorgehen des Kremlregimes für die Weltordnung bringt, für den Großteil der Länder offensichtlich. Dies schafft günstige Bedingungen für die Vereinigung von Regierungen und die Ausarbeitung einer gemeinsamen Strategie des Widerstands gegenüber der Aggression. Nur ein durchdachter und koordinierter Widerstand kann Russlands Pläne nivellieren, die auf die Vernichtung der Einheit des Westens und die Wiederherstellung seiner Einflusszone in Europa gerichtet ist, wie es zu den Zeiten des Eisernen Vorhangs der Fall war.

Die zivilisierte Welt sollte sich mit der Annexion der ukrainischen Krim nicht abfinden, denn dies fördert das russische Regime nur zu einer weiteren Expansion.

Ein Rezept für die Verbesserung der Lage im Bereich der Sicherheit, die Rückkehr ins Flussbett des internationalen Rechts und die Wiederherstellung der Souveränität der Ukraine über die Krim ist der permanente Druck auf Russland als einen Aggressorstaat:

- ◆ wirtschaftlicher Druck (Erweiterung der Sanktionen);
- ◆ politischer Druck (Ausschluss Russlands aus internationalen Organisationen und Auflösung von den für Russland günstigen Abkommen);
- ◆ rechtlicher Druck (Klagen vor internationalen Gerichten und Gerichten verschiedener Staaten);
- ◆ militärischer Druck (Verstärkung der Gefechtsbereitschaft und Entwicklung einer gemeinsamen Strategie des militärischen Widerstands für den Fall einer Eskalation).

Die Zusammenführung von Bemühungen und ein systematischer Druck auf Russland werden die zukünftige Wiederherstellung der territorialen Integrität und Sicherheit nicht nur der Ukraine sondern einer Reihe von anderen Ländern sicherstellen, die in heutiger Zeit unter russischer Aggression leiden.

Die Ukraine sollte ihrerseits bereits heute einen allumfassenden Plan hinsichtlich der Reintegration ihrer befreiten Territorien haben — unter Einbeziehung zukünftiger Risiken und vergangener Fehler.

Anhang

EINIGE INTERNATIONALE UND BILATERALE ABKOMMEN, DIE VON RUSSLAND UNTERZEICHNET UND DURCH DIE RUSSISCHE BESETZUNG UND ANNEXION DER KRIM VERLETZT WURDEN

Insgesamt verletzte Russland im Ergebnis der Besetzung und Annexion der Krim 407 bilaterale Abkommen mit der Ukraine und 80 internationale Verträge. Hier werden nur die wichtigsten angeführt:

Datum und Unterzeichnungsort, Status	Bezeichnung und Vertragsparteien des Abkommens	Hauptrichtlinien
21. Dezember 1965 New York (USA) Gilt bis heute. 	Deklaration über die Nichtzulässigkeit einer Einmischung in innere Angelegenheiten der Staaten, über den Schutz ihrer Unabhängigkeit und Souveränität, die bei der 20. UN-Generalversammlung angenommen wurde	Kein Staat der Welt darf sich direkt oder indirekt aus beliebigem Grund in innere oder äußere Angelegenheiten eines anderen Staates einmischen. Es werden nicht nur die bewaffnete Einmischung, sondern auch andere Formen der Einmischung und beliebiger Drohungen verurteilt, die gegen die Rechtssubjektivität des Staates oder gegen seine politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Elemente gerichtet sind.
24. Oktober 1970 Genf (Schweiz) Gilt bis heute. 	Deklaration über die Prinzipien des internationalen Rechts, die sich auf freundschaftliche Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten entsprechend dem Statut der UNO beziehen	Es wird das Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten festgelegt, das von allen Staaten der internationalen Weltgemeinschaft unabhängig von Unterschieden wirtschaftlichen, sozialen, politischen oder anderen Charakters gültig ist. Die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit eines Staates sind unantastbar.

1. August 1975
Helsinki (Finnland)
Gilt bis heute.



Schlussakte der Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Schlussakte von Helsinki) unter Teilnahme von 33 europäischen Staaten, USA und Kanada

Ein großer Umfang von Standards für internationales Verhalten und gegenseitige Verpflichtungen: Respektierung der Souveränität und territorialen Integrität der Staaten, der Unantastbarkeit der Grenzen, Festigung des gegenseitigen Vertrauens, besonders im militärpolitischen Bereich, Respektierung der Menschenrechte, Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen usw.

9. Dezember 1981
New York (USA)
Gilt bis heute.



Deklaration über die Nichtzulässigkeit einer Intervention oder Einmischung in innere Angelegenheiten der Staaten, die durch die Resolution 36/103 der UN-Generalversammlung angenommen wurde

Es wurden konkrete Rechte und Pflichten im Einklang mit dem Prinzip des Verzichts auf Intervention und die Nichteinmischung in jedweder Form und aus jedwedem Grund in innere und äußere Angelegenheiten anderer Staaten festgeschrieben.

8. Dezember 1991
Minsk (Belarus)
Gilt bis heute.



Abkommen über die Schaffung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Abkommen von Belawesch)

Belarus, Russland und die Ukraine als Gründerstaaten der UdSSR stellten die Beendigung ihrer Existenz fest, sowie die gegenseitige Anerkennung und Respektierung der territorialen Integrität, die Unantastbarkeit der im Rahmen der GUS existierenden Grenzen und sie verpflichteten sich, bei der Sicherstellung des internationalen Friedens und Sicherheit zusammenzuarbeiten (Art. 5 und 6).

21. Dezember 1991
Almaty (Kasachstan)
Gilt bis heute.



Die Almaty-Deklaration von 11 Republiken der ehemaligen UdSSR (außer den oben genannten: Aserbaidshan, Armenien, Kasachstan, Kirgistan, Moldau, Tadschikistan und Usbekistan)

Indem die Staaten gegenseitig die territoriale Integrität und die Unantastbarkeit der existierenden Grenzen respektieren und anerkennen, stellten sie die Beendigung der Existenz der UdSSR und die Schaffung der GUS fest, bestätigten die Garantien für die Erfüllung internationaler Verpflichtungen, die aus den Verträgen und Abkommen der ehemaligen Sowjetunion resultieren.

14. Februar 1992
Moskau (Russland)
Gilt bis heute.



Deklaration über die Einhaltung der Prinzipien der Zusammenarbeit im Rahmen der GUS
11 Teilnehmerstaaten der GUS

Garantien der gegenseitigen Nichteinmischung in innere Angelegenheiten; Respektierung der territorialen Integrität und Unantastbarkeit der Staatsgrenzen; vorbehaltlose Einhaltung internationaler Standards im Bereich der Menschenrechte und Grundfreiheiten (darunter der Rechte der nationalen Minderheiten); objektive und ausgewogene Berichterstattung des öffentlich-politischen Lebens der GUS-Staaten, sowie die Nichtzulassung von Mitteilungen, die zu zwischennationalem Hass führen können; Einstellung der Tätigkeit politischer Parteien und Gruppen, die die Ideen des Faschismus, Rassismus, Intoleranz und Feindschaft in zwischennationalen Beziehungen propagieren.

15. April 1994
Moskau (Russland)
Gilt bis heute.



Deklaration über die Einhaltung der Souveränität, territorialen Integrität und Unantastbarkeit der Grenzen der Teilnehmerstaaten der GUS

12 Teilnehmerstaaten der GUS
(außer den oben genannten auch Georgien)

Einhaltung der Prinzipien der Souveränität, territorialen Integrität und Unantastbarkeit der Staatsgrenzen in den Beziehungen; Absicht, sich vor militärischer, politischer, wirtschaftlicher und jeder anderen Form des Drucks, inklusive einer Blockade, zu enthalten, sowie der Unterstützung und dem Einsatz von Separatismus gegen die territoriale Integrität, die Unantastbarkeit, die politische Unabhängigkeit der Staaten. Die Einnahme des Territoriums unter Einsatz von Gewalt kann nicht anerkannt werden, und die Besetzung des Territoriums der Staaten kann nicht für internationale Anerkennung oder für Aufdrängung der Veränderung seines Rechtsstatus genutzt werden.

5. Dezember 1994
Budapest (Ungarn)
Gilt bis heute.



Memorandum über Sicherheitsgarantien in Verbindung mit dem Anschluss der Ukraine an den Vertrag über die Nichtverbreitung der Atomwaffen (Budapester Memorandum)
Ukraine, Russland, Großbritannien und USA

In Anbetracht der Verpflichtung der Ukraine, ihre Atomwaffen zu vernichten, die sich auf ihrem Territorium befinden, bestätigten die Seiten ihre Verpflichtung, die Unabhängigkeit, Souveränität und existierenden Grenzen der Ukraine zu respektieren; sich vor einer Gewaltandrohung oder dem Gewalteinsatz gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit der Ukraine zu enthalten; sie garantierten, dass keine ihrer Waffen je gegen die Ukraine eingesetzt werden; dass sie keinen wirtschaftlichen Druck anwenden werden, der darauf gerichtet ist, die Umsetzung der Rechte, auf denen die ukrainische Souveränität fußt, ihren eigenen Interessen zu unterwerfen; dass seitens des UN-Sicherheitsrats unverzüglich gehandelt und geholfen wird, falls die Ukraine Opfer der Aggression oder Objekt der Bedrohung einer Aggression unter Einsatz von Atomwaffen werden sollte.

28. Mai 1997
Kyjiw (Ukraine)
Das Abkommen wurde für 20 Jahre unterzeichnet (ab dem 12.07.1999), durch das Charkiwer Abkommen vom 21.04.2010 für eine Frist bis zum 28.05.2042 verlängert; es wurde am 31.03.2014 von der Staatsduma Russlands einseitig denonciert.



Abkommen zwischen der Ukraine und Russland über den Status und die Bedingungen des Aufenthalts der russischen Schwarzmeerflotte auf dem Territorium der Ukraine

Die Truppenverbände Russlands verpflichteten sich, die Souveränität der Ukraine zu respektieren, ihre Gesetzgebung zu achten, keine Einmischung in innere Angelegenheiten der Ukraine zuzulassen, an ihren Stationierungs-orten zu agieren (Art. 6), keine Atomwaffen auf dem Territorium der Ukraine zu besitzen (Art. 5). Militärische Schiffe und Schiffe der militärischen Formationen können nur nach einer vorläufigen Benachrichtigung der zuständigen Behörden der Ukraine durch das territoriale Binnengewässer der Ukraine zwecks Ein/Auslaufen der Häfen der Ukraine fahren, in denen Militäreinheiten stationiert sind (Art. 8). Dienstliche Transportmittel der russischen Schwarzmeerflotte müssen deutliche Kennzeichen aufweisen (Art. 12) usw.

31. Mai 1997
Kyjiw (Ukraine)
Das Abkommen wurde für eine 10-Jahres-Frist unterzeichnet, mit automatischer Verlängerung für eine weitere zehnjährige Frist unter Einverständnis beider Seiten; seit dem 01.04.2019 ist es angesichts der bewaffneten Aggression Russlands gegen die Ukraine nicht mehr gültig, auf Grund eines Gesetzes der Ukraine vom 06.12.2018.

Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen der Ukraine und Russland („Der Große Vertrag“)

Die Seiten einigten sich darauf, ihre Beziehungen als „freundschaftliche, gleichgestellte und souveräne Staaten“ auf den Prinzipien des gegenseitigen Respekts der territorialen Integrität, Unantastbarkeit der existierenden Grenzen, einer friedlichen Regulierung von Streitfragen, der Nichtanwendung von Gewalt oder ihrer Androhung, der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, der gewissenhaften Erfüllung der auf sich genommenen internationalen Verpflichtungen aufzubauen (Art. 2, 3). Die Seiten verpflichteten sich, den internationalen Frieden und Sicherheit zu stärken, den Prozess der allgemeinen Abrüstung zu fördern (Art. 4); Maßnahmen zur Vorbeugung jeglicher Handlungen zur Anstachelung zur Gewalt zu ergreifen (Art. 11); den Schutz ethnischer, kultureller, sprachlicher und religiöser Urwüchsigkeit auf ihrem Territorium zu gewährleisten, gleiche Bedingungen für das Erlernen der ukrainischen Sprache in Russland und der russischen Sprache in der Ukraine zu schaffen (Art. 12); ein allumfassendes System der internationalen ökologischen Sicherheit zu schaffen (Art. 25); in Fragen der Wiederherstellung der Rechte deportierter Völker zusammenzuarbeiten (Art. 28); die natürliche Umgebung des Asow-Schwarzmeer-Beckens zu erhalten (Art. 29); gegen Terrorismus und Schmuggel zu kämpfen, inklusive der illegalen Verbringung solcher Gegenstände über die Grenze, die einen kulturellen, historischen oder künstlerischen Wert besitzen (Art. 33); im Rechtsbereich zusammenzuarbeiten (Art. 34) und ähnliches. Die Seiten verpflichteten sich, keine Nutzung ihrer Territorien zum Nachteil der Sicherheit der anderen Seite zuzulassen (Art. 6), sowie alle ihre Streitfragen ausschließlich auf friedlichem Wege zu lösen (Art. 4).



28. Januar 2003
Kyjiw (Ukraine)
Gilt bis heute.



**Vertrag zwischen der Ukraine
und Russland über die rus-
sisch-ukrainische Staatsgrenze**

Es wurde eine Delimitation der Staatsgrenze durchgeführt, der zufolge die Krimer Halbinsel eindeutig als ukrainisches Territorium anerkannt worden war. Die ukrainisch-russische Staatsgrenze ist als Linie und eine vertikale Fläche vorgesehen, die über diese Linie verläuft. Diese teilen die staatlichen Territorien der Seiten von der Nahtstelle der staatlichen Grenzen der Ukraine, Russlands und Belarus bis zu dem Punkt, der an der Küste des Taganrog-Golfs liegt (Art.1). Es wurden Positionen zum Status des Asowschen Meeres und der Straße von Kertsch als Binnengewässer von zwei Staaten festgelegt (Art.5).

24. Dezember 2003
Kertsch (Ukraine)
Gilt bis heute.



**Vertrag zwischen der Ukraine
und Russland über die Zusam-
menarbeit bei der Nutzung
des Asowschen Meeres und der
Straße von Kertsch**

Die Seiten bestätigten ihre Überzeugung davon, dass das Asowsche Meer und die Straße von Kertsch ein historisches Binnengewässer der Ukraine und Russland sind (Art.1), und alle diesbezüglichen Streitfragen auf dem Weg der Beratungen und Verhandlungen sowie mit anderen friedlichen Mitteln nach Wahl der Seiten zu lösen sind.

22. Dezember 2006
Kyjiw (Ukraine)
Gilt bis heute.



**Protokoll zwischen dem
Ministerkabinett der Ukraine
und der Regierung Russlands
über die Eintragung von
Änderungen und Ergänzungen
in das Abkommen zwischen
der Regierung der Ukraine
und der Regierung Russlands
über die Durchlassstellen an
der Staatsgrenze zwischen der
Ukraine und Russland vom 8.
Februar 1995**

Zur Grenzüberschreitung zwischen der Ukraine und Russland für Personen, Transportmittel sowie zur Waren- und Frachtbeförderung beliebiger staatlicher Zugehörigkeit wurde eine Fährdurchlassstelle unter der Bezeichnung „Krim-Kuban“ eingerichtet.

17. Mai 2010
Kyjiw (Ukraine)
Gilt bis heute.



Abkommen über die Demarkation der ukrainisch-russischen Grenze

Es wurde das Bestreben beider Seiten bestätigt, eine Demarkation der ukrainisch-russischen Grenze durchzuführen, wie sie 2003 festgelegt worden war. Zwecks ihrer Markierung im Geländeprofil wurde die Gemeinsame Ukrainisch-Russische Demarkationskommission geschaffen (Art.2).

18. Oktober 2011
Donezk (Ukraine)
Gilt bis heute.



Abkommen zwischen dem Ministerkabinett der Ukraine und der Regierung Russlands über die Ordnung der ukrainisch-russischen Staatsgrenzübertretung für Einwohner der grenzanliegenden Regionen der Ukraine und Russlands

Es wurde das Verzeichnis der grenzanliegenden Regionen beider Länder abgestimmt. Die Autonome Republik Krim wurde als grenzanliegendes Territorium der Ukraine festgelegt. Lokale Durchlassstellen: Hafen Port Krim – Hafen Kaukasus; Hafen Mariupol – Hafen Jejsk, Hafen Jalta – Hafen Noworossijsk.

Für Notizen

A series of horizontal dotted lines for writing notes.